

5 Gesetz zur Änderung aufsichtsrechtlicher, insbesondere sparkassenrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6831

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7913

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/7844

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7902

dritte Lesung 12473

Volkmar Klein (CDU)..... 12473

Gisela Walsken (SPD) 12473

Angela Freimuth (FDP)..... 12474

Horst Becker (GRÜNE)..... 12474

Minister Dr. Helmut Linssen 12475

Ergebnis 12475

Namentliche Abstimmung siehe Anlage

6 Abiturjahrgang 2013 braucht eine klare Perspektive – Zweiter Hochschulpakt darf kein zweiter Reifall für NRW werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7827

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7889

Heike Gebhard (SPD)..... 12476

Dr. Gerd Hachen (CDU) 12477

Christian Lindner (FDP) 12479

12487

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)..... 12480

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart 12482

12488

Karl Schultheis (SPD) 12485

Ergebnis 12489

7 Ehrenamtlichen Naturschutz stärken – Innovationen nachhaltig nutzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7825..... 12489

Clemens Pick (CDU)..... 12489

Holger Ellerbrock (FDP)..... 12490

Dr. Gero Karthaus (SPD)..... 12491

Johannes Remmel (GRÜNE)..... 12492

Minister Eckhard Uhlenberg 12493

Ergebnis 12495

8 Zukunftsaufgaben jetzt angehen: Gemeinschaftsschulen sofort ermöglichen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7789..... 12495

Sigrid Beer (GRÜNE)..... 12495

12500

Klaus Kaiser (CDU)..... 12496

Sören Link (SPD) 12497

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 12498

Ministerin Barbara Sommer..... 12500

Ergebnis 12501

9 „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ für mehr Investitionen und Beschäftigung vor Ort

Eilantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7870..... 12501

Hans-Willi Körfges (SPD)..... 12501

Bodo Löttgen (CDU)..... 12503

Horst Engel (FDP)..... 12504

Horst Becker (GRÜNE)..... 12504

Minister Dr. Ingo Wolf..... 12506

Ergebnis 12507

10 Transparenz bei der Verwendung von Studiengebühren herstellen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7828

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7888..... 12507

Karl Schultheis (SPD) 12507

Jürgen Hollstein (CDU) 12508

Christian Lindner (FDP)	12509
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)	12510
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	12512

Ergebnis	12514
----------------	-------

11 Voraussetzungen für ein erfolgreiches Digitalradio

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/7786	
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/7908.....	12514

Thomas Jarzombek (CDU).....	12514
Ralf Witzel (FDP).....	12515
Marc Jan Eumann (SPD).....	12516
Sigrid Beer (GRÜNE).....	12518
Minister Andreas Krautscheid.....	12519

Ergebnis	12520
----------------	-------

12 Das Landesprogramm Wohnungslösenhilfe muss weitergeführt werden

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/7837.....	12520
---	-------

Barbara Steffens (GRÜNE)	12520
Walter Kern (CDU).....	12521
Norbert Killewald (SPD).....	12522
Dr. Stefan Romberg (FDP)	12523
Minister Eckhard Uhlenberg	12524
Barbara Steffens (GRÜNE)	12525

Ergebnis	12526
----------------	-------

13 Gegen das Microsoft-Monopol: Landesverwaltung für „Open Source“ öffnen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/6526	
--	--

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie Drucksache 14/7847.....	12526
--	-------

Ergebnis	12526
----------------	-------

15 Das Schützenbrauchtum verdient unsere Anerkennung und Unterstützung

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7337 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Generationen, Familie und Integration
Drucksache 14/7717

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7911

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7912.....

12527

Dr. Jens Petersen (CDU)	12527
Gerd Stüttgen (SPD)	12528
Christof Rasche (FDP)	12529
Andrea Asch (GRÜNE)	12530
Minister Eckhard Uhlenberg	12531

Ergebnis	12533
----------------	-------

14 Fünftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7890

erste Lesung	12533
--------------------	-------

Peter Biesenbach (CDU)	12533
------------------------------	-------

Nächste Sitzung	12534
-----------------------	-------

Anlage	12535
--------------	-------

Namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 14/7913 – TOP 5 (Gesetz zur Änderung aufsichtsrechtlicher, insbesondere sparkassenrechtlicher Vorschriften)

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(bis 11:00 Uhr und ab 14:00 Uhr)

Minister Armin Laschet
(ab 16:30 Uhr)

Minister Karl-Josef Laumann

Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter
(ab 17:00 Uhr)

Hendrik Wüst (CDU)

Ulrike Apel-Haefs (SPD)

Martin Börschel (SPD)
(ab 14:00 Uhr)

Wolfgang Röken (SPD)
(ab 16:00 Uhr)

Harald Schartau (SPD)

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD)
(ab 14:00 Uhr)

Stefanie Wiegand (SPD)
(ab 16:00 Uhr)

Ewald Groth (GRÜNE)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 106. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zehn Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen von CDU und FDP haben gestern bereits eine **Ergänzung** der heutigen **Tagesordnung** beantragt, und zwar die am Mittwoch von der SPD-Fraktion beantragte dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung Drucksache 14/6831: Gesetz zur Änderung aufsichtsrechtlicher, insbesondere sparkassenrechtlicher Vorschriften.

Dazu möchte Herr Peter Biesenbach etwas zur Geschäftsordnung vortragen. Dafür gebe ich ihm jetzt das Wort.

Peter Biesenbach (CDU): Frau Präsidentin, Sie haben mir die Arbeit bereits abgenommen. Wir beantragen die Ergänzung der Tagesordnung heute um einen neuen Tagesordnungspunkt 5: die dritte Lesung des Sparkassengesetzes. Alle weiteren Punkte sollen jeweils um einen Punkt nach hinten rutschen.

Präsidentin Regina van Dinther: Das war der Antrag zur Geschäftsordnung. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer für die Ergänzung der Tagesordnung um einen neuen Punkt 5 – mit Redezeiten gemäß Block I – ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Wer enthält sich? – Dann ist diese **Änderung** der **Tagesordnung** einstimmig so **beschlossen**.

Meine Damen und Herren wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Aktuelle Stunde

OECD Umweltausblick 2030 – Perspektiven für das Industrieland Nordrhein-Westfalen diskutieren

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7869 – Neudruck

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben mit Schreiben vom 10. November 2008 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und gebe als erstem Redner dem Kollegen Weisbrich von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat am Montag die für Deutschland wichtigsten Ergebnisse ihres Umweltausblicks 2030 vorgestellt.

Die OECD verfügt über ein relativ kleines Budget und hat den Charakter einer permanent tagenden Konferenz. Eines ihrer zentralen Ziele ist es, die Entwicklungshilfegelder der Mitgliedstaaten so festzulegen, dass jeder Staat 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe zur Verfügung stellt. Bei diesem Ziel ist sie bisher gescheitert. Das sollte uns Veranlassung geben, über die internationalen Steuerungsmechanismen nachzudenken.

Der Umweltausblick 2030 wurde unter Aufsicht des Ausschusses für Umwelt von einem Team der OECD-Direktion Umwelt erstellt. Insbesondere Kommentare von Umweltbewegungen sind in diesen Bericht eingeflossen. Die Analysen dieses Ausblicks sind stark modellgläubig. Sie beruhen auf einem ökonomischen und ökologischen Modellierungsrahmen, dessen Prämissen und Ergebnisse nur schwer nachprüfbar sind.

Dennoch: Kernpunkte des Berichtes sind Klimawandel, Biodiversität, saubere Wasserversorgung, ausreichende Abwasserentsorgung sowie die Gesundheitsfolgen von schädlichen Umweltveränderungen.

Der Bericht fordert eine weltweite Umstellung der Wirtschaftsstrukturen, um die Voraussetzungen für eine weniger kohlenstoffintensive, umweltfreundlichere und nachhaltigere Zukunft zu schaffen. Ein notwendiger erster Schritt sei die Beseitigung umweltschädlicher Subventionen für fossile Brennstoffe und für landwirtschaftliche Aktivitäten. Der Akzent sollte auf der Besteuerung der schlechten statt auf der Subventionierung der guten Praktiken liegen.

Angesichts der voraussichtlichen Verdoppelung des Umfangs der Weltwirtschaft bis 2030 und des Anstiegs der Weltbevölkerung um ein Drittel können dem Bericht zufolge die ökologischen Herausforderungen aber nur dann gelöst und finanziert werden, wenn – das betone ich – alle Staaten einschließlich der aufstrebenden Volkswirtschaften wie Brasilien, Russland, Indien, Indonesien, China und Südafrika koordiniert zusammenarbeiten.

Der für das Industrieland Nordrhein-Westfalen mit Abstand wichtigste Teil des OECD-Ausblicks ist das Kapitel zum Klimawandel. Um hier erfolgreich zu

sein, bedarf es dem Bericht zufolge einer Lastenteilung zwischen den Ländern zur Deckung der Emissionsminderungskosten. Das heißt im Klartext: Erlöse aus dem Zertifikatehandel in den Industriestaaten müssten im Rahmen eines internationalen Abkommens zu einem großen Teil an Entwicklungs- und Schwellenländer abgeführt werden, damit dort besonders wirksame Strategien zur CO₂-Minderung verfolgt werden können.

Meine Damen und Herren, der Bericht macht deutlich: Ohne weltweit einschneidende Minderungsmaßnahmen ist mit einem Anstieg der globalen Emissionen um 37 % bis zum Jahr 2030 und um 52 % bis zum Jahr 2050 zu rechnen. Verbunden damit wäre eine globale Erderwärmung um 4 bis 6 Grad Celsius. Eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf etwa 2 Grad Celsius durch Stabilisierung der CO₂-Konzentration in dem bekannten Umfang wäre notwendig und erscheint auch möglich. Aus den Politiksimulationen der Studie geht allerdings hervor, dass bei jeder zukünftigen Form internationaler Zusammenarbeit zur Senkung des globalen Emissionsvolumens ein Lastenverteilungsmechanismus erforderlich ist; denn für die Volkswirtschaften in Brasilien, Russland, Indien und China sind die Kosten der Anpassung etwa fünfmal so hoch und in der übrigen Welt ungefähr viermal so hoch wie den klassischen Industriestaaten im OECD-Raum.

Der Lastenverteilungsmechanismus, der auf der Kyoto-Folgekonferenz in Kopenhagen bis Ende 2009 beschlossen werden muss, wird deshalb entscheidend sein für den Erfolg oder den Misserfolg jeder wirksamen Klimaschutzstrategie. Das müssen wir bei der Ausgestaltung unseres eigenen Klimaschutzbeitrages, ob auf nationaler Ebene oder in Nordrhein-Westfalen, immer vor Augen haben.

Wenn der CO₂-Ausstoß im Jahr 2011 in China bei 9 Milliarden Tonnen liegen wird, in den USA bei 7 Milliarden Tonnen und in Deutschland unter 900 Millionen Tonnen, dann wird deutlich, dass am Weltmaßstab gemessen der Grenznutzen der CO₂-Vermeidung in Deutschland – vorsichtig formuliert – sehr begrenzt ist. Anders ausgedrückt: Es macht keinen Sinn, bei uns einen zwei- bis dreistelligen Milliardenbetrag auszugeben, um bis zum Jahr 2013 den CO₂-Ausstoß um 40 % auf jährlich 500 Millionen Tonnen zu senken, wenn alleine in China im gleichen Zeitraum jährlich eine Milliarde Tonnen CO₂ zusätzlich emittiert werden.

Diese Zahlen machen im Übrigen nicht nur deutlich, dass in Indien und in China nicht ein bis zwei Tonnen CO₂ pro Person erzeugt werden, wie Kollege Priggen das noch im Februar an dieser Stelle vorgebracht hat, sondern dass im bevölkerungsreichsten Staat der Erde die jährlichen CO₂-Emissionen mittlerweile schon bei mehr als 4 Tonnen je Einwohner liegen und bis zum Ende der Kyoto-Periode wohl 7 Tonnen je Einwohner erreicht haben werden.

Wenn wir also eine weltweite Reduzierung des CO₂-Ausstoßes auf 2 Tonnen je Einwohner anstreben, wie dies nach den einschlägigen Klimamodellen nötig wäre, dann müssen die Industriestaaten und insbesondere auch wir für den Klimaschutz in den anderen Ländern in Zukunft in ganz erheblichem Umfang zahlen.

Meine Damen und Herren, diese Tatsache hat gravierende Konsequenzen für unsere eigene Klimaschutzstrategie. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Angesichts des in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen erzielbaren geringen Beitrags zur weltweiten CO₂-Reduzierung ist es sinnlos, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft außerhalb des Kyoto-Folgeabkommens – ich betone: außerhalb – durch deutsche oder europäische Vorleistungen zum Klimaschutz zu gefährden. Im Rahmen des in Kopenhagen zu vereinbarenden Klimaschutzabkommens wird es darauf ankommen, ein weltweites CO₂-Handelsystem beziehungsweise eine weltweite CO₂-Steuer einzuführen und die Erlöse daraus weitgehend in Entwicklungs- und Schwellenländern gezielt für Klimaschutzprojekte, die dort besonders wirksam sind, zur Verfügung zu stellen.

Wenn wir beim Klimaschutz weltweit erfolgreich sein wollen – und eigentlich macht das nur Sinn im weltweiten Maßstab –, dann stehen auf Sicht für unsere eigenen Programme keine Mittel aus den Handelserlösen für Verschmutzungsrechte zur Verfügung. Wir sollten uns deshalb auf Maßnahmen konzentrieren, die ohne öffentliche Mittel aus sich heraus wirtschaftlich sind. Die Klimastrategie der Landesregierung ist von Anfang an so ausgerichtet. Ihr Herzstück, das Kraftwerkserneuerungsprogramm, wird durch den OECD-Bericht eindrucksvoll bestätigt.

Deshalb lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, damit die Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen endlich Investitionssicherheit für ihren breiten Energiemix erhält. Lassen Sie uns gemeinsam für brennstoffspezifische Benchmarks eintreten und dafür sorgen, dass unserer Industrie durch die ökonomische Unvernunft oder auch die Großmannsucht von Herrn Gabriel

(Svenja Schulze [SPD]: Was für eine Unverschämtheit!)

keine Lasten auferlegt werden, die sie aus dem Land treibt – die Anzeichen sind schon deutlich zu erkennen –, weil diese Lasten an anderen Standorten nicht bestehen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP – André Stinka [SPD]: Das ist die Bundesregierung!)

Präsidentin Regina van Dinker: Danke schön, Herr Weisbrich. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Brockes.

Dietmar Brockes¹⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben als Koalitionsfraktionen den OECD-Umweltausblick zum Anlass genommen, um heute im Rahmen der Aktuellen Stunde darüber zu diskutieren, wie sich die Vorschläge der OECD mit den industrie- und energiepolitischen Interessen des Industrie-, Energie- und Innovationslandes Nummer eins, Nordrhein-Westfalen, in Einklang bringen lassen.

Nordrhein-Westfalen ist die wichtigste und größte Industrieregion Europas. Gerade in Zeiten der Krise, wie wir sie im Augenblick erleben, ist es deshalb wichtig, Politik mit Augenmaß zu betreiben. Wir stehen vor großen Herausforderungen wie der Bewältigung der Finanzmarktkrise und des Klimawandels. Die Industrie, insbesondere die mittelständische Autozulieferbranche, kämpft im Augenblick ganz besonders mit den Auswirkungen der Finanzmarktkrise. Der Opposition fallen dazu nur neue Schulden ein.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung mit den beiden sie tragenden Fraktionen hat hingegen eine solide Politik für sichere Arbeitsplätze in der Industrie und für mehr Klimaschutz gemacht und wird dies auch weiter tun.

(Lachen von Svenja Schulze [SPD])

– Frau Schulze, ich nenne Ihnen gerne konkret einige Beispiele wie etwa das Kraftwerkserneuerungsprogramm. Allein dieses Programm wird in Zukunft 31 Millionen t CO₂ einsparen. Das ist mehr als 10 % des momentanen Gesamtausstoßes. Das ist zukunftsweisend, trägt zur Senkung des CO₂-Ausstoßes bei und sichert dabei Arbeitsplätze, vor allem in der mittelständischen Industrie. In Zukunft kann man noch mit mehr Einsparungen beim CO₂ rechnen, wenn gerade auch Kraftwerke mit der neuen CCS-Technologie nachgerüstet werden können.

Meine Damen und Herren, unsere Energie- und Klimastrategie verbindet also Klimaschutz- und Industriepolitik sehr erfolgreich. Eine weitere Verteuerung des Stroms ist dadurch nicht zu erwarten, was ebenfalls Unternehmen der energieintensiven Branchen zusätzlich belasten würde, wie es bei jedem einzelnen Vorschlag zum Energiebereich gerade auch von Rot-Grün immer wieder der Fall ist. Die Antworten der Opposition tragen nichts zum Klimaschutz bei, da Fotovoltaik und Windkraft immer mit doppelter Struktur abgedeckt werden müssen. Dazu machen sie den Strom noch teurer und vernichten so Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, die OECD hat ziemlich deutlich gemacht, dass wir unsere Mittel intelligent einsetzen müssen, um den negativen Effekt auf das Wachstum in Grenzen zu halten. Da frage ich mich dann, warum wir unsere sicheren und sauberen Kernkraftwerke abschalten, wenn diese doch CO₂-frei Strom erzeugen und dabei noch einen Beitrag

zur Stabilität der Preise leisten. Wenn wir effektiv Klimaschutz und Industriepolitik verknüpfen wollen, dann brauchen wir die Kernkraft. Wir haben uns ja letzte Woche mit dem Wirtschaftsausschuss das Kernkraftwerk in Lingen angesehen. Das ist deutsche Ingenieurskunst pur.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Ich bin ehrlich gesagt – ich glaube, den meisten Kollegen geht es genauso – geradezu erschlagen davon, welche Sicherheitsaspekte berücksichtigt werden und wie Sicherheit dort gewährleistet wird.

(Svenja Schulze [SPD]: Erschlagen! – André Stinka [SPD]: Erschlagen! – Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Meine Damen und Herren, wollen Sie das wirklich aufgeben – mit allem, was an Industrie und Wirtschaft gerade auch für Nordrhein-Westfalen da dranhängt?

(Zurufe von der SPD)

Wollen Sie dies wirklich aufgeben zulasten der Bürger, zulasten der Wirtschaft und zulasten der Umwelt?

(André Stinka [SPD]: Die Bürger waren am Wochenende schon begeistert von den Transporten!)

Dann wäre da noch das Thema Emissionshandel. Wir wollen einen Emissionshandel, der wirksam ist und trotzdem Industrie in Nordrhein-Westfalen möglich bleiben lässt. Deshalb treten wir nach wie vor für die Verteilung nach einem Benchmark ein. Wir wollen, dass neue hochmoderne Kraftwerksbauten nicht verhindert, sondern gefördert werden. Die Grünen wollen mit der Vollauktionierung lediglich das Ende der Kohle, insbesondere der Braunkohle, herbeiführen.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich verstehe ehrlich gesagt nicht, wie Sie das mitmachen können. Um die Ziele des Klimaschutzes zu erreichen, brauchen wir die Vollauktionierung nicht. Auch bei Zuteilung nach Benchmark werden die frei verfügbaren Zertifikate frei gehandelt und drücken den CO₂-Ausstoß auf das vorgegebene Niveau. Sollte die Vollauktionierung kommen, wäre das nichts als ein Deindustrialisierungsprogramm.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass wir wie die OECD der Meinung sind, dass gehandelt werden muss. Dazu wollen wir unsere Mittel möglichst effizient dort einsetzen, wo sie den meisten Ertrag für den Klimaschutz, aber auch für unsere Bürgerinnen und Bürger erbringen. Dabei muss es nach Möglichkeit internationale Lösungen geben, um die nordrhein-westfälische Industrie nicht absichtlich ins Ausland zu treiben. Wünschenswert wäre eine Einbeziehung möglichst aller Staaten, mindestens aber derjenigen, die erhebliche CO₂-Mengen emittieren.

Wir haben das Kraftwerkserneuerungsprogramm umzusetzen und wirken auf eine Verlängerung der Laufzeiten bei der Kernenergie hin.

Meine Damen und Herren, Ziel muss ein ausgewogener Energiemix sein, der Umwelt, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit unter einen Hut bringt. Industrie und Umwelt müssen miteinander vereinbar bleiben. Dafür werden wir uns in der Koalition auch weiterhin einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Brockes. – Für die SPD spricht die Kollegin Schulze.

Svenja Schulze (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist gut, dass wir die Chance nutzen, den OECD-Bericht hier im Parlament zu diskutieren, auch wenn das bei den antragstellenden Fraktionen auf nicht so sonderlich viel Interesse stößt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auf jeden Fall ist es gut, dass wir dieses Gutachten diskutieren, weil dieses Gutachten wie auch schon der Bericht vom IPCC, wie der Stern-Report, wie das Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen wichtige Hinweise für die Politik enthält.

Es wundert mich ein bisschen, dass die Regierungsfractionen in der Lage waren, das gemeinsam zu beantragen. Ich erinnere mich noch ganz gut an ein paar Ausführungen eines FDP-Abgeordneten, der uns hier folgende drei Weisheiten zum Besten gegeben hat. Ich möchte das noch einmal zitieren, weil es so schön war. Das erste Zitat lautet: Wir haben unterschiedliche Auffassungen über den menschlich bedingten Einfluss auf das Klima. Das zweite Zitat: Das Klima wandelt sich, ob wir nun etwas dagegen tun oder nicht. Und das dritte: Es gibt kein Grundrecht auf ein konstantes Klima.

(Zuruf von der FDP: Richtig!)

Meine Damen und Herren, gefehlt hat mir eigentlich nur noch das Letzte, nämlich: Die Erde ist eine Scheibe. – Dann wäre es komplett gewesen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Brockes, es ist dann auch nicht besser, wenn Sie von 520 Seiten Bericht nur die Seite 360 zu Atom lesen. Das allein reicht nicht, Herr Brockes.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Gut ist, dass sich die Regierungsfractionen jetzt auch einmal mit dem Klimawandel beschäftigen und mitbekommen, dass das ein Thema für die Politik ist. Nachdem die Welt inzwischen seit über drei Jahren über politische Lösungsansätze diskutiert, wachen jetzt auch die Regierungsfractionen auf, sie

fordern aber wieder einmal nur, dass wir hier diskutieren sollen. Eigentlich müsste es Ihnen langsam peinlich sein.

Ich finde es beschämend und eine Frechheit gegenüber dem Parlament, dass wir nach drei Jahren Diskussion hier immer noch diskutieren sollen. Das reicht nicht mehr. Sie haben einen Auftrag der Wählerinnen und Wähler, zu regieren, das Land hier zu gestalten. Nur im Parlament zu diskutieren, ist deutlich zu wenig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das wurde aber auch schon in der Beantragung der Aktuellen Stunde deutlich. Ich fasse es so zusammen: keine Programmatik, keine inhaltlichen Ziele, kein Bezug zu den Notwendigkeiten von NRW. Sie wollen diskutieren und nicht regieren. Das reicht nicht.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, da sind wir schon bei dem Kernproblem der Regierung. Sie beantragen eine Aktuelle Stunde zu einem Bericht, der für NRW jetzt keine neuen Detailkenntnisse liefert. Sie greifen eine Debatte auf, die es seit drei Jahren gibt, und Sie wollen diskutieren.

Der OECD-Bericht nennt eine ganze Menge, und das ist wirklich keine sozialdemokratische Vorfeldorganisation, Herr Brockes. Deswegen lohnt es sich selbst für die FDP, sich damit auseinanderzusetzen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Der OECD-Bericht benennt den Bereich Klimaschutz. Er benennt biologische Vielfalt und erneuerbare natürliche Ressourcen. Es geht um Wasser, es geht um Luftqualität, es geht um Abfälle und chemische Gefahrenstoffe. In vielen dieser Themen ist auch die Ampel in Nordrhein-Westfalen schon auf Rot. Was tun Sie, was tut die Landesregierung? Wir hören von Kompetenzgerangel zwischen Herrn Uhlenberg und Frau Thoben.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Es wäre schön, wenn Sie mal die Telefonnummern austauschen, damit wir das nicht immer im Parlament über uns ergehen lassen müssen.

(Beifall von der SPD – Minister Eckhard Uhlenberg: Wir telefonieren jeden Tag dreimal!)

Dann erfahren wir, dass Herr Brockes und auch Herr Weisbrich sagen: Na ja, das ist ja ein riesenproblem mit dem Klimawandel, aber da müssen jetzt erst einmal die Brasilianer, die Chinesen oder die Russen ran, und dann können wir mal sehen, ob wir noch etwas tun.

Woher nehmen Sie eigentlich die Chuzpe, nachdem die Industrieländer wie auch wir über Jahrzehnte die Umwelt benutzt und verschmutzt haben, jetzt andere Länder zu maßregeln? Wir haben doch als Industrieländer einen maßgeblichen Anteil an den

Problemen, die wir heute haben. Das Einzige, was wir tun können, ist doch, den Chinesen, den Brasilianern und den Russen gute Argumente zu liefern, warum sie gefälligst nicht die gleichen Fehler machen sollen wie wir. Aber mehr können wir von unserer Seite doch nicht machen.

Wir können Vorbild sein. Wir können vorangehen, wir können zeigen, was möglich ist, und nicht schulmeisterlich sagen: Jetzt fangt ihr bitte erst an, und dann gucken wir, ob wir vielleicht auch etwas tun. Wir können doch zeigen, dass man die Produktivität vom Energieverbrauch abkoppeln kann. Wir können beweisen, dass Klimaschutz ein Fortschrittsmotor ist. Wir können vorleben, das ökologisch verantwortbarer Lebensstil eben auch ein Mehr an Lebensqualität ist. Vielleicht können Sie sich so etwas einmal vorstellen und nicht immer nur schulmeisterlich sein.

Es ist ein Grundproblem der Landesregierung: Sie diskutieren, Sie streiten sich untereinander. Sie haben noch nicht einmal die Mindeststandards, die man als Regierung halten sollte.

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

Sie verschlimmern die Situation, anstatt es ein bisschen besser zu machen.

Ich will Ihnen ein einziges Beispiel nennen, an dem man es exemplarisch sehen kann: die Frage der Luftverschmutzung. Der OECD-Bericht benennt sehr genau, welche Folgen die Feinstaubbelastung hat. Wir konnten uns in den letzten Monaten sehr genau ansehen, was die Landesregierung da tut. Sie sind verantwortungslos, Sie sind ohne Orientierung, und Sie sind nicht bereit, wirklich zu handeln.

(Beifall von der SPD)

Ihnen ist die Gesundheit der Menschen im Ruhrgebiet völlig egal.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wo leben Sie eigentlich?)

Sie haben in Regierungsverantwortung einen Zirkus aufgeführt, der unbeschreiblich ist.

(Beifall von der SPD)

Der Umweltminister hat ein paar Vorschläge gemacht. Der Verkehrsminister, die Wirtschaftsministerin und die FDP haben diese Vorschläge dann wieder einkassiert. Die Gesundheit der Menschen im Ruhrgebiet hat Sie kein bisschen interessiert.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Quatsch!)

So kann man nicht regieren.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, zusammengefasst: Sie sind eine Regierung; Sie müssen sich auch dieser Verantwortung stellen. Deshalb mein Appell an Sie: Hören Sie auf, scheinheilig Aktuelle Stunden zu beantragen und irgendwelche überholten Debatten

zu führen. Tun Sie doch nicht so, als sei das neu, was im OECD-Bericht steht. Wir haben viel konkretere Hinweise, viel konkretere Handlungsfelder für Nordrhein-Westfalen. Hören Sie endlich auf, Diskussionen einzufordern. Wir werden Sie an Ihrem Handeln messen. Handeln Sie endlich für Nordrhein-Westfalen! Ihre Taten sind das Entscheidende und nicht das, was Sie in bunten Bildchen in irgendwelche Berichte schreiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Schulze. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im ersten Moment war ich überrascht. CDU und FDP stellen einen Antrag auf eine Aktuelle Stunde, und das Hauptthema soll Umwelt sein. Das hatten wir noch nie. Insofern dachte ich: Oh, da hat sich etwas bewegt. Vielleicht geschehen doch noch Zeichen und Wunder.

(Svenja Schulze [SPD]: Nö! – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Dann, beim zweiten und dritten Blick, wurde mir klar, was hier passiert. Also, der OECD-Bericht ist schon etwas älter, nicht so aktuell, im März schon vorgestellt worden; da ist es eine aktuelle Veranstaltung gewesen. Insofern hätte man das Thema, wenn man über diesen Bericht wirklich intensiv diskutieren wollte, schon sehr viel früher auf die Tagesordnung setzen können.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP] – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Erwartet habe ich dann, dass der Herr Umweltminister oder die Umweltpolitikerinnen und -politiker der Koalitionsfraktionen einen Aufschlag machen. Aber da kommt wie Kai aus der Kiste der „ewige Herr Weisbrich“ und erzählt uns, was er uns immer schon erzählte – im Übrigen wie damals der ältere Cato –, und fügt als seine Meinung hinzu: Der Emissionshandel ist Unsinn und muss eigentlich abgeschafft werden. Das ist Ihre zentrale Umweltbotschaft, die Sie heute anhand dieses doch sehr umfangreichen Berichts in die Plenardebatte einbringen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Völlig falsch!)

Wenn man noch genauer hinschaut, wird deutlich, dass der Umweltminister des Landes, der zu diesem Thema die zentrale Federführung haben sollte, diese Federführung offensichtlich an die Wirtschaftsministerin abgegeben hat.

(Hannelore Kraft [SPD]: An die FDP!)

Dabei ist der „getreue Eckhard“ in allen Bereichen doch ach so lieb. Er hat doch bisher aus Ihrer Sicht

gar nichts falsch gemacht. Er hat den Chef-Lobbyisten der kommunalen Spitzenverbände ins Ministerium geholt. Er macht das, was die Lobby will. Der Lobbyist der Landwirtschaftskammer ist Leiter des Ministerbüros.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Was? Was erzählen Sie da? Der Leiter des Ministerbüros? Quatsch!)

Der Minister hat einen „Dialog Wirtschaft und Umwelt“ ins Leben gerufen. Dieser Dialog an zentraler Stelle sagt: Wir bestimmen zukünftig die Politik der Landesregierung. – Also, der Umweltminister hat doch in Ihrem Sinne alles richtig gemacht. Er musste sogar die Kompetenzen im nachgeordneten Bereich abgeben.

Jetzt hat er noch nicht einmal die Kompetenz an zentraler Stelle, inhaltlich etwas zur Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen sagen zu können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dabei wäre es schon interessant, den OECD-Bericht wirklich auf Nordrhein-Westfalen herunterzurechnen. Dieser Bericht hat nämlich zwei zentrale Botschaften.

Die erste Botschaft lautet: Vergesst bei der Diskussion über den Klimawandel den großen Bereich der Umweltpolitik nicht. Es gibt in der Umweltpolitik mehr zu tun, als sich nur mit dem Klimawandel zu beschäftigen. Das ist eine zentrale Botschaft, insbesondere im Bereich des Artenschutzes, des Gewässerschutz und der Chemikalien, die immer mehr in die Umwelt eingetragen werden.

Die zweite zentrale Botschaft bezieht sich in der Tat auf den Klimawandel und den Klimaschutz: Ihr könnt es auf der Distanz bis 2030 billiger haben, aber ihr müsst alle Instrumente anwenden! Insbesondere müsst ihr das Instrument des Immissionshandels anwenden. Alle Branchen müssen mitmachen. Das ist die zweite zentrale Botschaft, die durch Sie heute verwässert worden ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die OECD empfiehlt ein Bündel an Maßnahmen, um die Kosten gering zu halten. Dazu gehören beispielsweise marktwirtschaftliche Instrumente, im Übrigen auch staatliche Eingriffe wie zum Beispiel die Nutzung von Umweltsteuern, die effiziente Wasserbepreisung, der Emissionshandel. Das Verursacherprinzip steht ganz oben. Die OECD empfiehlt auch Abgabelösungen wie zum Beispiel beim Müll.

Sie fordert die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, insbesondere im Bereich der fossilen Brennstoffe, aber auch – darüber könnten wir hier auch ausführlich diskutieren – im Bereich der Landwirtschaft. Alle Subventionen, die der Umwelt schaden, sollen im Bereich der Landwirtschaft abgeschafft werden. Wir fühlen uns damit in unserer Forderung eindrucksvoll unterstützt.

Und sie fordert Investitionen in Bereich von Forschung und Entwicklung sowie in Teilen auch Umweltkennzeichnung und mehr Information. Das sind Themen, die wir in der Tat hier im Landtag an der einen oder anderen Stelle debattiert haben.

Schaut man dann aber, was sich in der Umweltpolitik in den letzten drei Jahren konkret getan hat, wird man feststellen, dass Nordrhein-Westfalen abgerutscht ist, zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien auf Platz 12. Aus Ihren Reden – Herr Brockes hat das noch sehr viel platter formuliert als Herr Weisbrich – ist deutlich geworden, dass die Landesregierung Lobbyismuspolitik betreibt, zum Beispiel für RWE und E.ON.

(Widerspruch von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, schauen Sie sich doch einfach einmal Ihre Reihen an. Das, was Sie hier heute Morgen veranstalten, ist doch eine Gespensterdebatte. Ihre eigenen Leute wollen Ihr Gequake doch schon gar nicht mehr hören. Die haben an dieser Stelle fluchtartig den Saal verlassen. Sie konzentrieren sich quasi sektenhaft auf Themen,

(Beifall von den GRÜNEN)

die in der Diskussion eigentlich gar keine Rolle mehr spielen.

Stattdessen gibt es Lobbyismus im Kampf für Kohle und Atom, gegen den Emissionshandel. Sie laufen zum Schaden von Nordrhein-Westfalen ständig vor die Wand.

Was haben wir beim Artenschutz? – Seit drei Jahren gibt es da in Nordrhein-Westfalen keine Bewegung mehr. Wir verlieren in Nordrhein-Westfalen tagtäglich Arten. Stattdessen wird der öffentliche Wald verscherbelt und soll wirtschaftlich noch ausgepresst werden.

Beim Kiesabbau am Niederrhein gibt es keinen Schutz für die Landschaft und die Menschen, stattdessen gibt Herr Ellerbrock den Ton vor: Hier soll ein großes „Ijsselmeer“ geschaffen werden.

Den Bioboom haben Sie verschlafen. Der wäre auch eine Konsequenz bei der Landwirtschaft, in eine andere Richtung zu gehen. Nordrhein-Westfalen verschläft hier den zentralen Weg nach vorne.

Wir haben ein anhaltendes Artensterben. Beim PFT-Skandal haben Sie kläglich versagt. Chemikalien aus der Umwelt herauszuhalten, ist ein zentrales Thema, das uns die OECD vorgibt. Stattdessen wird die Umweltverwaltung zerschlagen. Bei der Störfallserie im Chemiebereich haben Sie keine Antworten.

Unter dem Strich hätten wir in Nordrhein-Westfalen also wirklich viel zu diskutieren, wenn es um eine bessere Umweltpolitik für dieses Land ginge. Schade, dass Sie diese Chance verpasst haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Remmel. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Thoben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Herr Uhlenberg, haben Sie nichts mehr zu sagen?)

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus aktuellem Anlass spreche ich zu einem Aspekt aus der OECD-Studie. Wenn keine neuen Maßnahmen getroffen werden, laufen wir nach den Ergebnissen der Studie Gefahr, dass ökologische Fundament für dauerhaften, wirtschaftlichen Wohlstand in den nächsten Jahrzehnten irreversibel zu beschädigen. Die globalen Treibhausgasemissionen würden bis 2030 voraussichtlich um weitere 37 % steigen.

Diesen Herausforderungen müssen wir uns als Energie- und Industrieland Nummer eins in Europa in besonderer Weise stellen. Ich sage hier mit nachdrücklichem Ernst: Das gilt umso mehr, als die wirtschaftlichen Aussichten nicht gerade rosig sind.

Ausgangspunkt ist für uns das Klimaschutzziel der Europäischen Union, das heißt die Verringerung der CO₂-Emissionen um 20 % gegenüber 2005. Wir betrachten dieses Ziel als einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung der nächsten Generationen.

Wir verfolgen dabei eine Energie- und Klimapolitik mit Augenmaß. Das heißt: Bei der Verfolgung von Klimaschutzzielen sind Übersteuerungseffekte zu vermeiden. Vorrang genießen effiziente und damit wirtschaftlich tragbare Klimaschutzmaßnahmen, die sich in einem absehbaren Zeitraum amortisieren.

Mit dem Land Oberösterreich haben wir die Allianz wirtschaftsstarker Regionen Europas mit einem hohen Anteil an energieintensiven Industriebetrieben gegründet. Meine Damen und Herren, inzwischen traten durch Unterzeichnung des Positionspapiers die Länder Bayern, die Provinz Limburg in den Niederlanden und das Land Niedersachsen der Allianz bei. Heute Morgen noch die Woiwodschaft Schlesien, mit der ich ein ausführliches Gespräch hatte. Dort werden 90 Millionen t Kohle gefördert, die dort auch verstromt werden. Die Vertreter dieser Region sagen: Bei uns gehen die Lichter aus, wenn es so kommt, wie sich das jetzt abzeichnet.

Ziel dieser Allianz ist es, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat die besondere Betroffenheit der energieintensiven Industrie Europas durch die geplanten Regelungen für die Zuteilung der CO₂-Zertifikate nahezubringen und wirtschaftsverträgliche Korrekturen einzufordern. Diese müssen den Wirtschaftsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit Europas sicherstellen.

Das heißt: Die geplante, stufenweise Einführung der Auktionierung bei den energieintensiven Industrien lehnen wir ab. Zulieferungen müssen kostenlos und auf der Grundlage anspruchsvoller Benchmarks vorgenommen werden. Das wird in der laufenden Handelsperiode so gehandhabt. Wir erwarten nachdrücklich, dass das weitergeht.

Es muss außerdem rasch geklärt werden, welche Branchen der energieintensiven Industrie – wahrscheinlich tummeln sie sich vor Ort und freuen sich auch nicht gerade über Entwicklungen wie bei Ruhrzink – dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt und damit aufgrund des Carbon Leakage gefährdet sind. Das muss vor 2010 passieren.

Ebenso wie die energieintensive Industrie stehen auch Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung im Wettbewerb mit Anlagen, die nicht dem Emissionshandelsregime unterworfen sind. Eine Teiloptionierung für KWK-Anlagen ist somit keine ausreichende Entlastung.

Und schließlich: Auf die vollständige Versteigerung der Zertifikate für den Stromsektor bereits ab 2013 ist zu verzichten. Mindestens für den Ersatz alter durch neue hocheffiziente Kraftwerke, die mit demselben Brennstoff weiter betrieben werden sollen, ist eine Zuteilung nach Benchmarks vorzusehen. Eine vollständige Auktionierung der Zertifikate wirkt für diese Vorhaben als massives Investitionshindernis und verschenkt die großen CO₂-Einsparpotenziale, die mit dem Kraftwerkserneuerungsprogramm verbunden sind.

Interessant ist ja, was man aus dem Umweltministerium in Berlin hört. Herr Gabriel denkt ganz offensichtlich, weil es irgendwann bei ihm auch einmal geklingelt haben muss, darüber nach, das Geld aus dem CO₂-Handel zwar als Erstes in die Bundeskasse zu holen und sich dann ein Bonusprogramm – man höre und staune – für hocheffiziente Kohlekraftwerke auszudenken. Ist er eigentlich noch gescheit im Kopf? Das ist kein Ersatz für eine schnelle Beseitigung, das ist kein Ersatz ...

(Beifall von CDU und FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Was ist das für eine Umgehensweise? – Weitere lebhafte Zurufe von der SPD – Ralf Jäger [SPD]: Das ist unterirdisch!)

– Habe ich Sie beschimpft? Das würde ich mich nie trauen. Warum sollte ich?

Ich mache darauf aufmerksam, dass Herr Gabriel jetzt plötzlich überlegt, ob er erst das Geld holt und dann das Bonusprogramm für effiziente Kohlekraftwerke macht. Und da gestatte ich mir schon, das als Unsinn und Ausweis von Verantwortungslosigkeit zu bezeichnen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit und der Sache nicht angemessen!)

So etwas ist kein Ersatz für einen maßvollen Umgang angesichts von derzeitigen Wirtschaftsaussichten. Die werden Sie auch noch zum Nachdenken bringen!

(Ralf Jäger [SPD]: Zunehmend peinlich! Peinlich, peinlich!)

Der DGB, der an sich in der Sache in Nordrhein-Westfalen derselben Meinung ist wie wir, bekommt von der Bundesebene vorgeschrieben, man habe sich nun anders entschieden, er müsse jetzt den Mund halten. Wo sind wir? Wir sind nicht in der Situation, der Verantwortung zum jetzigen Moment schon ausreichend gerecht zu werden. Ich bin da ganz, ganz sicher.

Lesen Sie, was die Stahlindustrie schreibt: Die Stahlkocher haben für ihren Kampf gegen die EU-Pläne zahlreiche Unterstützer. Dazu zählen zum einen die energieintensiven Industrien sowie Gewerkschaften wie die IG Metall. Warum fällt es Ihnen so schwer, solche Überlegungen nachzuvollziehen? Es kann doch nicht wahr sein!

(Holger Ellerbrock [FDP]: Beratungsresistent!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Das, was Sie weiter hier vertreten, ist für den Wirtschaftsstandort und für Deutschland insgesamt gefährlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie wollen über Schulden Wachstumsprogramme finanzieren. 30 Milliarden warten bundesweit darauf, investiert zu werden. Den Investoren muss man endlich die Rahmenbedingungen nennen, damit sie sich entscheiden können, ob sie hier oder im Ausland tätig werden wollen.

(Hannelore Kraft [SPD]: In welcher Welt leben Sie eigentlich?)

– Ja, Frau Kraft, ich sage deutlich: Ich bin heute Morgen sehr stolz auf das Ergebnis der Tarifverhandlungen, das die IG Metall vertreten hat.

(Ralf Jäger [SPD]: Da sind Sie stolz drauf?)

– Ja! Und wissen Sie, warum? Weil sie Vernunft hat wirken lassen. Als sie vor ein paar Wochen gestartet ist, wusste sie noch nicht, wie sich die Bedingungen verändern werden. Heute hören Sie, dass sie sagt: Jetzt sind wir aber in einer anderen Situation. Wir müssen neu nachdenken. – Und sie denkt neu nach. Ich bin für diese Einsicht dankbar und würde sie mir von Ihnen auch wünschen.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Dann hören Sie mal öfter auf die IG Metall!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Thoben. – Für die SPD spricht nun Herr Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Thoben, ich finde es schon interessant. Ich hatte immer gelernt, die Richtlinienkompetenz der Politik bestimmt die Kanzlerin, die einem Kabinett vorsteht, dem Herr Gabriel angehört. Wenn Sie ihn angreifen, greifen Sie automatisch die Bundesregierung an.

(Beifall von der SPD – Lachen von Ministerin Christa Thoben – Ralf Jäger [SPD]: So lustig ist das gar nicht!)

Meine Kollegin Frau Schulze hat gerade zu den Umweltaspekten des OECD-Ausblicks für das Jahr 2030 gesprochen, auf die die Nachredner aus den Regierungsfractionen überhaupt nicht eingegangen sind.

Ich möchte jetzt auf einige Klima- und Energieaspekte eingehen, weil ich nicht alle 100 Seiten der Studie kommentieren möchte. Ich konzentriere mich auf die Politikoptionen, die in der OECD-Studie beschrieben werden. Die OECD-Studie kommt zu folgenden Kernaussagen:

Es wird entscheidend auf staatliche – ich wiederhole: staatliche – Maßnahmen ankommen, um einen dauerhaften Technologiewandel herbeizuführen und die Welt auf einen nachhaltigen Energiepfad zu lenken. Von „Privat vor Staat“, Kolleginnen und Kollegen, findet man in der ganzen OECD-Rede kein einziges Wort.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eine starke Ausrichtung auf marktwirtschaftliche Instrumente ist erforderlich, um einen klaren Preis für CO₂- und sonstige Treibhausemissionen festzusetzen und Anreize für eine Emissionsminderung zu schaffen, wo sie am kostengünstigsten erzielt werden.

Es sind radikale Änderungen in der Erzeugungs- und in den Verbrauchsstrukturen notwendig. Ziel muss es sein, von kohlestoffintensiven fossilen Brennstoffen abzugehen. Wir in der SPD-Fraktion wissen wie die OECD, dass wir dies nur durch einen Umstieg auf erneuerbare Energien erreichen. Wir befürchten – das haben wir heute Morgen schon gesehen –, dass Sie mit Ihrer selektiven Wahrnehmung wieder die OECD dahin gehend zitieren werden, dass auch die Atomenergie grundsätzlich als kohlenstofffrei anzusehen ist.

Die OECD hat aber hierzu eine diplomatische Formulierung gefunden, die für Nordrhein-Westfalen ganz klare Schlüsse zulässt. Der Bericht weist zu Recht darauf hin, dass bei der Erzeugung von Kernenergie radioaktive Abfälle anfallen, deren Entsorgung problematisch ist. Er weist zu Recht darauf hin, dass daneben radioaktive Gefahren und Verseuchung bei Unfällen bestehen sowie internationale Konflikte eine Gefährdung darstellen.

Deshalb ist es gut, dass wir in NRW vor Jahrzehnten aus der Atomenergie ausgestiegen sind. Und

ich sage für die SPD-Fraktion: Es bleibt beim Ausstieg; daran wird nicht gerüttelt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir freuen uns auf die Auseinandersetzung in den bevorstehenden Wahlkämpfen.

Kolleginnen und Kollegen, was sagt dieser Bericht konkret zu NRW? Nichts. Das kann er auch nicht, weil er einen weltweiten Vergleich anstellt. Gehen wir eine Ebene tiefer: Auf der nationalen Ebene gibt es zunächst einmal das Umweltgutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen, der ein großes Lob für das integrierte Energie- und Klimapakete der Bundesregierung ausspricht.

Gehen wir noch eine Ebene weiter nach unten, verlassen die Weltbühne und schauen nach NRW. In den Niederungen der Tagesarbeit müssen Arbeit und Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen gemacht werden. Im Landtag brauchen wir nicht darüber zu diskutieren, Kollege Weisbrich, wie China seine Energieversorgung aufbauen sollte und welchen Energieverbrauch wir den Menschen in China arroganterweise zugestehen. Wir haben jahrhundertlang den technologischen Fortschritt betrieben.

(Christian Weisbrich [CDU]: Sie haben nichts verstanden!)

Wir sind gewählt worden, um hier und heute Energiepolitik für die Menschen und unseren Wirtschaftsstandort zu machen.

(Beifall von der SPD)

Auf dieser Ebene findet nämlich die Nagelprobe statt, vor der Sie sich drücken. Auf Landesebene kann man anhand objektiver Kriterien beurteilen, wie gut und erfolgreich Ihre Politik ist.

Am vergangenen Montag wurde in Berlin der Bundesländervergleich zu erneuerbaren Energien vorgestellt. Bevor Sie über diese Studie herfallen, lassen Sie sich sagen: Sie wird maßgeblich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung erarbeitet, das keine Vorhutorganisation der SPD ist.

Im Landtag haben wir Ihnen immer wieder nachgewiesen, wie sehr Sie im Land Nordrhein-Westfalen durch Ihre destruktive und unkoordinierte Klimapolitik Schaden anrichten; Sie haben uns nie geglaubt. Am vergangenen Montag haben Sie das Zeugnis bekommen: Es ist verheerend und niederschlagend.

Nur ein paar Ergebnisse: Im Gesamtranking der Bundesländer liegt Nordrhein-Westfalen auf dem verheerenden zwölften Platz. Dahinter kommen nur noch Stadtstaaten wie Hamburg und Berlin oder das Saarland. Noch düsterer sieht es beim wirtschaftlichen und technologischen Wandel aus, von dem hier gerne und viel geschwätzt wird.

Nordrhein-Westfalen ist beim Anteil der Unternehmen der erneuerbaren Energien an allen Unter-

nehmen inzwischen auf den vorletzten Platz zurückgefallen. Auf diesen Abstiegsplatz haben Sie das einst stolze Energieland Nordrhein-Westfalen durch Ihre Politik seit 2005 gebracht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Warum ist das so? Herr Brockes berichtet so gerne von Reisen des Wirtschaftsausschusses. Reisen bildet.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP] – Ralf Jäger [SPD]: Er ist das lebende Beispiel!)

Wir haben auf der Reise des Wirtschaftsausschusses gelernt, wie im Bereich der Windkraftanlagen Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Emden entstanden sind. Wir beschäftigen uns nicht mit alten, abgeschriebenen Kraftwerken in Lingen, sondern wir schauen nach vorne. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie und das Wirtschaftsministerium weiterhin von Windkraftmonstern reden, wundert uns nicht, dass kein Investor, der so empfangen wird, den Weg nach Nordrhein-Westfalen findet. Das ist eine absolut destruktive Investitionspolitik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich kann Ihnen für die SPD-Fraktion zusichern: Wir werden die OECD-Studie umfassend parlamentarisch begleiten. Was bei Ihnen herauskommt, können wir uns vorstellen: nichts als ein weißes Blatt. – Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Stinka. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Kollege Ortgies.

Friedhelm Ortgies (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die in Berlin vorgestellte OECD-Studie gibt uns einen breiten Überblick über den derzeitigen Sachstand des Klimawandels und seiner Folgen. Außerdem werden politische Handlungsoptionen und Maßnahmen vorgestellt, mit denen die Klimaentwicklung für die nächsten Generationen verbessert werden soll.

Bei aller Diskussion über die Ursachen des Klimawandels steht fest: Das Klima ändert sich mit unübersehbaren Folgen.

(Lachen von der SPD – Svenja Schulze [SPD]: Und die Erde ist eine Scheibe! – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– Ja, bei aller Diskussion über die Ursachen.

Jeder weiß, dass wir etwas tun müssen und werden. Nordrhein-Westfalen als wichtiges energiepolitisches Land hat da eine besondere Verantwortung.

Wir werden die Welt jedoch nicht alleine retten können.

(Beifall von der FDP)

Aber als Hochtechnologieland haben wir eine hohe Verantwortung, beispielgebend für andere Länder dieser Welt zu sein.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Das scheint Sie besonders zu amüsieren.

Dabei hat dieses Land eine riesige Chance, davon auch im Hinblick auf Wirtschaft und Arbeitsplätze zu profitieren. Mit Erlaubnis der Präsidentin möchte ich den Ministerpräsidenten dieses Landes zitieren: „Industrie- und Klimapolitik sind keine Gegensätze“.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Reise-Ministerpräsident!)

Das Handeln der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist daher von einer Politik der Versöhnung zwischen Industrie und Klimapolitik gekennzeichnet.

Dieses Land hat in den vergangenen Jahren seine Schularbeiten gemacht. Ich nenne hier die vielfältigen Maßnahmenkataloge hinsichtlich der Umweltpolitik in den Ministerien von Herrn Uhlenberg und Frau Thoben. Dazu gehören der Ausbau der erneuerbaren Energie, die Nutzung der beträchtlichen Potenziale der Bioenergie in der Landwirtschaft und die Förderung der Nutzung der Biomasse zur Erzeugung von Strom und Wärme, ohne dass die Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung verschärft wird.

Im März 2007 fand in Düsseldorf eine Sonderumweltministerkonferenz statt, die in der Verabschiedung der Düsseldorfer Erklärung gipfelte. Darin werden die klimapolitischen Ziele der EU unterstützt. Für Deutschland wird die Messlatte sogar noch höher gelegt: Die CO₂-Emissionen sollen bis zum Jahr 2020 um 30 % reduziert werden.

Die Landesregierung hat ein energiepolitisches Konzept, das den Klimaschutz als kontinuierliche und umfassende Aufgabe sieht, auf den Weg gebracht: zum Beispiel mithilfe der neustrukturierten Energieagentur Nordrhein-Westfalen oder mit dem Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW im Haus Düsse. Dort werden Informations- und Beratungstätigkeiten rund um die energetische Biomassenutzung intensiviert und Leitprojekte für die innovative Nutzung von Rest- und Abfallstoffen unterstützt.

Meine Damen und Herren, auch Agrarumweltmaßnahmen sind ein integraler Bestandteil des NRW-Programms „Ländlicher Raum“. Dadurch unterstützen wir freiwillige Leistungen von Landwirten für mehr Umwelt- und Naturschutz.

Nordrhein-Westfalen hat neben traditionellen Industriestandorten vielfältige ländliche Räume, die bei

den erneuerbaren Energien eine große Rolle für den Klimaschutz spielen. Noch vor einem Jahr gab es die heftigsten Diskussionen darüber, ob es moralisch vertretbar sei, Produkte aus der Landwirtschaft energetisch zu verwenden.

Nach nur wenigen Monaten des Höhenflugs der Nahrungsmittelpreise gibt es einen drastischen Preisverfall bei landwirtschaftlichen Produkten. Die Pläne dieser Landesregierung, einen Teil der Agrarproduktion für die Energieerzeugung zu verwenden, erweist sich damit langfristig gesehen als eine vernünftige Politik. Man kann nicht bei jeder Veränderung der Märkte die Pferde wechseln. Unsere Politik ist – wie auch die OECD-Studie – auf Langfristigkeit angelegt. Die Erzeugung erneuerbarer Energien soll auch weiterhin eine Einkommensalternative für Landwirte bleiben.

Einige Worte zur Windenergie: Sie ist im Rahmen eines sinnvollen Repowerings weiterzuentwickeln. Wir wollen nicht, dass überall neue hohe Anlagen gebaut werden, wie es zum Beispiel die Grünen gestern mit ihrem Antrag zur Windenergie im Wald gefordert haben. Die Belastbarkeit der Menschen ist hierbei erreicht und teilweise überschritten.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Wir sollten darüber nachdenken, ob nicht kleine und dezentrale Anlagen eine sinnvolle Alternative sein können.

Ich möchte noch einige Bemerkungen zu Offshore-Windanlagen machen, die der Kollege Stinka eben angesprochen hat. Wir sind zwar keine Küstenregion, jedoch müssen wir dafür sorgen, Herr Stinka, dass der so erzeugte Strom transportiert werden kann, wenn Offshore-Anlagen sinnvoll sein sollen. Es reicht nicht aus, ihn nur bis zur Küste und nicht weiter liefern zu können.

Ich hoffe, dass die Befürworter der Windenergie mithelfen, die dann nötigen und wichtigen Überlandleitungen rechtzeitig genehmigungsreif zu machen und zu bauen. Wir können das Pferd nicht von hinten aufzäumen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Angesichts der Proteste gegen die Castor-Transporte in den vergangenen Tagen reizt es, die Glaubwürdigkeit der rot-grünen Politik zu hinterfragen. Die Diskussionen über den CO₂-Ausstoß kann man nicht losgelöst von der Nutzung der Kernenergie führen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie können das Endlager dann ja in Ostwestfalen bauen!)

Wer die längere Laufzeit von Kernkraftwerken ablehnt, muss erklären, wie er den erhöhten Schadstoffausstoß begründet. Wer sich zugleich gegen Kohlekraftwerke ausspricht, muss den Menschen erklären, wie er sich eine saubere, sichere und be-

zahlbare Energieversorgung für künftige Generationen vorstellt.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass die Endlagerung radioaktiver Abfälle immer noch nicht gelöst ist. Die betroffenenpolitische Sprecherin der Grünen, Frau Roth, und eine ehemalige NRW-Umweltministerin, die in ihrer Regierungsverantwortung viel Klientelpolitik betrieben hat, stolzieren nun wichtigtuerisch durch die Reihen der Demonstranten und wollen gesehen werden.

Ich frage mich: Wo waren diese Proteste, als die Grünen noch Verantwortung für die Castor-Transporte trugen? Damals hat man nichts von Ihnen gesehen!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Atomkonsens ist aufgekündigt worden! Das ist das Thema!)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss: Die OECD-Studie setzt in vielen Bereichen der erneuerbaren Energien beim Schutz von Boden, Wasser und Luft langfristige Schwerpunkte. Das Land Nordrhein-Westfalen handelt im Sinne einer verantwortungsvollen Klima-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

(Widerspruch von der SPD)

Das umfassende Werk der OECD-Studie macht die Dimension der umweltpolitischen Herausforderungen in der Zukunft deutlich. Die CDU- und FDP-Koalition sieht Nordrhein-Westfalen auf einem guten gemeinsamen klimapolitischen Weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ortgies. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wenn man die Diskussion verfolgt, stellt man sich manche Frage.

Erstens. Frau Schulze, ich stehe dazu: Das Klima wandelt sich im Laufe der Zeit; das ist richtig. Ein Blick in die Entwicklungsgeschichte der Erde versus Geologie zeigt und bestätigt das.

(Kopfschütteln von Svenja Schulze [SPD])

Wenn das an Ihnen vorbeigegangen ist, sind Sie PISA-geschädigt. Das dürfen wir Ihnen nicht übel nehmen!

(Heiterkeit und Beifall von FDP und CDU – Ralf Jäger [SPD]: Mein Gott! – Svenja Schulze [SPD]: Er hat es nicht verstanden!)

Zweitens. Momentan wird darüber gestritten, welchen Einfluss der Mensch auf die Klimaveränderung hat, die Tag für Tag stattfindet. Dabei geht es um

die Geschwindigkeit. Wenn Sie in die naturwissenschaftliche Literatur schauen, werden Sie feststellen, dass die Emissionen klimarelevanter Spurengase aus menschlichem Einfluss um Dimensionen kleiner sind als die der natürlichen Prozesse.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Lesen Sie doch lieber Märchenbücher vor! – Zustimmung von der SPD)

Natürlich ist das Klima per definitionem nicht konstant. Deswegen gibt es kein Recht auf konstantes Klima. Diese Äußerung habe ich nicht zurückzunehmen.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie haben vergessen: Die Erde ist eine Scheibe! – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ihre Darstellungsart allerdings zeigt, dass Sie als betroffenenpolitische Goldmedaillengewinnerin dieses Landtags gelten können, denn Larmoyanz ist Ihre Stärke – nicht die Sachargumentation.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] – Lachen von der SPD)

Meine Damen und Herren, sagen wir ganz deutlich: Bar jeder juristischen Kenntnis hinsichtlich der Umweltzonen werfen Sie diesem Umweltminister und dieser Landesregierung vor, dass dem Gesetz entsprechend nach dem Übermaßverbot gehandelt worden sei und Umweltzonen nur dort eingerichtet worden wären, wo sie zwingend notwendig seien.

Im Übrigen bestätigt das Umweltbundesamt die Fragestellung, inwieweit dieser geringe Anteil an der Feinstaubbelastung wirklich relevant ist, und es stellt die Wirksamkeit von Umweltzonen grundsätzliche infrage. Auch diese Fachdiskussion ist an Ihnen natürlich vorbeigegangen.

Kollege Remmel, Sie haben Recht: Auch ich hätte mir für heute eine größere Beteiligung seitens der Regierungskoalition vorgestellt. Zumindest für meine Kolleginnen und Kollegen kann ich Ihnen versichern – das weiß ich auch von den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion –: Wir thematisieren die anstehenden Gesprächskreise in unseren Fraktionssitzungen öfters. Somit ist klar, dass Dietmar Brockes und ich in unseren Reden die Fraktionsmeinung darstellen.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen will ich noch etwas zu denjenigen sagen, die Sie als Lobbyisten bezeichnen. Gute Lobbyisten sitzen bei EUROSOLAR im Aufsichtsrat und werben für Photovoltaik und Windkraft; schlechte Lobbyisten treiben eine sachgerechte Argumentation hinsichtlich fossiler Energieträger und Kernkraft voran.

(Zustimmung von Dietmar Brockes [FDP])

So lautet Ihre Argumentationsweise, die aus meiner Sicht ideologisch verblendet ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, der OECD-Bericht macht deutlich: Deutschland ist nicht der Nabel der Welt. Die von Ihnen immer hervorgehobene Vorbildfunktion interessiert in den Entwicklungsländern überhaupt nicht. Die Entwicklungsländer machen den Industrieländern gar keinen Vorwurf. Denn wir haben unter anderem Erkenntnisstand nach den Maßstäben der damaligen Zeit verantwortlich gehandelt.

Wenn man laufend auf die Kernkraft schimpft, entgegenge ich: An Ihnen ist die entwicklungspolitische Diskussion des energiepolitischen Kolonialismus völlig vorbeigegangen. Wenn wir als hochindustrialisiertes Land aufgrund scheinbar moralischer Gründe aus der Kernkraft aussteigen wollen, werden wir letztlich selbst bei Einsatz erneuerbarer Energien für Entwicklungsländer die dortigen Energiepreise hochhalten, denn die fossilen Energieträger werden dort die Basis bleiben. Dann haben Entwicklungsländer nur noch die Chance, Migrationsbewegungen anzustoßen. Schauen wir nur nach Südf frankreich, wie es dort aussieht!

Oder wir zwingen diese Länder, die auf einem wesentlich geringeren technischen Niveau arbeiten, wollen wir ihnen die Entwicklungschancen nicht nehmen, zur Nutzung der Kernkraft, die wir auf hohem technischem Niveau für nicht zu verantworten halten. Das verstehe, wer will – wir nicht. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE) : Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Ellerbrock, das war – ehrlich gesagt – bis jetzt die peinlichste Aktuelle Stunde, die ich je erlebt habe.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Normalerweise beantragen Fraktionen die Durchführung einer Aktuellen Stunde zu einem aktuellen und relevanten Thema. Die Fraktionen stehen dann dahinter und hören sich das an. Wir haben festgestellt: Nachdem heute Morgen alle Abgeordneten anwesend waren, hat die Mehrheit der Abgeordneten der Koalitionsfraktionen fluchtartig den Saal verlassen, als die Aktuelle Stunde aufgerufen wurde. Herr Ellerbrock, Sie haben das erklärt mit dem Hinweis, sie seien gegangen, weil Sie dieses Thema in den Arbeitskreisen immer intensiv diskutieren. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn Sie das auf dem gleichen Niveau machen, auf dem sich Ihr Beitrag hier gerade bewegte, dann habe ich Verständnis für die Kollegen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will Ihnen das an einem Satz aus Ihrer Rede verdeutlichen, der da lautete, es gebe kein Recht auf ein konstantes Klima. – Man muss sich einmal den Zynismus dieses Satzes vor Augen führen.

Aber zum Glück besteht mittlerweile Konsens, und selbst die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende sagt: Wir müssen die Emissionen um 70 bis 80 % reduzieren, weil auf der Welt Millionen von Menschen zu Klimaflüchtlingen werden, da entweder ihre Heimatgebiete ertrinken werden, also nicht mehr belebbar sind, oder es große Dürren geben wird, sodass die Landwirtschaft nicht mehr arbeiten kann. Das heißt, es werden Menschen ganz konkret betroffen sein.

Vor dem Hintergrund nonchalant zu behaupten, es gebe kein Recht auf ein konstantes Klima – natürlich weiß ich, dass man kein Recht auf 13, 14 oder 15 Grad am morgigen Tag und Schnee an Heiligabend hat –, ist beeindruckender Zynismus.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Angekündigt worden ist eine Aktuelle Stunde zum OECD-Umweltreport. Der Umweltreport umfasst sehr viele Themen. Im Prinzip geht es aber heute nur um den Emissionshandel.

Seitens der Regierungsmehrheit gibt es ja immer die Attitüde, dem Kollegen Römer vorzuwerfen, er reite mit seinem Einsatz für den langfristigen Sockelbergbau ein totes Pferd. Ehrlich gesagt ist das kein totes Pferd, sondern wir haben alle zugestimmt, dass es ein Grubenpony ist, das sein Gnadenbrot bis 2018 bekommt. Das ist also nicht tot. Sie reiten jedoch permanent zwei tote Pferde gleichzeitig, und zwar auch in der heutigen Debatte.

Ich spreche zum einen von dem toten Pferd Atomkraft. Das hat für Nordrhein-Westfalen null Relevanz. In dem zeitlichen Bereich, in dem wir alle Politik betreiben, wird nicht ein einziger Reaktor neu gebaut werden, selbst wenn Sie nach der nächsten Wahl noch die Mehrheit für diesen Irrsinnkurs haben. Er wird nicht gebaut, weil wir genau wissen, was das kosten würde.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sind da ja auch unehrlich bis zum Gehnichts-mehr. Herr Pinkwart ist der Einzige, der immer ganz klar sagt: Die Liberalen wollen neue Reaktoren. Das aber spielt für die industrielle Zukunft dieses Landes und für die Gegenwart und die Sorgen der Menschen, die Angst um die Arbeitsplätze haben, überhaupt keine Rolle. – Das ist das eine tote Pferd.

Das zweite tote Pferd, das Sie reiten, ist Ihre – auf Deutsch gesagt – regelrecht verquaste Position zum Emissionshandel. Es gibt eine breite Mehrheit im Deutschen Bundestag, getragen von den CDU-Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen, die wie folgt heißt:

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

RWE und andere bekommen die Emissionsrechte nicht weiter geschenkt. Sie bekommen nämlich in der laufenden Legislaturperiode 90 % der Emissionsrechte geschenkt. Sie preisen sie ein und stellen sie uns in Rechnung.

Wenn wir konsequent wären, schöpften wir diese Gewinne ab: Das, was Sie uns allen in Rechnung stellen, was Ihnen eigentlich nicht zusteht, wofür Sie nichts tun, das schöpfen wir ab. Dann nutzen wir es genau für Zwecke wie energiesparendes Bauen und Ähnliches, womit man die Konjunktur fördern könnte. Das wäre eine richtige Konsequenz.

Welche Konsequenz ziehen Sie? – Weiterhin die Emissionsrechte an die Unternehmen verschenken! In der politischen Landschaft der Bundesrepublik findet sich keine Mehrheit für diese Position. Sie weichen aus auf so obskure Allianzen mit Niederösterreich und Limburg, wo einzelne, von mir aus ehrenwerte Leute mit Ihnen ein Papier unterschrieben haben. Das hat mit der Realität der Ausgestaltung des Emissionshandels nichts zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Man könnte ja lächelnd darüber hinweggehen. Das Fatale ist nur: Damit machen sie es unmöglich, mit Ihnen zusammen an anderen Punkten, bei denen wir Gemeinsamkeiten haben könnten, gemeinsam zu handeln.

Beispielsweise wollen wir auch wir nicht – da haben Sie recht –, dass Betriebe belastet werden, die dann im internationalen Wettbewerb praktisch keine Chance mehr haben. Wir wollen nicht, dass diese Betriebe abwandern, weil es uns nichts nützt, wenn die Aluminiumindustrie Europa verlässt und woanders produziert. Wir müssten Konsens darüber herstellen, was sie brauchen, um zu überleben. Darüber könnte man reden.

Aber mit der Auffassung „schenkt E.on und RWE weiterhin das, was sie uns sowieso schon wegnehmen!“ machen sie eine gemeinsame Position völlig unmöglich. Mit jemandem, der so etwas Unrealistisches vertritt, redet doch auch auf der anderen Seite gar keiner mehr seriös. Daher muss man dann auf solche Nebenkriegsschauplätze ausweichen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Insofern reiten Sie zwei tote Pferde gleichzeitig.

Es gibt ja nicht nur die Themen Energie und Emissionshandel, die es immer wert sind, diskutiert zu werden und die wir auch rauf und runter diskutieren. Der OECD-Report enthält darüber hinaus dringend zu beantwortende Fragen zu den Feldern Trinkwasser, Feinstaub, Lärmemission und Freiflächenverbrauch. Es gibt viele relevante Fragestellungen, zu denen es verbal positive Ansätze gibt, Herr Minister – hier komme ich Ihnen völlig entgegen; Ihr Ansatz ist richtig –, aber die konkrete Umsetzung passiert nicht. Da bräuchte man Unterstützung. Man müsste es thematisieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der Vorwand, eine Aktuelle Stunde zum Thema OECD-Umweltreport durchzuführen, um dann über den Emissionshandel zu reden, wird den anderen Themen nicht gerecht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Priggen. – Für die Landesregierung spricht Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der OECD-Umweltbericht will der Politik Analysen und Anleitungen geben, wie die zu erwartenden Veränderungen der Umwelt wahrzunehmen sind und wie reagiert werden muss. Er gibt auch für uns in Nordrhein-Westfalen wichtige Hinweise. Der OECD-Bericht ist ein wichtiger Entscheidungsträger für die Politik der Landesregierung. Die Landesregierung nimmt sehr ernst, was in diesem Bericht der OECD steht.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Wir nehmen es nicht nur sehr ernst, sondern die Landesregierung ist in allen Bereichen, die in diesem OECD-Umweltbericht angesprochen werden, sehr gut aufgestellt.

Zum Thema Klimapolitik hat meine Kollegin Christa Thoben bereits einiges gesagt. Deswegen möchte ich mich jetzt – auch aus Zeitgründen – auf die anderen Bereiche konzentrieren, die auch in der Begründung für die Durchführung dieser Aktuellen Stunde im Mittelpunkt standen und die den wesentlichen Teil dieses Umweltberichtes der OECD ausmachen.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, es geht natürlich um Klimawandel, den Verlust von Artenvielfalt, um Wasser und Gesundheitsgefährdungen durch Umweltverschmutzungen.

Schon bevor es diesen OECD-Bericht gegeben hat, hat die Landesregierung eine Klimaanpassungsstrategie auf den Weg gebracht, nämlich seit 2005. Das hat es bei der vorigen Regierung nicht gegeben.

In der letzten Woche sind wir im Rahmen der Leitungsklausur mit dem Ministerium in Brüssel gewesen. Dort haben wir das Thema Anpassungsstrategie auf europäischer Ebene mit Fachleuten aus dem Europabüro der Naturschutzverbände und der Europäischen Investitionsbank diskutiert. Meine Damen und Herren, auch vom Büro der europäischen Naturschutzverbände ist uns bestätigt worden: Kein anderes Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland ist in der Frage der Anpassungsstrategie so weit wie Nordrhein-Westfalen. Ich bin

stolz darauf. Wir haben eher als andere Länder einen guten Weg eingeschlagen.

(Beifall von der CDU)

Sowohl hier als auch im Rahmen der Encore-Konferenz, bei der Nordrhein-Westfalen den Vorsitz auf dem Gebiet Klima und Umwelt übernommen hat, sind wir vernetzt. Im nächsten Jahr werden die Klimaexperten aus Europa bei uns in Nordrhein-Westfalen tagen. Im Rahmen eines Symposiums „Regionale Anpassung an den Klimawandel“ werden wir über diese Fragen diskutieren, weil Nordrhein-Westfalen hier eine Vorreiterrolle übernommen hat.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Landesregierung kommt der Forderung des OECD-Berichts nach einer internationalen Verzahnung der Aktivitäten und Handlungsoptionen sehr intensiv nach. Selbstverständlich stimmen wir uns auch national eng ab; so haben wir diese Themen im Frühjahr 2007 im Rahmen der Umweltministerkonferenz ein Stück vorangebracht.

Jetzt müssen wir uns noch intensiver um die einzelnen Bereiche kümmern, meine Damen und Herren. Während Klimaschutzmaßnahmen immer der globalen Gesamtbilanz zugute kommen, können Anpassungsmaßnahmen nur dort Wirkung zeigen, wo sie ergriffen werden.

Auch in Nordrhein-Westfalen spüren wir doch längst die Auswirkungen sich verändernder Temperaturen und Niederschlagsereignisse. Im Laufe der vergangenen 50 Jahre hat sich ein Anstieg der Durchschnittstemperatur um ca. 1 C, im Winter sogar um 1,5°C gezeigt. Gleichzeitig haben die Niederschlagsmengen pro Jahr vor allen Dingen im Winter zugenommen. Die Niederschläge fallen immer heftiger aus. Es gibt immer öfter Starkregenereignisse. Ich darf nur an das Starkregenereignis vor einigen Monaten in Dortmund erinnern.

In der Wasserwirtschaft verzeichnen wir beispielsweise eine Abnahme der mittleren Abflüsse der Fließgewässer im Sommer und eine Zunahme im Winter. Außerdem ist die durchschnittliche Wassertemperatur zum Beispiel im Rhein seit 1978 um 1,2 C gestiegen. Auch gibt es entsprechende Vorboten im Bereich des Artenschutzes und viele andere Dinge mehr.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist es richtig, dass die Landesregierung eine Anpassungsstrategie in all den Bereichen auf den Weg gebracht hat, in denen die Klimaveränderung auch in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen besonders zuschlägt.

(Zuruf von Svenja Schulze [SPD])

Das gilt für die Land- und Forstwirtschaft ebenso wie für die Wasserwirtschaft; ich habe gerade auf das Thema Starkregenereignisse hingewiesen. Wir sind dabei, ein Raster über ganz Nordrhein-

Westfalen zu legen, um die Veränderungen des Klimawandels durch Hochwasserereignisse in Nordrhein-Westfalen festzustellen und die besonders gefährdeten Bereiche herauszuarbeiten. Das gilt natürlich auch für den Naturschutz und den Bodenschutz. Hier sind erste Maßnahmen auf den Weg gebracht worden. Meine Damen und Herren, das ist wichtig.

Natürlich gehört auch das Thema Flächenverbrauch dazu. Es kann doch nicht sein, dass in einem Land wie Nordrhein-Westfalen Flächen in der Größenordnung der Hälfte des Nationalparks Eifel für Siedlung und Verkehrsfläche verbraucht werden. In der Regel handelt es sich dabei um landwirtschaftliche Nutzflächen.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir der Fläche in Nordrhein-Westfalen täglich noch 15 ha entnehmen, haben wir durch die Allianz für die Fläche eine Politik eingeleitet, die das verhindert. Ich wäre sehr froh gewesen, wenn sich die rot-grüne Regierung schon vor dem Jahr 2005 mit diesen Fragen auseinandergesetzt hätte. Diese Landesregierung hat sowohl bei der Frage der Klimaanpassungsstrategie als auch bei der Frage Bodenverdichtung in Nordrhein-Westfalen Schwerpunkte gesetzt. Wir haben die Aufgabe, eine Politik zu gestalten, die mit Blick auf unsere Kinder und Enkelkinder verantwortbar ist.

Das gilt auch für die Frage der Gesundheitsgefährdung durch Umweltverschmutzung. In keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland und in Europa geht man beim Thema Gesundheitsschutz so konsequent vor. Meine Damen und Herren, dazu gehört insgesamt der Luftreinhalteplan, dazu gehören aber auch die Umweltzonen. In keinem anderen Bundesland, in keinem anderen Land der Europäischen Union sind so viele Umweltzonen ausgewiesen worden wie in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in den Bereichen, in denen es auch eine Grundlage dafür gibt. Wir sind stolz darauf, dass wir dies auf den Weg gebracht haben. Auch hier ist unter Rot-Grün nichts gemacht worden. Von daher sind wir hier auf einem guten Weg.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister Uhlenberg, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Wir nehmen den OECD-Bericht im Bereich der Energiepolitik, aber auch in der Frage der Anpassungsstrategie sehr ernst. Nordrhein-Westfalen ist in all diesen Fragen, ob es um den Gesundheitsschutz, die Wasserqualität, den Hochwasserschutz oder den Flächenverbrauch geht, führend.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Wir sind in all diesen Fragen konzeptionell besser aufgestellt als die anderen Bundesländer. Darauf bin ich stolz. Ich kann Sie alle nur herzlich einladen, diesen Weg gemeinsam mit der Landesregierung zu gehen und nicht nörgelnd an der Seite zu stehen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Dies sind große politische Herausforderungen, die jetzt gelöst werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion erhält der Abgeordnete Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch der Beitrag von Minister Uhlenberg, der sich in seiner Diktion zwar wohlwendend von dem missglückten Beitrag von Ministerin Thoben abgehoben hat, hat in der Sache nichts beigetragen.

Herr Minister, Sprache ist verräterisch. Sie sprechen die ganze Zeit von Anpassungsstrategie. Das will ich nicht bestreiten. Wenn man regieren will, Herr Minister, muss man aber Politik gestalten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dazu sind Sie bisher jede Antwort schuldig geblieben, haben keine Perspektive für Nordrhein-Westfalen aufgezeigt.

In Anlehnung an das, was der Kollege Priggen zu Recht angemerkt hat, will ich noch einmal darauf hinweisen, dass Sie uns mit der Beantragung dieser Aktuellen Stunde heute Morgen eine ganze Menge zumuten: Die Regierungsfractionen beantragen diese Aktuelle Stunde, aber ihre Reihen bleiben die ganze Zeit leer, und Sie – Herr Weisbrich vorneweg und die Ministerin hintendran – benehmen sich in diesem Plenum oberlehrerhaft.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Die Ministerin beschimpft andere Politikerinnen und Politiker. Das ist dem Thema und dem Hohen Hause nicht angemessen.

Frau Ministerin Thoben, ich kann ja verstehen, dass Sie enttäuscht darüber sind, dass die Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen nicht zu Ihnen auf dieses tote Pferd steigen wollen. Die haben nämlich begriffen: Da kommt man keinen Schritt voran. Aber dazu, dass Sie die nordrhein-westfälischen Ge-

werkschaften beschimpfen und vor allen Dingen behaupten, die hätten Anweisungen aus der DGB-Zentrale in Berlin bekommen, kann ich Ihnen aus eigener Kenntnis nur sagen, Frau Thoben – Sie wissen das ja allenfalls aus Bilderbüchern oder vom Hörensagen –:

(Lachen und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen sind selbstbewusst und im Übrigen sachverständig genug, Frau Thoben,

(Ministerin Christa Thoben: Sachverständig ja!)

dass sie solch einen Blödsinn, den Sie uns hier im Hohen Hause nach wie vor vortragen wollen, nicht mitmachen. Also: Lassen Sie das Beschimpfen der Gewerkschaften sein! Seien Sie lieber diejenige, die in der Frage des Emissionshandels vernünftigerweise endlich umschwenkt!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Perspektiven für das Industrieland Nordrhein-Westfalen zu diskutieren war ja der hehre Anspruch, der dem Antrag der beiden Regierungsfractionen zu dieser Aktuellen Stunde zugrunde lag. Ich habe bisher keine einzige Perspektive, weder von den Regierungsfractionen noch von der Landesregierung, gehört.

(Beifall von der SPD)

Offensichtlich wollen Sie auch keine Perspektiven entwickeln. Sie haben, Frau Ministerin – das gilt für die Regierung Rüttgers insgesamt –, keinen Plan von diesem Land. Sie kennen weder die Menschen, noch kennen Sie offensichtlich die Anforderungen an eine verantwortlich handelnde Regierung. Sie sind bisher jede vernünftige Antwort schuldig geblieben.

Das Ansehen unseres Landes nimmt Schaden. Die Studie zum Ausbau der erneuerbaren Energien – das ist vorhin schon einmal zur Sprache gekommen; ich will das noch einmal herausstellen – macht deutlich: eine schallende Ohrfeige für diese Landesregierung!

(Beifall von Svenja Schulze [SPD])

Nordrhein-Westfalen ist abgehängt worden, weil Sie nichts tun, weil Sie erneuerbare Energien im Lande behindern.

Und dann die Verhandlungen zum Emissionshandel! Selbst wenn man sich ganz penibel auf Spurensuche begibt: Frau Ministerin, weder in Brüssel noch in Berlin, noch nicht einmal in Ihren eigenen Reihen, in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auch nur ein winziges Anzeichen dafür, dass Ihre wahnwitzige Idee vom Emissionshandel aufgenommen werden würde! Ergebnis der Spurensuche also null! Nordrhein-Westfalen findet nicht statt.

Und dann zu den Klimaschutzaktivitäten! Allenfalls – auch das ist heute wieder deutlich geworden – ein Feigenblatt, das die Blöße nicht zu verdecken mag!

Die Krönung dieser Perspektiven – das will ich noch einmal herausstellen –, die der Ministerpräsident für Nordrhein-Westfalen sieht, ist der heutige Kongress der „Initiative Forum Zukunft“. Der Titel lautet: „Zukunft Deutschland durch Verantwortung“. Ich zitiere hierzu mit Erlaubnis des Präsidenten:

Dr. Josef Ackermann hat die Deutsche Bank in den vergangenen Jahren mit großem strategischen Weitblick zu einem der führenden Bankhäuser Europas gemacht – und das in einer stürmischen „Großwetterlage“ der internationalen Finanzwelt. Dieses Engagement ist nicht nur der Deutschen Bank zugute gekommen, sondern hat auch die internationale Bedeutung des Finanzplatzes Deutschland erheblich gestärkt. Dr. Josef Ackermann hat dabei die öffentliche Debatte über die Rolle von Spitzenmanagern in Wirtschaft und Gesellschaft nie gescheut und sich mit bewundernswerter Geradlinigkeit und Offenheit auch der bisweilen harschen Kritik gestellt.

Dieses Zitat entstammt einer Pressemitteilung zur Verleihung des Zukunftspreises der „Initiative Forum Zukunft“. Diese Pressemitteilung kann man im Internet heute noch nachlesen; sie steht neben dem Bild des Ministerpräsidenten.

Jetzt wissen wir alle, dass Herr Ackermann selbst die Reißleine gezogen hat. Ich füge hinzu: Schade – denn die Deutsche Bank hat ja zu den Sponsoren des Zukunftskongresses gehört. Da wird deutlich, Frau Thoben, wo diese Landesregierung Prioritäten setzt, mit wem sie in die Zukunft gehen will.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich kann nur sagen: Das ist für Nordrhein-Westfalen eine schlimme Entwicklung. Sie werden Ihrer Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die CDU-Fraktion erhält noch einmal der Kollege Weisbrich das Wort.

(Zuruf von der SPD: Sie entschuldigen sich jetzt, Herr Weisbrich!)

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Römer, das, was Sie hier eben zum Schluss abgeliefert haben, war ja ungeheuer „zielführend“. Ich kann mir gar nicht erklären, wie Sie zu solchen Äußerungen kommen.

Der Sinn einer Aktuellen Stunde ist, dass man durch Wort und Widerwort und Widerwiderwort ein Problem beschreibt

(Hannelore Kraft [SPD]: Es wäre schön, wenn Ihre Fraktion mal da wäre!)

und vielleicht eine Lösung findet. – Frau Kraft, nun lassen Sie es doch! Kümmern Sie sich um Ihr eigenes Zeug, dann ist es gut.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist doch peinlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Den Vogel in der Debatte abgeschossen hat für mich Herr Stinka. Herr Stinka ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Studie für Nordrhein-Westfalen nichts enthält, gar nichts enthält.

(Zuruf von der FDP: Das ist bemerkenswert!)

Das überrascht mich schon gewaltig. Natürlich, das sind 500 Seiten Daten. Man muss also mit ein bisschen Verstand versuchen, herauszufinden, welche Informationen mit diesen 500 Seiten Daten verbunden sind. Ich will versuchen, das zu erklären.

Ich glaube, diese Studie unterstreicht ganz eindeutig, dass die Landesregierung mit ihrem konsequenten Kurs mit Augenmaß in der Energiepolitik auf dem richtigen Weg ist.

Die Studie macht eines ganz deutlich: Wir werden im Kampf gegen den Klimawandel keinerlei Erfolg haben, wenn wir nationalstaatliches Klein-Klein machen und wenn es nicht gelingt, alle Staaten dieser Welt zu einer konzertierten Aktion zu bringen.

Die Studie macht weiter deutlich, dass wir hier in Deutschland das Klimaproblem mitnichten lösen können. Das heißt nicht, dass wir nichts tun sollen, sondern das heißt: Wir müssen unsere Kräfte auf ganz wesentliche Maßnahmen konzentrieren.

Der Studie ist zu entnehmen: Bei 9 Milliarden t CO₂-Ausstoß in China mit jährlich 11 % Wachstumsrate, bei 7 Milliarden t CO₂-Ausstoß in den USA und bei heute noch weniger als 900 Millionen t in der Bundesrepublik macht es keinen Sinn, zwei- oder dreistellige Milliardenbeträge in Deutschland in den Klimaschutz zu investieren. Stattdessen sollten wir Gelder beispielsweise durch Emissionshandel oder eine CO₂-Steuer einsammeln und in anderen Ländern investieren.

(Svenja Schulze [SPD]: Was ist mit der Technik?)

Das ist der Punkt, um den es hier geht.

Die Studie zeigt auch, dass der Aufwand in den – ich sage einmal – großen Schwellenländern wie China, Brasilien, Russland und Indonesien um das Fünffache über dem liegt, der bei uns notwendig ist, und in den Entwicklungsländern um das Vierfache darüber.

Die wollen Geld von uns haben. Deswegen müssen wir uns eines klarmachen:

(Svenja Schulze [SPD]: Die wollen Technik von uns haben!)

Unsere Programme in Deutschland müssen sich aus sich selbst heraus finanzieren; sie müssen sich wirtschaftlich tragen. Wir brauchen – es ist schade, dass Herr Kollege Priggen jetzt nicht da ist – keine Programme, wie die Grünen sie vorschlagen, die ein staatlich finanziertes Beglückungsprogramm für alle Menschen darstellen. Die Programme müssen sich aus sich heraus rechnen. Dann macht Klimaschutz Sinn.

(Beifall von der FDP)

Alles andere ist ein Schritt in die falsche Richtung.

Hoffentlich werden wir im Dezember nächsten Jahres in Kopenhagen ein internationales Abkommen abschließen. Wenn wir uns heute auf Programme festlegen, die beispielsweise darauf beruhen, die Erträge des Emissionshandels abzuschöpfen, sind diese schon zum Scheitern verurteilt und machen es uns unmöglich, in Kopenhagen die international notwendigen richtigen Schritte zu tun. – Das ist Inhalt dieser Studie. Darüber müssen wir nachdenken.

Die Landesregierung hat das Kraftwerkserneuerungsprogramm endlich zum Laufen gebracht. Frau Thoben hat das noch einmal eindrucksvoll begründet. Die 30 Milliarden €, die in der Privatwirtschaft verfügbar sind, müssen eingesetzt werden, damit wir auf diesem Gebiet vorankommen. Das ist wichtig. Das müssen wir schaffen. Wir brauchen keine Programme und Progrämmchen, bei denen wir jedem ein paar Euro in die Hand drücken. Vor dem Hintergrund der internationalen Quellen der CO₂-Emissionen bringt das überhaupt nichts.

Liebe Freunde, über diesen Paradigmenwechsel sollten wir einmal nachdenken. Wie können wir es schaffen, Klimaschutz in Deutschland mit Augenmaß zu betreiben? Wie können wir international ein entsprechendes Regulierungsregime erreichen, durch das der Klimaschutz an den Stellen vorangetrieben wird, an denen es wirklich notwendig ist? Das ist unsere zentrale Aufgabe. Das wollten wir heute noch einmal deutlich machen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die SPD-Fraktion bittet der Abgeordnete Stinka noch einmal um das Wort.

André Stinka (SPD): Herr Weisbrich, mein Mitarbeiter ist heute da. Ich habe überlegt, ob ich einmal die Telefonnummer von Herrn Töpfer für Sie besorgen kann, damit Sie endlich begreifen, wie internationaler Klimaschutz und internationale Zusammenarbeit eigentlich funktionieren.

Die europäischen Länder haben durch ihr industrielles Handeln lange Jahre CO₂ emittiert. Glauben Sie wirklich, dass diese Länder in China und in anderen

Ländern jetzt sagen können: Ihr müsst erst einmal mit dem Fortschritt aufhören, zunächst sind wir an der Reihe? – Sie haben nicht verstanden, wie man mit den Ländern redet, damit sie unsere Technologien kaufen. Wenn wir die Technologien nicht hier fördern, können wir sie auch nicht auf dem Weltmarkt anbieten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihr Kollege Töpfer hatte am Montag zu dem Kongress eingeladen. Er hat noch einmal deutlich gemacht, dass das alles nur Hand in Hand funktionieren kann. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein verantwortlicher Politiker oder die Leute, die das CDU-Umweltprogramm geschrieben haben, auf internationalen Verhandlungen sagen würden und sagen könnten: Wir stellen jetzt alles ein, geben euch Geld und dann macht ihr irgendetwas. – Zum einen ist der Verbrauch überhaupt nicht gegeben. Zum anderen brauchen sie die Technologie, die wir in Nordrhein-Westfalen unterstützen müssen. Sie blockieren dies wissentlich, Herr Kollege Weisbrich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist die Wahrheit.

Sie sollten sich mit dem Thema auseinandersetzen, wenn sie einen etwas stärkeren Rückhalt bekommen, als wir ihn heute hier sehen. Sie haben die Sitzung beantragt. Das waren nicht wir.

Und teilen Sie die Bundesregierung nicht in den schlechten Herrn Gabriel und die gute Frau Merkel auf. Sie wurde im letzten Jahr in allen Medien gepriesen, wie toll sie den Klimaschutz in Deutschland und in Europa voranbringt. Wie schön saßen Sie alle in Heiligendamm! Damit haben Sie sich geschmückt. Wenn die Fakten kommen, kneifen hier die Regierungsfractionen. Niemand erklärt, wohin der Weg gehen soll.

(Beifall von der SPD)

Wir hören nur Phrasen darüber, wo Hochwasser auftreten könnte und dass es wärmer wird. Das wissen wir in unserer Fraktion schon längst. Wir möchten den Leuten sagen, dass in Dülmen eben kein Hochwasser auftritt. Ich möchte den Leuten sagen, wo sie Arbeitsplätze finden können.

Das ist nicht in totgerittenen Kernkraftwerken in Lingen der Fall. Auch wenn sie hundert Mal dorthin fahren, wird das für die Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen nichts bringen und schon gar nicht ihrer Behauptung zur Wahrheit verhelfen, die Strompreise würden durch Atomstrom sinken.

Am Samstag machen wir einen Zukunftskonvent. Dort beschäftigen wir uns mit den Fragen. Auch die Kirchen sind dabei. Die evangelische Kirche hat sich gerade gegen Atomkraft ausgesprochen. Fragen Sie diese einmal, was sie von dem Unsinn halten. Telefonieren Sie mit Herrn Töpfer. Sie haben

durch die Parteibuchzugehörigkeit wahrscheinlich einen schnelleren Draht zu ihm. Unterhalten Sie sich mit dem Mann. – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich **schließe die Aktuelle Stunde.**

Ich rufe auf:

2 Kinderpornografie im Internet – entschlossen und wirksam bekämpfen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7830

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7907

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende SPD-Fraktion Herrn Abgeordnetem Stotko das Wort.

Thomas Stotko^{*)} (SPD): Guten Morgen, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Vergewaltigung von Kindern zur Herstellung und Verbreitung pornografischer Machwerke ist eine der widerwärtigsten Abarthen der Kriminalität. Wenn wir von Kinderpornografie sprechen, sprechen wir von einem Verbrechen, das die Menschenwürde verletzt und schwerste Traumatisierungen nach sich zieht, von einem der schlimmsten Gewaltakte gegen Kinder. Deshalb darf es keine Toleranz geben. Hinter jedem Bild und in jedem Video stecken Leid und Missbrauch eines Kindes.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die meisten Fälle des Kindesmissbrauchs und der Kinderpornografie finden in den eigenen vier Wänden statt: im eigenen Elternhaus, durch die Sorgeberechtigten selbst oder durch sie geduldet.

Allein zu Hause werden zahlreiche unter sechsjährige Kinder den abartigsten Praktiken unterzogen. Ich frage Sie: Sollte nicht das eigene Zuhause der letzte Ort sein, an dem ein Kind alleine ist? Sollten nicht die eigenen vier Wände der letzte Ort sein, an dem es Tätern möglich ist, Kindern ungehindert Gewalt anzutun? – Ich glaube, das ist eindeutig.

In den eigenen vier Wänden wird aber jeden Tag digitalisiert und konsumiert, und zwar immer mehr, immer grausamer und mit immer jüngeren Opfern.

Die Gesamtzahl der Fälle des Beschaffens und Verbreitens von Kinderpornografie sind im Jahr

2007 auf 11.357 gestiegen. 11.357 Kinder, die in eindeutigen Sexualpraktiken fotografiert und gefilmt, sexuell missbraucht und für ihr ganzes Leben stigmatisiert sind. Dabei haben sich die Fälle des Tator-tes Internet innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt. Und noch erschreckender: Der Anteil der Kinder unter sechs Jahren hat um 25 % zugenommen. Mehr als 1.800 Kinder unter sechs Jahren werden sexuell für diese Taten missbraucht. Das ist ungläublich.

Blickt man zurück, so stellt man fest, dass die Problematik erst mit den modernen Medien eine Dimension angenommen hat, die uns heute mehr als entsetzt. Es war Anfang der 90er-Jahre die Videotechnologie, die zur Strafbarkeit des Besitzes kinderpornografischer Machwerke geführt hat, zu einer Zeit, in der Kinderpornografie noch in dunklen Ecken stattfand. Heute ist das nicht mehr der Fall. Heute werden diese widerwärtigen Bilder nicht mehr in Hinterhofbuchhandlungen unter dem Ladentisch ausgetauscht. Wir wissen, dass heute Internetforen und Tauschbörsen ein Tummelplatz für Pädosexuelle bieten. Kommuniziert wird dort passwortgeschützt und verschlüsselt; teilweise erfolgt der Versand versteckt in anderen Bilddateien.

Kinderpornografie ist nach wie vor ein Wachstumsmarkt, obwohl das Sexualstrafrecht verschärft, die internationale Zusammenarbeit verstärkt und sicherheits- und kriminalpolizeiliche Maßnahmen intensiviert wurden. Wir haben es heute zu tun mit einer ungeheuren Bandbreite von eher ängstlichen gelegentlichen Nutzern über schon etwas versierteren Sammlern und Tauschern bis hin zu regelrechten Zirkeln und Anbietern, die wie ein organisierter Vertrieb agieren. Denn Kinderpornografie bedeutet nicht nur sexuelle Ausbeutung, sondern auch deren ökonomische Verwertung. Es ist die Nachfrage, die den Markt schafft. Wenn wir Straftaten mit Kinderpornografie bekämpfen wollen, müssen wir auf der Nachfrageseite ansetzen. Wir müssen die Nachfrage unterbinden. Das ist unsere Aufgabe im Sinne der Kinder.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Am 27. August haben wir, die Rechtspolitiker der SPD-Fraktion, ein Gespräch, das wir zwei Monate zuvor vereinbart hatten, mit dem Roten Keil geführt. Das ist ein kleiner, aber aktiver Verein aus Senden – übrigens auf Vermittlung von André Stinka, dem ich dafür noch einmal danke –, der sich eines zur Aufgabe gemacht hat, nämlich Kinderpornografie zu geißeln. Das Ergebnis dieses Gesprächs war, dass wir im Rechtsausschuss um einen Bericht der Landesregierung gebeten haben. Im Übrigen veröffentlichte am gleichen Tag, als wir uns mit dem Roten Keil trafen, das BKA diese grausamen und wirklich erschütternden Zahlen.

Im Rechtsausschuss am 24. September war die Berichterstattung – ich will es einmal so formulieren – eher dürftig. Was ohnehin fehlte, war die Antwort auf

die Frage, wie man mit der Forderung des Bundeskriminalamtes umgeht, gesetzliche Regelungen zu schaffen, um Kinderpornoseiten zu blockieren. Dies hat uns zu dem heutigen Antrag veranlasst.

Umso dringender gilt es nun, die in unserem Antrag formulierten Forderungen umzusetzen, die ich noch einmal kurz darstellen möchte. Es sind ja gar nicht so viele. Was fordern wir eigentlich?

Erstens die Aktualisierung einer Broschüre aus dem Jahre 1997. Wer will das denn ernsthaft ablehnen? Denjenigen, die sich die Broschüre nicht angeguckt haben, möchte ich daraus berichten. In dem Entschließungsantrag, der uns heute als Tischvorlage von CDU und FDP verteilt wurde, wird die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung gelobt. Das können Sie doch nicht ernsthaft meinen, Herr Giebels. Ich kann es mir zumindest nicht vorstellen.

In der Broschüre heißt es nämlich auf Seite 4: VHS-Videofilme bestimmen den Markt.

(Ralf Jäger [SPD]: Immer auf der Höhe der Zeit!)

Auf Seite 5 heißt es: Angeboten wird Kinderpornografie überwiegend in Anzeigen. Und weiter: Ein gewinnorientierter Handel mit Kinderpornografie wird bisher nicht festgestellt. – Das ist genau der Kernpunkt dessen, was verbreitet wird, nämlich Geld damit zu verdienen, nichts anderes!

(Beifall von der SPD)

Auf der folgenden Seite heißt es, eine Broschüre könne man gegen eine Schutzgebühr von 3 DM bestellen. Nehmen Sie es mir nicht übel: Wer das verändert haben will, der hat den Euro zumindest verstanden und der wird unseren Antrag nur ernsthaft unterstützen können.

Was fordern wir als Zweites?

(Zuruf von Minister Andreas Krautscheid)

– Die Broschüre gibt es heute noch immer. Schauen Sie einfach mal rein! Dann kann man die Broschüre doch aktualisieren, statt sich hier laut zu beschweren. Alte Sachen müssen raus.

(Beifall von der SPD)

Mehr als peinlich ist, diese Broschüre auch noch hervorzuheben. Dass Sie das machen, ist noch viel peinlicher.

Was fordern wir noch mit unserem Antrag? Wir fordern, eine Initiative des BKA zu unterstützen, Provider gesetzlich zu verpflichten, kinderpornografische Seiten zu sperren. Was soll denn daran falsch sein? Acht andere Länder in Europa machen dies. Viele Provider in anderen Ländern machen es freiwillig. Wir wollen, dass man Kinderpornoseiten nicht aufrufen darf.

(Beifall von der SPD)

Diese gesetzliche Regelung, Frau Ministerin – das sagen Sie zu Recht –, wollen Sie auch. Sie haben das bei „Westpol“ gefordert. Im Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP steht kein Wort dazu, kein Wort zu gesetzlichen Regelungen. „Versprochen und gebrochen“ will ich deutlich sagen. Lesen Sie sich den Antrag durch! Vielleicht hatten Sie heute Morgen noch keine Zeit. Sie werden sehen: keine gesetzlichen Regelungen.

Die letzte Forderung, die wir in unserem Antrag erheben! Wir schreiben: Stellt geeignete sachliche und personelle Ressourcen zur Verfügung. – Da heißt es im Entschließungsantrag, die seien schon da. Ich freue mich auf die weitere Beratung in den Ausschüssen. Dann werden wir das überprüfen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass das derzeit nicht der Fall ist.

Unser Antrag, den wir in der weiteren Ausschlussdiskussion mit Ihnen in Zusammenhang mit Ihrem Entschließungsantrag fröhlich diskutieren werden, zielt darauf ab, dass wir eines nicht vernachlässigen, was häufig passiert, nämlich auf die Opfer zu schauen. Auf deren Situation will ich noch einmal hinweisen. Die allgemeine Empörung über Kinderpornografie, die Fassungslosigkeit oder das Entsetzen über bekannt gewordene Fälle, die Skandalisierung in den Medien – das ist alles wichtig und hat auch seinen Sinn. Aber diese öffentliche Erregung ebbt schnell wieder ab. Danach spricht keiner mehr darüber.

Umso wichtiger ist es, ein wirkliches Einfühlungsvermögen dafür zu entwickeln, was die Opfer erleben und was sie für ihre Zukunft prägt. Es ist wenig hilfreich, die Täter zu dämonisieren. Besser wäre es, ihre Vorgehensweise zu analysieren und daraus Maßnahmen gegen erneuten Missbrauch zu entwickeln. Professor Amend von der Universität Bremen hat gesagt: Es scheint nur ein Danach mit der Forderung nach harten Strafen zu geben, aber ein kaum erkennbares Davor zum Zwecke der Vorbeugung.

(Beifall von der SPD)

Wir fordern die Landesregierung auf: Sorgen Sie dafür, Vorbeugung zu betreiben und die Täter von diesen Taten abzuhalten! Ich danke hier ausdrücklich den ganzen ehrenamtlichen Vereinen, die diese Arbeit betreiben, wie beispielsweise dem Rote Keil in Senden.

(Beifall von der SPD)

Letztlich macht deren Arbeit Mut.

Weitere Dinge stehen an, auch für diese Landesregierung. Am 28. November findet in Rio de Janeiro der 3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern statt. Heute ist eine gute Gelegenheit, ein Signal aus Nordrhein-Westfalen zu setzen, dem größten Bundesland in der Bundesrepublik.

Frau Müller-Piepenkötter, Sie stellen sich nach meiner Auffassung – Sie haben gleich Gelegenheit dazu – an die Seite der Opfer. Kämpfen Sie für diese ebenso engagiert, wie Sie es beim Thema Wiederaufnahmeverfahren oder bei der Begrenzung der Prozesskostenhilfe oder bei der Änderung der Juristenausbildung tun: denn die Opfer des Kindesmissbrauchs haben es am meisten verdient. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Jarzombek. Nicht? – Sie wechseln ja öfter, dann spricht eben der Abgeordnete Giebels. Ursprünglich war Herr Jarzombek als Redner vorgesehen, dann jetzt wieder Herr Giebels. Offenbar wissen Sie nicht, in welcher Reihenfolge.

Harald Giebels^{*)} (CDU): Herr Präsident, daran können Sie erkennen, wie flexibel wir sind.

(Thomas Stotko [SPD]: Wie wenig Sie sind, nicht wie flexibel!)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stotko, es ist interessant, dass Sie darauf hingewiesen haben, dass die alte, SPD-geführte Landesregierung ihr Informationsangebot von 1997 bis 2005 – also acht Jahre lang – nicht aktualisiert hat.

(Frank Sichau [SPD]: Was ist danach, Herr Giebels?!)

Aber, ich denke, wir sollten eines doch einmal feststellen: Dieses Thema sollte sich nicht für einen Parteienstreit eignen.

(Beifall von der CDU)

Denn Kinderpornografie war und ist ein abscheuliches und abstoßendes Verbrechen, und das Internet mit all seinen Möglichkeiten hat für diesen Bereich der Kriminalität neue Möglichkeiten geschaffen und zugleich auch die Verfolgung erschwert. Zu den Erscheinungsformen, den technischen Möglichkeiten, der Verbreitung und der Unterbindung der Kinderpornografie im Internet wird mein Kollege Thomas Jarzombek gleich berichten.

Der dieser Beratung zugrunde liegende Antrag der SPD-Fraktion datiert vom 4. November 2008. Herr Kollege Stotko, Sie haben vorhin die Gesetzeslage angesprochen. Wenn Sie sich einmal das Bundesgesetzblatt vom 4. November 2008 anschauen – offensichtlich haben Sie das nicht getan –, dann werden Sie dort das „Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornografie“ finden. Dieses Gesetz ist am 31. Oktober dieses Jahres im Deutschen Bundestag beschlossen worden – mit

letztem Beschluss am 20. Juni 2008 und am 19. September 2008 abschließend im Bundesrat. Das alles war Ihnen offensichtlich nicht bekannt, wie man auch gerade an Ihrem Beitrag gemerkt hat.

Im Jahre 1973 wurde der 13. Abschnitt des Strafgesetzbuches vollständig neu gestaltet und mit „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ überschrieben. Durch die Paragraphen 184 ff. Strafgesetzbuch, die 1993 noch einmal grundlegend überarbeitet wurden, sind bereits bestimmte Formen der Verbreitung, des Erwerbs und des Besitzes pornografischer Schriften, denen auch Ton- und Bildträger sowie Datenträger gleichstehen, unter Strafe gestellt.

Mit dem zitierten Gesetz, das im Bundesgesetzblatt vom 4. November 2008 veröffentlicht worden ist, wird nicht nur ein Rahmenbeschluss der europäischen Ebene umgesetzt, sondern auch die Systematik der Straftatbestände gegen die sexuelle Selbstbestimmung – speziell im Bereich der Pornografie – neu geordnet. Auch der Anwendungsbereich der Strafvorschriften gegen „Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Schriften“ wurde auf pornografische Schriften, die sexuelle Handlungen von Jugendlichen zum Gegenstand haben, erweitert.

Ebenso wurde das „Bestimmen eines Kindes zum aufreizenden und geschlechtsbetonten Posieren“ unter Strafe gestellt und die „Verbreitung, der Erwerb und der Besitz kinder- und jugendpornografischer Schriften“ jeweils in einer eigenen Vorschrift mit unterschiedlichen Strafdrohungen geregelt. Der Tatbestand des sexuellen Missbrauchs von Kindern wurde auf „sexuelle Handlung von, an oder vor“ Kindern erweitert und eine Erweiterung des Kataloges nach § 100 Abs. 1 Nr. 2 der Strafprozessordnung zur Telekommunikationsüberwachung sicher gestellt.

Sie erkennen hieran, dass der Gesetzgeber auf der Bundesebene gehandelt hat, und zwar sinnvoll, maßvoll und auch zielgerichtet. Das Gesetz ist jetzt seit acht Tagen in Kraft. Wir müssen beobachten, wie es wirkt, und es dann auswerten.

Doch losgelöst von den neuen gesetzlichen Bestimmungen sind Polizei und Justiz in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt und aktiv in der Bekämpfung der Kinderpornografie. Das Landeskriminalamt ist mit zehn zusätzlichen Stellen für diesen Bereich verstärkt worden. Alle Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen verfügen über die erforderlichen technischen Voraussetzungen für Ermittlungen im Bereich der Kinderpornografie im Internet. In alle Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen stehen Beamte auch für Ermittlungen im Internet zur Verfügung.

Bei jeder Staatsanwaltschaft im Lande Nordrhein-Westfalen gibt es gesondert zuständige, auf die Bekämpfung der Kinderpornografie spezialisierte

Staatsanwälte. Bei der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf ist eine Zentralstelle zur Bekämpfung von Kinderpornografie eingerichtet, bei der alle Fäden zusammenlaufen. Vielleicht ist Ihnen das so alles nicht bekannt.

(Thomas Stotko [SPD]: Doch, doch!)

Auf der Basis der derzeitigen Rechtslage und des großen Netzwerks in den Bereichen Medien, Jugend, Polizei und Justiz wird in Nordrhein-Westfalen Kinderpornografie auch in Zukunft als abscheuliches und abstoßendes Verbrechen bekämpft, und es ist richtig: Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe, nicht nur der Justiz, sondern vieler anderer Bereiche unserer Gesellschaft ebenfalls. Nur gemeinsam gelingt es, diese abscheulichen Verbrechen unmöglich zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Giebels. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Engel.

(Thomas Stotko [SPD]: Ist das der neue Rechtspolitiker? – Ralf Jäger [SPD]: Der kann alles!)

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Erwerb und die Verbreitung von Kinderpornografie sind deswegen so widerwärtig und verurteilungswert, weil hinter jedem dieser Bilder und Filme ein wehrloses Opfer steht.

Diese wehrlosen Opfer sind hilflose, am Anfang ihres Lebens stehende Kinder, deren sexueller Missbrauch als schwerste Straftat und seelische und körperliche Grausamkeit auf diesen Bildern dokumentiert wird. Deshalb direkt zu Anfang meine Botschaft und Warnung an die Täter: Wir erwischen Sie! Wir legen Ihnen das Handwerk, und Sie können zuverlässig mit hohen Strafen rechnen!

(Beifall von FDP und CDU)

Das Internet stellt heute für Pädophile die Hauptbezugsquelle für einschlägiges Material dar. Ausweislich der polizeilichen Kriminalstatistik des Jahres 2007 werden über 80 % der Fälle der Verbreitung, des Besitzes oder der Beschaffung von Kinderpornografie mit dem Tatmittel Internet begangen. Das Medium ist deshalb so interessant – hier natürlich im negativen Sinne gemeint –, weil es einen einfachen Zugang bietet, einen hohen Grad an Anonymität verspricht und einen grenzüberschreitenden weiten Aktionsraum per Mausclick zulässt. Darauf haben meine Vorredner bereits hingewiesen.

Längst geht es zudem vielen Pädophilen im Internet nicht mehr allein um das Beschaffen kinderpornografischer Bilder. Im Internet ist es für diese problemlos möglich, sich unter falschem Namen als

Minderjährige auszugeben, um im Netz gezielt Kontakt zu einem potenziellen minderjährigen Opfer aufzunehmen. Getarnt als Gleichaltrige gehen sie in einem unverdächtigen Chat zu unmissverständlichen Angeboten oder unvermittelt zu Onlineübergriffen gegen Minderjährige über. Dazu zählen etwa sexuelle Beschimpfungen, sexuelle Handlungen vor der Webcam oder ungebetenes Versenden eigener Fotos intimer Handlungen. Die kindlichen oder jugendlichen Zuschauer sind geschockt, sie sind traumatisiert. Andere bieten Geld oder vorgetäuschte Freundschaften, um Kinder zu treffen und zu missbrauchen.

Die effektive Bekämpfung kinderpornografischer Angebote sowie Belästigungen Minderjähriger im Internet ist für den Landtag, die Landesregierung und für die Zivilgesellschaft ein Ziel von überragend wichtiger Bedeutung. Dazu gehören – darüber sind wir uns wohl alle in diesem Hohen Hause einig – folgende geeignete Maßnahmen.

Erstens. Eine gute und breite Öffentlichkeits- und Informationsarbeit zur Prävention. In Nordrhein-Westfalen erfolgt eine umfassende Aufklärung über Form, Entstehung und Erreichbarkeit von Kinderpornografie sowie die bestehenden Gefahren für Kinder im Internet und in Chatrooms. Ministerien, Polizei und das LKA machen dies in Zusammenarbeit mit Einrichtungen, Initiativen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, wie etwa die Landesanstalt für Medien und Kinder- und Jugendschutzstellen. Dabei wird in Nordrhein-Westfalen ein besonderer Schwerpunkt auf die Aufklärung von Kindern, Jugendlichen, Eltern, Fachkräften der Jugendhilfe sowie Lehrerinnen und Lehrern gelegt.

Zweitens. Die Verhütung und wirksame Bekämpfung des Erwerbs oder Verbreitens von Kinderpornografie. Die Ermittlungsbehörden von Polizei, LKA, BKA und Staatsanwaltschaft haben in letzter Zeit ihre Anstrengungen verstärkt, was das Aufspüren und die Ahndung von Erwerb und Verbreitung kinderpornografischer Dateien im Internet angeht. Die hierfür beim LKA NRW bereitstehenden Kapazitäten zur nachhaltigen Verhütung und Bekämpfung der Herstellung sowie Verbreitung von Kinderpornografie für spezialisierte Internetfahnder und -ermittler wurden im letzten Jahr ausgebaut und die erforderliche Technik bereitgestellt. Die wesentlichen Zahlen für NRW können Sie der Drucksache 14/2708 vom 17. August entnehmen; es ist die Antwort der Justizministerin auf eine Kleine Anfrage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um den komplexen Anforderungen, der Sicherung und Auswertung von Beweisen bei Straftaten, der Herstellung, des Besitzes und der Verbreitung von Kinderpornografie, angemessen entsprechen zu können, hat die Polizei seit dem Jahr 2003 für spezifische kriminalpolizeiliche Arbeitsplätze der Polizeibehörden technische Mindeststandards vorgegeben. Diese werden jährlich dem Entwicklungsstand

der Technik angepasst. Die Polizeibehörden setzen zurzeit insgesamt 120 entsprechend fachlich spezialisierte Ermittlungskräfte ein. Diese werden von 110 für die Beweissicherung und Auswertung von digitalen Beweismitteln besonders spezialisierten Ermittlungskräften unterstützt. Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind insgesamt 36 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte mit unterschiedlichen Anteilen ihrer Arbeitskraft mit der Bearbeitung von einschlägigen Verfahren befasst. Oft bedarf es jahrelanger Ermittlungsarbeit der Polizei, bis ein in der Regel internationales Pädophilennetzwerk aufgedeckt werden kann. Dabei sind deutsche Behörden beim Aufspüren und der Verfolgung und Ahndung verstärkt auf die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden angewiesen; denn die Pädophilen tauschen die Adressen der Filme oft weltweit über einschlägige Internetforen aus. Viele Angebote sind über ausländische Server verfügbar, wobei die Betreiber zumeist nichts von den Angebotsinhalten wissen.

Durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit konnten in den letzten Jahren zahlreiche Kinderpornoringe ausgehoben und nationale sowie internationale Straftaten aufgeklärt werden; denn das Netzwerk der Pädophilen kennt weder Staats- noch Ländergrenzen. Ein Beispiel: Die Polizei hebt in Deutschland ein internationales Pädophilennetzwerk mit einer Kinderpornoseite aus. 48.000 User aus 98 Staaten bedienen sich daraus. Knapp 1.000 Verdächtige kommen aus Deutschland, aus allen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen. 1.800 Videos und 45.000 Datenträger mit massiven Missbrauchsdarstellungen wurden sichergestellt. In einigen Fällen stellt sich heraus, dass sich die Verdächtigen jahrelang auch an ihren eigenen und befreundeten Kindern vergangen haben. Deutsche Spezialisten gelingt es immer wieder, die Verschlüsselung bzw. Sicherung der Dateien zu knacken und auf Missbrauchsbildern unkenntlich gemachte Gesichter von Tätern wieder sichtbar zu machen. Ich möchte mich hier ausdrücklich bei allen Ermittlern und Mitarbeitern öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen in diesem Bereich für ihren professionellen und engagierten Einsatz bedanken.

(Beifall von FDP und CDU)

Die hohe emotionale Belastung, die mit der Sichtung und Auswertung dieser dokumentierten Grausamkeiten einhergeht, ist unglaublich hoch. Das verdient großen Respekt und Anerkennung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Das Sperren dieser Netze beziehungsweise Homepages und Dateien ist das eine. Das andere ist die Prävention. Ich werbe deshalb für unseren Entschließungsantrag und freue mich auf die Beratung im Fachausschuss. – Vielen dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Frau Düker spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns in diesem Haus – das haben die Vorredner gesagt und das kann ich für meine Fraktion nur ganz deutlich unterstreichen – einig: Kinderpornografie ist schwerste Straftat, fügt den betroffenen Kindern schwerste Verletzungen zu, traumatisiert sie oftmals fürs Leben und muss durch den Staat konsequent bekämpft werden. Darüber sind wir uns doch alle einig. Das sollten wir auch noch einmal feststellen.

In Anträge zur Strafverfolgung und zur besseren Bekämpfung von Kinderpornografie gehört für mich daher auch immer das Thema Opferschutz. Das sollten wir auch im Ausschuss noch einmal vertiefen. Was passiert mit den Opfern? Was bieten wir denen an? Wie gehen wir mit denen um? Das ist ein Aspekt, den wir der Debatte vielleicht noch hinzufügen sollten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Internet erleichtert es natürlich den Tätern, Pornografie zu verbreiten und damit Millionengeschäfte zu machen. Denn das Internet – das ist der Grund dafür – verspricht Anonymität. Aber das Internet kann und darf deswegen kein rechtsfreier Raum sein. Darüber sind wir uns auch einig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen wirksam gegen die Täter vorgehen. Wir müssen uns auch die Instrumente genau angucken, mit denen wir das erreichen.

Ob und wie dies dann auch mit Eingriffen in die technische Infrastruktur – sprich Access-Blocking oder anderen Methoden – gelingen kann, sollten wir uns in einem Fachgespräch von Fachleuten erläutern lassen, die sich täglich mit diesen Dingen beschäftigen. Das ist unser Vorschlag; den will ich gleich am Anfang der Debatte in den Raum stellen. Ich schlage vor, mit den beteiligten Fachausschüssen dazu eine Anhörung durchzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber, ob nun dieses Instrument, das im Mittelpunkt der Debatte steht, nämlich das Access-Blocking, freiwillig oder gesetzlich verpflichtend sein soll oder kann, sollten wir uns im Fachgespräch verständigen. Anzustreben wäre hier wirklich auch einmal eine interfraktionale Regelung. Meine Fraktion erklärt sich dafür ausdrücklich offen. Die SPD schlägt eine gesetzliche Verpflichtung vor, die CDU eher eine Selbstverpflichtung.

Natürlich – das sollten wir in der Diskussion auch beleuchten – wissen wir, dass ein Access-Blocking nur wirksam werden kann, wenn es auch internationale Regelungen gibt, denn im World Wide Web, WWW, gibt es – wie der Name schon sagt – keine

Grenzkontrollen. Es ist richtigerweise nicht über Grenzen hinweg kontrollierbar. Die Kollegen haben schon darauf hingewiesen. Positiv zu vermerken ist, dass sehr viele Länder diese Diskussion führen und auch schon Access-Blocking eingeführt haben. Ich habe mir noch einmal die Grafik vom Bundeskriminalamt dazu herausgesucht, also die Landkarte. Natürlich gibt es da mehr weiße Flecken als Länder, die das schon angestrebt haben. Deswegen stellt sich für mich, wenn wir über dieses Instrument reden, immer auch die Frage: Wie wird das zumindest auf europäischer Ebene, wenn nicht gar international diskutiert?

Zweiter Punkt. Das Instrument Access-Blocking ist das eine. Das andere ist, dass wir uns auch die anderen Strukturen anschauen müssen, die gegen Kinderpornografie wirksam werden können.

Die CDU hat in ihrem Antrag noch einmal darauf hingewiesen – ich will das auch noch einmal deutlich herausstellen –: Die gemeinsame Stelle Jugendschutz aller Länder, jugendschutz.net, leistet hier eine ganz, ganz wichtige Arbeit. Deswegen, Herr Laschet, ist das nicht nur ein Kapitel für die Strafverfolgungsbehörden, sondern auch ein Kapitel für Sie. Das ist eine Stelle, die die obersten Landesjugendbehörden eingerichtet haben und die, wie wir wissen, sehr stark mit den Ermittlern zusammenarbeitet, weil sie Angebote überprüfen, weil sie reingehen ins Netz und dann auch wichtige Informationen für die Strafverfolgung liefern können. Also hierauf sollten wir den Blick haben. Wir sollten die Debatte auch ressortübergreifend führen.

Dritter Punkt: Strafverfolgungsbehörden. Man sollte sich auch noch einmal anschauen, inwieweit unsere Strafverfolgungsbehörden hier ausreichend ausgestattet sind. Auch da darf man sich dann nicht um die Ressourcenfrage herumdrücken. Wir wissen: Im Landeskriminalamt hat es eine ganze Menge positiver Entwicklungen gegeben. Wir wissen aber auch – der Deutsche Richterbund mahnt uns diesbezüglich in jeder Haushaltsdebatte –, dass wir im Land eine strukturelle Unterbesetzung bei den Staatsanwaltschaften haben. Es fehlen im Land ungefähr 200 Staatsanwälte. Natürlich schlägt sich das dann auch in Ermittlungsverfahren nieder, wenn wir hier strukturell unterversorgt bleiben.

Zu den Anträgen: Ich finde es schade, dass die CDU in ihrer Entschließung doch in allem sehr vage bleibt, Herr Giebels, Herr Jarzombek.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Da wird begrüßt. Da wird bestätigt. Da wird betont. Die Landesregierung macht. Die Landesregierung tut. Es ist alles wunderbar in Ordnung.

Ich finde, der Landtag als gesetzgebendes Organ sollte ruhig einmal etwas selbstbewusster in die Debatte eingreifen und nicht nur als Jubelperser für die Landesregierung dienen. Der Landtag sollte

eigenständige Vorschläge erarbeiten, wie wir hier einen Schritt weiterkommen.

Deswegen begrüße ich den Antrag der SPD, die eine wichtige Debatte anstößt. Wir sollten das in einem Fachgespräch erörtern und dann auch den Mut haben, als Parlament ein paar Vorschläge zu entwickeln. Ich hoffe, so etwas kann vielleicht auch einmal interfraktionell gelingen, damit wir hier einen Schritt weiterkommen bei der Bekämpfung von Kinderpornografie und, wie ich meine, auch beim Opferschutz. Das sollten wir hinzunehmen beim Thema Kinderpornografie und beim Thema Strafverfolgung von Besitz, Beschaffung und Verbreitung von Kinderpornografie. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die Landesregierung erhält Frau Ministerin Müller-Piepenkötter das Wort.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der sexuelle Missbrauch von Kindern gehört zu den abscheulichsten Straftaten. Kindern werden durch die Täter unvorstellbare körperliche und seelische Schäden zugefügt, die oft zu einer lebenslangen Traumatisierung der Opfer führen. Kinderpornografie dokumentiert auf schreckliche Weise diesen sexuellen Missbrauch von Kindern und beutet ihn wirtschaftlich aus. Deswegen muss allen Formen des sexuellen Missbrauchs von Kindern entschlossen entgegengetreten werden.

Im Zuge einer stetigen internationalen Ausweitung des Internets hin zu einem zentralen Kommunikationsnetz haben das Angebot und der Austausch strafbarer Inhalte, unter anderem auch von Kinderpornografie, zugenommen.

Meine Damen und Herren, die effektive Verhütung und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und der Verbreitung kinderpornografischer Angebote hat für die Landesregierung im Interesse des Kinderschutzes seit jeher herausragende Bedeutung. Information und Aufklärung der Öffentlichkeit sind hierfür zentrale Bausteine.

Einrichtungen, die sich an der Information und Aufklärung über Entstehung, Angebote und Strafbarkeit von Kinderpornografie beteiligen, werden daher durch die Landesregierung gefördert. So unterstützt das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendschutz. Ein Schwerpunkt der AJS ist die Aufklärung über die mit dem Internet verbundenen Gefahren durch pädosexuelle Belästigungen, Risiken eines sexuellen Missbrauchs sowie Gefahren, die von kinderpornografischen Inhalten ausgehen.

Die Aufklärung richtet sich an Kinder, Jugendliche, Fachkräfte der Jugendhilfe sowie Lehrerinnen und

Lehrer. So wird erreicht, dass Kinder und Jugendliche um die Gefahren wissen und sich besser schützen können.

Die hierzu im März 2008 aufgelegte Broschüre „Kinder sicher im Netz – Gegen Pädosexuelle im Internet“, Informationsbroschüre für Eltern und Fachkräfte, wurde bereits 60.000 Mal abgerufen. Sie, Herr Stotko, kennen das Medium, in dem Sie tätig werden wollen – und zu Recht tätig werden wollen –, offenbar nicht, dafür aber zum Glück nicht nur 60.000 sondern 120.000 Bürger. Denn so oft wurde ein Faltblatt abgerufen, welches Jugendliche und Kinder auf Gefahren beim Surfen im Internet hinweist und Tipps für das sichere Surfen gibt.

Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung die anerkannt fundierte Informations- und Aufklärungsarbeit von „jugendschutz.net“ und der „Kommission für Jugendmedienschutz“. Auch die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen informiert seit 1996 mit ihrem Web-Auftritt umfassend über die Problematik des Besitzes

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

und der Verbreitung kinderpornografischer Schriften. Sie stellt konkrete Verhaltenstipps für Internetnutzer bereit. Zudem wirkt sie an den von Bund und Ländern getragenen speziellen Präventionsaktivitäten des Programms Polizeiliche Kriminalprävention mit.

Neben den durch die Kreispolizeibehörden individuell gestalteten Maßnahmen zur Information und Aufklärung unserer Bürgerinnen und Bürger stellt das Landeskriminalamt im Internet, insbesondere über eine Liste regelmäßig auftretender Fragen von Internetnutzern, Antworten und Informationen über die Verbreitung von Kinderpornografie bereit.

Insbesondere im Interesse einer schnellen und konsequenten Strafverfolgung bieten „polizei-nrw.de/internetwache“ und „polizei-nrw.de/internetportal“ zudem rund um die Uhr umfassende Anzeige- und Informationsmöglichkeiten zur Verbreitung von kinderpornografischen Schriften und den sexuellen Missbrauch von Kindern. Das bestehende Angebot wird auf Grundlage polizeilicher Auswertungen und Analysen regelmäßig aktualisiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben der Strafverfolgung müssen die kriminellen Inhalte auch aus dem Netz entfernt werden. Die dazu vorhandenen Instrumente greifen. Die Kommission für Jugend- und Medienschutz veranlasst gemäß § 20 Abs. 4 des Jugendmedienschutzstaatsvertrages gegenüber Anbietern von Telemedien die Sperrung krimineller Inhalte. Erweisen sich Maßnahmen gegen Content-Provider als nicht durchführbar und erfolgversprechend – wie häufig bei ausländischen Anbietern –, geht die Kommission für Jugend- und Medienschutz gemäß § 59 Abs. 4 des Rundfunkstaatsvertrages mit Sperrverfügungen gegen Access-Provider vor.

„jugendschutz.net“ überprüft ausländische Anbieter von Webseiten und wirkt bei Feststellung krimineller Inhalte auf die Seitenbetreiber bzw. auf die Host-Provider ein. Es wirkt dahin ein, diese aus dem Netz zu nehmen. Gleichzeitig informiert es das Bundeskriminalamt über die Inhalte. Unterstützt werden diese Regelungen durch die Bereitschaft inländischer Diensteanbieter, kriminelle Inhalte selbst zu sperren. Ansonsten würden sie sich im Übrigen auch selbst in die Gefahr der Strafverfolgung bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Referenten des Jugendmedienschutzes sowie des Rundfunks befassen sich gegenwärtig mit der Novellierung des Medienschutzrechts. Allein nationale Regelungen greifen aber kaum, da es auch zur Bekämpfung der Kinderpornografie eines engen länderübergreifenden sowie international abgestimmten Vorgehens bedarf.

Die Strafverfolgungsbehörden des Landes, meine Damen und Herren, sind für die wirksame Verhütung und Bekämpfung der Herstellung und Verbreitung von Kinderpornografie bereits sehr gut gerüstet. Sie verfügen über die erforderlichen sachlichen und personellen Ressourcen.

Um den komplexen Anforderungen der Sicherheit und Auswertung von Beweisen von Kinderpornografie im Internet zu entsprechen, wurden für diese speziellen kriminalpolizeilichen Arbeitsplätze der Polizeibehörden technische Mindeststandards vorgegeben, die jährlich dem aktuellen Entwicklungsstand der Technik und damit den Einsatz- und Ermittlungsbedarfen der Polizei angepasst werden. Bereits 2007 hat die Landesregierung dem Bereich zehn zusätzliche Stellen sowie die erforderliche Technik zugewiesen und damit gezeigt, wie ernst ihr die qualitativ hochwertige Bearbeitung dieser Delikte ist.

Die Polizeibehörden setzen in erheblichem Umfang Personal für die Bekämpfung der Kinderpornografie ein. 120 fachlich spezialisierte Ermittlungskräfte werden von 110 auf die Beweissicherung und Auswertung von digitalen Beweismitteln besonders spezialisierten Ermittlungskräften unterstützt. Die speziellen internen und externen Fortbildungsmaßnahmen berücksichtigen die komplexen Anforderungen solcher Ermittlungen in besonderem Maße.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, die Landesregierung ist ständig auf dem Laufenden und ständig bemüht, die Ermittlungs- und Präventionsmaßnahmen den Entwicklungen anzupassen. Die im Antrag der SPD aufgestellten Forderungen sind damit gegenstandslos. In Nordrhein-Westfalen sind die notwendigen Maßnahmen getroffen. Sie greifen, und sie werden ständig den aktuellen Erfordernissen angepasst.

Ich bitte Sie daher im Namen der Landesregierung, dem Antrag der Fraktion der SPD nicht zuzustimmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Müller-Piepenkötter. – Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal Herr Abgeordneter Sichau gemeldet.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Giebels, Sie sagen: kein Thema für einen Parteienstreit. – Okay! Aber dann gestatten Sie mir doch die Frage: Warum wird hier so viel vernebelt, so viel gemauert und so viel abgelenkt?

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Quatsch!)

– Das können Sie gerne sagen, aber das ist nicht unsere Meinung. – Denn darauf kommt es an: Frau Ministerin, Sie haben einen Kern, nämlich das Access-Blocking, nicht genannt. Frau Düker hat diesen Punkt noch etwas deutlicher herausgearbeitet. Aber darauf ist niemand eingegangen.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Sie müssen zuhören!)

– Darauf sind Sie nicht eingegangen. Natürlich habe ich zugehört. – Das ist eine Forderung des BKA. Sie haben Sie nicht zurückgewiesen, sondern sie einfach nur umschifft. Darum geht es im Kern.

Herr Giebels, Sie sprechen davon, dass die alte rot-grüne Landesregierung es nicht geschafft habe, diese Broschüre weiterzuentwickeln. Sie sind jetzt drei Jahre an der Regierung. Reichte diese Zeit nicht, um diese Broschüre weiterzuentwickeln? Dazu kein Wort! Sie sind an der Regierung, Sie sind dran, Sie haben es nicht getan.

Wir haben das erbeten, Frau Müller-Piepenkötter. Sie haben auch dazu nichts gesagt nach dem Motto, es sei alles in Ordnung. Diese Broschüre ist, wie es Herr Stotko dargestellt hat, nicht in Ordnung. Ob die Ressourcen wirklich reichen, ist eine Frage, die bewertet werden muss, Herr Engel. Es geht nicht alleine darum, Zahlen vorzulegen, sondern auch darum, ob das wirklich reicht. Ich verweise auf das, was Frau Düker in Richtung staatsanwaltschaftliche Ressourcen gesagt hat.

Es ist völlig klar – jetzt bin ich schon ein Stück weit bei den Beratungen im Ausschuss –, dass wir den speziellen Operschutz in den Blick nehmen müssen, Frau Düker. Aber es geht darum, die Dinge auch abzarbeiten und nicht das sozusagen für etwas anderes zu nehmen. Das Blockieren ist uns ganz, ganz wichtig.

Ein Fachgespräch ist für uns okay, weil nicht jeder technisch auf dem neuesten Stand ist. Das wünschen wir uns vor allen Dingen, was die nationalen

Möglichkeiten des Blockierens und alles Weitere betrifft, was europäisch und darüber hinaus international veranlasst werden muss. Ich denke, das Thema hat es mehr als verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sichau. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Jarzombek.

Thomas Jarzombek¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie wissen, dass ich ein Freund knackiger Diskussionen im Plenum bin. Das, was ich gerade gehört habe, finde ich ehrlich gesagt schlimm. Sie versuchen, ein Thema für eine Sache zu instrumentalisieren, das dafür absolut nicht geeignet ist.

(Beifall von der CDU)

In der Zeit vor 2005 ist an dem Thema intensiv gearbeitet worden. Auch danach wurde an diesem Thema gearbeitet. Vor allen Dingen wird länderübergreifend daran gearbeitet. Ich kann überhaupt nicht erkennen, woher Sie konstruieren, dass es sich um eine reine Landesangelegenheit handelt, bei der es irgendwelche Defizite geben sollte.

Man muss an dieser Stelle einfach sagen, dass es offenbar eine Zahl von Menschen gibt, die ziemlich kranke Vorstellungen haben. Durch das Internet werden diese Dinge auf einmal viel bewusster und viel mehr in die Öffentlichkeit gebracht, als man das früher je geahnt hätte. Dazu gehört Kinderpornografie. Dazu gehören auch andere Effekte wie zum Beispiel Snuff-Videos, wo allen Ernstes Menschen nur zum Zweck des Gefilmtwerdens auf bestialische und qualvolle Art und Weise umgebracht werden. Das ist durch das Internet aus seinem Nischendasein gekommen und feiert heute seine Urständ, indem es sich offensichtlich Jugendliche auf Schulhöfen als Massenphänomen von Handy zu Handy schicken. Sie können sehen, wie Leute minutenlang zucken, bis sie tot sind. Teilweise fallen solche Dinge auf, weil es Elfjährige gibt, die sich im Unterricht erbrechen mussten, nachdem sie das gesehen haben.

Mit solchen Dingen haben wir zu kämpfen. Ich glaube, wir tun gut daran, das gemeinsam zu machen. Wir haben den Jugendschutz und den Jugendmedienschutz, der eine Länderangelegenheit ist, im Jahr 2003 per Staatsvertrag auf die KJM delegiert. Die KJM hat die „jugendschutz.net“ beauftragt, die meines Erachtens einen extrem guten Job macht. Das möchte ich hier gewürdigt haben. Ich bedanke mich insbesondere bei Friedeman Schindler, dem Geschäftsführer, dafür, dass er mit seiner Truppe mit so viel Engagement an dieser Stelle wirklich große Erfolge erzielt.

(Beifall von der CDU)

Das Thema geht weit über den aktuellen Tag hinaus. Sie stürzen sich mit Ihrer Initiative auf die Erklärungen des BKA. Wenn Sie aber das Thema in den letzten Jahren verfolgt haben, werden Sie feststellen, dass das leider, leider nichts Neues ist. Schon im Bericht von jugendschutz.net aus dem Jahr 2007 finden Sie, dass 20 % zusätzlicher Taten identifiziert wurden. Es handelt sich dabei um eine Entwicklung, die über Jahre geht. Dem wurde von der Regierung an den Stellen, wo wir als Land zuständig sind, Rechnung getragen, indem man mittlerweile im Bereich der Polizei mehr als 200 Leute mit dem Thema beschäftigt und sowohl bei den technischen Standards als auch bei der Anzahl derer, die sich mit diesen Fragen befassen, aufgerüstet hat.

Es gibt mittlerweile internationale Verabredungen. Sie alle kennen sicherlich INHOPE. Dort haben mittlerweile dreißig verschiedene Nationen einen Austausch darüber, welche Angebote zu bekämpfen und zu sperren sind. Ich schenke Ihnen das jetzt mit der albernem Broschüre aus dem Jahre 1997 einmal, wo immer Sie die noch aufgefunden haben. Da hat es jemand wohl gut gemeint. Es gibt von der Landesmedienanstalt eine im August dieses Jahres zuletzt aktualisierte Broschüre, die sich mit den Gefahren des Internets und der Kinderpornografie beschäftigt. Sie finden darüber hinaus zahlreiche Angebote bei jugendschutz.net, beispielsweise Klicksafe. Die können Sie sich anschauen, die sind tagesaktuell. Das schenke ich Ihnen an der Stelle als Marketinggag.

(Widerspruch von Frank Sichau [SPD])

Ich glaube – die Ministerin hat es auch dargelegt –, dass der Einsatz der Kräfte in Ordnung ist. Damit reduziert sich Ihre Initiative ...

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

– Hören Sie besser einmal zu! Das würde bei dem Thema nicht schaden.

Sie finden in Ihrer Initiative als einen Punkt das Access-Blocking. Aber entscheidend an der Stelle ist doch, dass man das Problem an der Wurzel löst. Auch wenn man in Deutschland bei einigen Providern Sachen sperrt, gibt es immer noch die Situation, dass Kindern weltweit diese Qualen zugefügt werden. Insofern ist es richtig, dass die Jugendschützer diese Fälle sofort an das BKA und an das LKA übergeben, um eine Täterermittlung vorzunehmen, damit man diejenigen dingfest macht. Deshalb muss man die Quellen bekämpfen. Das ist an dieser Stelle ein wichtiges Thema.

Ich erinnere daran, wie man in Kooperationen – da sind viele gute Wege bisher gegangen worden – mit Kreditkartenanbietern diejenigen identifiziert hat, die die bekannten Angebote nutzen, und dass man flächendeckend im letzten Jahr Leute dingfest gemacht hat. Das finde ich ist ein sehr cleveres Unterfangen. jugendschutz.net hat es erreicht, dass man

ein Agreement mit den Suchmaschinenanbietern erzielt hat, dass diese Angebote aus den Suchmaschinen herauskommen. Denn das Entscheidende ist doch, dass das international nicht mehr gefunden werden darf, dass jemand, der bei Google – oder wo auch immer – so etwas eingibt, dann eben nicht zum Ziel kommt.

Wir haben es geschafft, dass die Mobiltelefonanbieter in den nächsten Jahren einen Großteil des Internetverkehrs abwickeln und ab dem nächsten Jahr sicherstellen werden, dass es hier keine weiteren Übertragungen gibt. Aber am Ende haben wir das Problem, dass wir relativ langsam sind, weil wir darauf angewiesen sind, dass jemand heute Angebote findet und die zuständigen Stellen informiert. Das machen sehr viele Menschen, denen auch an dieser Stelle Dank gebührt. Es gibt allerdings keinen Automatismus.

Meines Erachtens ist das die Herausforderung für die Zukunft. Das werden wir nicht als Land und das wird auch nicht der Bund regeln können, sondern da muss der technische Fortschritt beobachtet und genutzt werden, dass man bestimmte Darstellungen automatisch identifizieren und darüber Meldungen und Sperren veranlassen kann. Das wird der entscheidende Grund sein. Denn mit dem Access-Blocking sperren Sie Internetseiten. Die Internetseiten sind aber heute gar nicht mehr die Stelle, über die der Großteil verteilt wird.

(Zuruf von der SPD)

– Nein. Ich habe mit Herrn Schindler selbst noch im Vorfeld telefoniert. Das Hauptthema sind heute die Peer-to-Peer-Netze, Filesharing-Börsen. Die sogenannten „Heavy User“ – ich finde es absolut krank, dass es so etwas gibt – versorgen sich über diese Medien. Hier greift das Thema Access-Blocking überhaupt nicht. Das heißt, wir haben hier wirklich ein ziemlich breites Thema, an dem wir in den letzten Jahren alle sehr gut gemeinsam gearbeitet haben.

Ich bin auch Frau Düker sehr dankbar dafür, dass sie vorgeschlagen hat – wir greifen das gerne auf –, darüber zu reden und gemeinsam zu schauen, was man noch besser machen kann. Wir haben aber gemeinsam – die A- wie die B-Länder – in den letzten Jahren eine Menge erreicht. Das sollte man nicht aus parteitaktischem Kalkül an dieser Stelle einfach kaputtreden,

(Beifall von der CDU)

sondern man muss das Thema in seiner Breite und Komplexität aufnehmen und jetzt nicht alleine versuchen, einen Streit wegen eines Einzelpunktes zu führen.

Lassen Sie uns gemeinsam in der gesamten Breite über die Herausforderungen der Zukunft reden! Da machen wir als CDU gerne mit. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Jarzombek. – Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/7830** einschließlich des **Entschließungsantrags Drucksache 14/7907** an den **Rechtsausschuss** – federführend –, an den **Hauptausschuss** sowie den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**; die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem so zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig so angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

3 Politischen Extremismus nicht hoffähig machen – Parlamentarische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wahren

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7824

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Stahl das Wort.

Helmut Stahl¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die hessische Landtagsabgeordnete Carmen Everts hat am 3. November 2008 erklärt:

Die Linke ist eine in Teilen linksextreme Partei. Sie hat ein gespaltenes bis ablehnendes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und ein problematisches Gesellschafts- und Geschichtsverständnis.

Das ist eine schwer wiegende Aussage. Ihr vorangegangen ist der Bruch des gegebenen Wortes der damaligen Spitzenkandidatin der SPD in Hessen. Trifft die Aussage der hessischen Landtagskollegin zu, dann ist das von großer Tragweite für die Zukunft der parlamentarischen Demokratie in Deutschland.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb gehört die Auseinandersetzung darüber in die Mitte unserer Parlamente.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie gehört auch in die Mitte des Landtags von Nordrhein-Westfalen, und sie gehört mit entsprechender Beachtung in die Mitte des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Zuruf von der SPD: Sie interessieren sich doch gar nicht dafür!)

Wir Demokraten wissen: Ohne frei und geheim gewählte Parlamente gibt es keine Demokratie. Daher sind weder Kuba noch China, weder der Iran noch Zimbabwe, weder die ehemaligen sozialistischen Staaten des Warschauer Paktes einschließlich der DDR noch sonstige autoritäre Regime Demokratie.

Mit Blick auf die Partei Die Linke sage ich: Die Spitze der Partei Die Linke in Nordrhein-Westfalen ist der sogenannten antikapitalistischen Linken zuzuordnen. Herr Dreßen, Mitglied im Landesvorstand der NRW-Linken und dort Sprecher für die Aufgabengebiete Bertelsmann und Bürgerliche Ideologie – man merke auf –, positioniert sich zum Parlament wie folgt:

Bürgerliche Institutionen wie die Parlamente und kommunalen Vertretungen müssen produktiv genutzt werden. (...) Parlamente können öffentlichkeitswirksam eingesetzt werden,

– in meinen Worten: nutzbar gemacht werden, missbraucht werden –

(...) auch gegen den Kapitalismus.

(Zuruf von der CDU: Wie bei Rechtsradikalen!)

– Wie bei Rechtsradikalen! – Um keine Missverständnisse darüber aufkommen zu lassen, was er meint, ergänzt Dreßen:

Mit Bezug auf die bürgerlichen Institutionen, nicht nur das Parlament, schrieb Lenin von der Notwendigkeit, am „Parlamentarismus teilzunehmen, aber nur, um den bürgerlichen Parlamentarismus ‚politisch‘ zu erledigen“.

Herr Aust, offizieller NRW-Ansprechpartner der sogenannten Antikapitalistischen Linken, gibt die Kampagnenlosungen aus, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll – Zitat –:

Wenn Parlamente entscheiden, haben bundesdeutsche Kapitalfraktionen und ihre Agenturen (...)

– merke: das sind wir alle; wir alle sind Marionetten dieser ominösen Agenturen –

bereits die Richtung vorgegeben.

In seinem Beitrag zur Programmdebatte der SPD-Linken in NRW ruft Aust in Erinnerung,

daß für Rosa Luxemburg das Parlament und der parlamentarische Kampf lediglich Mittel von begrenzter Reichweite waren. (...) Wenn eine Linke jedoch davon abstrahiert und sich der Illusion hingibt, daß das Kreuz auf dem Stimmzettel die kapitalistischen Verhältnisse verändern werde,

dann wird DIE LINKE Gefahr laufen, den Weg der Grünen zu gehen.

Einer von Ihnen hat ja bereits die Konsequenzen gezogen.

(Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Herr Zimmermann, Sprecher der Linken in Nordrhein-Westfalen, gehört wie Sahra Wagenknecht zu den Erstunterzeichnern des Manifests der Antikapitalistischen Linken, genau wie seine Sprecherkollegin Schwabedissen. Beide wollen „die Frage von Eigentum und Macht“ gestellt wissen.

(Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Diesen Aussagen könnte eine Überfülle weiterer Aussagen an die Seite gestellt werden. Sie bezeugen: Die Linke will mehr oder weniger gewaltsam die sogenannten kapitalistischen Verhältnisse überwinden. „Kapitalistische Verhältnisse“ – so denunziert sie unsere demokratische Gesellschaftsordnung.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist deshalb unsere demokratische Pflicht, weiter nachdrücklich für die Beobachtung der Linken durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz einzutreten!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos] – Zuruf von der SPD: Herr Stahl, jetzt mal im Ernst!)

Meine Damen und Herren, vorgestern war in der „Rheinischen Post“ zu lesen: „Grünen-Chefin will Rot-Rot-Grün in NRW“.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Lesen Sie eigentlich immer nur die Überschriften?)

Für mich sind die Grünen eine demokratische Partei. Frau Schneckenburger, Chefin der NRW-Grünen, wird in der „Rheinischen Post“ jedoch wie folgt wiedergegeben: „Die Grünen seien im Umgang mit den Linken ‚ein Muster an Orientierung und Stabilität.‘“

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Unglaublich!)

Welch ein würdeloser Kotau vor den Gegnern, wenn nicht Feinden der Demokratie. Welch eine Würdelosigkeit!

(Beifall von CDU und FDP)

Das riecht nach purer Machtgier. Das tut weh. Und das ist schade.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU] – Karl Schultheis [SPD]: Man merkt, dass das wehtut!)

Frau Kollegin Kraft, der Klarheit von Frau Schneckenburger weichen Sie aus. Sie winden sich wie ein Aal. „Auseinandersetzung suchen, nicht Zusammenarbeit“,

(Beifall von der SPD)

das ist Ihre stereotype Antwort auf die Gretchenfrage: Wie haltet ihr es mit der Linken?

(Beifall von der CDU)

Sie wollen die Tür für eine Koalition mit dieser antikapitalistischen, antiparlamentarischen Partei erkennbar offenlassen.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Nach dem Ypsilanti-Debakel beginnt die Linke in Nordrhein-Westfalen, die SPD frech zu jagen, und ergießt sogar Hohn und Spott über sie. Herr Zimmermann, Landessprecher der NRW-Linken, sagt in einer Pressemitteilung vom 3. November 2008:

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

(...) angesichts der hessischen Verhältnisse muss sich auch Frau Kraft in NRW fragen lassen, ob die SPD als verlässlicher Partner für irgendeine Form der Zusammenarbeit überhaupt in Frage kommen kann.

Herr Zimmermann konstatiert eine – ich zitiere – Unzuverlässigkeit der SPD als Ganzes. – So fahren die mit der SPD Schlitten. Die wollen sie aussaugen, und das noch ohne Gegenwehr durch diese Partei und diese Vorsitzende!

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, wo findet denn, bitte, die Auseinandersetzung der SPD, die Sie der Linken androhen, statt? Außer ein paar oberflächlich blubbernden Standardformulierungen sehe ich keine substanzielle, keine inhaltliche, keine programmatische Auseinandersetzung mit dieser Linken.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Sie scheuen diese Auseinandersetzung in Wahrheit wie der Teufel das Weihwasser, weil die SPD in Nordrhein-Westfalen, weil Ihre Fraktion dadurch auseinandergerissen würde – das wissen Sie auch – und weil Sie sich eine Machtoption mit den Gegnern, wenn nicht gar Feinden der parlamentarischen Demokratie offenhalten wollen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Meine Damen und Herren, die Finanzkrise und die sich abzeichnende Rezession könnten Humus für Populisten und Demagogen werden. Wer in dieser Situation auch nur den Anschein erweckt, mit Leuten paktieren zu wollen, die die Energie- und Telekommunikationswirtschaft verstaatlichen wollen, die alle Schuldenbremsen in den öffentlichen Haushalten weghauen wollen, die das gesamte Bankensystem einer vermeintlich demokratischen Kontrolle unterwerfen wollen, die aus der NATO austreten wollen, die gegen die Europäische Union sind, die Extreme hoffähig machen wollen, verhält sich verantwortungslos gegenüber den Menschen in Nord-

rhein-Westfalen, gegenüber unserer Nation und gegenüber der Europäischen Union.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Die Menschen werden wie früher in der DDR vor den Geschäften Schlange stehen, wenn wir Extremen wie diesen wieder eine Chance geben. Sie wären abhängig von den Brosamen, welche ihnen Funktionäre huldvoll überlassen.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen und Zurufe von der SPD)

Dann müssen uns wahrscheinlich irgendwann andere Leute Bananen unter die Scheibenwischer stecken – wie damals im November 1989 bei Öffnung der Mauer in Berlin.

(Beifall von CDU und FDP – Bodo Wißen [SPD]: Ich habe keine Bananen unter dem Scheibenwischer gesehen! – Weitere Zurufe von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, mein Fazit ist: Die hessische Landtagskollegin Carmen Everts hat Recht, wenn sie sagt: Die Linke sei eine

in Teilen linksextreme Partei, sie hat ein gespaltenes bis ablehnendes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und ein problematisches Gesellschafts- und Geschichtsverständnis.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Denen bieten Sie heute ein tolles Forum!)

Die Linke stellt die Systemfrage – so offen sagen das Gysi und Lafontaine. Deshalb stellen wir den Antrag, dieser Landtag möge bekunden, dass eine direkte oder indirekte Regierungsbeteiligung der Partei Die Linke in Nordrhein-Westfalen nicht infrage komme.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Selbstverständlich erwarte ich von Ihnen, Frau Kraft, und von Ihnen, Frau Löhrmann, dass Sie nach dem Debakel in Hessen den Menschen in Nordrhein-Westfalen Auskunft geben.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das Debakel hatte Herr Koch!)

Sie haben einen Anspruch zu erfahren, wie Sie es mit der Linken und mit der Zusammenarbeit mit dieser Partei halten.

(Beifall von CDU und FDP)

Selbstverständlich erwarte ich die Zustimmung aller Fraktionen in diesem Haus zu unserem Antrag „Politischen Extremismus nicht hoffähig machen – Parlamentarische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wahren!“ – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. – Für die FDP-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Papke.

(Thomas Stotko [SPD]: Das kann nicht besser werden! – Zuruf von der SPD: Aber auch nicht schlechter!)

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kein anderes landespolitisches Thema hat die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Monaten so sehr beschäftigt wie die drohende Macht- und Regierungsübernahme der Linkspartei in Hessen.

(Lachen von Rüdiger Sagel [fraktionslos] – Zuruf von der SPD: So ein Quatsch!)

Dabei ging es zunächst um einen schlimmen Wählerbetrug, der von der klaren Aussage der SPD-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl in Hessen ausging, sie werde unter keinen Umständen an eine solche Machtübernahme zusammen mit der Linkspartei denken. Dennoch – das haben alle mit großer Aufmerksamkeit verfolgt – hat es einen solchen Versuch gegeben, der an vier aufrechten sozialdemokratischen Abgeordneten gescheitert ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Papke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Priggen?

Dr. Gerhard Papke (FDP): Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage, weil ich im Zusammenhang vortragen möchte.

(Lachen und Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen ist der nächste Betrug der Wählerinnen und Wähler in Hessen schon absehbar.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Denn die Dame, die diesen Scherbenhaufen hinterlassen hat, hat nicht einmal die Traute, meine Damen und Herren, sich vor die Wählerinnen und Wähler zu stellen, um sich die Quittung für diese Politik geben zu lassen.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von der SPD)

Da wird ein Herr namens Schäfer-Gümbel als Strohhalm oder als Blitzableiter vor die Wähler gestellt.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Ich ahne, dass Frau Ypsilanti am Wahlabend erzählen wird: Ich stand nicht zur Wahl; ich habe das Desaster der SPD nicht zu verantworten.

Es geht nicht nur um Hessen, meine Damen und Herren, sondern es geht darüber hinaus um eine Grundfrage unserer demokratischen Kultur, die uns selbstverständlich auch in Nordrhein-Westfalen ganz unmittelbar berührt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Schönen Gruß von Herrn Schill!)

Die Grundfrage lautet: Wollen und dürfen wir akzeptieren, dass extremistische politische Gruppierungen, an deren Verfassungstreue begründete Zweifel bestehen – egal, ob sie von rechts oder von links kommen –, die Hand an die Hebel der Macht in der Bundesrepublik Deutschland legen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall von FDP und CDU)

Wir beantworten die Frage mit einem klaren Nein. Heute liegt es in der Verantwortung des Landtags Nordrhein-Westfalen, mit dem Antrag, den die Koalitionsfraktionen Ihnen vorgelegt haben, gemeinsam dieses Zeichen zu setzen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Letztlich, meine Damen und Herren, ist die Machtübernahme der Linken in Hessen nicht an einigen wenigen SPD-Abgeordneten gescheitert, sondern daran, dass die Menschen sie nicht wollten. Diese vier Abgeordneten haben den Widerstand und die Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung transportiert.

Die Haltung unseres Volkes ist in Hessen, in Nordrhein-Westfalen und in der ganzen Republik eindeutig: Wir wollen nicht, dass die PDS, die Linkspartei oder wie immer sich die SED-Nachfolger nennen, jemals wieder durch die Hintertür an die Macht im vereinten freien Deutschland kommt, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU – Wolfgang Jörg [SPD]: Die Blockflöten waren das! – Zuruf von der SPD: Zwei Parteien übernommen! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Frau Kollegin Kraft, zur Wahrheit gehört, dass sich kaum ein anderer SPD-Landesvorsitzender von Beginn an so klar an die Seite von Frau Ypsilanti gestellt hat, wie Sie es getan haben.

(Beifall von der CDU)

Sie haben monatelang versucht, kritischen Nachfragen auszuweichen. Sie haben gesagt, das sei eine Frage der Wahltaktik; darüber könne man später reden, da das nicht zur Debatte stehe und man erst einmal schauen müsse, wie sich Die Linke entwickle. Sie haben versucht, in jedem Interview,

wenn Sie dieser Frage nicht ausweichen konnten, die Antwort weiczuspülen und feinzuredigieren.

(Lachen von Hannelore Kraft [SPD])

Aber letztlich, Frau Kollegin Kraft, haben Sie doch ein Signal setzen müssen. Sie als verantwortliche Spitzenpolitikerin der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie wollen die Machtoption ausdrücklich nicht ausschließen, bei der nächsten Landtagswahl zusammen mit den Grünen und der linksextremen Linkspartei die Macht in Nordrhein-Westfalen zu übernehmen.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das ist genau der Punkt, um den es geht und vor dem Sie nicht ausweichen können, auch heute nicht, Frau Kollegin Kraft. Wir alle wie auch die Öffentlichkeit insgesamt waren ja sehr gespannt, ob Sie sich heute der Debatte stellen werden. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass Sie das in dieser Grundfrage unseres demokratischen Selbstverständnisses tun werden,

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Bei Ihnen habe ich die Hoffnung schon längst aufgegeben!)

bei der es darum geht, ob die nordrhein-westfälische SPD, die Partei von Heinz Kühn und Johannes Rau,

(Zurufe von der SPD)

sich auch in Zukunft als Volkspartei der politischen Mitte versteht oder hinter linksextremen kommunistischen Wirrköpfen herläuft, nur in der Hoffnung, darüber wieder an die Macht in Nordrhein-Westfalen zu kommen.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Kraft, diese Frage wollen Sie doch nicht ausgerechnet von Herrn Groschek beantworten lassen. Der steht auf der Rednerliste. Dieser feinsinnige Interpret sozialdemokratischer Politik

(Beifall von FDP, CDU und SPD)

soll als Ihr Sprecher die Haltung der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten verdeutlichen?

(Ralf Jäger [SPD]: Zugabe!)

Das sollten Sie sich noch einmal überlegen.

Der WDR hat mir heute Morgen mitgeteilt, Sie, Frau Kollegin Kraft, hätten noch nicht einmal den Mut gehabt, dem WDR dazu ein Interview zu geben. Für Frau Kollegin Löhrmann gilt das Gleiche. Überlegen Sie, welches Zeichen Sie setzen, wenn Sie beide mit dem Führungsanspruch, den Sie doch permanent vor sich her tragen, der heutigen Debatte ausweichen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Frau Kollegin Löhrmann, Sie haben sich ja zur präsumtiven Spitzenkandidatin der Grünen für die nächste Landtagswahl ernannt. Sie tragen doch unabhängig vom fachlichen Zuschnitt bei jeder Debatte Ihren Manuskriptzettel zum Rednerpult. Vor dem Hintergrund kann ich Sie nur sehr herzlich einladen, wenn Sie diesen Führungsanspruch haben, dieser heutigen Debatte nicht auszuweichen und klar zu sagen, was Sie wollen und ob das,

(Beifall von FDP und CDU)

was Ihre Frau Schneckenburger angekündigt hat, auch Ihrer Meinung entspricht.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben wir heute eine Debatte oder eine Meinungsumfrage?)

Diese hat ja gesagt, eine Koalition mit demokratischen Parteien wie der CDU und der FDP wäre aus Sicht der Grünen ausgeschlossen, aber die Grünen würden stattdessen auf die Linkspartei setzen. Das ist schon bemerkenswert. Ich kann Ihnen nur empfehlen, Frau Kollegin Kraft, Frau Kollegin Löhrmann,

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Ihre Empfehlungen brauchen wir nicht!)

sich einmal anzusehen, mit welchen Leuten Sie gemeine Sache machen wollen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Wer hat denn die Mauerschützen in der Partei, Sie oder wir?)

Die Linken haben sich inzwischen gegründet und sich ein Programm gegeben, das Christoph Meinerz in der „WAZ“ mit dem Satz kommentiert hat: Mit ihrem Wahlprogramm beschreiben die Linken nichts anderes als einen Weg, der in den Kommunismus führen soll.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte Ihnen von dem, was die dort debattiert und verabschiedet haben, eine Kostprobe geben. Im Antrag 1620, vorgelegt von der Kommunistischen Plattform auf dem letzten Programmparteitag der Linkspartei, verlangten die Linken, konkrete Unternehmen und dahinter stehende Personen öffentlich anzuprangern. Jetzt zitiere ich einmal aus diesem Antrag – das ist die Linkspartei in Nordrhein-Westfalen –: So wie es keine Tat ohne Täter gibt, gibt es kein Kapitalismus ohne Kapitalisten. Die haben ein Gesicht, einen Namen und eine Adresse. – Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, wie es Ihnen geht, wenn Sie so etwas hören. Mich machen solche Sätze betroffen.

(Beifall von FDP und CDU – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Heuchler!)

Sie lachen, Frau Kollegin Kraft. Mich erinnern solche Sätze an das zweite Unrechtsregime auf deutschem Boden. Wir müssen miteinander ein Zeichen

setzen, dass wir so etwas nicht wieder einreißen lassen.

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist Ihre Verantwortung, wenn Sie Führung in diesem Land übernehmen wollen, jetzt in dieser Debatte ans Rednerpult zu gehen und zu erklären,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das bestimmen immer noch wir, wer redet!)

ob die Sozialdemokratie in Zukunft als verlässliche Partei der politischen Mitte zur Verfügung steht oder ob sie den linken wirren Trotzlisten, DKP'ern und Maoisten hinterher hechtet, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, weil sie gegen die freihetlich demokratische Grundordnung agieren.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von der SPD)

Das ist keine Frage der Wahltaktik. Hier sind Sie gefordert. Wenn Sie – das gilt sowohl für Sie, Frau Kollegin Kraft, als auch für Sie, Frau Kollegin Löhrmann – Rückgrat haben, dann stellen Sie sich der Debatte und sagen Sie, wohin Sie unser Land, sollte man Ihnen tatsächlich die Regierungsverantwortung übertragen, führen wollen. Das ist die Herausforderung für Sie. Kommen Sie nicht mit Groschek oder Priggen. Sagen Sie selber, was Sie wollen. Haben Sie die Traute und tauchen Sie nicht weiter ab! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Blockflöte!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Papke. – Für die Fraktion der SPD spricht Herr Kollege Moron.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Antrag sowie – jedenfalls streckenweise – die beiden gerade gehaltenen Reden waren an Unehrllichkeit und Heuchelei kaum zu überbieten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Als Sozialdemokrat – ich bin schon lange in dieser Partei – fühle ich mich durch Ihren Antrag und Ihre Reden persönlich beleidigt.

(Beifall von der SPD)

Gerade Sie, Herr Papke, haben gegenüber der Sozialdemokratie einen Ton angeschlagen, der der Geschichte dieser Partei, ihrer Würde und ihrer Ehre nicht angemessen ist.

(Beifall von der SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich will Ihnen das auch erklären: Die SPD hat in diesem Land, das es ja nun seit 62 Jahren gibt, über 40 Jahre lang regiert. Acht Mal haben die Wählerinnen und Wähler uns den Regierungsauftrag erteilt, nicht Ihnen. Wir haben hier Politiker gehabt, die in ihrer eigenen persönlichen Geschichte den Umgang mit Extremisten persönlich erlebt haben.

(Zurufe von CDU und FDP)

– Hören Sie mal ein bisschen zu, bevor Sie weiterhin Ihre Ausbrüche produzieren. Warten Sie mal in Ruhe ab.

Josef Neuberger Jude, verfolgt, Justizminister der SPD; Heinz Kühn, Ministerpräsident, verfolgter Sozialdemokrat, in der Tschechoslowakei und in Belgien im Exil; Johannes Rau, den Sie in seiner demokratischen Qualität ja wohl nicht einschränken und bestreiten wollen.

Das waren Repräsentanten der SPD, die dieses Land hervorragend regiert haben, und zwar 40 Jahre lang, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und FDP)

Sie wollen dieser Partei, die es seit fast 150 Jahren gibt, jetzt erklären und vorhalten, wie wir mit politischen Extremen umgehen sollen.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP] – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Es gibt keine Partei in Deutschland, die eine so lange demokratische Tradition, eine so ungebrochene Geschichte hat wie die deutsche Sozialdemokratie. Wir haben von Ihnen überhaupt keine, null Ratschläge entgegenzunehmen.

(Beifall von der SPD)

Die Sozialdemokraten waren es doch, die unter Bismarck in den Gefängnissen gesessen haben, die man per Gesetz verboten hat.

(Zuruf von der SPD: Wo wart Ihr denn da?)

Die Sozialdemokraten haben versucht, die Weimarer Republik am Leben zu halten und sind von der extremen Rechten und der extremen Linken bekämpft worden. Die Sozialdemokraten mit Otto Wels an der Spitze haben gegen die Ermächtigungsgesetze gestimmt. Meine Damen und Herren, wir haben uns von Ihnen nichts, aber auch gar nichts vorhalten zu lassen.

(Beifall von der SPD)

Ich setze noch einen drauf:

(Zurufe von CDU und FDP)

– Ist davon irgendetwas falsch, meine Damen und Herren?

(Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Der eine sagt Bravo, und die anderen schreien dagegen. Einigen Sie sich mal, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Jetzt kommen wir in die jüngere deutsche Geschichte; der Vorsitzende der famosen FDP hat es angesprochen. Wie war es denn in der DDR? Die Sozialdemokratie war verboten. Bis 1961 gab es noch eine SPD in Ostberlin, Viermächtestatus. Sie musste nachher aufgelöst werden, weil die dann noch verbliebenen Mitglieder einem immensen staatlichen Druck ausgesetzt waren.

Als Sozialdemokraten in der DDR in den Gefängnissen der Stasi gesessen haben, haben die Mitglieder der Ost-CDU und der Ostliberalen in der Volkskammer gesessen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall von der SPD)

Und wir müssen uns von Ihnen anhören, wie wir mit Extremisten umgehen sollen. Was erlauben Sie sich eigentlich in diesem Parlament? Eine Unverschämtheit!

(Beifall von der SPD)

Wie war es denn, sehr geehrter Herr Papke, mit Ihren Ostliberalen und der Ost-CDU? 500.000 hat es 1989 gegeben bei 2,2 Millionen Mitgliedern der SED. Wir haben einen klaren Abgrenzungsbeschluss gefasst. Sie aber haben die 500.000 Blockparteimitglieder sehr schnell in Ihren Parteien aufgenommen. Die FDP hatte ihre Mitgliederzahlen innerhalb von Wochen verdreifacht. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von der SPD)

Da Sie es angesprochen haben, erlaube ich mir auch noch die Bemerkung: Sie haben einen Teil des Vermögens der Ost-CDU und der LDPD wieder zurückgegeben, allerdings einen Großteil behalten.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Als wir unsere Geschäftsstellen in der ehemaligen DDR aufbauen mussten, sind Sie in die alten Geschäftsstellen der Ost-CDU und der LDPD eingezogen.

(Beifall von der SPD)

Und dann sagen Sie uns, wie wir mit Extremisten umzugehen haben. Sie müssen die Realitäten der Vergangenheit wirklich komplett ausblendet haben.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Es ist einfach falsch, was Sie sagen! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Fragen wir noch einmal, wie es dann weitergegangen ist. Meine Damen und Herren, wer hat denn einen Landesvorsitzenden der CDU, einen gewissen Herrn Ulrich Junghanns, der früher Funktionär und Mitarbeiter der Bauernpartei war? Er ist heute Lan-

desvorsitzender der CDU in Brandenburg und hat noch am 3. Juli 1989 geschrieben – alles belegt –: „Was die Mauer betrifft, so lassen wir uns nicht deren Schutzfunktion ausreden –

(Lachen von der SPD)

ganz einfach, weil wir den Schutz spüren vor all dem, was hinter der Mauer jetzt an brauner Pest wuchert.“

Das sind Ihre Leute, Sie haben sie aufgenommen. Okay, einverstanden, sie können sich ja auch bessern. Wenn man selbst im Glashaus sitzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte man beim Umgang mit Extremisten bitte vorsichtig sein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich will gar nicht an das zahllose Zusammenarbeiten zwischen CDU, ehemaliger PDS oder jetziger Linker in vielen Städten in Ostdeutschland erinnern. Ich könnte Ihnen alles aufzählen, will uns aber nicht langweilen. Ihr seid längst in einer anderen Welt als eure Kollegen und Parteifreunde in der ehemaligen DDR, den heutigen fünf neuen Ländern.

Aber, meine Damen und Herren, was müssen wir jetzt tun? Worum geht es hier?

(Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

– Hören Sie zu!

Wir erleben seit einigen Jahren ein Anwachsen einer Partei, die sich Die Linke nennt, die aber keine Linke ist. Es ist eine strukturkonservative Partei, die eigentlich in die 50er- und 60er-Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückwill. Es ist keine moderne, sondern eine konservative Partei.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese Partei ist ein Sammelbecken für enttäuschte Sozialdemokraten, enttäuschte CDU-Mitglieder und Gewerkschaftler geworden. Viele aus der CDU sind darin, Sie selber haben einmal untersucht, wie viele aus Ihren Reihen dort eingetreten sind. Darin sind auch Spinner, Sektierer und Leute, die in irgendwelchen politischen Kleinstgruppen waren. Darin sind Querulanten, Leute, die in unseren Parteien nicht haben Fuß fassen können, weil sie ein gewisses querulatorisches Potenzial haben. Sie alle sind darin.

Es ist im Augenblick ein Chaosverein. Sie sagen selbst von sich anlässlich ihres Landesparteitages: Unser Landesparteitag ist eine Black Box. Wir wissen gar nicht genau, wie sich zwei Drittel der Delegierten verhalten werden. Die kennen sich zum Teil noch gar nicht. Es ist eine Partei im Werden – leider, aber es ist so. Sie hat im Augenblick über 7.000 Mitglieder. Ich habe den Eindruck, es werden mehr und nicht weniger. Im Gegensatz zu den meisten Parteien, die hier vertreten sind, scheint diese Partei weiterhin Zulauf zu haben.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Richtig!)

Ich frage mich: Was tun Sie dagegen, damit diese Partei keinen Zulauf mehr bekommt? Ich glaube, Sie tun gar nichts dagegen, ganz im Gegenteil!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Lieber Helmut Stahl, Du hältst hier unten eine Rede, das ist doch nichts. Das ist doch ein Schmarren – Entschuldigung. Ihr müsst praktische Politik machen. Eine Partei oder Koalition wie Eure, die auf der einen Seite Bildungsgerechtigkeit propagiert und auf der anderen Seite Studiengebühren einführt, führt denen doch Neuwähler und Sympathisanten zu.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eine Koalition wie die Ihre, die an einem völlig überholten Schulmodell hängt, das die soziale Ungerechtigkeit auf Dauer manifestiert, die treibt ihnen doch die Wählerinnen und Wähler zu!

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Eine Partei und Koalition wie Ihre, die die Finanzierung von Arbeitslosen- und Obdachloseninitiativen einstellt, die treibt ihnen doch die Wähler zu! Ihr seid doch schuld daran!

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eine Partei wie Ihre, die gegen den Mindestlohn ist und die die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst einschränkt, die treibt ihnen doch die Wähler zu!

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihr seid doch selber verantwortlich dafür. Macht eine andere Politik, dann haben die weniger Wähler!

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Rote und Grüne wandern ab zur Linkspartei!)

– Herr Kollege Witzel, Sie fallen selten durch originelle Beiträge auf. Bleiben Sie mal lieber still.

(Lachen von der SPD)

Ich gebe zu, ihr seid nicht alleine schuld, selbst Herr Krautscheid nicht, der sich hier kaum noch auf seinem Stuhl halten kann. Ihr seid nicht alleine schuld, andere sind es auch, aber ihr tragt einen Teil der Mitverantwortung. Deshalb: Macht die doch nicht noch interessanter, indem ihr eine so dämliche Diskussion hier in diesem Landtag führt!

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen klar auch für die SPD: Diese Partei, so wie sie sich jetzt darstellt, ist nicht regierungsfähig. Man muss nur in ihr Programm hineingucken. Ob das überhaupt ein Programm ist, weiß man gar nicht. Es ist ein Leitfaden für die Kommunalwahlen. Ob sie damit noch im Landtagswahlkampf antreten will, das werden wir sehen. Diese Partei ist weltfremd. Diese Partei ist kein verlässlicher Partner.

Mit dieser Partei kann man im Augenblick nicht arbeiten. Völlig richtig!

(Lebhafter Beifall von SPD und CDU)

Aber nun einmal langsam, liebe Freunde! Ich erinnere mich noch an eine Zeit – Sylvia Löhrmann und die Grünen bestimmt auch; es liegt schon eine Weile zurück –, da haben sich die Grünen gerade gebildet und sind in den Deutschen Bundestag eingezogen. Damals gab es noch so eine exotische Grüne, da gab es einen Baldur Springmann, der mit seinem Kosakenhemd in Schleswig-Holstein herumgelaufen ist, oder Petra Kelly oder Gert Bastian. Damals haben die Mitglieder, die hier sitzen, FDP, CDU, wir von der SPD aber im Übrigen auch, gesagt: Um Gottes willen, mit allen kann man regieren, aber nicht mit diesen linken Spinnern, diesen Ökologen, diesen völlig weltfremden Politikern!

Und was haben wir heute? Der Ole von Beust hat doch Herzen in den Augen, wenn er an die Grünen denkt. Der geht mit denen doch sofort ins Bett!

(Heiterkeit und lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Was ich nie geglaubt hätte: Selbst dieser wirkliche politische Knochen, Koch mit Namen, der möchte sich doch lieber heute als morgen mit den Grünen vermählen.

(Zustimmung von der SPD)

Die Welt verändert sich. Und das kann auch für die Linke sein. Das kann ich nie ausschließen. – Herr Krautscheid hat auf seinem Tisch wahrscheinlich eine Kristallkugel, guckt hinein und sieht die Zukunft. Ich kenne sie nicht.

(Heiterkeit von SPD und GRÜNEN)

Ich weiß nicht, wie die Grünen sich entwickeln werden. Vielleicht bleiben sie Sektierer, vielleicht bleiben sie es nicht.

(Lebhafter Widerspruch und Beifall von den GRÜNEN)

– Entschuldigung!

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Grünen sind heute doch keine Sektierer mehr. Sie sind eine, und zwar von allen, umworbene Partei. So ist es doch heute.

(Beifall von den GRÜNEN)

– Nun übertreibt nicht.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Moron, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Papke?

Edgar Moron (SPD): Ja, warum nicht. Aber rechnet mir das nicht auf die Zeit an.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Moron, dass Sie mir in Ihren interessanten geschichtsphilosophischen Ausführungen eine kurze Frage gestatten.

(Zurufe: Frage! – Rainer Schmelzer [SPD]: Da war wohl eine Lücke bei Ihnen! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen gerne die Frage stellen, die Kollege Stahl und ich aufgeworfen haben und die Sie in Ihren Ausführungen bisher systematisch beiseitegedrängt haben, ganz konkret mit Blick auf die nächste Landtagswahl 2010: Halten Sie es für in Ordnung, für akzeptabel und für sinnvoll, dass sich Frau Kollegin Kraft eine Koalition mit der Linkspartei und den Grünen in 2010 offenhalten will?

(Zurufe von der SPD)

Ist das in Ordnung gerade im Lichte der Betrachtung, die Sie angestellt haben? Oder würden Sie Frau Kollegin Kraft und der nordrhein-westfälischen SPD von einer solchen Koalition mit der Linkspartei abraten? Seien Sie so nett, diese Frage konkret zu beantworten.

Edgar Moron (SPD): Herr Kollege, vielen Dank. Das ist eine tolle Frage.

(Heiterkeit von der SPD)

Auf die wäre ich sowieso noch gekommen, weil die ja eigentlich den Schlüssel für die heutige Debatte bildet.

(Zurufe von der FDP: Ah!)

– Nicht „ah“! – Ich habe mich nämlich gefragt, warum eine Koalition eigentlich auf die Idee kommt, einen wirklich unehrlichen Antrag einzubringen. Warum machen Sie das überhaupt?

(Zurufe von der CDU)

Der eigentliche Grund dafür – jetzt muss ich einen Teil meiner vorbereiteten Rede weglassen, aber ich will Ihnen darauf jetzt antworten – liegt in Ihrer durchaus realistischen Einschätzung, dass durch das Auftreten der Linken die Wahrscheinlichkeit, dass Ihre Koalition noch eine parlamentarische Mehrheit hat, gegen null fährt.

(Lebhafter Beifall von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Sie sollten als atheistischer Liberaler nicht den Blick gegen den Himmel richten, Sie sollten lieber auf der Erde bleiben.

(Ralf Witzel [FDP]: Und Sie auf dem Boden der Tatsachen!)

Sie wissen auch – das wissen wir aus vielen Gesprächen mit vielen Mitgliedern dieser Koalition –: Das Auftreten der Linken als fünfte Fraktion in diesem Landtag lässt die Wahrscheinlichkeit, dass zwei Parteien alleine eine Mehrheit bilden können, fast gegen null fahren.

(Widerspruch von der CDU)

Das wissen Sie. Davor haben Sie natürlich panische Angst, auch die Kollegen auf den Regierungsbänken. Die wissen ja gar nicht mehr, wie es weitergeht. Sie möchten gerne weiterregieren, aber dabei ist ja ein Risikofaktor. Deshalb möchten Sie über eine solche Diskussion, die Sie hier vom Zaun brechen, zum jetzigen Zeitpunkt bereits Koalitionsverhandlungen einschränken und sagen: Der darf nur mit der, der darf nur mit dem, der darf nur mit dem.

(Widerspruch von der CDU)

Wir sagen Ihnen ganz eindeutig und klar: Entscheiden wird der Wähler!

(Lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Wir schauen uns am Wahlabend das Wahlergebnis an. Dann fragen wir – das sage ich Ihnen ganz ehrlich –: Mit wem können wir eine verlässliche, gute Politik auf der Basis eines miteinander verabredeten und vereinbarten Koalitionsvertrages für fünf Jahre machen? Mit wem können wir dann zusammenarbeiten? Den schauen wir uns an. Mit dem werden wir im Übrigen – ich komme zum Schluss – Hannelore Kraft zur Ministerpräsidentin wählen. Anders als in Hessen wird das hier nämlich funktionieren. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von der SPD – Die Mitglieder der SPD-Fraktion erheben sich von ihren Plätzen. – Anhaltender Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Moron. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Kollege Priggen.

(Zurufe)

Reiner Priggen (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Als erstes möchte ich sagen: Ein solches Ausmaß an Heuchelei in Teilen der Debattenbeiträge habe ich noch nie erlebt; Herr Kollege Moron hat das schon angesprochen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Kollege Dr. Papke, auch ein solches Maß an Demagogie wie von Ihnen vorgebracht habe ich noch nicht erlebt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich war auf die Debatte total gespannt. Ich habe mich gefragt, ob es bei der Debatte wirklich um eine Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus geht, ob es eine Auseinandersetzung über die Linke ist oder ob es der zu durchschauende und dünnhäutige Versuch ist, die Geschehnisse in Hessen auszunutzen und Stimmung und Propaganda gegen die SPD zu machen. Das war die Frage.

Herr Dr. Papke, vor allen Dingen im zweiten Teil ist es genau in diese Richtung gelaufen. Das war eindeutig. Es wurde überhaupt nicht der Versuch gemacht, sich damit auseinanderzusetzen, sondern es war – Herr Moron hat es zum Schluss benannt – der spürbare Angstschweiß.

Um das einmal klar zu sagen: Sie haben doch keine Regierungskoalition, die von zwei Parteien getragen ist. Sie sind drei Parteien: die Ellenbogenpartei, die Partei der Besserverdienenden und ein kleiner Teil der CDU. Der Rest muss das mitmachen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben nach der hessischen Landtagswahl die gleiche Debatte geführt. Es gab damals wenigstens noch einen aktuellen Grund. Eine vorher gegebene Zusage wurde gebrochen. Damals haben Sie schon den Mantel der Geschichte durch die Diskussion wehen lassen.

Schauen wir uns einmal die Geschichte der Partei Die Linke in der Bundesrepublik Deutschland an. Herr Kollege Moron hat zu Recht gerade die FDP angesprochen: Sie hat sich zwei Blockflötenparteien einverleibt. Und, Herr Dr. Papke: Sie sitzen in diesem Landtag, weil Herr Möllemann einen Wahlkampf mit antisemitischen Vorurteilen geführt hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf)

– Doch, genau deswegen sitzen Sie hier.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Von den Parteispenden wollen wir gar nicht reden!)

Sie legen die moralische Latte immer so hoch und scheitern dann in der persönlichen Frage ganz eindeutig.

Nähern wir uns einmal der Frage, warum es die Linke hier gibt. Sie hätten die Diskussion führen müssen, als Herr Wowereit in Berlin die erste Koalition begonnen hat. Damals wurde sie nicht geführt. Dann hat er die zweite Koalition mit dieser Partei begonnen. Auch damals wurde die Diskussion nicht geführt. Es gibt viele kommunale Koalitionen auch mit der Zusammenarbeit zwischen CDU und Linken. In keinem Fall wurde die Diskussion geführt. Jetzt führen Sie diese Diskussion. Warum führen Sie sie

jetzt? Es ist der Auftakt der Landtagswahldebatte 2010.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Von Ihrer Seite ist kein Wort über die Realität in Bezug auf Die Linke in diesem Land gefallen, die sich anhand der tatsächlichen Entwicklung zeigt. Die Gründe dafür, warum die Partei Zulauf hat, sind nicht angesprochen worden. Ich teile Ihre Beschreibung, wonach es Sektierer, Spinner und Anhänger der Trotzki'schen Internationalen gibt. Das würde ich auch teilen. Die klassische Situation aber haben wir in Bochum und in anderen Orten erlebt: Die Gewerkschafter von IG Metall und ver.di gehen zu dieser Partei, weil sie von der Politik der Sozialdemokraten und der rot-grünen Bundesregierung enttäuscht waren. Diese Leute haben keine Sehnsucht nach der Stasi und nach einem Mauerbau.

(Zuruf)

– Nein, das können Sie nicht unterstellen. – Sie sind von der spürbaren Ungleichgewichtigkeit in unserer Gesellschaft getrieben worden. Sie sind vom parlamentarischen Arm der Hedgefonds getrieben worden,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

der immer weiter in Richtung Privatisierung ausgestreckt wurde

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und die Verantwortung dafür nicht tragen will. Das muss man realistisch nebeneinander stellen.

Herr Dr. Papke, Sie haben unsere Parteivorsitzende angesprochen. Ich will ihr an einer Stelle widersprechen. Ich habe keine Angst vor Jamaika. Vor Jamaika müssten Sie von der FDP am allermeisten Angst haben. Ich will Ihnen auch sagen, warum: Ihre zutiefst unsoziale und auf Selektion angelegte Bildungspolitik, die Sie auf dem Parteitag noch einmal bestätigt haben, wäre dann überhaupt nicht mehr machbar.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auf dem Parteitag haben Sie gesagt, Sie wollen die Privatschule für die Besserverdienenden.

(Ralf Witzel [FDP]: Mehr Privatschule für alle!)

– Jawohl, Herr Witzel. Nicken Sie. Sie wollen das Gymnasium für die Bildungsbürger. Dann soll es eine Restschule für die Dienstleistungsgesellschaft geben, bei denen die Leute von einer Vollzeit Arbeitsstelle nicht mehr leben können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ungehörig!)

Das ist Ihr Bildungsmodell.

Sie wissen gar nicht, was Sie mit Ihren Selektionstendenzen in Hunderttausenden von Familien in

diesem Land jedes Jahr anrichten. Darüber gibt es bei Ihnen keine Diskussion. Darüber, nach vier Schuljahren entscheiden zu müssen, ob Kinder studieren oder ein Handwerk erlernen oder in einen anderen Beruf gehen sollen, gibt es bei Ihnen keine Diskussion. Das unterstützen Sie, und das ist zutiefst unsozial.

(Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Das können Sie bei Jamaika mit Sicherheit nicht mehr machen. Das hat Herr Kollege Moron auch schon angesprochen. Insofern kann ich es nur wiederholen.

An den Hochschulen selektieren Sie über Studiengebühren. Sie wissen genau: Leute, die zwar einigermaßen vernünftig verdienen, aber zwei oder drei Kinder in der Ausbildung haben, gehen dadurch finanziell in die Knie. Sie können das Geld nicht aufbringen. Das wissen Sie genau. Anstatt mehr Leute an die Hochschulen zu locken, um mehr gut ausgebildete junge Menschen zu bekommen, betreiben Sie Ihre zutiefst unsoziale Politik.

Der Bildungsminister ist nicht da. Ich weiß nicht, ob er solche Angst vor der Linken hat, dass er schon im Regierungsbunker in Ahrweiler sitzt. Auf der einen Seite zu sagen, wir benötigen in den Ingenieurwissenschaften mehr Absolventen, aber auf der anderen Seite an den Fachhochschulen keine Politik gegen die Studienabbrecherquote von 50 % zu betreiben, ist auch zutiefst unsozial.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Diese Linie fahren Sie die ganze Zeit.

Es geht hier um die Frage, wie man sich gemeinsam bemühen könnte, die Menschen zurückzuholen, die die Schimäre Linke wählen. Ich teile alles, was Herr Moron über die Regierungsfähigkeit dieser Partei gesagt hat. Wenn ich mir das Programm anschau, so gibt es vielleicht einen Punkt, der nicht völlig gaga ist, den ich aber auch nie mitmachen würde. Ich will ihn jetzt gar nicht erwähnen. Der Rest ist aber qualitativ unsäglich. Eine Partei, die eine Urabstimmung durchführen muss, bevor sie Koalitionsverhandlungen aufnehmen kann, das ist so, als ob eine Gewerkschaft eine Urabstimmung darüber durchführt, ob sie Tarifverhandlungen aufnehmen will. Das alles hat mit der Realität nichts zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich halte es aber für falsch, jetzt über Ihr Stöckchen zu springen und zu sagen, man schließt das aus, und so Ihrem Angstschweiß nahezukommen.

Ich will es ganz klar sagen, weil Sie Antworten haben wollen. Diese sollen Sie auch bekommen. Ich schließe überhaupt keine Koalitionsoption aus, sondern ich wähle Koalitionen danach, ob ich ein Maximum an grüner Politik umsetzen kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich lasse mir von Ihnen nicht vorschreiben, mit wem ich das machen kann. Das gucke ich mir dann an, wenn eine konkrete Programmatik da ist. Ich lasse mir von niemandem vorschreiben, dass irgendeine Couleur nicht gehen könnte. Der Versuch, den Sie hier unternehmen, ist so etwas von durchsichtig. Er wird nicht zum Erfolg führen. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als Nächster hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mehrheit von CDU und FDP ist nach der neuesten WDR-Umfrage weg, die Linke liegt bei 9 %. Das ist offensichtlich der Grund für die Nervosität, die wir hier heute in der Debatte erlebt haben. Als Bergbauingenieur kann ich Ihnen nur sagen: Hängen im Schacht – so nennen wir das hier in NRW.

Es ist erneut ein sehr durchsichtiges Schauspiel, was CDU und FDP hier und heute im Landtag liefern. Dass Sie sich in Ihrem Antrag ausgerechnet auch noch auf die hessischen Abgeordneten und Last-minute-Gewissensentdecker/innen der SPD berufen, ist schon fast skurril. Anstatt eine vernünftige und zukunftsweisende Politik in NRW zu machen, wofür die Linke und ich wie gestern viele gute Vorschläge einbringen und entsprechende Anträge stellen, jetzt dieses Polittheater hier und heute! Das, was Sie der Linken vorwerfen, inszenieren Sie mit Ihrer eigenen Grotteske.

Im Gegensatz zu CDU und FDP, die an allen möglichen Punkten gegen die Landesverfassung handeln, steht die Linke fest auf dem Boden der Verfassung. Gerade die Punkte, die der Linken und mir immer wieder von Ihnen vorgeworfen werden, sind in der Verfassung benannt. In Artikel 27 heißt es zum Beispiel zu Monopolbetrieben und Kartellen:

Erstens. Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.

Zweitens. Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.

Sie scheinen selbst Ihren ersten CDU-Ministerpräsidenten hier in NRW, Karl Arnold, nicht mehr zu kennen, der sich auf einen christlichen Sozialismus beruft. Auch Ihr Ahlener Programm in NRW scheinen Sie nicht zu kennen, in dem es heißt – ich zitiere –:

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.

So Ihr eigenes CDU-Programm von vor gut 50 Jahren.

Wenn Sie hier von politischem Extremismus reden, sollten Sie in Ihre eigenen Reihen schauen. Noch kürzlich berichtete der WDR in Westpol von CDU-Politikern, die für eine Zeitung für Russlanddeutsche mit rechtsextremen Inhalten tätig waren. Ihren MdB Martin Hohmann mussten Sie nach einer antisemitischen und extremistischen Rede aus der CDU ausschließen. Im Internet kann man aber lesen: Hohmann erfuhr viel Solidarität aus der CDU.

In der FDP gab es auch einmal einen Herrn Jürgen Möllemann aus Münster, dem viele zu verdanken haben, dass sie überhaupt im Landtag sitzen. Er fiel ebenfalls mit rechten und antisemitischen Äußerungen aus der Rolle.

Wo wir gerade in Münster sind: Der jetzige Regierungspräsident Peter Paziorek saß mit seiner Kollegin Erika Steinbach noch 2005 im Vorstand der Erik-von-Witzleben-Stiftung für das Westpreußische Landesmuseum in Münster. Nachdem von mir aufgedeckt wurde, dass es sich bei Erik von Witzleben um einen hochrangigen SS-Funktionär mit Führerdienstgrad handelte, der dann Sturmbannführer wurde, haben Sie erst danach den Namen der Stiftung geändert. Es ist mehr als offensichtlich, dass Sie in der CDU auf dem rechten Auge ziemlich blind sind.

Aber Sie sind auch noch woanders blind. Einiges ist hier schon zu den Ost-CDU-Blockflöten gesagt worden. Das gilt im Übrigen genauso für die FDP.

Ich fordere von Ihnen: Arbeiten Sie Ihre Geschichte gründlich auf! Untersagen Sie endlich, wie das bereits in zwei anderen Bundesländern gemacht wurde, dass die Linke vom Verfassungsschutz in NRW beobachtet wird! Das ist und bleibt ein Skandal auch hier in NRW. Ansonsten gilt: Rüttgers muss weg, der Rüttgers-Club auch. Da bin ich lieber für Rotkäppchen, aber das ist hier im Landtag noch verboten. – Danke schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben um direkte Abstimmung gebeten. Also stimmen wir ab über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/7824**. Wer stimmt dem Inhalt dieses Antrags so zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Gibt es Enthaltungen? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

4 Die Achsen des Bösen: Die Zukunft der Bahn sind die Fahrgäste und nicht die Börse

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7833

Herr Kollege Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird den Antrag jetzt begründen. Ich darf Sie bitten, den Saal, wenn Sie es denn wollen, leise zu verlassen, damit die Kolleginnen und Kollegen, die zuhören wollen, auch weiter zuhören können. Bitte schön, Herr Kollege Becker, Sie haben das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Achsbruch in Köln –

(Erhebliche Unruhe – Glocke)

so hieß es lange Zeit – würde das Problem der Achsen beim ICE deutlich machen. Aber in jüngerer Zeit haben wir auch gelernt: Der Achsbruch ist nicht in Köln erfolgt, sondern er ist ganz offensichtlich auf freier Strecke erfolgt, beim letzten Beschleunigen auf der Strecke von Frankfurt nach Köln, also bei Hochgeschwindigkeit. Das ist deutlich geworden, wenn man zur Kenntnis nimmt, was die Bundesmaterialprüfungsanstalt in ihrem Gutachten, in ihrem Zwischenbericht, veröffentlicht hat.

Meine Damen und Herren, nicht nur Köln, sondern insgesamt das Land Nordrhein-Westfalen ist mit Mühe und Not an einer schweren Katastrophe vorbeigeschrammt, einer Katastrophe, die übrigens das Eisenbahnbundesamt in seiner Verfügung vom 11. Juli dieses Jahres auch bereits genannt hat, nämlich den Fall in Enschede vor vielen Jahren.

Die Angelegenheit ist nicht nur ärgerlich, die Angelegenheit ist nicht nur eine sicherheitsrelevante Frage, sondern sie wirft ein bezeichnendes Licht auf die Bahnpolitik der letzten Jahre, auf eine Bahnpolitik, die sich auch im Land Nordrhein-Westfalen, wenn man genau hinguckt und wenn man sich mit der Bahn beschäftigt, an vielen Stellen negativ auswirkt.

Die Politik der Bahn, meine Damen und Herren, hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass wegen des bevorstehenden Börsengangs und wegen des Anspruchs, den Bilanzgewinn von Jahr zu Jahr zu steigern, die Strecke und das Netz ganz deutlich vernachlässigt worden sind. Sie hat dazu geführt, dass auch die Sicherheit beim Streckennetz, bei den Weichen und bei den Signalen vernachlässigt wurde. Der letztjährige Bericht des Bundesrechnungshofs hat dies in einer sehr umfangreichen und sehr harschen Kritik deutlich zutage gefördert.

(Beifall von GRÜNEN und Michael Solf [CDU])

Wir haben es aber auch an anderen Stellen, meine Damen und Herren, mit einer Situation zu tun, bei der – wenn man hinschaut – klar wird, was passiert. Der Gewinn, den die Bahn von Jahr zu Jahr macht, ist vor allem im Regionalverkehr erwirtschaftet. In den letzten Jahren sind die Gewinne im Regionalverkehr bundesweit – in Nordrhein-Westfalen im Verhältnis genauso – von 500 Millionen € im Jahr 2004 auf inzwischen 700 Millionen € im Jahr 2006 gestiegen. Das zeigt, dass die Zuschüsse des Bundes, die über die Regionalisierungsmittel über die Verkehrsverbünde bei uns in den Verkehr fließen sollen, letztlich mittels zu hoher Trassenpreise in den Bilanzgewinn der Bahn geflossen sind.

Auch das – wer hinschaut, sieht es – spiegelt sich im täglichen Bahnverkehr wider: Die Züge sind in schlechtem Zustand; an vielen Stellen gibt es, anders als versprochen, kein neues Zugmaterial; wir haben es mit erheblichen Verspätungen zu tun, und wir erleben auch jetzt in diesem Herbst wieder, dass das Wagenmaterial offensichtlich noch nicht einmal herbstfähig ist. Das heißt: Die Wagen müssen bedeutend langsamer in die Bahnhöfe einrollen als zu anderen Jahreszeiten, weil sie nicht in der Lage sind, mit den vorhandenen Bremsen auch im Nahverkehr so zu bremsen, dass sie zügig in die Bahnhöfe einfahren können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer das sieht, meine Damen und Herren, muss sich die Frage stellen, ob wir es nicht mit einem systemischen Problem zu tun haben: sowohl bei der Sicherheit als auch beim Zustand der Strecken und Wagen sowie auch mit Blick auf die Preiserhöhungen der letzten Zeit. Es gab ganz erhebliche Preiserhöhungen, und kein Unsinn wurde ausgelassen. Ich erinnere an den Bedienzuschlag, der vorübergehend im Gespräch war.

Und wir müssen uns die Frage stellen, ob wir die Bahn nicht anders orientieren müssen.

Wir müssen sie weg von der Ausrichtung auf einen global agierenden Konzern im Logistikbereich und wieder hin auf die Fahrgäste orientieren, die tagtäglich mit dieser Bahn fahren möchten, und zwar sicher, zügig, schnell und preiswert.

(Beifall von GRÜNEN und Michael Solf [CDU])

Wenn das so ist und wenn dieser Vorstand so agiert, wie er in den letzten Jahren agiert hat – die Verkehrsminister haben dies weitestgehend durchgängig durchgewunken und die wenigen, die es nicht getan haben, haben nicht lange in ihrem Amt überlebt –, dann müssen wir den Weg gehen, die Bahn zurück auf die Fahrgäste und weg von einem Börsengang zu orientieren.

Um das vorwegzuschicken: Kommen Sie mir jetzt nicht mit dem Satz, der Börsengang sei endgültig abgesagt. – Der Börsengang ist übrigens nicht des-

wegen abgesagt, weil er der falsche Weg ist, und auch nicht – wie manche behaupten –, weil nicht genug zu Erlösen ist. Der Börsengang ist nach meiner festen Überzeugung vor allen Dingen deswegen abgesagt, weil der Börsenprospekt der Bahn die momentan zutage tretenden Risiken im Netz und besonders im Betrieb sowie bei den ICE T und ICE 3 nicht in vollem Umfang nennt. Wer jetzt mit diesem Börsenprospekt an die Börse ginge, der würde sich dem Risiko aussetzen, hinterher von Kapitalanlegern des Börsenbetrugs geziehen zu werden. Das ist nach meiner festen Überzeugung der wahre Grund.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist übrigens auch die Erklärung dafür, dass Herr Mehdorn die Verkaufspläne keineswegs aufgegeben hat, sondern jetzt statt eines Börsengangs den Direktverkauf nach Russland, China oder in einen Teil der arabischen Staaten plant und auch bei der Kanzlerin durchsetzen will. Dies ist ein Direktverkauf, der sich Privatisierung oder Teilprivatisierung nennt und in Wahrheit ein Verkauf von Staatskonzernen an andere Länder wäre.

Also, zusammengefasst: Auch Nordrhein-Westfalen – gerade das Bahnland Nordrhein-Westfalen – muss sich darauf konzentrieren, vom Bund und von der Bahn einzufordern, dass sich die Bahn an den Menschen zu orientieren hat, die jeden Tag mit ihr fahren wollen, und nicht an Planungen und Spielereien mit weltweiten Logistikkonzernen, wie sie Herr Mehdorn plant, was sich dann hier in Nordrhein-Westfalen wieder negativ auswirkt. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Lorth.

Gerhard Lorth (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Plenum und die Fachausschüsse des Landtags Nordrhein-Westfalen haben in den letzten Jahren häufig und intensiv in allen Facetten über Themen betreffend die Deutsche Bahn und die Bahnreform diskutiert.

Wir haben hier im Plenum diskutiert, und zwar zum Börsengang der Bahn, zur Trennung von Netz und Betrieb, zur Sicherheit im Zugverkehr, zur Pünktlichkeit und zu Verspätungen, zur Ausdünnung im Fernverkehr, zum Instandhaltungstau, zum Baustellenverkehr, zu Langsamfahrstrecken, und wir haben Themen des öffentlichen Schienenpersonennah- und -regionalverkehrs ausgiebig behandelt. Ich erinnere an die lebhaften Debatten in diesem Hause zum Thema Börsengang der Deutschen Bahn AG, der im Übrigen nur aufgeschoben und nicht aufgehoben ist.

Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP haben sich in diesen Diskussionen im Landtag und in den Ausschüssen stets für den Verbleib des Netzes beim Bund und für eine strikte Trennung von Netz und Betrieb ausgesprochen – auch, weil wir, was die Frage der Sicherheit angeht, keine englischen Verhältnisse haben wollen. Wir haben dabei immer den Vorrang der Interessen der Fahrgäste im Schienenverkehr gesehen.

Ich erinnere auch an unseren gemeinsamen Antrag von CDU und FDP zum Thema „Bekämpfung des Bahnlärms“ als Antwort auf die zunehmende Belastung der Bevölkerung durch den Anstieg des Güterverkehrs.

Ich erinnere an unsere konsequente Haltung in den Fragen der Instandhaltung, der Infrastruktur der Bahn und der Sicherheit des Schienenverkehrs. Diesen Themen messen wir größte Bedeutung bei.

Auch der Achsbruch an dem ICE 3 in Köln wurde erst kürzlich hier im Plenum ausführlich diskutiert.

In diesen Debatten sind wir nicht immer zimperlich mit Vertretern der Deutschen Bahn umgegangen. Hier haben wir unsere Position deutlich klargestellt.

Herr Kollege Becker, dass Sie heute wieder Panikmache und Hetzkampagnen betreiben – so muss man das umschreiben –, wird in der Überschrift Ihres Antrags ganz deutlich. Im Übrigen ist der Antrag wieder zusammengeschrieben aus den hinlänglich bekannten Versatzbausteinen Ihres Rednerdienstes.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das schreibe ich selbst! Das glauben Sie wahrscheinlich gar nicht!)

Der Gipfel der Unverschämtheit aber ist die Diktion, die eine seriöse Beratung im Plenum schlicht unmöglich macht.

(Beifall von der CDU)

Die Überschrift des Antrages – ich lese das vor für die Zuschauer auf der Tribüne – lautet: Die Achsen des Bösen.

(Bodo Wißen [SPD]: Das ist gar nicht parlamentarisch!)

Wer eine solche Überschrift wählt, muss wissen, dass das nicht in ein Plenum gehört und nicht dem Vokabular dieses Hauses entspricht. Und es ist auch eine Unverschämtheit, sich einer populistischen Terminologie der internationalen Terrorbekämpfung zu bedienen, nur um nach Effekten zu heischen.

(Beifall von CDU, SPD und FDP)

Aber nicht nur der Titel dieses Antrages, sondern der gesamte Antrag trieft von unseriöser Polemik und Unterstellungen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Nein, Fakten!)

Nur um Ihren Terminus Terrorisierung aufzugreifen: Als Terrorisierung – um Ihnen mit dem von Ihnen verwandten Vokabular zu antworten – betrachte ich es, dass Sie das Plenum zum wiederholten Mal als Schaubühne für Ihre Tiraden benutzen, uns heute die Zeit stehlen und uns in eine Art Geiselhafte nehmen.

(Bodo Wißen [SPD]: Das ist auch nicht richtig parlamentarisch!)

Das machen wir nicht mit. Dieser Antrag strotzt vor Fakten gemischt mit Halbwahrheiten, alles in einen Topf geworfen, mit Polemik gewürzt, und das wird dann hier vorgetragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Becker?

Gerhard Lorth (CDU): Nein. – Wir sind nicht bereit, dies weiterhin unwidersprochen hinzunehmen. Es reicht, Herr Kollege Becker. Wir lehnen es deshalb ab, auf der Grundlage eines so begründeten Antrages überhaupt in eine weitere parlamentarische Debatte einzutreten. Wir fordern die Grünen auf, wieder zu Seriosität in der Oppositionsarbeit, die sie noch möglichst lange machen dürfen, zurückzukehren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lorth. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Jung das Wort.

Reinhard Jung (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird höchste Zeit, dass die Bahnen wieder pünktlicher fahren. Es wird höchste Zeit, dass sich die Fahrgäste nicht als Beförderungsfall, sondern als Kunden fühlen können. Und es ist höchste Zeit, dass sich die Bahnkunden in Bahnen und Bahnhöfen sicher fühlen können und auch sicher sind. Da gebe ich den Grünen, Herr Becker, völlig recht.

Diese Interessen, diese berechtigten Interessen der Fahrgäste sollte man ernst nehmen. Einen Antrag jedoch, wie Sie ihn gestellt haben, Herr Becker, mit dem Sie sich einfach mal das von der Seele schreiben, was Ihnen alles gerade in Sachen Bahn nicht gefällt, nimmt die Interessen der Fahrgäste nicht ernst.

(Beifall von der SPD)

Damit, alles auf die Teilprivatisierung zu schieben, machen Sie es sich zu einfach. Sie tun den vielen gut arbeitenden Privatbahnen unrecht, die in Nordrhein-Westfalen schon vielfach unter Beweis gestellt

haben, dass sie gute Arbeit leisten. Wer die Fahrgäste fragt, wird gesagt bekommen, dass sie gute Arbeit leisten, die NordWestBahn, die Prignitzer Eisenbahn, die Abellio oder die Eurobahn.

Die Grünen vermitteln mit ihrem Antrag den Eindruck, dass es ihnen gar nicht darum geht, sich ernsthaft mit den aktuellen Problemen im Umgang mit der Bahn zu beschäftigen. Sie vermitteln vielmehr den Eindruck, dem Volke ein bisschen nach dem Munde zu reden, Bauchgefühle zu bedienen und Vorschläge zu machen, für deren Umsetzung man selbst nicht zuständig ist und nicht in Verantwortung genommen werden kann. Herr Becker, im Fachjargon bezeichnet man das inzwischen als rütteln.

Dass die CDU-Fraktion dies als willkommene Gelegenheit nutzen würde, sich über die sozialdemokratischen Verkehrsminister auszulassen, Herr Lorth, war vorhersehbar. Als Landespolitiker müssen wir den Blick jedoch auf die Situation in Nordrhein-Westfalen richten. Ich möchte ihn auf die Bahnpolitik des Autoministers Wittke richten. Was tut er, damit die Bahn pünktlicher, sicherer und kundenfreundlicher wird?

(Zuruf von der FDP: Er fährt sie künftig selbst!)

Keine Antwort ist auch eine Antwort. Ich versuche zu antworten.

Erstens. Er weigert sich, die Regionalisierungsmittel aufzustocken. Er zwingt die Verbände dazu, sich in einen Konflikt mit der Bahn zu begeben.

(Zustimmung von Bodo Wißen [SPD])

Damit zwingt er die Verbände nicht nur, dafür zu kämpfen, mehr Leistung für dasselbe Geld zu bekommen – das Geld haben sie nämlich nicht mehr –, sondern für die Schlechtleistung weniger zu bezahlen. Die Ticketpreise für die Kunden an Rhein und Ruhr stiegen trotzdem drastisch.

Ergebnis: Minister Wittke schwächt mit seinem Handeln den Regionalverkehr in Nordrhein-Westfalen, und das nachhaltig.

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Autominister Wittke macht im Wesentlichen Politik für Straße, Politik für das Auto. Die Schiene fällt also einmal mehr bei ihm als Autominister hinten runter. So hat er doch tatsächlich gefordert, dass die Einnahmen aus der Maut allein in den Straßenbau fließen sollen. Dieses Geld hätte der Bahn gefehlt, um pünktlicher, sicherer und kundenfreundlicher zu werden. Zum Glück hat er sich im Bundesrat nicht durchsetzen können. Meine Damen und Herren, das muss man sich einmal vorstellen: Da will der Bund über eine Milliarde € Mehreinnahmen über die Maut realisieren und Verkehrsminister Wittke fordert, dass dieses Geld allein

in den Ausbau der Straßeninfrastruktur gesteckt werden soll.

Die Grünen stellen in ihrem Antrag dar, dass insbesondere der Güterverkehr eine immense Belastung für das Schienennetz der DB darstellt. Sie stellen fest, dass es um die Instandhaltung bei Schienennetzen, Weichen, Signalanlagen, Brückenbauwerken und Bahnhöfen schlecht bestellt ist.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das ist so!)

Der Bundesrechnungshof hat einen Instandhaltungsstau in Höhe von 1,5 Milliarden € bei der Schieneninfrastruktur festgestellt. Doch Minister Wittke will die Mauteinnahmen allein für die Straße. Ergebnis: Herr Minister Wittke verweigert zusätzliche Mittel für die Schieneninfrastruktur auch in Nordrhein-Westfalen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, worauf kommt es jetzt an? – Viele Missstände, die die Grünen in ihrem Antrag formulierten, sind zutreffend beschrieben. Doch ich bezweifle, dass sie dadurch behoben werden, dass die Teilprivatisierung abgesagt wird. Die Bahn hat in den letzten Jahren Beträchtliches geleistet. Sie hat die beiden bisherigen Staatsbahnen Deutsche Bahn und Deutsche Reichsbahn vereint. Sie hat ihre Verkehrsleistung seitdem deutlich steigern können.

Was die Bahn braucht, ist eine effiziente Kontrolle. Die braucht sie nicht erst nach einer Teilprivatisierung. Die braucht sie bereits heute.

Dafür ist die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung entwickelt worden, die ganz unabhängig von der Teilprivatisierung ab dem kommenden Jahr als Steuerungsinstrument genutzt wird.

Was die Bahn auch braucht, ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Ein Landesverkehrsminister, der sich dafür einsetzt, dass die Mauteinnahmen ausschließlich dem Straßenverkehr zugute kommen, schwächt das Verkehrsmittel Bahn nachhaltig.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Becker?

Reinhard Jung (SPD): Nein, ich führe meine Rede jetzt fort.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut.

Reinhard Jung (SPD): Er trägt Mitverantwortung für die Unzufriedenheit der Kunden mit der Bahn in Nordrhein-Westfalen.

Die SPD-Fraktion wird den Antrag der Grünen ablehnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir können einen Großteil der Kritik der Grünen an den Zuständen bei der Bahn teilen. Wir glauben aber nicht, Herr Becker, dass ein endgültiger Stopp des Börsenganges diese Zustände ändern würde. Die Bahn braucht eine effiziente Steuerung und Kontrolle. Sie braucht eine gute finanzielle Ausstattung für das Netz und für die Regionalverkehre. Das, Herr Becker, sind die Baustellen, an denen gearbeitet werden muss, im Bund und auch hier in Nordrhein-Westfalen.

Autominister Wittke ist aufgerufen, endlich auch sein Herz für die Bahn zu entdecken. Er ist aufgerufen, die Regionalverkehre in Nordrhein-Westfalen mit ausreichendem Geld auszustatten. Jetzt, da die Mauterhöhung beschlossen ist, ist es seine Aufgabe, möglichst viel Geld für die Schieneninfrastruktur nach Nordrhein-Westfalen zu holen.

Ich bleibe dabei: Eine gute Bahn und zufriedene Kunden kann es nur mit einer guten Mittelausstattung geben. Dazu braucht es den politischen Willen auch im Land Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Jung. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

(Ein Mobiltelefon klingelt.)

Christof Rasche (FDP): Da geht ein Handy. Bei der SPD klingelt es.

(Minister Oliver Wittke: Es ist aber keiner zu Hause!)

– Dem Kommentar von Minister Wittke brauche ich nichts hinzuzufügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Das Vokabular „Achsen des Bösen“ ist typisch für Herrn Becker. Das ist in den Buchstaben Becker-Werkzeug. Nur ist es sachlich völlig unangemessen. So geht man nicht mit der Deutschen Bahn um. So geht man auch nicht mit dem Eigentümer der Deutschen Bahn, der Bundesrepublik Deutschland, um.

(Beifall von der CDU)

Das passt einfach nicht.

Es gibt natürlich Licht und Schatten bei der Deutschen Bahn. Das wissen wir alle. Insbesondere den Schatten behandeln wir Woche für Woche, Monat für Monat, Jahr für Jahr.

Ich bin heute Morgen noch 1 Stunde und 45 Minuten Regionalexpress gefahren. Der war pünktlich. Der war sauber. Er war auch nicht überfüllt, in keinsten Weise. Das war völlig in Ordnung. Dieses Bild dürfen wir doch, wenn wir ehrlich sind, nicht verschweigen.

Fakt ist aber auch, dass bei der Deutschen Bahn nicht alles rund läuft. Da sind die besagten Achsenprobleme. Es wäre, meine Damen und Herren, ein Skandal, wenn sich wirklich erweisen würde, dass die DB schon seit Langem von diesem Problem gewusst hat und diesen Unfall hätte vermeiden können.

(Beifall von der SPD – Horst Becker [GRÜNE]: Das ist doch längst bewiesen!)

Es gibt natürlich Qualitäts- und Pünktlichkeitsprobleme. Die müssen behoben werden.

Es gibt die Affäre von Bonuszahlungen an den Bahnvorstand. Das ist übrigens nicht nur ein Problem und ein Skandal für die DB, sondern insbesondere für Bundesverkehrsminister Tiefensee.

(Bodo Wißen [SPD]: Er hat es doch verhindert!)

Das sind alles ernste Vorgänge, meine Damen und Herren, die aufgearbeitet werden müssen. Das sollten wir gemeinsam tun. Dabei sind wir auch.

Aber, meine Damen und Herren, das hat nichts, aber auch gar nichts mit der Teilprivatisierung der Deutschen Bahn zu tun. Dass jetzt für einen Börsengang der völlig falsche Zeitpunkt ist, ist uns allen bekannt. Dass wir das Vermögen des Bundes und dass wir die Deutsche Bahn in Gänze nicht einfach verscherbeln dürfen, dessen sind wir uns, glaube ich, alle bewusst.

Es ist also der falsche Zeitpunkt für einen Börsengang. Aber trotzdem müssen wir immer wieder über das Privatisierungskonzept reden. Das Konzept ist entscheidend. Das haben wir eben auch schon einmal gehört. Es kann nur heißen: eine klare Trennung von Netz und Betrieb.

(Beifall von der CDU)

Das haben wir hier so beschlossen. Dazu stehen wir auch. Vielleicht wird dieses Problem in der nächsten Legislaturperiode des künftigen Bundestages wieder angegangen.

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass CDU, FDP und SPD ganz klar Stellung gegen den Antrag der Grünen beziehen. Wir benötigen – da sind wir uns einig – von der Deutschen Bahn eine hohe Qualität. Nur: Mit diesem Antrag, lieber Herr Becker, erreichen wir sie überhaupt nicht.

Vielleicht noch ein Hinweis zum Schluss, Herr Becker: Wenn Sie irgendwann einmal auf Ihrem Weg eine Weiche finden, wo ein Schild steht „Zurück zu demokratischen Spielregeln!“, dann sollten Sie diese Weiche nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der uns vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist ein Sammelsurium aus Pressemitteilungen der Grünen-Landtagsfraktion der vergangenen Wochen und aus Forderungen, die nur der Bund als Eigentümer tatsächlich erfüllen kann, und ein Konglomerat aus Beschimpfungen der Bahn und ihres Managements. Kurz gesagt: Dieser Antrag ist an Substanzlosigkeit nicht zu toppen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Deshalb zum Beschlussvorschlag nur zwei Sätze:

Erstens. Der vom Bundesverkehrsminister angestrebte Börsengang ist auf Betreiben der Länder, insbesondere Nordrhein-Westfalens, massiv verändert worden und wird in dieser Legislaturperiode nicht mehr stattfinden.

Zweitens. Bevor die Landesregierung einen umfassenden Bericht zur Zukunft der Bahn vorlegt, muss zuerst einmal der Eigentümer, also der Bund, sagen, wie er sich die Zukunft dieses Unternehmens vorstellt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Kollege Wißen zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Bodo Wißen (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich „Die Achsen des Bösen“ gelesen habe, habe ich das in der Tat für ein zynisches Wortspiel gehalten. Es gab zwei US-Präsidenten, die diesen Ausdruck verwandt haben. Aber angesichts der Tatsache, dass wir am 3. Juni 1998 den bisher schwersten Eisenbahnunfall mit 101 Opfern in Eschede zu beklagen hatten, der bekanntermaßen durch einen Radreifenbruch und nicht durch eine defekte Achse verursacht wurde, fand ich das zynisch und unangebracht.

(Gerhard Lorth [CDU]: So ist das!)

Insofern schließe ich mich dort der Kritik an.

(Beifall von SPD und FDP)

Ich musste mich noch einmal zu Wort melden, um zu sagen, dass wir als SPD-Landtagsfraktion Herrn Tiefensee sehr dafür danken,

(Minister Oliver Wittke: Dass er im Amt geblieben ist!)

dass er diesen Wahnsinn mit den Bonuszahlungen in letzter Minute noch verhindert hat.

Man muss in der Tat fragen: Wieso wird über Bonuszahlungen, aber nicht über Maluszahlungen von

Vorstandsmitgliedern, also über Abschlüsse statt über Zuschläge beim Lohn, geredet? Dazu würden mir auch ein paar Argumente einfallen. Wenn wir uns erinnern, was die DB-Vorstände in der Vergangenheit geliefert haben, würde das eher nach einem Malus statt nach einem Bonus schreien. Erinnert sei an die nicht gerade so glückliche Verhandlungsführung beim GDL-Streik. Erinnert sei daran, dass der Bundesverkehrsminister schon seit längerer Zeit endlich einmal einen Netzzustandsbericht erwartet. Das erwarten die Länder auch. Die Krönung war jedoch der Bedienzuschlag.

Sollte sich herausstellen – wie es in der Presse zu lesen war –, dass es stimmt, dass bereits 2006 dieser Umstand bekannt wurde – das ist nicht ganz klar; Sie stellen das als Tatsache dar, ich kenne auch andere Stimmen –, dann müssten wir in der Tat vollkommen neu über die Personalpolitik im Vorstand der DB AG nachdenken. Da bin ich sicher. Wenn sich das als solches darstellen sollte, müsste der Vorstandsvorsitzende persönliche Konsequenzen ziehen. Das ist meine Meinung.

(Zuruf von Gerhard Lorth [CDU] – Horst Becker [GRÜNE]: Ich darf Sie zitieren?)

Ich darf noch darauf hinweisen, was Kollege Jung gesagt hat: Wir brauchen keinen „Asphalt-Minister“, wir brauchen keinen „Auto-Minister“, sondern wir brauchen einen Minister, der den Schienenpersonennahverkehr, für den er die Verantwortung trägt, stärkt.

Es war ein Erfolgsmodell, dass wir es unter Rot-Grün geschafft haben, ein Drittel mehr Menschen zu überzeugen, Busse und Bahnen zu benutzen, anstatt das Auto oder das Motorrad zu nehmen. Das ist ein Erfolg der SPD-geführten Landesregierung gewesen.

(Beifall von der SPD)

Herr Wittke muss sich tatsächlich zum Anwalt der Interessen der Kunden im Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen machen. Stattdessen bildet er irgendwelche Dachorganisationen und schiebt die ganze Verantwortung ab. Er macht es anders, als seine Kollegen in vielen anderen Bundesländern, er gleicht nicht die Regionalisierungsmittelkürzungen aus. Denn davor sitzt Herr Linssen, der ihm das verweigert. Das führt natürlich zu solchen Einbußen, wie wir im Antrag der Grünen auch lesen konnten. In vielen Dingen haben die Grünen natürlich Recht, aber es ist – wie oft bei den Grünen – auch überzeichnet.

Es ist ein absolutes Massengeschäft. Ich muss den vielen hart arbeitenden Menschen bei der DB AG meinen Respekt zollen, die mit nicht allzu üppigem Gehalt dafür sorgen, dass dieses Massengeschäft tagtäglich erledigt wird. Das ist teilweise eine schwere, teilweise eine gefährliche Arbeit. Ich sage: Hut ab! Bei den ganzen Großereignissen, die wir hatten, haben DB-Mitarbeiter – in welchen Sparten

sie auch tätig waren – gezeigt, wie erfolgreich sie für uns alle arbeiten. Das tun sie für uns alle, und ich glaube, es ist ungerecht, wenn man jetzt nur die negativen Seiten sieht.

Ich habe mich bei der Lektüre des Antrags der Grünen gefragt, wann die Grünen eigentlich bemerkt haben, dass sie jetzt gegen den Bahnbörsengang sein wollen. Haben die Grünen das bemerkt, als sie 1998 einen Koalitionsvertrag mit der SPD beim Bund abgeschlossen haben?

(Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

Gab es da schon den Widerstand der Grünen, oder kam der Widerstand erst, nachdem sie wieder in der Opposition waren? Herr Becker, den Schuh müssen Sie sich schon anziehen.

(Beifall und Zuruf von Ralf Witzel [FDP]: Die Schuhe sind zu groß für ihn!)

Diesen Widerstand haben Sie erst jetzt in Oppositionszeiten entdeckt.

Wir werden den Antrag ablehnen – natürlich –, weil er zwei Dinge miteinander verknüpft, die nicht verknüpft werden dürfen, einerseits den Börsengang, die Teilprivatisierung der DB AG, und andererseits die Frage der Sicherheit auf den Schienen.

Angesichts der Tatsache, dass wir in Nordrhein-Westfalen über 300 Unternehmen haben, die sich auf den Schienen in Nordrhein-Westfalen bewegen, behaupte ich, dass es dort keinen ursächlichen Zusammenhang gibt und auch nicht geben darf. Selbstverständlich ist es so, dass völlig unabhängig von der Frage, ob sich ein Unternehmen an der Börse bewegt oder nicht, die Sicherheitsfrage evident ist und natürlich jedes Fahrzeug, das sich dort bewegt, den Sicherheitsansprüchen genügen muss. Ich sage es noch einmal: Wir sehen den Zusammenhang zwischen Börsengang und einem Unternehmen wie der DB AG nicht.

(Beifall von Reinhard Jung [SPD] und Gerhard Lorth [CDU])

Wir haben diese Diskussion schon einmal geführt. Vor nicht allzu langer Zeit gab es einen Antrag – man könnte auch sagen, eine halbe Proseminararbeit – von den Grünen, der sehr wissenschaftlich mit verschiedenen Fragen der DB-Achsen umgegangen ist. Das ist jetzt der zweite Versuch. Der ist etwas oberflächlicher, aber in dem einen wie in dem anderen Antrag stehen Tatsachenbehauptungen, die noch gar nicht erwiesen sind. Es gibt bisher nur Zwischenberichte. Es gibt einen Zwischenbericht beim Materialprüfungsamt und einen Zwischenbericht bei den Bundestagskollegen.

(Horst Becker [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Ich werde die Zwischenfrage nicht zulassen.

Jetzt habe ich die Bitte, dass wir erst einmal schauen, was da überhaupt gewesen ist. Lasst uns doch zusehen, was die Kollegen im Bund jetzt herausfinden. Ich sage noch einmal: Wenn das etwas wirklich Schwerwiegendes ist, muss das Konsequenzen, auch personelle Konsequenzen, haben.

(Beifall von Gerhard Lorth [CDU])

Aber bevor wir das nicht wissen, sollten wir nicht so tun, als wüssten wir es. Sie können es nicht wissen, weil bisher nur der Zwischenbericht vorliegt. Also lassen Sie uns das einfach abwarten.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Wißen. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich noch einmal Herr Kollege Becker zu Wort gemeldet.

Horst Becker (GRÜNE): Zunächst in Kürze und stichwortartig zum Börsengang: Herr Kollege Wißen, ich erinnere mich an Parteitage – unter anderem einen in Hamburg –, bei denen Sie Ihre Position zur Privatisierung der Bahn verändert haben. Hinterher haben Sie diese veränderte Position zugunsten dessen erneut verändert, was die Koalition vereinbart hat. Insofern möchte ich diese Diskussion kurz und prägnant abwürgen und darauf hinweisen, dass sich die Situation der Bahn für die Kunden in den letzten fünf Jahren massiv verschlechtert hat. Das verändert auch unsere Position.

Meine zweite Bemerkung: Selbstverständlich ist es eine „intellektuelle Unschärfe“ – um es freundlich zu formulieren –, die Privatbahnen in NRW mit der Privatisierung der Bahn in einen Topf zu werfen. Die können nur vernünftig wirtschaften, wenn insgesamt vernünftige Trassenpreise genommen werden. Die Bahn als Monopolbetrieb, der für die Börse die Gewinne dort erzielt, aber dann in die Bilanz hineinschreibt, macht genau das nicht. Genau diese Privatbahnen werden durch diesen Börsengang benachteiligt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dritter Hinweis: Sie sagen, es sei nicht klar, was bei der Bahn passiert sei. Ich will Ihnen dazu in der Schnelle noch einmal Folgendes mitgeben: Alles, was ich jetzt sage, sind inzwischen bewiesene Fakten, die nicht bestritten werden. Bereits 2003 hat der DIN-Normen-Unterausschuss gesagt, dass die europäischen Normen, die die Bahn anwendet, nicht angewendet werden können, weil sie nicht ausreichend sind.

Im Jahr 2004 hat die TU Clausthal bewiesen, dass die Lasten im realen Betrieb deutlich über denen der Norm sind, die angewendet worden ist.

Im Jahr 2006 gab es Fachaufsätze in einer Zeitschrift der Bahn. Im Jahr 2008 war das erneut der

Fall. Alle haben darauf hingewiesen, dass die Achsen brechen werden. Und sie brechen! Sie sind im Jahr 2002 gebrochen, sie sind in diesem Jahr gebrochen. Inzwischen gibt es eine Reihe weiterer Fast-Unfälle dieser Art. Wenn nicht anders vorgegangen wird, wird sich das häufen. Wenn Sie meinen, das stehe nicht fest, lesen Sie das Gutachten noch einmal nach. Ich habe es sehr aufmerksam gelesen. Zwar handelt es sich dabei um einen Zwischenbericht; das aber liegt daran, dass eine weitere Untersuchung an einer anderen Achse gemacht wird. Der Zwischenbericht zu dieser Achse kommt zu ganz klaren Ergebnissen, so wie ich sie in unserem Antrag beschrieben habe.

Meine letzte Bemerkung zur Überschrift: Wenn Sie sich alle an der Überschrift, die ich ausgesprochen gelungen finde, stören, würden wir sie selbstverständlich ändern, wenn Sie den Rest mit beschließen. Ich sage aber besonders denjenigen, die sich jetzt über eine Überschrift erregen, aber unsauber arbeiten, indem sie falsch zitieren: Wir haben Herrn Mehdorn zitiert, der den Lokführern vorgeworfen hat, es sei Terrorismus, dass sie solche Lohnforderungen stellten. Das sind die Lokführer, von denen Sie völlig zu Recht sagen, sie arbeiteten hart. Das, was der Herr Mehdorn gemacht hat, war völliger Unsinn. Das steht in dem Antrag. Sie können deshalb nicht so tun, als hätten wir gesagt, wir wollten die Bahn terrorisieren oder die würde die Kunden terrorisieren. Herr Mehdorn hat diesen Begriff gegenüber den Lokführern gebraucht. So steht es in unserem Antrag. Bevor Sie das zitieren, müssten Sie es noch einmal nachlesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Wittke zu Wort gemeldet.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben habe, dass Fakten, die hier vorgetragen werden, irgendwann doch einmal zur Kenntnis genommen werden. Herr Kollege Wißen, ich glaube, Sie haben heute vor diesem hohen Hause zum dritten Mal die Behauptung aufgestellt, dass andere Bundesländer wegfallende Regionalisierungsmittel durch Landesmittel ersetzt haben. Das ist nachweislich falsch. Andere Bundesländer verhalten sich jetzt so rechtstreuen, wie sich Nordrhein-Westfalen immer verhalten hat.

(Bodo Wißen [SPD]: Sie können sich doch bei Ihren Kollegen nicht durchsetzen! Das ist der Punkt! Sie sind zu schwach!)

Sie haben Schülerbeförderungskosten, die sie früher rechtswidrig aus Regionalisierungsmitteln er-

stattet und bezahlt haben, erneut in den Landeshaushalt eingestellt. Das heißt: Sie verhalten sich jetzt rechtstreu und geben keinen einzigen Euro mehr für Regionalisierung und Regionalverkehre aus. Ich bitte Sie, das irgendwann einmal zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben gestern schon über lebenslanges Lernen gesprochen. Vielleicht kommt dieser Appell irgendwann auch bei Ihnen an, lieber Kollege Wißen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Damit kommen wir zur Abstimmung: Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat um direkte Abstimmung gebeten. Wer stimmt dem Inhalt des **Antrags Drucksache 14/7833** zu? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, CDU und FDP. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zu

5 Gesetz zur Änderung aufsichtsrechtlicher, insbesondere sparkassenrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6831

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7913

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/7844

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7902

dritte Lesung

Da eine Beratung des Fachausschusses zur dritten Lesung nicht stattgefunden hat, ist Grundlage für die oben erwähnte Empfehlung die zweite Lesung.

Ich weise dann noch auf den in der gestrigen Sitzung angenommenen Änderungsantrag Drucksache 14/7906 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann meinen Redebeitrag kürzer halten als das Verlesen des

Tagesordnungspunktes durch den Präsidenten. Denn nach vielen Monaten intensiver Diskussion über das neue Sparkassengesetz ist an sich alles gesagt. Deswegen haben wir abschließend zur zweiten Lesung am gestrigen Tage noch einmal unsere Position dargelegt.

Auch heute kann ich Ihnen empfehlen: Stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Für die Fraktion der SPD spricht Frau Kollegin Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Anders als mein Vorredner würde ich schon ganz gerne noch einmal die Gelegenheit nutzen, für eine Veränderung des Sparkassengesetzes zu werben, und zwar bis zur letzten Möglichkeit, bis zur letzten Minute. Deshalb sage ich es noch einmal: Klar, alle Aktionen zum Gesetz haben dazu geführt, dass es nach heftigen Protesten durch Demonstranten, durch entsprechendes Verhalten von Kundinnen und Kunden, durch die Mitarbeiter und Verbände gelungen ist, den Raubzug durch die kommunale Sparkassenlandschaft zu stoppen.

Der Finanzminister musste unter diesem Druck seine betonierte Haltung aufgeben und das vorgelegte Gesetz an ganz zentralen Stellen verbessern. Damit sind – ich sagte es bereits gestern – zwar einzelne gefährliche Giftzähne einer Privatisierung entfernt – insbesondere der Vorstoß zulasten der Sparkassen, der WestLB neue Geschäftsfelder quasi per Gesetz zu verordnen –; aus unserer Sicht ist in diesem Gesetz aber noch nicht alles ausgeschlossen, was eine mögliche Privatisierung bewirken könnte.

Das Ganze war sicherlich auch für den Finanzminister ein schwerer Gesichtsverlust, der gerade diesen Plan, die Novelle des Sparkassengesetzes betreiben und zulasten der Sparkassen geglaubt hatte, dass die Westdeutsche Landesbank auf neue und stabile Füße kommt. Ich bin froh, dass wir das haben stoppen können.

Nicht vom Tisch ist aber die geplante Einführung von Trägerkapital, nicht handelbarem Trägerkapital. Wir sehen da nach wie vor ein mögliches Einfallstor für den Einstieg Privater in unsere kommunalen Sparkassen.

Wie der Städtetag, der Landkreistag, der Städte- und Gemeindebund, aber auch die beiden Sparkassenverbände noch einmal deutlich gemacht haben, sind auch wir der Auffassung, dass die vorgesehene Einführung der Möglichkeit zur Bildung von Trägerkapital entschieden abzulehnen ist. So übrigens auch die wörtliche Formulierung der Verbände.

Die Änderungen, die CDU und FDP gestern hier vorgelegt und mit Mehrheit beschlossen haben, stellen keine Verbesserungen dar, sondern werfen neue Fragen auf, die insbesondere mit Blick auf mögliche neue Positionierung der EU-Kommission äußerst bedenklich sind. So auch die wörtliche Formulierung der Sparkassenverbände.

Meine Damen und Herren, wir nehmen das nach wie vor ernst. Wir sehen uns heute auch im Auftrag derjenigen, die für den Erhalt unserer kommunalen Sparkassen vor Ort gekämpft haben: die vielen Kundinnen und Kunden, die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und alle die, die sich in diesem Prozess engagiert haben. Deshalb stellen wir heute noch einmal – wir wissen, es ist unsere letzte Möglichkeit – den Antrag: Verzicht auf Trägerkapital und damit Sichern des Sparkassengesetzes vor möglichen Privatisierungen. Wir werben um jede Stimme aus der Kollegenschaft von CDU und FDP, die wir sonst verantwortlich machen, wenn später mit den Sparkassen mögliche Privatisierungstendenzen nachzuvollziehen sind.

Damit es auch für die Nachwelt zu dokumentieren ist, würden wir sehr gerne über unseren Änderungsantrag namentlich abstimmen lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Tja, Frau Kollegin Walsken, man muss sich schon einigen, ob das Gesetz in der Zielrichtung, im Grundtenor erhalten geblieben ist oder, wie Sie es teilweise zum Ausdruck bringen, Sie uns „besiegt“ haben.

Wir haben gestern in der Debatte, in der zweiten Lesung zur Sparkassengesetznovelle bereits alle wichtigen materiellen Punkte zu dem wichtigen Reformprojekt dargestellt und auch sehr ausführlich behandelt. Deswegen möchte ich in der heutigen dritten Lesung nur auf einen Aspekt noch einmal im Detail eingehen:

Wir haben uns gestern über die Genese des Gesetzes ausführlich hier im Plenum ausgetauscht wie auch davor in vielen, vielen Beratungen. Anders als SPD und Grüne haben wir uns zu keinem Zeitpunkt vernünftigen und sinnvollen Initiativen verschlossen. Deswegen sind wir gestern auch dem Antrag der Opposition, eine grundsätzliche Publizierungspflicht für die Bezüge der Vorstände der Sparkassen vorzusehen, gefolgt.

Ein wesentlicher Aspekt der Gesetzesnovelle sind – das haben wir auch immer wieder unterstrichen und

betont – die Bestrebungen, mehr Transparenz in das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen hineinzubringen. In der Tat kann es auch nicht sein, dass Vorstände von Aktiengesellschaften ihre Bezüge offenlegen müssen, die Gehälter von Sparkassenvorständen aber – in Anführungszeichen – „geheime Kommandosache“ sind. Wenn die Gehälter veröffentlicht werden, kann in der Öffentlichkeit vielleicht auch sachlich und vorurteilsfrei bewertet werden, wie die Vorstandsbezüge bei Sparkassen das gemeinnützige Wirken der Sparkassen begleiten und wie sie sich in der Gehaltsstruktur anderer kommunaler Einrichtungen und des Bankenwesens einordnen lassen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Der Antrag passt deswegen zu dem neuen Gesetz, sodass wir ihm folgerichtig zugestimmt haben.

Ich gehe allerdings – weil Sie natürlich auch rechtskundig sind – davon aus, dass wir uns gemeinsam in der logischen Konsequenz dafür einsetzen werden, dass wir auf der Bundesebene die bundesrechtlichen gesetzlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches entsprechend ändern, da andernfalls unser gemeinsamer politischer Wille an der konkurrierenden Gesetzgebung scheitern wird.

Meine Damen und Herren, wir als FDP-Fraktion werden dem Sparkassengesetz unsere Zustimmung erteilen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst noch einmal deutlich machen, dass es bei den Auseinandersetzungen, die wir in den letzten eineinhalb Jahren im ganz wesentlichen Umfang mit Ihnen, den kommunalen Spitzenverbänden, den Sparkassenverbänden, Ihren Landrätinnen und Ländräten und auch den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die Ihrer Partei angehören, geführt haben, im Kern um die Frage ging – und das dokumentierte sich an verschiedenen Punkten –: Bleiben die Sparkassen, bleibt das Dreisäulensystem in der Art und Weise erhalten, wie wir sie bis jetzt hatten? Es gibt aktuell sehr viel Anlass, dazu zu sagen, dass das besonders nötig ist. Darum ging immer der Streit.

Der Streit ging auch darum, welche Regelungen in dem Arbeitsentwurf und im späteren Kabinettsentwurf aus dem Sparkassengesetz dazu geeignet sind, auch zusammen mit der EU das Dreisäulensystem und die öffentlich-rechtlichen Banken ein Stück weit sturmreif zu schießen und sie der Privatisierungsmöglichkeit zumindest zuzuführen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage das deswegen, weil ich immer so fair bin, dann, wenn etwas Vernünftiges herauskommt, das herauszustellen. Man hätte es schneller haben können und müssen. Aber vernünftig geworden ist das bei der Frage des § 39, den Sie jetzt gestrichen haben. Sie haben das gestern als Missverständnis dargestellt, aber Sie haben ihn gestrichen. Das ist das, was hinten herausgekommen ist, und das ist in Ordnung.

Das ist im Zusammenhang mit der anstehenden Teilprivatisierung der WestLB ein Einfallstor für Privatisierung von Sparkassen, was geschlossen worden ist.

Geschlossen worden ist wenigstens ein Stück weit mehr auch die Frage der Abgrenzung von Gemeinnützigkeit und Gemeinwohl. Auch das konzedere ich.

Es bleibt – das ist ein besonderes Ärgernis – das Trägerkapital. Ich will es ganz konkret an die Person des Vorsitzenden der FDP-Fraktion binden. Wer das Protokoll über die Anhörung aufmerksam studiert, kann sehen, dass Herr Papke an einer Stelle besonders nachgebohrt hat: Warum soll das Trägerkapital nicht fungibel, also handelbar, sein?

Das ist der Punkt: Heute ist es die Option zur Bildung von Trägerkapital; in einem Jahr beginnt dann vor dem Hintergrund der kommunalen Finanznot erneut die Debatte, warum es nicht fungibel sein soll.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das unterstelle ich Ihnen. Deshalb kann es heute auch nicht zu einer breiten Mehrheit kommen – es sei denn, Sie stimmen dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, den wir inhaltlich voll teilen, zu, die optionale Trägerkapitalbildung herauszunehmen.

Ich appelliere an Sie – und es entspräche eigentlich auch gutem Brauch –, an diesem Punkt gerade in der heutigen Situation das mit breiter Mehrheit zu beschließen. Sonst muss ich sagen: Bei allen Fortschritten können wir nicht zustimmen, weil diese Tür diesem Vorsitzenden dieser FDP-Fraktion leider immer noch geöffnet bliebe. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben das Sparkassengesetz jetzt mehr als zwei Jahre lang diskutiert und in zweiter Lesung verabschiedet. Es war gut, dass Regierung und Regierungsfaktionen gerade auf den letzten Metern so eng zusammengearbeitet und viele Veränderungen

vorgenommen haben, die zu einem großen Konsens geführt haben.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Ihre Befürchtungen, Herr Becker, kann man immer haben. Der Gesetzgeber wird sicherlich nicht so dumm sein, eine Salamtaktik zu verfolgen, wenn er etwas beabsichtigt. Das hat er nicht nötig. Es bleibt dabei: Alle Ihre Befürchtungen sind völlig gegenstandslos, denn so steht es nicht im Gesetz. Es ist nicht so realisierbar.

(Beifall von der CDU)

Die Regierungsfaktionen und die Landesregierung wollen all das, was Sie an Befürchtungen angesprochen haben, auch nicht, damit das ganz klar ist. Es ist ein gutes Gesetz, das sicherlich dazu beitragen wird, dass die Sparkassen in den nächsten 20 Jahren wettbewerbsfähig sind und als erste Säule in dem dreisäuligen Bankensystem eine gute Zukunft haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Linssen. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den **Änderungsantrag Drucksache 14/7913** ab. Dazu haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemäß § 43 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** beantragt. Nach § 43 Abs. 2 erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben beim Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Ich bitte den Abgeordneten Herrn Deppe, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste *siehe Anlage*.)

Ich bitte nun die Schriftführer, mit der Auszählung der Stimmen zu beginnen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis** der Abstimmung bekannt: Mit Ja stimmten 80 Abgeordnete, mit Nein stimmten 98 Abgeordnete, ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 14/7913 abgelehnt**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/7844**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/6831 in der Fassung seiner Beschlüsse unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen

anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist diese Beschlussempfehlung **angenommen**. Damit ist der **Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen drittens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag Drucksache 14/7902** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**. Herr Sagel hat sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

Ich rufe auf:

6 Abiturjahrgang 2013 braucht eine klare Perspektive – Zweiter Hochschulpakt darf kein zweiter Reinfluss für NRW werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7827

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7889

Ich eröffne die Debatte und gebe Frau Gebhard von der Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Gebhard.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Heike Gebhard¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier nicht zum ersten Mal über die Notwendigkeit, ausreichend Studienplätze bereitzustellen. Seit Jahren wissen wir, dass wir stärkere Abiturjahrgänge haben. Gott sei Dank hat sich die Große Koalition in Berlin mit dem Hochschulpakt 2020 dazu durchgerungen, ein Programm aufzulegen, um bis 2010 in Deutschland fast 100.000 Studienplätze mehr zu finanzieren.

Manchen Akteuren ist das immer noch zu wenig. Aber in Anbetracht dessen, dass die CDU bei den Verhandlungen um die Föderalismusreform I die Hochschulen ganz und gar in die Länderkompetenz stellen wollte, sind wir froh, dass der Bund bei der Bewältigung dieser großen Aufgabe mit im Boot ist. Insofern ist aus unserer Sicht der Hochschulpakt I der erste Schritt in die richtige Richtung.

Nun ist klar, dass wir angesichts der Größe Nordrhein-Westfalens – immerhin stellen wir ein Viertel

der Hochschullandschaft in Deutschland – einen großen Teil davon zu schultern haben.

Für den Hochschulpakt I bedeutet das, dass wir bis 2010 26.000 Studienanfänger mehr haben wollen. Ich glaube, das wollen wir alle, aber wir müssen es auch organisieren. Um genau zu sein: Wir haben vereinbart, dass im Vergleich zum Stichtag 2005 am Ende des Jahres 2010 26.308 mehr Studienanfänger an unseren Hochschulen sein sollen.

(Christian Lindner [FDP]: Sie rechnen falsch!)

– Gucken Sie in die Vereinbarung. Das ist klar und eindeutig geregelt. Im Sommer 2011, wenn die Zahlen vorliegen, wird abgerechnet.

(Christian Lindner [FDP]: Frau Gebhard, selbst die Grünen haben in ihrem Antrag richtig gerechnet!)

– Das können Sie gleich mit den Grünen ausmachen. Wir halten uns an das, was Bund und Länder miteinander vereinbart haben. Das ist schriftlich fixiert, Herr Lindner, da können Sie noch so laut schreien. Im Sommer 2011 wird abgerechnet und geguckt, ob wir im Laufe des Wintersemesters tatsächlich 26.308 mehr Studienanfänger haben oder nicht.

Die Ausgangslage ist – das ist schriftlich fixiert –: Im Jahr 2005 hatten wir 80.903 Studienanfänger; ich hoffe, wenigstens über diese Zahl gibt es keinen Streit. Somit müssen wir im Wintersemester 2010 107.211 Studienanfänger erreichen. Wenn wir uns allerdings die Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus diesem Jahr anschauen, dann hatten wir zum Stichtag 30. Juni 2008 im Vergleich zu 2005 nicht mehr, sondern 4,2 % weniger Studienanfänger. Bei den Naturwissenschaften und der Mathematik waren es 231 weniger Studienanfänger, bei den Ingenieurwissenschaften 1.753.

Umso verwunderlicher ist es, dass man in Anbetracht dieser Ausgangslage eine Pressekonferenz macht, mit der man die Schlagzeile produziert – und zum Teil wohl provozieren wollte –: So viele Erstsemester wie noch nie! Das sollte ja wohl suggerieren, man sei auf einem guten Weg. Klar, es sind mehr geworden. Wir haben aber auch mehr Berechtigte. Wenn man es mit dem Stand von 2005 vergleicht, dann ist das ein sehr mageres Ergebnis, das wir jetzt aufzuweisen haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn man sich diesen Status anschaut, dann erscheint das Ziel, das man mit dem Bund für 2010 vereinbart hat, realistisch kaum noch erreichbar zu sein.

Herr Prof. Pinkwart, Sie haben bei der Beantwortung der Mündlichen Anfrage zum Hochschulpakt 2020 gesagt, man dürfe die Zahl 26.000 auch nicht einfach nur durch vier teilen und so gleichmäßig über die Jahre verteilen; Sie hätten ja erst 2007 so

richtig anfangen können. Gut, teilen wir nicht durch vier, sondern nur durch drei. Dann stellt man fest: Die Messlatte, die Sie sich selbst gesetzt haben, ist damit offensichtlich immer noch zu hoch.

Sie haben schließlich ein eigenes Modellszenario zur Umsetzung dieses Paktes aufgestellt, in dem Sie für 2007 bereits einen Anstieg von 3.691 Studienanfängern vorgesehen, aber leider nicht erreicht haben. Die Verantwortung für die mangelhafte Umsetzung des Hochschulpakts 2020 in Nordrhein-Westfalen liegt ausschließlich bei der jetzigen Landesregierung. Sie haben selbst entscheidend dazu beigetragen, dass die Zahlen nicht besser geworden sind, sondern eher schlechter, da Sie die Rahmenbedingungen zur Aufnahme eines Hochschulstudiums leider verschlechtert haben. Mit der Einführung der Studiengebühren und Ihrer Deregulierungspolitik beim Hochschulzugang haben Sie soziale Barrieren errichtet. So muss man sich nicht wundern, dass die Zahlen zurückgehen.

Sie haben auch ordnungspolitisch falsche Rahmenbedingungen geschaffen, die an mehreren Standorten faktisch zum Abbau von Studienplätzen geführt haben. Diese Ursachen gehören meines Erachtens dringend beseitigt.

Für den Hochschulpakt II haben Sie angekündigt, dass Sie 160.000 weitere Plätze schaffen wollen, und das sogar mit einer Garantie verbunden, so dass die Zeitungen am 14. Oktober titelten: „Studienplatz für alle Abiturienten“ oder „Studienplatzgarantie in Nordrhein-Westfalen“. Damit haben Sie Erwartungen geweckt. Wer die Situation kennt, fragt sich: Wie kann man nur so verantwortungslos sein, eine solche Zusage zu machen, ohne sie mit einem vernünftigen Konzept zu hinterlegen?

Diese Garantie sollte ja wohl dazu dienen, den doppelten Abiturjahrgang zum Wintersemester 2013 zu beruhigen, die Schülerinnen und Schüler zu beruhigen und die Eltern gleich mit. In der Tat braucht diese Generation eine Perspektive, aber eine solide und kein Wolkenkuckucksheim. Wir stehen hier in der Verantwortung – die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen allemal –, speziell für diese Generation genug Plätze zu schaffen.

Wenn Sie mit Elternverbänden oder auch mit Einzelnen reden, dann werden sie Ihnen bestätigen, dass sie sich große Sorgen darüber machen, welche zusätzliche Stundenbelastung die Schülerinnen und Schüler des achtjährigen Gymnasiums, G8, ein Jahr verkürzt, auszuhalten haben. Das ist in der jetzt zu erbringenden Form nicht altersgemäß.

Dann muss man sich einmal vorstellen: Diese Schülerinnen und Schüler müssen diese Belastung aushalten, machen ein Jahr früher das Abitur, um anschließend keinen Studienplatz zu bekommen und das Jahr in den Wind schreiben zu können. Wofür die Quälerei, wenn sie anschließend nicht belohnt werden?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn diese Situation eintritt, dann hätten wir die Jugendlichen doppelt bestraft, sozusagen geteert und gefedert bzw. zuerst versommert und anschließend auch noch gepinkwartet.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Hey!)

Damit bin ich bei dem konstruktiven Teil meines Beitrags: Wir sind sehr wohl bereit, Mitverantwortung dafür zu übernehmen, dieses große Problem – es ist ein großes Problem, eine große Aufgabe, die wir schultern müssen – gemeinsam zu lösen.

Unseres Erachtens müssen wir aber auch konstruktive Maßnahmen ergreifen. Beispielsweise – wir haben in unserem Antrag einige Vorschläge dazu gemacht; ich will nur auf einen hinweisen – müssten wir überprüfen, inwieweit das bisherige System im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang geöffnet werden kann. Kooperationen mit Hochschulen in unserer direkten Nachbarschaft, in den Niederlanden, in Belgien, wären ein Schritt in die richtige Richtung. Wir könnten dann den Hochschulen dort für die Einrichtung von Studienplätzen für nordrhein-westfälische Studentinnen und Studenten im Gegenzug die Finanzmittel anbieten, die pro Kopf aus dem Hochschulpakt vom Bund zur Verfügung gestellt werden.

Ich denke, in Anbetracht der schlechten Zwischenbilanz, die wir beim Hochschulpakt 2020 haben, sollten wir jetzt wirklich ein schlüssiges Konzept vorlegen, um unseren jungen Menschen 2012 eine Perspektive zu geben. Wir sind bereit, daran mitzuwirken. Ich hoffe, Sie nehmen diesen konstruktiven Vorschlag auf. Wir können uns dann nicht nur die Zahlen um die Ohren hauen, sondern auch tatsächlich etwas für die jungen Leute bewirken. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Gebhard. – Für die CDU spricht nun Herr Hachen.

Dr. Gerd Hachen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie so oft wissen die Kolleginnen und Kollegen der SPD auch im vorliegenden Antrag wieder sehr genau, was in Zukunft passiert.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Hellseher! – Heike Gebhard [SPD]: Die Menschen sind alle schon da!)

Liest man die Überschrift Ihres Antrages „Abiturjahrgang 2013 braucht eine klare Perspektive“, dann sagt man ja noch: Jawohl, da sind wir gleicher Meinung, daran arbeiten wir alle. – Aber im Untertitel „Zweiter Hochschulpakt darf kein zweiter Reinfall für NRW werden“ unterstellen Sie mir Ihren hellse-

herischen Fähigkeiten wieder einmal, dass der Hochschulpakt I selbstverständlich ein Reifall wird.

(Heike Gebhard [SPD]: Bis jetzt!)

Die gleichen Unkenrufe kennen wir zum Beispiel von der Debatte um die Abschaffung der Schuleinzugsbezirke,

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] und Ralf Witzel [FDP])

wo nach Ihren Aussagen das Land im Chaos versinken sollte. Jetzt sind sie weg, und keiner hat es bemerkt, weil es eben doch geht.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] – Sigrid Beer [GRÜNE]: Fahren Sie nie nach Hause, Herr Hachen?)

Es ist interessant, dass Sie sich jetzt melden. – Ihre Kassandrarufer zum KiBiz – um nur ein weiteres Beispiel zu nennen – haben wir ebenfalls noch gut im Gedächtnis.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Der „KiBiz“ fliegt wieder, Herr Hachen!)

Der Mechanismus, nach dem das abläuft, ist immer der gleiche: Sie sehen zukünftige dramatische Entwicklungen,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie verschlafen sie!)

die natürlich jeweils nur durch die Regierungskoalition verursacht sind, beklagen diese lautstark, bevor sich erweisen kann, wie falsch Sie liegen, und bieten obendrein zur Lösung des selbst erkannten Problems die eigenen alten Mechanismen an, die schon zu Ihrer Zeit nicht funktionierten.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Damit komme ich konkret zu den Forderungen, die in Ihrem Antrag gestellt werden.

Erstens fordern Sie, dass die Mittel für den Hochschulpakt gezielt zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze eingesetzt werden sollen. – Das ist natürlich längst geübte Praxis. Dieser Aufforderung bedarf es nun wirklich nicht.

Zweitens. Ihr Vorschlag, Geld aus dem Hochschulpakt in zusätzliche Plätze für Studenten aus Nordrhein-Westfalen in belgische oder niederländische Hochschulen zu investieren, geht von der Konstruktion des Hochschulpaktes her nicht – was Sie sicherlich wissen, wenn nicht, dann sehen Sie dort doch bitte einmal nach. Aber natürlich werden unabhängig davon längst Gespräche geführt, um zu sehen, in welchem Rahmen auch dort ein Beitrag zur Lösung des Problems gefunden werden kann.

Drittens. Damit bleibt als einzige Forderung von Substanz die nach einem Masterplan 2013 übrig. Diese Forderung ist allerdings alles andere als neu, wird von Ihnen in vielen Anträgen seit 2006 ständig wiederholt.

Im Übrigen ist sie auch zentraler Gegenstand des Entschließungsantrages der Grünen. In ihm kommen wieder die Mechanismen und Denkweisen zum Ausdruck, die uns fundamental von Ihnen unterscheiden. Ihre Vorgehensweise, alles bis ins Detail vorgeben und steuern zu wollen, hat in der Vergangenheit zu den Problemen und Zuständen auch an den Hochschulen geführt, die wir heute beklagen.

(Beifall von der CDU)

Unser Weg, in einem klar definierten Rahmen ausdrücklich Freiräume und eigene Gestaltungsmöglichkeiten zuzulassen, ist zugegebenermaßen kein einfacher. Er ist auch offensichtlich schwer zu verstehen. Aber wir sind sicher, so eine andere Motivation vor Ort und damit ein positives Umfeld für die notwendigen Veränderungen hinzubekommen.

Dieser Weg lässt sich im Übrigen auch nicht so einfach berechnen, wie Sie das so gerne mit all den Zahlenspielen hier tun. Man fragt sich ohnehin, wie hoch der Aussagewert all dieser Zahlenspiele ist, wenn die SPD als Ziel des Hochschulpaktes I im Jahr 2010 das Erreichen von 117.000 Studienanfängern

(Heike Gebhard [SPD]: 107.000!)

im Antrag nennt, was sie eben in einem Vortrag aber schon auf 107.000 korrigiert hat.

Zielgröße im Antrag der Grünen sind 88.700 Studienanfänger. Wenn wir für 2008 bereits 83.000 Anfänger erwarten dürfen, dann ist das kein Anlass zur Panik, sondern ein Ansporn, in den Bemühungen, die insbesondere Wissenschaftsminister Pinkwart für die Landesregierung bereits unternommen hat, nicht nachzulassen.

(Beifall von der CDU)

Gemeinsames Ziel ist doch – daran möchte ich hier noch einmal erinnern –, jedem Studienberechtigten, der willens und fähig ist, ein Studium aufzunehmen, auch ein solches Studienangebot zu machen. Daran arbeiten wir mit Hochdruck. Ich denke, darin unterscheiden wir uns auch nicht.

Ich will es deshalb abschließend freundlich formulieren: Ihre immer wieder geäußerte Sorge ist unbegründet. Warten Sie doch zumindest einmal die Zahlen für 2008 ab, bevor Sie junge Menschen in unserem Land mit Horrorszenarien weiter verunsichern. Dieser jetzt vorliegenden Neuauflage Ihrer alten Antragsreihe mit dem Ziel, wieder dirigistisch zu verordnen, werden wir natürlich nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Hachen. – Für die FDP spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stelle mir die Frage, wie diese Debatte, wie dieser Antrag auf unsere Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal wirken muss. Eine Partei, die 40 Jahre Regierungsverantwortung hier in Nordrhein-Westfalen hatte, die im Bund noch mitregiert, muss gegenüber dem vorgelegten Antrag in einer Rede die grundlegende Zahl an Studierenden, mit der argumentiert wird, mal eben um 10.000 nach unten korrigieren.

Innerhalb von ein paar Tagen verändern Sie Ihre ganze Argumentationsgrundlage. Ihr Papier geht noch davon aus, dass wir im Jahre 2010 den Wert von 117.211 Studienanfängern erreichen müssten. Wie kommen Sie auf diese Zahl? Sie haben das addiert, was wir an zusätzlichen Kapazitäten für die Jahre 2007, 2008, 2009 und 2010 in jedem Jahr schaffen müssen und tun so, als ob diese in den einzelnen Jahren zu erreichenden Zahlen im Jahre 2010 gemeinsam zur Verfügung stehen müssten, sodass wir dann 117.000 Studienanfänger erreichen müssten.

(Karl Schultheis [SPD]: Wann denn sonst?)

Sie sagen, im Jahre 2010 würden 117.200 Studienanfänger beginnen, Herr Schultheis. In Wahrheit werden es um die 90.000 Studienanfänger sein. Die Grünen haben das in ihrem Entschließungsantrag richtig dargestellt. Sie haben ein Papier vorgelegt, das auf einem Rechenfehler basiert, der keinem Pennäler durchgegangen wäre.

(Beifall von FDP und CDU)

Insofern können Sie sich nicht breitbeinig hierher stellen und so tun, als ob die Landesregierung in großem Ausmaße versagt hätte. Versagt haben Ihre Zuträger, diejenigen, die Ihnen die Anträge aufschreiben. Sie halten den Parlamentsbetrieb mit einem Papier auf, dass von vorne bis hinten falsch gerechnet ist. Sie hätten gestern in den Entschließungsantrag der Grünen schauen können. Dann hätten Sie sich selbst diese Peinlichkeit noch ersparen können.

Frau Gebhard stellt sich hierher und sagt, die schwarz-gelbe Koalition verkürzt den Bildungsgang des Gymnasiums. Das führe dazu, dass im Jahre 2013 mehr Studienanfänger einen Studienplatz in Nordrhein-Westfalen suchen würden. Der Umstand ist richtig. Ich muss Sie aber daran erinnern, dass Sie von SPD und Grünen doch genauso den gymnasialen Bildungsgang im gleichen Zeitraum verkürzen wollten.

(Beifall von FDP und CDU)

Das heißt, auch unter Rot-Grün wären im Jahre 2013 mehr Studienanfänger an die Hochschulen gekommen. Was haben Sie aber gemacht? Gab es einen rot-grünen Hochschulpakt? Hatte Rot-Grün denn geplant, drei neue Fachhochschulen einzu-

richten, wie wir das tun? Hatten Sie so etwas in den Schubladen? Sie hatten es nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist ein zweiter Beleg für die große Peinlichkeit, die Sie sich selbst immer wieder zumuten wollen. Warum lassen Sie es nicht einfach bleiben? Notfalls können Sie zumindest die Anträge der Grünen abpinnen. Diese sind wenigstens qualitativ noch besser.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Lindner, es gibt eine Zwischenfrage von Frau Schäfer. Möchten Sie diese zulassen?

Christian Lindner (FDP): Von Frau Schäfer?

Präsidentin Regina van Dinther: Ja.

Christian Lindner (FDP): Ja.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Frau Schäfer.

Ute Schäfer^{*)} (SPD): Herr Lindner, ich bin einigermaßen irritiert. Sie lesen immer in alten Papieren nach, die Sie nach Ihrer Regierungsübernahme gefunden haben. Dann müssten Sie auch Unterlagen über eine Arbeitsgruppe zwischen den Ministerien gefunden haben, die sich genau mit dieser Frage befasst hat.

Nach der Zeit der Amtsübernahme wurde hier vor allen Dingen über neue Schulgesetze und Ähnliches diskutiert. Dieser Sache wurde dann nicht mehr nachgegangen. Ist Ihnen dies bewusst?

Christian Lindner (FDP): Liebe Frau Kollegin Schäfer, Frau Staatsministerin a. D. und auf Wiedersehen,

(Ute Schäfer [SPD]: So viel zur Arroganz!)

wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis.

(Heike Gebhard [SPD]: Unverschämtheit! – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Sie haben gewiss zu ganz vielen Dingen Arbeitskreise gehabt. Das war auch Ihre Art, Probleme anzugehen.

(Ute Schäfer [SPD]: Sie sind in der Verantwortung!)

Sie haben die Probleme hier im Land verwaltet.

(Ute Schäfer [SPD]: Seit drei Jahren!)

Wir haben den Mehltau gesehen, der lange genug auf dem Land lag. Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist, wir gründen keine Arbeitskreise, in denen man darüber spricht, was man tun könnte, müsste und sollte, sondern wir handeln.

(Ute Schäfer [SPD]: Ein Ablenkungsmanöver ist das! Ein schlechtes Ablenkungsmanöver!)

Wir handeln. Der Hochschulpakt I wird umgesetzt, und zwar auch in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen. Drei neue Fachhochschulen werden in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Wir handeln. Wir stellen Geld im Landeshaushalt für die Hochschulen zur Verfügung. Wir tun etwas dafür, damit jeder, der im Jahre 2013 an die Hochschule will, auch einen entsprechend qualitativ hochwertigen Platz vorfindet.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Lindner, es gibt eine Zwischenfrage von Frau Gebhard.

Christian Lindner (FDP): Also gut, bitte schön.

Heike Gebhard⁹⁾ (SPD): Da Sie meine Zahlen so angezweifelt haben, habe ich folgende Frage an Sie: Bestätigen Sie die von mir vorhin genannte Ausgangszahl für das Jahr 2005? Bestätigen Sie, dass wir 26.300 zusätzliche Studienanfänger vereinbart haben? Sind Sie der Ansicht, dass 80.000 und etwas plus 26.000 insgesamt etwa 107.000 und keine 90.000 sind? Können Sie das bestätigen?

Christian Lindner (FDP): Liebe Frau Gebhard, so wie Sie es jetzt vorgetragen haben, kann ich das bestätigen. Ich will Ihnen aber noch einmal vorlesen, was in Ihrem Antrag steht.

Ich zitiere aus der Landtags-Drucksache 14/7827. Darin steht: Da es nach Köpfen geht, müssen wir also im Jahre 2010 den Wert von 117.211 Studienanfängern erreichen.

(Heike Gebhard [SPD]: Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass man sich auch einmal vertippen kann! Da steht aber auch die Zahl drin, was wir 2005 gehabt haben und was wir 2010 erreichen müssen! Wenn Sie das addieren können, dann werden Sie bitte schön zugeben, dass das 107.000 sind und nicht Ihre 90.000! Ob da 117 oder 107 stehen, ist im Verhältnis zu den 90.000, die Sie vorgeben, doch wohl unerheblich!)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Gebhard, das geht jetzt weit über die Zwischenfrage hinaus, die Sie eigentlich stellen wollten.

Christian Lindner (FDP): Bleiben wir doch einmal großzügig. Ich verstehe Ihre Erregung, Frau Geb-

hard. Es würde mir vielleicht genauso gehen, wenn ich so erappt würde.

Von einem kleinen Tippfehler zu sprechen, ist schon ein bisschen dreist. Die Zahl taucht in diesem Papier fünf oder sechs Mal auf. Es ist Ihnen also nicht irgendwie durchgerutscht. Es ist kein Tipp- oder Übertragungsfehler. Das haben Sie schon gerechnet.

Zum anderen muss ich noch einmal etwas sagen, wenn Sie es so ans Licht der Öffentlichkeit zerren. Sie schreiben von 117.211 Studienanfängern im Jahre 2011.

(Heike Gebhard [SPD]: Rechnen Sie doch einmal 80.000 plus 26.000! Was kommt heraus?)

Richtig ist: Im Jahre 2010 hätten wir quasi 106.000 im System, wenn man so rechnet wie Sie. So kann man aber eben nicht rechnen. Nach dem Antrag der Grünen kommen in jedem Jahr etwa 7.000 bis 8.000 hinzu. Diese bleiben im System, weil sie ihr Studium noch nicht abgeschlossen haben. Gleichwohl kann man trotzdem nicht so rechnen, wie Sie das tun.

(Heike Gebhard [SPD]: Von Anfängern ist die Rede! – Karl Schultheis [SPD]: Dann müssten es noch mehr sein!)

– Sie können es verteidigen, wie Sie wollen: Es ist einfach falsch!

Der Bund geht bei der Berechnung des Hochschulpakts I im Jahre 2010 von 89.000 Studienanfängern in Nordrhein-Westfalen aus, wenn ich es richtig sehe. Das sind die Zahlen des Bundes. Ich empfehle sehr, unsere kleine Diskussion jetzt abzuschließen. Ich denke, auch in Ihrem Interesse sollten wir diese Diskussion jetzt abschließen. Wir sollten uns an die Zahlen des Bundes halten. Das ist meine Empfehlung und ist mein Angebot. In dem Zusammenhang schlage ich Ihnen vor, Ihr Papier zurückzuziehen. Wir vergessen es einfach und machen mit einem anderen Tagesordnungspunkt weiter. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Allmählich wird es eng. Und das wissen Sie auch ganz genau, Herr Lindner. Davon können Sie auch jetzt nicht mit diesem Nebenkriegsschauplatz, die SPD habe falsch gerechnet und Sie rechnen noch einmal alles vor, ablenken. Denn es wird eng, und zwar werden wir in weniger als fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen zwei Jahrgänge haben, die gleichzeitig Abitur machen.

Doch außer schönen Reden und der Einsetzung einer Arbeitsgruppe hat diese Landesregierung bisher nichts getan, um unser Land, unsere Schulen und Hochschulen, aber auch den Arbeits- und Ausbildungsmarkt anständig darauf vorzubereiten.

(Beifall von den GRÜNEN – Ute Schäfer [SPD]: Sie hat Studiengebühren eingeführt!)

Dabei können Sie nun wirklich nicht behaupten, dass Sie von nichts gewusst hätten. Sie haben es eben selber gesagt: Spätestens seit unserem Antrag „Zukunftschancen sichern – NRW braucht eine Offensive für mehr Studienplätze“, den wir im Landtag im Jahre 2006 zum ersten Mal gestellt haben, sollten Sie zur Kenntnis genommen haben, dass es ein Problem gibt, dass dringend angepackt werden muss. Aber konkrete Ergebnisse lassen bisher leider auf sich warten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Von daher ist es gut, dass die SPD das Thema auch noch einmal angesprochen hat, obwohl Ihr Antrag, liebe Frau Gebhard, am eigentlichen Problem vorbeigeht. Denn Sie arbeiten sich hauptsächlich am Hochschulpaket I ab, mit dem der Doppeljahrgang 2013 noch gar nicht erfasst wird.

Ich möchte aber trotzdem auch etwas zum Hochschulpaket I sagen. Der Maßstab, mit dem ich Sie, Herr Pinkwart, hier und heute messen möchte, sind nicht die Zahlen im SPD-Antrag, aber es sind diejenigen, die Ihr Stufenplan zur Erfüllung des Hochschulpaktes vorsieht. Für das Jahr 2007 haben Sie mit einem Plus von 3.691 Studienanfängerinnen und Studienanfängern gerechnet. Und tatsächlich erreicht haben Sie aber ein Minus von 3.335. Das war also schon mal nichts.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Ja, das war ein Minus. Im Jahr 2008 sollte es dann ein Plus von 7.000 sein. Herr Lindner, im Jahr 2008 sollte es dann ein Plus von genau 7.048 sein. Erreicht haben Sie aber nur, wenn man Ihre vorläufigen Zahlen nimmt, ein Plus von etwa 2.000, immer gemessen an der Referenzgröße des Studienpaktes von knapp 81.000 Studienanfängerinnen und Studienanfängern im Jahr 2005. Auch im Jahr 2008 gibt es also trotz eines deutlichen Anstiegs gegenüber dem Vorjahr faktisch ein Minus von 5.000 Studienanfängerinnen gegenüber den Plänen des Ministeriums.

Nun werden Sie möglicherweise sagen, dass das nur eine beispielhafte Modellrechnung war und dass Sie es schon irgendwie schaffen werden, die 26.000 zusätzlichen Studienanfängerinnen und Studienanfänger zusammen zu bekommen, die Sie dem Bund und den anderen Ländern versprochen haben. Nur, von diesen 26.000 fehlen in diesem Jahr immer noch mehr als 24.000 Studienanfängerinnen. Das heißt doch, dass unsere Hochschulen im nächsten Jahr – Sie haben gesagt, dass schaffen wir locker –

und im übernächsten Jahr nicht 7.000 bis 8.000 mehr junge Menschen aufnehmen müssen als im Referenzjahr 2005, als Sie das geplant haben, sondern jeweils etwa 12.000. Das heißt also, wir bräuchten sowohl im Jahr 2009 als auch im Jahr 2010 jeweils etwa 93.000 Studienanfängerinnen und Studienanfänger, eine Steigerung also um noch einmal 10.000 gegenüber 2008. Ja, da frage ich Sie, Herr Minister Pinkwart: Wo sollen die denn herkommen?

Den positiven Effekt, den Sie in diesem Jahr noch ausnutzen konnten, wird es jedenfalls in den nächsten beiden Jahren nicht mehr geben. Denn Ihre zusätzlichen 5.700 Erstsemester gegenüber 2007 resultierten nicht aus einer gesteigerten Attraktivität für die Hochschulen. Sie entsprachen lediglich in etwa dem Anstieg der Zahl an Studienberechtigten in diesem Jahr. Und die – und das ist die schlechte Nachricht, Herr Minister Pinkwart – werden im Jahre 2009 und 2010 nur noch um etwa 2.000 steigen, also nicht mehr um 10.000.

Aber ich habe auch eine gute Nachricht für Sie: Wir können es noch schaffen, Herr Pinkwart, wir als Land Nordrhein-Westfalen. Ich habe sogar einen ganz konkreten Vorschlag, wie es gehen kann. Schaffen Sie diese unsozialen Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen wieder ab!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Denn seit 2006 – da komme ich noch einmal auf das Jahr zurück, in dem der Knick war –, seit der Einführung Ihrer Studiengebühren verzichten jedes Jahr Tausende junger Menschen darauf, ein Studium aufzunehmen, weil sie es sich schlicht nicht leisten können.

(Christian Lindner [FDP]: Absurd!)

Und diese jungen Menschen müssen wir zurückgewinnen. Wenn jemand noch Zweifel haben sollte, ob die Abschaffung der Studiengebühren tatsächlich zu mehr Studienanfängerinnen und Studienanfängern führt, dann lohnt sich im Augenblick mal der Blick nach Hessen. Denn wenn dort auch einiges schief gelaufen ist in letzter Zeit, so ist die Abschaffung der Studiengebühren jedoch gelungen – und das mit durchschlagendem Erfolg.

(Beifall von den GRÜNEN)

17 % mehr Studienanfängerinnen und Studienanfänger verzeichnen die Hochschulen dort im laufenden Wintersemester, verglichen mit dem Jahr zuvor. Das ist so. Auf Nordrhein-Westfalen übertragen wären das 17 % von 80.000. Das sind mehr als 14.000 Studienanfängerinnen und Studienanfänger. Also, das ist doch die Chance, Herr Minister Pinkwart. Es geht. Wenn Sie die Studiengebühren wieder abschaffen, können wir tatsächlich den Hochschulpaket noch einhalten. Soweit jetzt zum Hochschulpaket I. Denn mit dem doppelten Abiturjahr 2013 hat dieser nur mittelbar etwas zu tun. Schließ-

lich werden diejenigen, die jetzt mit dem Hochschulpakt I an die Hochschulen kommen, diese bis 2013 ganz überwiegend verlassen haben.

Für die etwa 70.000 zusätzlichen jungen Menschen, die im Jahr 2013 die Hochschulen stürmen werden, brauchen wir einen neuen Aufschlag. Wir brauchen erstens einen Hochschulpakt 2, der viel besser ausgestattet sein muss als dieser Hochschulpakt 1, und wir brauchen zweitens konkrete Vereinbarungen, die nicht nur auf dem Papier stehen. Treffen Sie also verbindliche Vereinbarungen, Herr Minister! Sorgen Sie dafür, dass auch genug Geld zur Verfügung steht und räumen Sie Hindernisse wie die Studiengebühren aus dem Weg!

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen zweiten Aspekt anführen, der im Antrag der SPD nicht angesprochen wird. Der doppelte Abiturjahrgang 2013 ist nicht alleine ein Problem der Hochschulen, wie viele immer noch glauben. Denn wenn Sie es tatsächlich nicht schaffen, bis 2013 genügend Kapazitäten an den Hochschulen einzurichten und Zigttausende junger Menschen vor verschlossenen Hochschultüren stehen, dann werden sich diese nicht in Luft auflösen. Sie werden Alternativen suchen auf dem Ausbildungsmarkt, auf dem Arbeitsmarkt und anderswo. Und dort werden Sie dann in Konkurrenz treten auch mit denjenigen, die 2013 die Schulen nicht mit dem Abitur, sondern mit einem mittleren Bildungsabschluss verlassen.

Deswegen sind Sie nicht nur gefordert, Herr Minister Pinkwart, sondern die gesamte Landesregierung von Herrn Laumann über Frau Sommer bis zu Frau Thoben und Herrn Linssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gehen Sie die Herausforderungen mit vereinten Kräften an. Lassen Sie die betroffenen jungen Menschen und ihre Familien nicht im Regen oder vor den Hochschultüren stehen. Unser Antrag zeigt auf, was notwendig ist und wie es gehen kann. Jetzt ist es an Ihnen, endlich zu handeln. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Dr. Seidl. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Dr. Pinkwart. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben erneut eine Diskussion, in der Sie einen Pappkameraden aufbauen, um ihn dann selbst einreißen zu müssen, weil er jeder kritischen Hinterfragung nicht standhält.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Herr Papke ist nicht da!)

Sie attackieren mich, ich würde eine Garantie aussprechen, und im gleichen Atemzug machen Sie Frau Kollegin Sommer und mich dafür verantwortlich, dass wir Schülerinnen und Schüler verunsichern, weil wir ihnen keine klare Zukunftsperspektive eröffnen. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

So kann man hier keine politische Debatte führen. So kann man allerdings eines tun: Menschen in diesem Lande verunsichern, und das tun Sie.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie machen mit Ihrer Argumentation eine Politik auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler und der Eltern im Land, die sich berechtigt fragen, ob eine Landesregierung auch die notwendigen Schritte unternimmt, die sie zu unternehmen hat, damit den Kindern eine verlässliche Perspektive eröffnet wird, und die auch ein Recht darauf haben, dass sich die Opposition die Mühe macht, sich mit den Sachverhalten so auseinanderzusetzen, dass sie von der Sache berechtigt das Regierungshandeln kritisch begleiten kann.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Denn nur dann kann man das Begehren der Menschen nach Planungssicherheit aus dem Parlament heraus kritisch begleiten. Das tun Sie nicht. Das muss ich Ihnen hier vorhalten. Auch wenn die Grünen, wie Frau Seidl, besser rechnen können – wie sie es hier bewiesen haben –, sind sie in der Sache auch nicht besser. Denn sie fordern einen Masterplan ein.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Was denn sonst?)

Sie wissen, dass wir schon im Frühjahr einen Masterplan im Kabinett beschlossen haben, den ich Ihnen in unzähligen Sitzungen im Ausschuss schon habe darlegen können.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Wo ist er denn?)

Aber wir haben das nicht nur – Frau Kollegin Schäfer, wie Sie es angesprochen haben – mit einer Arbeitsgruppe gemacht. Wir sind hingegangen – im Übrigen gegen Ihren ganz erklärten Willen; denn Sie haben das nicht nur kritisiert, sondern sogar dagegen gestimmt – und haben einen Fachhochschulausbauplan für Nordrhein-Westfalen nicht nur in einer Arbeitsgruppe einmal ventilieren lassen, sondern das Kabinett hat ihm so zugestimmt, und die Regierungsfractionen haben ihn beschlossen. Das ist ein fundamentaler Unterschied.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Landesfinanzminister hat hierfür Vorsorge getroffen, indem wir in den nächsten Jahren, in denen das schrittweise aufwächst, pro Jahr 160 Millionen € zusätzlich – ich betone: zusätzlich – Jahr für Jahr bereitstellen werden, damit die neuen Hochschulen nicht

zulasten der vorhandenen Hochschulen gehen – so wie Sie früher Politik gemacht haben –, sondern tatsächlich zusätzliche Budgetmittel bereit gestellt werden, nämlich bis 2020 1,3 Milliarden € für zusätzliche Studienplätze an neuen Fachhochschulen. Das ist schon beschlossen.

(Beifall von CDU und FDP)

Nein, noch besser: Die Jury arbeitet schon. Die jeweils Interessierten in den Regionen haben ihre Bewerbungen bereits eingereicht. Sie haben sich schon präsentiert,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Schon? 2013 sind die Schüler da! Das ist ganz konkret!)

und wir werden die Beschlüsse bis Jahresende fassen können, damit die Fachhochschulen jetzt auch errichtet werden können. Das ist ganz konkrete Vorsorgepolitik. Ich bitte Sie, das auch draußen im Lande weiter zu erzählen, damit die Menschen sehen: Im Landtag wird auch wirklich konstruktiv gearbeitet.

(Zuruf Sigrid Beer [GRÜNE])

Darüber hinaus haben wir es doch vollbracht, dass es überhaupt einen Hochschulpakt gibt. Im Zusammenhang mit der Föderalismusreform I ist angesprochen worden, dass dies allein die Bundesregierung gewesen wäre. Das stimmt überhaupt nicht. Ich – als einziger Ländervertreter – habe für das Land Nordrhein-Westfalen im Kontext der Föderalismusdebatte im Bundestag gesprochen und gesagt: Lieber Bundestag, wenn ihr das mit der Föderalismusreform so beschließen wollt, dann betreibt auch bitte Vorsorge mit Blick auf steigende Studierendenzahlen, indem Bund und Länder zusammen einen Hochschulpakt machen. Das habe ich für Nordrhein-Westfalen dort vorgetragen. Wir haben harte Verhandlungen geführt und den Hochschulpakt I dann auch gemeinsam mit den 16 Ländern verabreden können. Und den setzen wir jetzt um.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister!

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich möchte das gern, liebe Frau Präsidentin, hier zu Ende führen.

Wir haben damit ganz klare Vorgaben gesetzt – auch mit den Hochschulen. Wir haben das Ziel verabredet – bis zum Studienjahr 2010 einschließlich –, das kumulativ über den vierjährigen Zeitraum 26.300 Studienanfänger zusätzlich zu denen, die wir jährlich erwarten, nach Nordrhein-Westfalen kommen – Vergleichsjahr 2005.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: 2000 haben Sie ja schon! Das ist ja klasse! Das machen Sie erst mal vor! Das sind 18.000 mehr!)

– Frau Beer, jetzt hören Sie doch einmal zu.

Das heißt: Anteilig werden Bund und Land den Hochschulen insgesamt 450 Millionen € geben. Im Übrigen sind wir eines der wenigen Bundesländer, die auch echt Landesgeld zum Bundesgeld dazutun. Das machen nicht alle Bundesländer. Die meisten reichen das Bundesgeld durch und erhöhen dann Kapazitätsnormwerte, damit sie auf dem Papier mehr Studienplätze schaffen. Ich bin einmal gespannt, ob die Landesregierung in Hessen den Hochschulen dann mehr Geld gibt, wenn sie tatsächlich plus 17 % haben und ihre Studienanfängerzahlen, die sie sich im Hochschulpakt vorgenommen haben, überschreiten. Denn nur dann wären sie auch qualitativ voll unterlegt.

Wir schaffen hier tatsächlich für 26.300 Anfänger qualitätsvolle Studienplätze.

(Beifall von der CDU)

Wir gehen auch davon aus, dass sie in Anspruch genommen werden. In gleicher Weise werden wir für die nächste Periode dafür Vorsorge treffen, dass wir bis 2020 mit hinreichenden finanziellen Maßnahmen auch qualitätsvolle Studienplätze schaffen. Da verhandeln wir gerade mit dem Bund, und wir planen für 160.000 Studienanfänger.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Der Unterschied ist klar: Sie hatten immer viele Studierende an den Hochschulen. Aber Sie hatten nicht so viele Absolventinnen und Absolventen, und Sie hatten auch nicht so gute Ergebnisse. Das ist eben der Unterschied.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen, dass die jungen Menschen auch tatsächlich zu einem Abschluss kommen, und auch zu einem guten Abschluss kommen.

(Ute Schäfer [SPD]: Meine Güte!)

– Ja, Frau Schäfer, die Absolventenzahlen an unseren Hochschulen sind in den letzten Jahren mit zweistelligen Raten gestiegen. Das heißt: Wir haben mehr Absolventinnen und Absolventen. Es ist doch positiv, wenn die jungen Menschen tendenziell stärker in der Regelstudienzeit zu einem Abschluss kommen. Das ist für die Menschen unheimlich wichtig. Vor allen Dingen ist das unheimlich wichtig für die jungen Menschen aus den nicht so bildungsnahe Familien, deren Eltern nicht Akademiker sind.

Sie reden immer von der abschreckenden Wirkung von Studienbeiträgen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So ist es!)

Wenn Sie sich mit den HIS-Studien der letzten Jahre auseinandergesetzt haben, dann wissen Sie: Der Hauptablehnungsgrund für jene, die in ihrem Elternhaus keine Akademiker haben, ist der, dass das Studium für diese jungen Menschen unberechenbar ist, was den Verlauf und den Erfolg betrifft. Das ist

mit Abstand der Hauptablehnungsgrund. Das war schon vor Jahren der Fall und ist heute leider immer noch der Fall.

Deswegen wollen wir den Hochschulen mehr Mittel geben, damit diejenigen, die einen Studienplatz haben, nach Möglichkeit in der Regelstudienzeit auch einen qualitativvollen Abschluss erreichen können.

Um das im nächsten Jahrzehnt zu erreichen, haben wir bereits vielfältige Maßnahmen in Angriff genommen. Den Fachhochschulausbau habe ich bereits genannt: Dazu gehören drei neue Fachhochschulen im Bereich der so zentralen MINT-Fächer. Dann werden wir eine neue Fachhochschule im Gesundheitswesen errichten. Wir werden fünf Abteilungen an vorhandenen Fachhochschulen ausbauen und werden auf diese Weise – neben der besonderen Schwerpunktsetzung schon im Hochschulpakt I wie im Hochschulpakt II auf die Fachhochschulen – einiges erreichen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wann denn?)

– Frau Beer, so schnell, wie wir alles andere auch machen. Weil wir keine Arbeitsgruppen bilden, werden wir auch schnell fertig. Wir machen das wie auch mit den anderen Maßnahmen: ganz schnell.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Frau Beer, Sie werden sich die Augen reiben, wie schnell wir die Fachhochschulen errichtet haben werden, so wie wir auch alles andere umsetzen.

Erneut ist in der Debatte der Hinweis auf die soziale Barriere aufgekommen. – Da kann man sich nur wundern, wie Sie Begriffe – wie die soziale Barriere – in Räume einfach hineinsetzen können.

Die Fachhochschulen bauen wir – neben der Tatsache, dass wir an den vorhandenen Hochschulen hinreichend Studienplätze schaffen – aus zwei Erwägungen heraus aus: weil wir wissen, dass es in Nordrhein-Westfalen, relativ zu anderen Bundesländern, einen hohen Anteil von Fachhochschulzugangsberechtigten gibt.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Frau Beer, Sie müssen sich das genau anhören, weil das die unsoziale Haltung Ihrer Landesregierung beschreibt, die Sie mal verantwortet haben.

(Beifall von der CDU)

Schauen Sie sich einmal die Übergangsquoten an.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ja, toll!)

Bei den allgemein Hochschulzugangsberechtigten liegt Nordrhein-Westfalen im Bundesvergleich überdurchschnittlich gut. Fast 90 % unserer allgemein Hochschulzugangsberechtigten besuchen auch eine Hochschule.

(Zuruf von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

– Ich kann Ihre Erregung verstehen. Sie hören das nicht gerne. – Bei den Fachhochschulzugangsberechtigten haben wir eine unterproportionale Übergangsquote. Woran liegt das? – Daran, dass das Land Nordrhein-Westfalen systematisch einen unterproportionalen Anteil an Fachhochschulstudienplätzen hat. Die haben Sie nämlich nicht eingerichtet.

(Beifall von der CDU)

Im Gegenteil, Sie haben damals die Gesamthochschulen in Universitäten umgewandelt

(Zuruf von der SPD: Völliger Quatsch! – Zurufe von den GRÜNEN)

und haben den Zugangsweg von Fachhochschulzugangsberechtigten zu diesen Hochschulen dann auch noch beschnitten. Das haben Sie beschlossen, nicht wir.

(Beifall von der CDU)

Stattdessen hätten Sie damals Fachhochschulen ausbauen müssen. Das haben Sie versäumt. Das machen wir jetzt. Das ist der sozialste Weg überhaupt, vor allen Dingen, wenn wir es mit dualen Studienangeboten verbinden, was wir tun, weil wir dann in viel höherem Maße auch jungen Menschen, die begleitend zur Berufsausbildung und zum Beruf studieren wollen, ein Angebot machen können, was für sie viel attraktiver ist als das, was sie sonst von Ihnen angeboten bekommen haben.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Sie hören das nicht gerne. Ich verstehe das. Aber das ist eine zentrale Säule.

Wir werden also die vorhandenen und neuen Fachhochschulen massiv ausbauen und die Angebote so attraktiv gestalten, dass wir allen Begabungen und Talenten in unserem Land eine Chance eröffnen, hier studieren zu können.

(Beifall von der CDU)

Ich unterstreiche noch einmal: Wir machen das mit Hochdruck und wir machen das so, dass jede Schülerin und jeder Schüler, die bzw. der zum Abschlussjahrgang 2013 und fortfolgende gehören wird und studieren möchte, in Nordrhein-Westfalen auch studieren kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden es Ihnen in dieser Klarheit vortragen und wir werden Sie in die Verantwortung nehmen für das, was Sie vorher nicht getan haben, und in die Verantwortung nehmen auch für Ihre Gegenstimme gegen unseren Fachhochschulausbau – Sie haben alle dagegen gestimmt,

(Zuruf von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

auch Sie, Frau Seidl, Sie waren alle dagegen – und werden das auch nach draußen tragen, dass Sie das nicht wollten, wir es aber tun.

Und wir werden Sie auch kritisch befragen, wo denn Ihr Konzept ist. Ihr Vorschlag, dass wir mit den Beneluxländern etwas machen könnten, ist ein guter Vorschlag. Insofern befinden wir uns aber schon längst in vorbereitenden Überlegungen. Nur eines müssen Sie auch sehen: Das wird nicht hochschulpaktrelevant sein. Hochschulpaktmittel können wir nicht dafür zur Verfügung stellen, weil sie an Studienanfänger gebunden sind, die in Nordrhein-Westfalen registriert werden und nicht anderenorts. Also werden wir unsere Anstrengungen sehr zentral auf das ausrichten, was wir in Nordrhein-Westfalen tun können. Die Maßnahmen sind eingeleitet und wir verhandeln mit Hochdruck mit dem Bund.

Im Übrigen könnte sich die SPD-Fraktion freundlich an den Bundesfinanzminister wenden, damit, wie wir es beim Bildungsgipfel gesehen haben, die SPD im Bund, wenn es konkret wird, bereit ist, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir sind sehr gespannt, was von der Seite des Bundes zum Hochschulpakt tatsächlich kommt, wenn wir die Verhandlungen weiter führen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Sie können jedenfalls davon ausgehen – das ist mir wichtig, in einem abschließenden Satz erwähnt zu werden –: Die jungen Menschen und die Eltern in diesem Land – das ist für uns zentral – können sich darauf verlassen, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen eine Priorität für Nordrhein-Westfalen klar gesetzt haben: Bildung hat für uns Vorfahrt! – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Kollege Schultheis zu Wort gemeldet.

Karl Schultheis (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Das war ja ein bunter Strauß, der zu diesem Thema diskutiert worden ist; er würde manchen weiteren Plenardebattenpunkt füllen.

Zuerst möchte ich den Kollegen Lindner ansprechen. Herr Kollege Lindner, Ihr Fraktionsvorsitzender und auch der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion haben sich heute zu einem anderen Debattepunkt mächtig aufgeblasen, als es darum ging, die Demokratie vor ihren Feinden zu schützen, und anderen vorgeworfen, sie würden das nicht tun. Ich kann Ihnen nur sagen: Durch Ihre Art und Weise, wie Sie mit staatlichen Funktionen umgehen und sie bezeichnen, fügen Sie der Demokratie einen Schaden zu.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Ja, ich will das nur feststellen. Diese schnöselige Art mag wohl im liberalen Club gut ankommen. Aber wenn es dabei darum geht, die demokratischen

Institutionen, Parlament und Regierung, lächerlich und verächtlich zu machen, dann ist das der Demokratie nicht förderlich. Das tun Sie regelmäßig. Ich finde, das ist eine Unverschämtheit. Das sollten Sie ablegen, vor allen Dingen dann, wenn Sie in die Bundeshauptstadt abziehen wollen.

(Christian Lindner [FDP]: Geben Sie mir Kopfnoten?)

Ich halte das für eine Unverschämtheit. Ich hätte eigentlich auch erwartet, dass die Präsidentin so etwas rügt, wenn eine ehemalige Ministerin hier derart bezeichnet wird, wie Sie das eben getan haben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Beer?

Karl Schultheis (SPD): Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, bitte.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Kollege Schultheis, ich kann ja leider immer nur die Ausschussprotokolle der Sitzungen des Innovationsausschusses lesen. Deshalb frage ich Sie: Ist irgendwann in den Ausschusssitzungen schon dezidiert dargestellt worden, dass alle Studienplätze rechtzeitig zum Jahr 2013 bereitgestellt werden, wenn der doppelte Abiturjahrgang in die Hochschulen drängt?

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Nein!)

Ist dargestellt worden, wie das genau schrittweise entwickelt ist? Wann findet der erste Spatenstich für die neuen Fachhochschulen statt? Wann sind die Studienplätze dort verfügbar? Hat der Minister das im Ausschuss einmal dargestellt? Hier hat er ja nur Überschriften produziert. Können Sie mir darüber Auskunft geben?

Karl Schultheis (SPD): Frau Kollegin Beer, das kann ich leider nicht, weil die Informationen des Ministers – das trifft aber nicht nur für diesen Punkt zu, sondern auch für andere Punkte, zu denen wir Berichte anfordern – sehr unkonkret bleiben, wenn es kritisch werden könnte.

(Zuruf: Unverschämtheit! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ankündigungsminister! – Heike Gebhard [SPD]: Ankündigungsminister! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist das!)

Ich kann Ihnen nur sagen, dass der in diesem Zusammenhang ausgeschriebene Wettbewerb – es sind für diesen Ausbau ja praktisch alle Landesteile in Bewegung versetzt worden – noch nicht abge-

schlossen ist. Uns liegen die Wettbewerbsergebnisse noch nicht vor.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Bis Jahresende! Das habe ich doch hier gesagt!)

– Also bis Jahresende. Herr Minister, das ist unglaublich, dass Sie ...

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist alles nicht transparent! Alles Geheimniskrämerie! – Heike Gebhard [SPD]: Erst sollte es Sommer sein! Dann wurde es Herbst! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das baut sich ja nicht wie ein Einfamilienhäuschen!)

Der Wettbewerb ist noch nicht abgeschlossen.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Es ging doch um die Frage von Frau Kollegin Beer, ob es konkrete Hinweise gibt, wann es denn losgeht. Diese konkreten Hinweise gibt es eben noch nicht.

Wenn Sie neue Hochschulen bauen, wissen Sie doch genau, Herr Minister, dass zwischen der Entscheidung, etwas zu bauen, und der Inbetriebnahme eine recht lange Zeit vergehen wird.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das habe ich alles vorgetragen!)

Ich sage Ihnen, dass das weit über 2013 hinausgehen wird. Denn Sie müssen an den Hochschulstandorten Planungsrecht herstellen. Sie müssen auch die Gremien einrichten, die dann solche Hochschulen aufbauen.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das habe ich alles vorgetragen!)

Die Erfahrungen beim bisherigen Fachhochschulausbau haben gezeigt, dass man eine Vorlaufphase von vier Jahren braucht, bevor sich überhaupt der erste Student oder die erste Studentin einschreiben kann.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist das!)

Das ist so. Das ist auch nicht böse gemeint. Es ist einfach so.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Deswegen!)

Das braucht seine Zeit.

Weil wir gerade den Punkt ansprechen: Es ist einfach eine Unverschämtheit. Man kann sich ja mit der Regierungsverantwortung anderer Parteien auseinandersetzen. Aber Sie können hier doch nicht so tun, als ob in diesen 40 Jahren, in denen die FDP – ich sage das noch einmal – bis 1980 immer weidlich und gern mitregiert hat, nichts passiert sei.

(Christian Lindner [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

Die elf großen und mit die größten Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland sind in Nordrhein-Westfalen aufgebaut worden,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist das!)

unter SPD-geführten Regierungen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Topforschungsqualitäten!)

Die Fachhochschullandschaft ist immer wieder um neue Standorte erweitert worden, ob es Gelsenkirchen ist, ob es Bocholt ist, ob es Recklinghausen ist. Köln ist die größte Fachhochschule in Nordrhein-Westfalen. Aachen ist eine der größten. Münster ist eine der größten und forschungsstärksten Fachhochschulen. Die sind bereits aktiv.

Sie wissen selbst, dass die Rektorenkonferenz der Fachhochschulen gefordert hat, keine neuen Fachhochschulen einzurichten, sondern lieber den Bestand zu erweitern, weil man dann diese Vorlaufzeiten nicht braucht.

Sie brauchen diese neuen Standorte für Ihr Marketingkonzept für die nächsten Wahlen, aber nicht für die Studierenden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist es!)

Das ist es, worum es Ihnen hier geht.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ankündigung von heißer Luft!)

Herr Minister, wir haben ja eben wieder diese Zahlenspielchen gehört. Das kann man ja hin- und herrechnen, wie man will. Aber ich habe Ihnen schon bei einer anderen Debatte vorgeschlagen, doch einmal konkreter zu sagen, ob es um Studienplätze oder um Studienanfängerplätze geht. Denn wenn ich 10.000 Studienanfängerplätze für Fachhochschulen vorsehe, dann habe ich diese 10.000 Studienanfänger, die ich ja in Studienplätze umsetzen muss. Ich muss sie dann also zumindest durch sechs teilen, wenn es Studienplätze sind. Oder ich muss mit sechs multiplizieren, damit ich dann auch einen vollen Bachelor-Studiengang darstellen kann.

(Heike Gebhard [SPD]: Weil die sechs Semester da sind!)

– Ja. – Sind es jetzt 10.000 Anfängerplätze? Oder sind es 10.000 Studienplätze? Das könnten Sie ja einmal erläutern. Dann wäre es vielleicht etwas einfacher, diese Zahlen auf die Reihe zu bekommen.

Herr Minister, eine Garantieerklärung reicht nicht. Die Zahlen stehen im Raume. Die Bezugsgröße sind rund 80.000 Studienplätze im Jahr 2005. Danach wird abgerechnet. Sie haben erklärt: 26.000

und noch einige wenige mehr werden bis 2010 hinzukommen. Das ist der Hochschulpakt I. Für den Hochschulpakt II haben Sie schon weitere 160.000 Studienanfängerplätze deklariert. Ich wiederhole es: Studienanfängerplätze. Bitte überprüfen Sie das, ob das auch stimmig ist!

Wir sind der Meinung, dass das sicherlich nicht zu erreichen ist, zumindest nicht mit den Aktivitäten, die Sie hier entwickeln. Das muss ich hier leider sagen.

Und nun, was den Masterplan angeht: Sie haben keinen Masterplan vorgelegt. Sie betreiben hier eine Politik auf gut Glück nach dem Motto: Die Hochschulen werden es dann schon machen.

Es geht jedoch nicht nur um Quantitäten, sondern es geht auch um Qualitäten. Es geht um die Frage: Welche Fächergruppen sollen insbesondere aufgebaut werden, um junge Studierende zu gewinnen, gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel?

Meine Damen und Herren, mir bleibt jetzt leider keine Zeit mehr, aber es gäbe noch eine ganze Reihe von Punkten zu diskutieren.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wo ist ein Konzept für duale Ausbildung?)

Ich sage noch einmal – Frau Kollegin Seidl hat darauf hingewiesen –: Die Studiengebühren sind einer der Knackpunkte in diesem ganzen Konzept, wenn es darum geht, die Studienberechtigten tatsächlich auch als Studierende zu gewinnen. Das Zeichen in Hessen, dass 17 % mehr Studienberechtigte

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Legendenbildung!)

ein Studium aufgenommen haben, sollte Ihnen zeigen, dass Sie einen falschen Weg gehen.

Ich finde es ja ganz interessant, Herr Dr. Brinkmeier, dass Roland Koch, der sich jetzt auf den Weg machen will, doch Ministerpräsident zu bleiben, mittlerweile darauf verzichten will, Studiengebühren wieder einzuführen.

(Beifall von Prof. Dr. Gerd Bollermann und Heike Gebhard [SPD])

Das ist doch höchst interessant, meine Damen und Herren. Machen Sie es in diesem Fall dem Herrn Koch nach, in anderen Dingen nicht. -Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Lindner gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Schultheis, weil Sie hier so, wie Sie ja

sind, Kopfnoten verteilt haben, auch gerade für mich,

(Karl Schultheis [SPD]: Zu Recht!)

will ich schon auch einmal meine Perspektive darstellen. Eine flapsige Bemerkung hin oder her:

(Karl Schultheis [SPD]: Sie sind immer flapsig!)

Meinetwegen, aber darum geht es mir gar nicht.

Aber lieber Herr Schultheis, wenn Sie hier fragen, wer wie im Parlamentarismus agiert, und das problematisieren, dann muss ich Ihnen sagen: Ich bin allemal für eine lebendige Debatte zu haben, denn die gehört zum Parlamentarismus. Aber Parlamentarismus wird dann beschädigt, wenn man zum immer gleichen Thema mit immer wieder falschen Zahlen arbeitet.

(Beifall von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Wenn Sie es sagen, machen Sie es richtig!)

Wer sich nicht belehren lässt, wer Papiere nicht vernünftig vorbereitet, wer in der eigenen Rede schon die vorgelegte Antragsgrundlage korrigieren muss, der schadet eher dem Ansehen eines Parlaments als diejenigen,

(Karl Schultheis [SPD]: Was hat das mit Ihrer flapsigen Art zu tun?)

die in freier Rede – manchmal vielleicht etwas handfest und herzhaft – argumentieren. Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall von der FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das sind doch Nebelkerzen, Herr Kollege!)

– Das sind keine Nebelkerzen, Herr Kollege; Herr Schultheis, Ihr Kollege, hat seine Rede damit begonnen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ich habe die Rede gehört!)

Deshalb gestatten Sie mir, dass ich meine Entgegnung auch damit einleite.

Herr Schultheis, wir als Freie Demokraten sind auch stolz darauf, dass wir in den 1970er-Jahren in Nordrhein-Westfalen in einer sozialliberalen Koalition Verantwortung hatten. Die hat in Deutschland manches erreicht; die hat in Nordrhein-Westfalen viel erreicht.

(Beifall von der SPD)

Wir sind durchaus stolz, dass wir mitwirken konnten, in Nordrhein-Westfalen neue Hochschulen zu gründen.

(Karl Schultheis [SPD]: Ja?)

Aber wir haben auch gelernt und können heute bilanzieren, dass wir in den 1970er-Jahren beim

Aufbau der Hochschullandschaft zu oft auf Quantität und zu selten auf Qualität gesetzt haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben daraus gelernt – möglicherweise anders als Sie –,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Kennen Sie eigentlich den Prozess der Hochschulreform und solche Dinge?)

dass wir uns nicht ausschließlich auf die Buchwissenschaften konzentrieren dürfen. Denn in den 1970er-Jahren sind doch – wenn wir uns ehrlich prüfen – Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Mathematik/Informatik, also auch Wachstumstreiber, vernachlässigt worden.

(Beifall von FDP und CDU)

Niemand hat das übrigens so klar ins Gedächtnis gerufen wie Helmut Schmidt, der noch als Bundeskanzler erklärt hat:

Wir haben zu viele Soziologen und Politologen.

Und – so will ich es einmal sinngemäß weiter zitieren –: Die Leute sollen etwas Anständiges studieren.

Wir haben daraus gelernt, ziehen Konsequenzen und sagen: Wir wollen natürlich auch Buchwissenschaften – Sozialwissenschaften, Geisteswissenschaften –, aber wir sehen auch die Notwendigkeit, insbesondere im naturwissenschaftlichen, technischen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich etwas zu tun.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christian Lindner (FDP): Nein, ich will meinen Beitrag nicht verlängern.

Vizepräsident Oliver Keymis: Wollen Sie nicht. Okay.

Christian Lindner (FDP): Wir haben uns vorhin herzlich ausgetauscht; irgendwann ist auch mal Schluss.

Wir wollen das Ganze qualitativ gestalten. Das ist jetzt der Unterschied zu Hessen.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, Frau Dr. Seidl. Lassen Sie es uns im Ausschuss bereden. – Minister Pinkwart hat dargelegt, dass in Hessen durch die Abschaffung der Studiengebühren die Kapazitäten dort ausgeweitet werden müssen, und das geht zulasten der Qualität. Das beruht auf der Kapazitätsverordnung. Wir haben das hier schon an verschiedenen Stellen diskutiert.

(Karl Schultheis [SPD]: Auch wir haben die Kapazitätsverordnung!)

Deshalb sagen wir Ja zu diesem Wettbewerb mit Hessen. Wer in Nordrhein-Westfalen studiert: Verdammt noch mal, der bezahlt etwas dafür! Aber es ist ein vernünftiges Studium. Ihr SPD-Bildungspolitischer Vordenker Peter Glotz hat mal gesagt:

Besser eine gute Ausbildung gegen eine mäßige Gebühr als

– leider wörtlich –

ein beschissenes Studium umsonst.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Dem Wettbewerb stellen wir uns im Geiste von Peter Glotz, Ihrem SPD-Bildungsvordenker.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Können Sie das zum Teil nachweisen?)

In Hessen – das müssen wir doch auch einmal erwähnen – haben Sie auf Druck der Linkspartei, die Sie für dieses Gesetz gebraucht haben, dafür gesorgt, dass man in Hessen jetzt studieren kann, ohne dass ein Leistungsnachweis vorgelegt werden muss. Das heißt: All diejenigen, die sich immatrikulieren wollen, weil sie die Zeitung billiger abonnieren, ein Ticket für den öffentlichen Personennahverkehr erwerben und günstiger krankenversichert sein wollen, können jetzt in Hessen studieren und müssen keinen einzigen Leistungsnachweis vorlegen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das haben Sie – übrigens gegen Ihren Willen; SPD und Grüne wollten das ursprünglich nicht – auf Druck der Linkspartei beschlossen.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Das ist Ihre Hochschulpolitik in Hessen. Den Wettbewerb scheuen wir nicht. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Dr. Pinkwart zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganz herzlichen Dank, dass ich noch drei Punkte kurz ansprechen darf.

Zum einen möchte ich mich bei der Kollegin Schäfer entschuldigen, die jetzt leider schon den Saal verlassen hat. Ich hatte sie falsch angesprochen. Es lag eine Namensverwechslung vor. Das bitte ich mir nachzusehen.

Zweitens. Sie, Frau Beer, hatten angesprochen, ob im Ausschuss Nachricht gegeben worden ist. Wir können Ihnen das gerne noch einmal zuleiten.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wann ist der Spatenstich?)

Natürlich haben wir über den Fachhochschulausbau umfassend diskutiert, und ich habe auch dargelegt, wie wir den Aufbau so vollziehen werden, dass, bevor die Neubauten stehen, der Studienbetrieb natürlich schon beginnen kann.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Auf der Wiese?)

Deshalb sind alle Wettbewerbsbeiträge auch gehalten, parallel Vorsorge dafür zu treffen, dass Interimsliegenschaften bereitstehen, damit wir im kommenden Jahr, wenn die Entscheidungen bis zum Jahresende getroffen sind, auch wirklich mit dem Ausbau beginnen können. Wir arbeiten also in hohem Maße zügig, dass wir rechtzeitig vor Ort präsent sind.

Drittens. Herr Schultheis, Sie hatten das Thema Anzahl der Studienplätze angesprochen. Auch das haben wir wiederholt darlegen dürfen. Es handelt sich bei den Fachhochschulausbauplänen um 10.000 Studienplätze, die dauerhaft zur Verfügung stehen, plus 1.000 an der Gesundheitsfachhochschule. Das führt im nächsten Jahrzehnt zu 25.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen. Die Zahlen sind Ihnen bekannt, ich wollte sie jedoch, weil Sie es infrage gestellt haben, noch einmal ausdrücklich bestätigen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Ende der Beratung zu Tagesordnungspunkt 6.

Die Abstimmung steht bevor. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/7827** einschließlich des **Entschließungsantrags Drucksache 14/7889** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem so zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist einstimmig so entschieden worden.

Wir kommen zu:

7 Ehrenamtlichen Naturschutz stärken – Innovationen nachhaltig nutzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7825

Hierzu eröffne ich jetzt gerne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Pick das Wort.

Clemens Pick¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalitionsfraktionen haben einen Antrag vorgelegt, mit dem ehrenamtlicher Naturschutz gestärkt werden soll. Die Innovationen, die dort möglich sind, sollen nachhaltig genutzt werden. Alle Fraktionen sind sich wohl darin einig, dass Naturschutz eine sehr hohe Bedeutung in unserem Land und in der gesamten Welt hat. Von daher braucht Naturschutz in erster Linie engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben unseren Antrag eingebracht, um den ehrenamtlichen Einsatz, der heute schon vielfach da ist, zu verstärken und mit bescheidenen Mitteln gezielt zu fördern.

Wir wissen alle um die Problematik des Naturschutzes und dass auf dieser Welt jede Minute Arten aussterben. Wir sind alle bemüht, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, dass die Natur intakt und in Ordnung bleibt.

Das kann sie aber nur, wenn wir uns nicht – wie das oftmals gefordert wird – nur mit einzelnen Kreaturen, Pflanzen oder Biotopen auseinandersetzen, sondern indem wir uns vor allen Dingen dafür einsetzen, dass Menschen in die Naturschutzprogramme und die Naturschutzarbeit sehr stark eingebunden werden.

Deswegen sind wir auf das weitere Engagement der Bürgerinnen und Bürger, vor allen Dingen vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Dörfern, angewiesen, um dort noch mehr Arbeit leisten zu können. Wir wollen, dass diese Bürgerinnen und Bürger durch die Anerkennung nachhaltig dazu motiviert werden, Naturschutz zu betreiben.

An vielen Beispielen in der Vergangenheit, in denen Bürgerinnen und Bürger aufgerufen und sich selber in große Projekte und Programme eingebracht haben, wird das deutlich. Beispielsweise wird jetzt ein Bürgernationalpark auf den Weg gebracht. Das macht deutlich, wie sich Bürgerinnen und Bürger für Umwelt einsetzen und auch in Zukunft einbringen werden.

Wichtig ist es, dass in allen Altersstufen Engagement erreicht wird und sich die dieserart Freizeitbetätigungen von Bürgerinnen und Bürgern nicht auf bestimmte Lebensabschnitte reduzieren, sondern eine kontinuierliche Naturschutzarbeit mit Ehrenamtlichen geleistet wird, und dies auch von Jugend an.

Wir erfahren heute schon in vielen Bereichen, dass Bildungsarbeit mit jungen Menschen im Kindergarten beginnt, sich in der Schulzeit fortsetzt, sich Schülerinnen und Schüler für Programme interessieren. Ein Beispiel ist etwa der große Zulauf zu den

Waldjugendspielen, der jedes Jahr deutlich macht, wie gerne sich junge Menschen engagieren.

Dieses Engagement muss nachhaltig weiter gefördert werden. Deswegen sollten entsprechende Möglichkeiten der Darstellung von Naturschutzarbeit geschaffen werden.

Sie kennen es von anderen Feldern, etwa aus dem Sport. Dort gibt es die Bundesjugendspiele. Sie kennen den Preis „Jugend musiziert“. Man kann sich vorstellen, dass es einen Preis „Jugend schützt Natur“ gibt, mit dem die – zum Teil einzigartigen – Aufgaben, die sich die jungen und älteren Menschen gestellt haben, und die Aktivitäten, die dahinter stehen, deutlich gemacht werden.

Die Vertragsstaatenkonferenz in Bonn im Mai hat es gezeigt: Wir als Land Nordrhein-Westfalen stehen mit unseren vielfältigen Aktivitäten nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt weit vorne. Diese Position muss gefestigt und ausgebaut werden. Das kann man nicht alles mit bezahltem Naturschutz und Berufsnaturschützern leisten, sondern dazu brauchen wir das ehrenamtliche Engagement, das dringend erforderlich ist.

(Beifall von Marie-Luise Fasse [CDU])

Deswegen genügt es auch nicht, diejenigen, die diese wertvolle Arbeit leisten, einmal zu loben oder ihnen auf die Schultern zu klopfen, sondern es soll dauerhafte Ehrungen und Anerkennung durch Politik und Gesellschaft geben, damit ein Ansporn gesetzt wird, in vielfältiger Weise im Naturschutz tätig zu werden.

Wir bitten die Landesregierung, dazu ein Verfahren in Gang zu setzen und uns Vorschläge zu unterbreiten, damit Naturschutz zukünftig noch mehr Spaß macht als jetzt und sich noch mehr Bürgerinnen und Bürger – vor allen Dingen junge Menschen – diesen Aufgaben stellen. Ich kann mir vorstellen, dass alle Fraktionen dieses Hauses diesem guten Antrag zustimmen werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Pick. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem letzten Wunsch des Kollegen Pick kann ich nur zustimmen. Ich bin fast sicher: Ein solch sachlich fundierter und offensiv gestalteter Antrag wird sicherlich auch in diesem Parlament auf breite Zustimmung stoßen. Wer sich dem verschließen will, der meint es mit dem Naturschutz und dem Ehrenamt nicht ernst. Ich bin sicher, dass wir diesen Antrag hier so beschließen können.

Meine Damen und Herren, kommen wir auf den Inhalt des Antrags zurück: Der Erhalt des genetischen Reproduktionspotenzials – auch das wird hier sicherlich Gemeinsamkeit sein – ist ein hohes politisches Ziel. Aufgrund des natürlichen Wandels des Klimas werden Arten kommen, Arten werden gehen. Der Erhalt wird nicht hundertprozentig gelingen. Aber das Ziel ist erkannt. An der Erreichung dieses Ziels arbeiten wir sicherlich gemeinsam, wenn auch manchmal auf unterschiedlichen Wegen.

Kollege Pick sprach es bereits an: Wir hatten im Frühjahr diesen Jahres die Biodiversitätskonferenz bei uns in Bonn. Wir waren ein guter Gastgeber. Die zahlreichen Exkursionen haben vielen Leuten klargemacht, dass wir selbst in einem so hoch verdichteten Land wie Nordrhein-Westfalen Naturschutz mit Augenmaß und erfolgreich betreiben können.

Ich rufe es einfach nur einmal in Erinnerung: In der Bundesrepublik Deutschland beträgt die durchschnittliche Bevölkerungsdichte 225 Einwohner je Quadratkilometer. In Nordrhein-Westfalen sind es durchschnittlich 500 Menschen pro Quadratkilometer. Alleine hier, im Regierungsbezirk Düsseldorf, sind es mehr als 1.000 Einwohner je Quadratkilometer. Dennoch ist es möglich, selbst in diesem hoch verdichteten Land Naturschutzprojekte mit dem Oberziel auszuweisen, das genetische Reproduktionspotenzial und die Artenvielfalt zu erhalten. Dabei haben wir recht gute Fortschritte gemacht.

In diesem Sinne halte ich es eigentlich auch für eine kleinliche Diskussion, wenn gerade bei einem Projekt, für das es viel Für und Wider gibt, dem Naturpark Siebengebirge, über den viel diskutiert wird und zu dem die Landesregierung deutlich gesagt hat, sie werde das Projekt nur durchführen, wenn es vor Ort akzeptiert und gewünscht ist, damit verbundene Verkehrsprobleme, Wanderwegprobleme gelöst werden können, von interessierter Seite kleinkrämerisch gemäkelt wird, hier fehlten ein paar Quadratkilometer, dort ein paar Quadratkilometer.

Wir sind eben nicht in der Wüste Atacama, sondern wir befinden uns in einem hoch verdichteten Land. Deswegen ist es gut, wenn wir auch in diesem hoch verdichteten Land deutlich machen können, dass auch wir es mit dem Naturschutz ernst meinen. Das muss man einfach gesamtpolitisch beleuchten. Wenn es dann in der Diskussion darum geht, ob 5 oder 50 Quadratkilometer fehlen, halte ich das nicht für angemessen.

Das Ehrenamt ist der Kitt der Gesellschaft, und wir wollen dieses Ehrenamt stärken. Es geht nicht an, dass man das Ehrenamt mit irgendwelchen Brosamen abfüttert und grundsätzlich verlangt, dass alles umsonst gemacht wird. Dieses Ehrenamt darf man nicht ausnutzen für Arbeiten, die normalerweise gemacht werden müssen und wie selbstverständlich auf das Ehrenamt übergewälzt werden.

Denn das sind die Leute, die hier um der Sache selbst willen arbeiten, aus Überzeugung und mit viel Herzblut. Gerade, wenn es an die Jugendlichen herangeht, ist es immer noch sinnvoller, da etwas zu tun, als sich anderen Freizeitbeschäftigungen hinzugeben, die dann vielleicht ausgesprochen problematisch werden können.

Wir haben von Rot-Grün einen immensen Schuldenberg übernommen. Vieles, was wir machen wollen, können wir nicht machen, weil wir Schulden abzahlen müssen, weil wir die Nettokreditaufnahme verringern müssen. Wir können aber eine gesamtgesellschaftliche Anerkennung gewähren. Das schließt sich nahtlos an das an, was Herr Kollege Pick gesagt hat: Wir müssen diesen Leute, die sich hier im besonderen Maße gerade für Natur- und Umweltschutz engagieren, eine gesellschaftliche Reputation verleihen.

Deswegen wollen wir besonders interessante, besonders pfiffige, besonders erfolgreiche Projekte in den Fokus der Öffentlichkeit stellen, indem wir sagen: Hierfür werden wir einen Preis vergeben. – Das halte ich für eine ganz vernünftige Sache. Ich bin sicher, für unseren Antrag, Kollege Pick, werden wir hier breite Zustimmung finden. Er ist so offen und ohne Vorwürfe formuliert, dass man ihm so, wie er da ist, zustimmen kann. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir hier eine gute Beratung haben werden.

Die Landesregierung wäre gut beraten, dem Antrag gerne zu folgen und zu sagen, wir werden die entsprechenden organisatorischen Vorbereitungen dazu treffen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Karthaus.

Dr. Gero Karthaus (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn sich in diesen Zeiten zwei Minister auf den Fluren des Landtags begegnen, heißt es nicht mehr: Wie geht's? Was macht die Familie?, oder ähnlicher Small Talk. Nein, der heutige übliche Gruß im Kabinett lautet: Heute schon einen Preis vergeben?

Meine Damen und Herren, früher gab es einmal eine mäßig erfolgreiche TV-Show mit dem Titel „Der Preis ist heiß“. Anscheinend ein ideales Motto für die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung, wenn man sieht, welche drastische Zunahme an Preisen und Auszeichnungen in den letzten drei Jahren zu verzeichnen ist. Damit die Preisverleiher dieser Regierung auf Hochtouren bleiben, steht nun die nächste Auszeichnung an. Diesmal geht es um den ehrenamtlichen Naturschutz, für den nun eine Grundlage für eine formale Belobigung geschaffen werden soll.

Dabei blende ich zunächst einmal aus, dass der im Antrag genannte Adressatenkreis unter anderem Ehrenamt und Hauptamt kräftig durcheinanderwürfelt.

Zurück zum Ziel des Antrages: Es wäre ja wirklich schön, wenn solch ein symbolischer Akt und das tatsächliche politische Handeln zusammenpassen würden. Aber leider passt hier gar nichts. Naturschützer loben und Naturschutz machen sind halt unterschiedliche Angelegenheiten. Da gerät ein Naturschutzpreis schnell zum Placebo, der vom eigenen Versagen ablenkt. Glauben Sie denn wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, der ehrenamtliche Naturschutz hätte die eklatanten naturschutzpolitischen Versäumnisse und Rückschritte dieser Regierung nicht registriert?

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Oft genug hat es Nackenschläge und Fußtritte für die Naturschützer gegeben. Sie reichen vom Abbau gesetzlicher Standards, der Kappung von Mitwirkungsrechten – Herr Kollege Ellerbrock –, der drastischen Kürzung finanzieller Mittel der Umweltbildung über den Ausverkauf ökologisch wertvoller Landeswaldflächen und der Flächenreduzierung von Vogelschutzgebieten mit europäischer Bedeutung am Niederrhein bis hin zu Initiativen zur Schwächung des EU-Naturschutzrechts.

Wenn Sie wenigstens ein kleines bisschen Durchblick hätten, dann wüssten Sie, dass in unserem Land im ehrenamtlichen Naturschutz eine vernünftige, die Probleme anpackende und das Ehrenamt unterstützende Naturschutzpolitik viel wichtiger wäre als wohlklingende Worte auf Preisverleihungen.

Wissen Sie, was der Bund für Umwelt- und Naturschutz Nordrhein-Westfalen zu diesem Naturschutzpreis meint? Ich will es Ihnen gerne sagen und zitieren:

Richtig ist, dass der ehrenamtliche Naturschutz eine herausragende Rolle spielt und deshalb unterstützt werden muss. Leider praktiziert die Landesregierung aber zum Beispiel durch die Kappung von Mitwirkungs- und Klagerechten genau das Gegenteil. Die Liste der naturschutzpolitischen Versäumnisse dieser Regierung ist lang. Das lässt sich auch durch einen Preis nicht kaschieren.

So die Aussage des BUND. – Meine Damen und Herren, kräftiger kann eine schallende Ohrfeige nicht ausfallen. Das ist so deutlich, dass ich mir hierzu weitere Kommentare erspare. Mir bleibt nur der Appell: Setzen Sie nicht auf hohle Symbole, sondern würdigen Sie die Arbeit der ehrenamtlichen Naturschützer durch die Gewährleistung dafür geeigneter und guter Rahmenbedingungen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock?

Dr. Gero Karthaus (SPD): Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön. Bitte schön, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock^{*)} (FDP): Herr Kollege Karthaus, um ein Koreferat zu vermeiden, folgende Frage: Wie kann es sein, dass Ihre Partei die Bundesnaturschutzregelung hoch lobt, und, wenn diese Bundesnaturschutzregelung hinsichtlich der Mitbestimmungsrechte von Verbänden in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird, dieses ein Werk des Teufels sein soll? In Berlin loben und das Gleiche in Nordrhein-Westfalen verteufeln – für mich passt das nicht zusammen. Können Sie mir das bitte erklären?

Dr. Gero Karthaus (SPD): Herr Kollege, es wäre ja schön, wenn die Berliner Regelungen hier allesamt beachtet würden. Sie haben hier ganz klare starke Einschnitte, die darüber hinausgehen, vollzogen. Die bewährte Praxis in Nordrhein-Westfalen, die nicht zur Verzögerung geführt hat, was oft angemerkt wurde, haben Sie geändert. Sie haben den Naturschutzverbänden diese Mitwirkungsrechte genommen.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Fragen Sie einmal, wie das auf die Naturschützer wirkt. Sie hätten lieber das wieder zurück als neue Preise.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wie in Berlin!)

Meine Damen und Herren, es wäre alles andere als gut, wenn wir demnächst in den einschlägigen Lexika unter dem Begriff Preisinflation nicht nachlesen könnten erstens „volkswirtschaftlicher Begriff“, sondern zweitens „ein Phänomen in der 14. Legislaturperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen, das sich durch immense Ausweitung der Anlässe für Preisverleihung auf politischen Handlungsfeldern auszeichnete, während gleichzeitig das Handeln von Regierung und Mehrheitsfraktionen den Intentionen der Preise nicht immer entsprach“. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Karthaus. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Kollege Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was soll man zu einem solchen Antrag sagen?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Loben! – Minister Eckhard Uhlenberg: Zustimmung!)

– Herr Ellerbrock, würde man den Antrag einfach so lesen, ohne die Politik im Land zu kennen, könnte man meinen: Wenn es ein Antrag unter vielen im Rahmen einer Haushaltsdebatte ist, kann man auch an dieser Stelle noch einen Wettbewerb einrichten. Sei's drum, machen wir das.

Sie haben ihn aber nicht als einen Haushaltsantrag unter vielen im Ausschuss eingebracht; Sie haben überhaupt keine Haushaltsanträge gestellt, weil Sie in Ihrer Fraktion nichts zu melden haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von Holger Ellerbrock [FDP])

Sie messen diesem Antrag mit der Beratung in einer Plenarsitzung eine Bedeutung zu, dass man sich ernsthaft fragen muss: Warum tun Sie das denn? Wenn es sozusagen Business as usual wäre, könnte man ihn mitlaufen lassen. Nein, er ist einer Ihrer wesentlichen Forderungen im Naturschutz.

(Widerspruch von Holger Ellerbrock [FDP])

Es ist schon zynisch und heuchlerisch, wie Sie sich hier hinstellen, ohne die Politik der letzten drei Jahre Revue passieren zu lassen. Sie hauen den Naturschutzverbänden, dem ehrenamtlichen und dem amtlichen Naturschutz die Beine weg und bezwecken mit dem Antrag, jetzt noch einen Orden dranzukleben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe nichts gegen Preise; aber machen Sie zuerst ordentliche Naturschutzpolitik. Dann können Sie auch wieder Preise verleihen.

In der Tat haben nicht nur wir gesagt, dass die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung schlechte Gastgeber bei der Biodiversitätskonferenz gewesen sind.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Kein Mensch!)

– Das haben viele gesagt, die sich die Naturschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen angeschaut haben.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Nennen Sie mir ein Beispiel!)

– Lassen Sie uns das gemeinsam durchgehen.

Die Naturschutzverbände haben öffentlich erklärt, es gibt in der Novellierung des Landschaftsgesetzes, die Sie auf den Weg gebracht haben, keinen einzigen Punkt, der für den Naturschutz positiv gewesen ist. Alle Veränderungen sind zulasten der Naturschutzverbände und zulasten des Naturschutzes gegangen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das stimmt doch nicht!)

Schauen Sie sich die praktische Politik an: Wir hatten nach Kyrill die Chance, beim Naturschutz im Wald einen großen Schritt zu gehen. Was ist daraus geworden? Nichts ist passiert; die Chance ist verpasst.

Was ist mit dem Waldverkauf? Das ist nach wie vor ein Thema.

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

Sie wollen in diesem Land großflächig Wald verkaufen,

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

anstatt ihn zu einem Hort des Naturschutzes auszubauen. Oder nehmen wir das Stichwort „Biologische Stationen“: Sie sind an die Wurzeln des ehrenamtlichen Naturschutzes gegangen.

(Heiterkeit bei Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] – Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Sie haben landesweit Verunsicherung betrieben, statt dieses ehrenamtliche Engagement zu fördern.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Schluss mit Windkraft im Wald! – Heiterkeit bei Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

– Herr Ellerbrock, zu Ihnen komme ich auch noch.

In einer bemerkenswerten Offenheit sagen Sie unter dem Tagesordnungspunkt Naturschutz und Biodiversität: Arten kommen, und Arten gehen. – Das zeigt genau, wessen Kind die heutige Debatte ist und welche Gedanken diesem Antrag zugrunde liegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es kommen keine Arten, zurzeit gehen nur Arten. Wir haben einen massiven Artenverlust. Das ist doch eine heuchlerische Verballhornung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ellerbrock?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Immer sehr gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schon, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock^{*)} (FDP): Herr Kollege Rimmel, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass unter naturwissenschaftlichen Gesichtspunkten völlig unstrittig ist, dass das sich täglich ändernde Klima und die sich täglich ändernden Wetterlagen Auswirkungen auf die Artenvielfalt haben und es im

Laufe der Geschichte – der Fachmann nennt das Entwicklungsgeschichte der Erde, Geologie – völlig natürlich ist, dass sich die Lebensarten anpassen müssen? Wären Sie bereit, das vor dem Hintergrund meiner eben gemachten Aussagen zu berücksichtigen?

Johannes Rimmel (GRÜNE): In solchen Debatten schlagen Sie offensichtlich immer in Biologielehrbüchern der vergangenen Jahrhunderte nach. Wir haben es mit einer aktuellen Situation zu tun. Alle Expertinnen und Experten und auch der Minister werden Ihnen das beschreiben; wir haben einen Umweltbericht, in dem dargelegt worden ist: Es gibt durch den menschlich verursachten Klimawandel einen massiven Artenverlust. Flächen stehen massiv nicht mehr zur Verfügung. Alleine, dass Sie das bestreiten, zeigt schon, dass Ihre Politik aufgrund solcher Erkenntnisse nicht funktionieren kann.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Sie wollen weiße Salbe über eine schlechte Politik schmieren. Ich fordere Sie auf, erst einmal bessere Politik zu machen. Dann können wir auch wieder über Preise reden. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gerade ist schon darauf hingewiesen worden, dass unser Land in diesem Jahr Gastgeber der 9. UN-Naturschutzkonferenz zur Erhaltung der biologischen Vielfalt war. Nordrhein-Westfalen und der Bund waren gute Gastgeber. Die Menschen haben sich in Bonn wohlfühlt.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich war bei vielen Veranstaltungen anwesend. Es herrschte nicht nur ein gutes Klima, es wurde nicht nur gut diskutiert, sondern wir haben auch die nordrhein-westfälischen Erfolge in der Naturschutzpolitik in Bonn sehr gut präsentieren können. Viele unserer Maßnahmen und Projekte im Naturschutz sind dort vorgestellt und von den Teilnehmern gewürdigt worden.

Natürlich ist es so, dass bedauerlicherweise Arten verschwinden. Wir müssen uns darum bemühen, dies zu begrenzen. Aber mit Ihrem permanenten Lamento, dass alles schlechter wird, werden Sie gerade den Menschen nicht gerecht, die sich ehrenamtlich im Naturschutz gemeinsam mit der Landesregierung engagieren. So haben wir beispielsweise den Weißstorch und den Uhu wieder in Nord-

rhein-Westfalen, der Lachs ist wieder im Rhein, und auch der Maifisch ist ausgesetzt worden und nun wieder vorhanden.

Es gibt Erfolge bei der Artenvielfalt, aber immer wieder auch Niederlagen. Die Aufgabe der Landesregierung besteht darin, die Niederlagen vor dem Hintergrund des Klimawandels in Grenzen zu halten und die Fortschritte der vergangenen Zeit in den nächsten Jahren auszubauen.

(Beifall von der CDU)

Wir sind uns darüber einig, dass die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und damit auch der Artenvielfalt ein zentrales Anliegen unserer Politik sein muss.

Ich möchte nun einige Anmerkungen zum Vertragsnaturschutz machen. Im Moment diskutieren wir, die Hektarvergütung wieder anzuheben, damit wir genügend Flächen für den Vertragsnaturschutz haben. Durch die Gewässerrenaturierung im Zuge der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, durch vielfältige Projekte und durch naturschutzbezogene Öffentlichkeitsarbeit sind wir sehr engagiert.

So hat die Landesregierung bereits zahlreiche Aktionen und Aktivitäten durchgeführt, um das öffentliche Bewusstsein für den Wert der biologischen Vielfalt weiter zu stärken. Hierzu gehört die bereits im November 2007 unterzeichnete Countdown-2010-Deklaration, durch die wir uns unter dem Motto „Mensch, Natur, Heimat“ mit Partnern zu inzwischen 75 Maßnahmen für den Erhalt und die Entwicklung der biologischen Vielfalt verpflichtet haben.

Auf den bisherigen Erfolgen können und wollen wir uns nicht ausruhen. Neben den Anstrengungen des Landes und der Kommunen möchten wir vor allem die ehrenamtlichen Tätigkeiten noch mehr als bisher würdigen und unterstützen. Als positive Beispiele möchte ich die Aktivitäten der Natur- und Umweltverbände, der Jäger, der Anglerschaft, der Land- und Forstwirtschaft, zahlreicher Heimatvereine und Stiftungen nennen. Dabei ist insbesondere die Arbeit der Biologischen Stationen hervorzuheben, deren Netzwerk vor allem unsere Natura-2000-Gebiete betreut.

Die Fraktionen von CDU und FDP haben zutreffend in ihrem Antrag dargestellt, dass an vielen Stellen unseres Landes Bürgerinnen und Bürger unbürokratisch mit viel Fantasie und Muskelkraft tätig werden, ohne dass wir in der Öffentlichkeit groß Notiz davon nehmen. Zwar unterstützt das Land bereits aktuell zahlreiche Aktivitäten von Vereinen und Organisationen – es fördert sie oftmals auch finanziell –, dennoch besteht ein Potenzial an Ideen und Kreativität, das wir ausschöpfen möchten.

Gleichzeitig wollen wir darüber hinaus Leistungen fördern, die bisher im Hintergrund standen. Der Antrag der Regierungsfractionen zur Schaffung eines Preises für ehrenamtlichen Naturschutz wird

daher von meinem Haus gern unterstützt. Wir werden dazu ein Konzept entwickeln und Auswahlkriterien zur Preisvergabe erarbeiten. Ich hoffe, dass dieser Vorschlag zur Schaffung eines Preises für innovative Ideen und Projekte im ehrenamtlichen Bereich des Naturschutzes in diesem Haus eine breite Basis findet. Es wäre auch für die Opposition eine große Chance, einem solchen Antrag zuzustimmen und sich nicht zu verweigern.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, was spricht für einen Preis im Bereich des Naturschutzes, wo Subsidiarität und das Ehrenamt eine große Rolle spielen? Das Ehrenamt bildet das Rückgrat des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen. Deswegen war es gut, dass wir mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen die finanziellen Mittel für das Ehrenamt in diesem Haushaltsjahr erhöhen und insbesondere junge Menschen verstärkt finanziell unterstützen konnten, die sich im Naturschutz engagieren.

Peinlich war, dass Sie gerade wieder das alte Lamento zur Novellierung des Landschaftsgesetzes aufgeführt haben. Denn dabei hat es einen vernünftigen Bürokratieabbau gegeben. Diese Novellierung hat sich in der Praxis bewährt. Wir haben die Biologischen Stationen in Nordrhein-Westfalen bis 2010 auf eine klare und verlässliche Grundlage gestellt. Wir haben das Vogelschutzgebiet Niederrhein auf den Weg gebracht und einen Kompromiss mit der Europäischen Kommission in Brüssel geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir führen einen guten und kritischen Dialog mit den Naturschutzverbänden in Nordrhein-Westfalen. Selbstverständlich gibt es dabei auch Meinungsverschiedenheiten. Natürlich fordern die Naturschutzverbände auch mehr Geld. Aber ich bin sehr froh, dass wir diese wesentlichen Fragen der Naturschutzpolitik finanziert haben. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg.

Da die Grünen nur noch eine Fundamentalopposition betreiben, fällt mir eine Überschrift aus der heutigen Ausgabe der „Zeit“ ein, die ich gerade in der Presseschau gelesen habe: „Klimawandel, erneuerbare Energien, Effizienz – nie waren grüne Themen wichtiger als heute. Und nie wirkten die Grünen so entbehrlich.“

Meine Damen und Herren, das schreibt die „Zeit“ und nicht die „Welt“ oder die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, und das ist durch Ihren Beitrag wieder deutlich geworden.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

Diese Landesregierung steht für eine aktive Natur- und Umweltschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Ich sehe keine weiteren

Wortmeldungen. Wir sind damit am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** der **Antrags Drucksache 14/7825** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu:

8 Zukunftsaufgaben jetzt angehen: Gemeinschaftsschulen sofort ermöglichen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7789

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Uhlenberg, ich freue mich, nach Ihnen zu sprechen, weil ich Ihnen zeigen kann, wie nötig die Grünen sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Bildungspolitik gebraucht werden. Sie haben die „Zeit“ und ich habe die „taz“ dabei, die heute titelt: „Staat gibt Hauptschüler auf“. – Diese Titelzeile ist sehr interessant und passt hervorragend zu unserem Antrag.

Zukunft muss jetzt beginnen! Die Diskussion darüber war niemals drängender. Die Zahlen liegen auf dem Tisch. Die KMK hat eine Vorlage erstellt. Ich bitte die zuständige Ministerin, Frau Sommer, Stellung zu nehmen, ob die Aussetzung der Bildungsstandards für die Hauptschulen richtig ist. Werden sie endgültig vom Referenzrahmen abgekoppelt, der für die Qualität der Bildungsabschlüsse maßgeblich ist?

Wir haben schon vernommen, dass Sie der Hauptschule ein neues Profil geben wollen. Man könnte sie dann auch „Förderschulen für Berufserfahrung“ nennen, denn Sie machen sie zu neuen Förderschulen. Sie sondern weiter aus und beschneiden damit die Chancen von Kindern in diesem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ihre Politik besteht darin, Kinder abzuhängen und auszusondern. Sie schaffen einen neuen Typus der Sonderschule. Schulforscher haben sich bereits dazu geäußert, dass Hauptschulen von den Lernstandserhebungen bis 2012 ausgenommen werden und die Bildungsstandards nicht mehr erfüllen müssen. Ich zitiere dazu wiederum aus der „taz“:

Das bedeutet, den Hauptschulen den Stempel einer Sonderschule aufzudrücken und sie wie die Sonderschulen aus Pisa sowie anderen Leistungsstudien vom allgemeinbildenden Schulwesen abzukoppeln.

Das ist die Ausgangslage. Sie haben uns gestern erklärt, dass es in einer einzügigen Hauptschule so gut möglich sei, die Qualität zu erhalten, alle Abschlüsse zu machen. Hiermit führen Sie sich selbst ad absurdum. Wir brauchen in keiner anderen Weise wie zuvor jetzt endlich die Freigabe. Wir brauchen Gemeinschaftsschulen und mehr Gesamtschulen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das muss heute beginnen. Wir können nicht darauf warten, dass die FDP irgendwann erkennt, dass der demografische Wandel einsetzt und sich in Regionen Notwendigkeiten ergeben. Nein, wir brauchen das jetzt für die Zukunftschancen der Kinder in diesem Land!

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

– Herr Witzel lacht. Das ist ja auch die Partei mit der Spiel-nicht-mit-den-Schmuddelkindern-Philosophie. Das ist ganz deutlich. Ihre Beschlüsse zum Gymnasium, nämlich „Gymnasien absetzen“, „Wir bleiben unter uns“, also Gymnasium fördern und der Rest kann in eine andere Schulform gehen, machen deutlich, dass Sie die Partei der sozialen Spaltung und nicht die Partei des sozialen Aufstiegs sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Ministerin, ich bitte Sie, uns zu erklären, was mit den Hauptschulen und den Leistungsstandards passieren soll. Diesbezüglich möchte ich darauf hinweisen, was der Leiter einer Hauptschule in Aachen, Manfred Paul, den Sie neben Frau Berendes von der Hauptschule am Möhnesee sehr oft zitiert, dazu gesagt hat:

Ich würde die Bildungsstandards erweitern und zum Beispiel auch Teamfähigkeit testen. Dann könnten gerade unsere Schüler ihre Fähigkeiten einbringen. Aber generell habe ich die Hoffnung, dass die Hauptschüler auf andere Schulformen verteilt werden und dann von den besseren Schülern mitgezogen werden. Unser ganzes Schulsystem muss sich öffnen und ändern, wenn wir alle Potenziale ausschöpfen wollen.

Das muss heute beginnen und darf nicht weiter verschoben und durch Ihre Blockade ausgesetzt werden. Wenn diese Weichenstellungen in der KMK getroffen werden, wäre das ein bitteres Signal für die Schüler und Schülerinnen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kaiser.

Klaus Kaiser³⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Beer, in Anbetracht dessen, dass Ihr Beitrag nichts mit Ihrem eigenen Antrag zu tun hatte, wird deutlich, dass es eigentlich nur um eine neue Gelegenheit geht, Hauptschülerinnen und Hauptschüler zu verunglimpfen. Das finde ich nicht fair und ist auch nicht angemessen.

(Reinhard Jung [SPD]: Wo waren Sie gerade? – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Sie begeben sich auf gefährliches Glatteis, Frau Beer, was ich Ihnen an einem Beispiel deutlich machen möchte. In Ihrem Antrag steht folgender Satz:

Es ist an der Zeit, das Festhalten an teuren und wenig funktionalen einzügigen Hauptschulen insbesondere im ländlichen Raum aufzugeben.

Übersetzt heißt das: Sie sind unwirtschaftlich. Frau Beer, Sie begeben sich deshalb auf ein sehr gefährliches Eis, weil meines Wissens etwa 20 gymnasiale Oberstufen an Gesamtschulen ebenfalls nur mit Genehmigung laufen und die Mindestschülerzahl unterschreiten. Wenn Sie diesen Kampf aufnehmen, schaffen Sie in unserer Bildungslandschaft eine unverantwortliche Unruhe. Deshalb gebe ich Ihnen freundschaftlich den Hinweis: Lassen Sie diese Versuche sein. Um es deutlich zu sagen: Ich stehe für die einzügige Hauptschule, aber auch für die gymnasialen Oberstufen an den Gesamtschulen, die heute nur mit Genehmigung gefahren werden können.

(Beifall von der CDU)

Machen Sie dieses Gegeneinander-Ausspielen nicht zum politischen System.

Ich möchte drei Beispiele nennen, an denen deutlich wird, dass die jetzige Schulgesetzgebung beste Möglichkeiten gibt, um mit den Herausforderungen des demografischen Wandels fertig zu werden. Dies muss man sich einmal klarmachen: Dieses Schulgesetz macht pragmatische Lösungen möglich und praktiziert sie auch. Ihre immerwährenden Wiederholungen der Forderung nach einer Gemeinschaftsschule als ewig glücklich machendes Instrument helfen nicht weiter. Vielleicht macht es ja Sinn, sich einmal in Schleswig-Holstein im Detail umzuschauen. Genauso würde es Sinn machen, sich hier im Lande einmal genau umzuzugucken, weil jede Lösung in jeder Kommune anders ist.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Sie erwähnen ja häufig Horstmar/Schöppingen. Das dortige Angebot wird zur hohen Zufriedenheit aller Verantwortlichen betrieben. Hierdurch wird eine

gymnasiale Bildung auch in Horstmar und Schöppingen erreicht.

Als weiteres Beispiel nenne ich Hallenberg, Medebach, Winterberg. Diese Kommunen wurden ja bereits in der gestrigen Fragestunde von Ministerin Sommer angesprochen. Auch hier wird zum ersten Mal ein Bildungsangebot für alle Kinder aus diesen drei Orten gemacht.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Zum ersten Mal, Frau Beer – das ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sehr wichtig –, sind drei Kommunen nebeneinander über ihren Schatten gesprungen und haben gesagt: Wir machen es gemeinsam. – Dieses neue Denken ist nur durch unser Schulgesetz möglich geworden.

Ein weiteres Beispiel ist die Verbundschule in Ense. Hier geht man neue hoch innovative Wege mit großer Zustimmung der Bevölkerung und der Lehrerkollegien.

Darüber hinaus nenne ich die Möneseehauptschule. Sie haben eben von Frau Berendes gesprochen. In der gestrigen Fragestunde haben Sie gegenüber Frau Sommer gesagt, am liebsten wäre Frau Berendes eine Gemeinschaftsschule in Möneseesee. Ich dachte, das ist doch einmal ein Anlass, Frau Berendes anzurufen und zu fragen, wie die das sieht. Als ich ihr das gesagt habe, ist sie fast umgefallen. Sie sagte: Ich will alles, aber keine Gemeinschaftsschule in Möneseesee. – Was sie in Möneseesee wollen, ist eine Verbundschule. Warum ist Möneseesee dafür sehr gut geeignet? – In Möneseesee ist die beste Hauptschule, die heute noch dreizügig läuft. Vorausschauend wie die Schule ist und die Leitung der Schule denkt, wollen sie auf Dauer die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler so erweitern, dass sie einen Realschulzweig aufnehmen, also die Gründung einer Verbundschule.

(Beifall von der FDP)

Das halte ich für sehr richtig. Seitens unserer Fraktion wird das nachhaltig unterstützt und vom Koalitionspartner auch. Das ist der richtige Weg. Das macht nämlich pragmatische Lösungen vor Ort möglich.

Sie merken selber, dass Sie mit Ihrer Propaganda mit Absicht Unsicherheit ins Land bringen, anstatt pragmatische Wege zu gehen, wo Neues geschieht und vor allem ortsnahe, flexible und passende Lösungen geboten werden. Das bedeutet, Ihr Blick, nach Schleswig-Holstein die nächste Variante aufzulegen, zieht nicht.

Ich komme nun zu dem niedlichen Versuch, uns und unseren Koalitionspartner auseinanderzubringen. Das, was die FDP auf ihrem Parteitag beschlossen hat – ich komme zum Schluss, ich habe die Redezeit übersehen –, ist zu 98 % mit dem kompatibel, was vorhanden ist. Ich empfehle Ihnen,

Frau Beer, die Parteitagsbeschlüsse, die Sie seitens der Grünen gefasst haben, jedem Gymnasiallehrer, jedem Realschullehrer, jedem Hauptschullehrer einmal im Detail zu erläutern.

(Beifall von der FDP)

Dann werden Sie wahrnehmen, dass die bisherigen Reformen nichts gegen den Sturm der Entrüstung in diesem Land sein werden, den Sie auslösen, wenn Sie Ihre Pläne zur Strukturänderung und damit zum Abbau aller Hauptschulen, aller Realschulen, aller Gymnasien umsetzen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei. Sagen Sie es nur allen Lehrern, die Ihnen in den Schulen nahestehen. Sie werden sich wundern, welche Resonanz Sie erhalten. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Für die SPD-Fraktion ist schon Herr Kollege Link am Rednerpult.

Sören Link¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Herr Kaiser, Sie können hier zig Beispiele über Verbundschulen, die Sie angeblich ermöglichen, über die Zufriedenheit vor Ort aufführen – mit diesem Flickenteppich werden Sie jedenfalls die Wahlen in den nächsten Jahren nicht bestehen,

(Ralf Witzel [FDP]: Aber Sie!)

weil die Leute mittlerweile weiter sind als Sie.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Worum geht es in dem heutigen Antrag überhaupt, Kolleginnen und Kollegen? – Es geht um drei Ziele: mehr Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche, die Probleme des demografischen Wandels anzugehen und zugleich mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Kommunen vor Ort. Das sind die Ziele für uns als Befürworter der Gemeinschaftsschule. Das sind unsere Forderungen als SPD-Fraktion, kurz: die beste Bildung für alle.

(Ralf Witzel [FDP]: Hilfe!)

– Ich darf feststellen, auch wenn Herr Witzel das nicht ganz so sieht: Die Zahl der Befürworter dieser Forderungen und Ziele wächst von Woche zu Woche, und zwar aufseiten der Eltern, der Fachleute und Sachverständigen in Vereinen, Verbänden und in der Wissenschaft sowie in den Kommunen, weil die Ihre ideologische Politik täglich vor Ort ausbaden müssen. Und, man höre und staune: Sie wächst auch bei den hier im Haus vertretenen Fraktionen. Anscheinend hat auch die FDP mittlerweile erkannt, dass nach der Devise „Augen zu und durch“ keine zukunftsfähige Schulpolitik mehr zu machen ist.

Bleibt die CDU: Die CDU singt als nunmehr einzige Partei unermüdlich das Hohelied der innovativen Hauptschule, von Schülerinnen und Schülern, denen man dort eine Lebensperspektive vermitteln soll. In der Realität passiert allerdings seit Jahren das genaue Gegenteil. Die Wahrheit ist, Frau Sommer: Ihnen laufen die Schülerinnen und Schüler seit Jahren in Scharen davon.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von der CDU: Haben Sie sich einmal die Frage gestellt, warum das so ist, wie es zu dieser Entwicklung kommt? Die Antwort ist ganz einfach, darüber haben wir schon mehrfach in diesem Haus diskutiert: Fahren Sie einmal ins Ruhrgebiet und fragen die dortigen Schülerinnen und Schüler der Hauptschulen nach deren Perspektiven! Sie werden feststellen, die erschreckende Antwort ist fast überall: Wir haben keine.

Das ist ein Skandal, ein Armutszeugnis für dieses Land. Insbesondere Sie von der CDU nehmen allerdings genau das billigend in Kauf. Tausende Jugendliche werden Jahr für Jahr entlassen und haben keine Perspektive auf einen Ausbildungsplatz, einen Arbeitsplatz, einen Platz in unserer Gesellschaft, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Link, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kaiser?

Sören Link¹⁾ (SPD): Selbstverständlich. Lassen Sie mich vorher noch einen Satz sagen.

... obwohl – das hat Herr Kaiser gerade angesprochen – die Lehrerinnen und Lehrer dort gute Arbeit leisten. Das stellt niemand hier in Abrede, weder wir von der SPD noch – so habe ich sie zumindest gerade verstanden – Frau Beer. – Herr Kaiser, bitte.

Klaus Kaiser¹⁾ (CDU): Herr Link, können Sie mir erklären, wo der Unterschied zwischen einem 10A-Abschluss an einer Hauptschule und an einer Gesamtschule im Ruhrgebiet liegt, was die Lebensperspektive für die Absolventen angeht?

Sören Link¹⁾ (SPD): Herr Kaiser, das ist relativ einfach zu erklären. Die jetzigen Hauptschulen im Ruhrgebiet werden a) immer weniger, und b) haben die Schülerinnen und Schüler, da sie von den Fördermöglichkeiten, die im Rahmen eines längeren gemeinsamen Lernens verfügbar wären, abgeschnitten sind, einfach eine deutlich schlechtere Perspektive.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das sehen Sie de facto an den Hauptschulen im Ruhrgebiet; da können Sie noch so viele Zwischenfragen stellen und noch so lange die Augen zumachen.

Erschreckenderweise wissen die Kinder und Jugendlichen und deren Eltern das sehr genau. Wer will ihnen verübeln, dass sie ihre Kinder seit Jahren nicht mehr auf diese Schulform schicken? Wer will ihnen verübeln, dass sie die Möglichkeiten in Anspruch nehmen wollen, ihre Kinder bestmöglich fördern zu lassen?

Es gibt durchaus Leute, die behaupten, die größten Befürworter und Kämpfer für die Hauptschule seien die Vertreter der Gymnasiallobby. Vielleicht sollten wir darüber einmal in Ruhe nachdenken.

Eltern und Schüler stimmen jedenfalls mit den Füßen über die Zukunft der Schulform Hauptschule ab.

(Ralf Witzel [FDP]: Warum meldet Hannelore Kraft ihren Sohn nicht an der Gesamtschule an?)

Und für wie viele Eltern ist die Gesamtschule die Schule der Wahl, die ihren Kindern Förderung und Perspektive bietet? Die Erstanmeldungen jedenfalls übersteigen seit Jahren deutlich das Angebot an freien Plätzen.

Die FDP nimmt das nicht zur Kenntnis. Sie hat auf ihrem Landesparteitag letzte Woche beschlossen: Wir lassen keinerlei Neugründung von Gesamtschulen in den nächsten Jahren mehr zu.

(Beifall von der FDP)

Damit bestätigt sie die Politik der Landesregierung, entgegen dem deutlichen Elternwillen, den wir seit Jahren feststellen können. Wenn das nicht Ideologie ist – Herr Witzel applaudiert passenderweise –, dann weiß ich es nicht, dann tut es mir leid.

Angeblich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, reden Sie mit den Menschen vor Ort über das jetzige Schulsystem. Fragen Sie doch beispielsweise einmal die Kommunen, welche Probleme sie mit dem jetzigen Schulsystem, mit Ihrer Politik haben. Fragen Sie die einmal, wie sie sich ein innovatives Schulsystem vorstellen; denn die Kommunen stehen heute schon vor dem Scherbenhaufen Ihrer engstirnigen Politik. Sie stellen sich die Frage, wie sie überhaupt noch nachhaltige Schulentwicklung planen sollen.

Drei kurze Stichworte: freie Grundschulwahl, die Wahl der Schulleiter ohne kommunale Beteiligung und die Frage, was mit Hauptschulen ohne Anmeldungen geschehen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits vor Monaten gab es Vorschläge von Städten und Gemeinden, von den kommunalen Spitzenverbänden. Es gab den Wunsch nach flexiblen und pragmatischen Lösungen und nach der Gemeinschaftsschule. Diesen Wunsch

haben Sie unter massiver Beugung Ihres Schulgesetzes umgangen, Sie haben ihn ignoriert. Als Stichwort – Herr Kaiser hat es gerade angesprochen, allerdings mit einer anderen Diktion – nenne ich nur Horstmar und Schöppingen. Das, meine Damen und Herren, wird Ihnen nicht helfen. Das ist ein Wegducken vor der Lebenswirklichkeit frei nach dem Motto: Hände vor die Augen, und was ich dann nicht sehen kann, gibt es auch nicht.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Ich bin sofort fertig.

Meine Damen und Herren, schauen Sie nach Schleswig-Holstein. Dort sehen wir, dass die Gemeinschaftsschule einen wahrhaften Run erfahren hat, seitdem sie von SPD und CDU gemeinsam eingeführt worden ist. Ich frage Sie: Was ist so schlimm an einer Schule, die alle Kinder fördert, die kein Kind aufgibt, die Chancen eröffnet, statt Perspektiven zu verbauen? Was daran so schlimm ist, müssen Sie mir und auch den Wählerinnen und Wählern einmal erklären.

(Das Ende der Redezeit wird erneut angezeigt.)

Ich bitte Sie: Verteidigen Sie nicht krampfhaft Schulformen, sondern kümmern sich endlich um die Kinder in diesem Land und stimmen dem Antrag heute zu! – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Link. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP Frau Kollegin Pieper-von Heiden das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Beer, ein Satz Ihres uns vorliegenden Antrags trifft zu: Die FDP will neue Modelle der organisatorischen und pädagogischen Zusammenarbeit von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zulassen, wenn die Gremien der beteiligten Schulen und ihre Träger entsprechende Beschlüsse fassen. Das ist so richtig.

(Beifall von der FDP)

Bevor ich weiter darauf eingehe, noch ein Satz zu den Hauptschulen: Die Hauptschuloffensive – im doppelten Sinne: Ganztags und qualitative Offensive – war richtig und gut, und sie ist wirksam.

(Beifall von der FDP)

Dennoch müssen wir unter den Zeichen des demografischen Wandels, bei dem wir davon ausgehen müssen, dass in ländlichen Strukturen nicht alle Schulangebote aufrechterhalten werden können, Lösungen anbieten. In der Tat geht der Leitantrag der FDP ein bisschen über das Schulgesetz hinaus, indem wir sagen: Nicht nur Haupt- und Realschule

oder Haupt- und Gesamtschule dürfen sich zusammenschließen können – all das gilt für die nächste Legislatur, das streben wir an –, sondern auch die drei Schulformen Hauptschule, Realschule und Gesamtschule. Das noch einmal zur Verdeutlichung. Sie möchten es gern falsch verstehen, Frau Beer. Sie drehen den Regierungsfractionen jedes Wort im Munde um. Das muss ganz klar sein. Das ist die Option für die nächste Legislatur, die wir uns vorstellen.

Ich finde es unverschämt, wenn Sie in Ihrem Antrag sagen, die FDP konterkariere ihren eigenen Anspruch auf Bildungschancen für alle Kinder, egal welcher Herkunft. Das ist unverschämt.

(Frank Sichau [SPD]: Ja, so ist es doch!)

Das Modell, das wir uns vorstellen, heißt nicht umsonst differenzierte Regionalschule. Darunter verstehen wir getrennte, differenzierte Bildungsgänge,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Schul-Apartheid ist das!)

die auf die unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen der Kinder Rücksicht nehmen. Ich sage Ihnen auch: Hier brauchen wir noch mehr Differenzierung. Wir haben in diesem Land doch nicht zu viel Differenzierung, sondern zu wenig!

(Beifall von der FDP)

Außerhalb von getrennten Bildungsgängen können wir uns auch anderes vorstellen, zum Beispiel sowohl horizontale als auch vertikale Drehtürmodelle. Wir haben nicht nur drei Typen von Schülern in diesem Land.

Mit Ihrer Gemeinschaftsschule wollen Sie alle Kinder mit demselben Stoff segnen.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Sie werden die Schwachen überfordern und die Guten ausbremsen.

(Beifall von der FDP)

Das ist eine Versündigung an den Talenten unserer Kinder. Wir brauchen alle Talente in diesem Land. Wir können und wollen es uns nicht leisten, auf hervorragende Talente zu verzichten, aber auch nicht darauf, andere Kinder, die eher noch Schwierigkeiten haben, zu befähigen und zu mehr zu führen, als sie vielleicht ohne eine individuelle Förderung an Chancen in diesem Land hätten. Die Regierungsfractionen bieten hier Chancen an. Wir haben die individuelle Förderung im Schulgesetz festgeschrieben. Genau die werden wir umsetzen, und zwar in noch stärkerer Weise, als es bislang möglich war. Verlassen Sie sich darauf!

Frau Beer, wenn Sie auch noch so gerne schreiben, dass sich alle ein längeres gemeinschaftliches Lernen und die Gemeinschaftsschule wünschen, muss ich sagen: Nein. Sie unterliegen ganz klar einem Irrtum. Nur eine kleine Minderheit, jedenfalls aber

nicht die Mehrheit der Bevölkerung will die Gemeinschaftsschule. Es gibt keine Mehrheit in der Bevölkerung für ein längeres gemeinsames Lernen.

Wenn Sie der FDP unterstellen, dass sie ein gemeinsames Lernen von der fünften bis zur zehnten Klasse möchte, dann ist das eine böswillige Interpretation dieses Antrags. Wenn wir „unter einem Dach“ sagen, dann meinen wir „unter einem Dach“. Wenn Schulformen zusammengeführt werden, ist es doch selbstverständlich, dass sich diese unter einem Dach befinden. Natürlich brauchen wir eine pädagogische Verzahnung. Das ist doch gar keine Frage. Wir werden aber getrennte Bildungsgänge beibehalten und mehr Differenzierung, als wir sie bislang haben.

(Beifall von der FDP)

Schreiben Sie sich das bitte endlich einmal hinter die Ohren! Frau Beer, auch wenn Sie es nicht gerne hören wollen: Ich erinnere an die Untersuchung von Weinert aus dem Jahre 2000. Er sagt, bei der überwiegenden Mehrzahl der Kinder ist die Begabungsstruktur mit zehn Jahren klar erkennbar. Sie wollen es nicht hören, Frau Beer, aber homogene Lerngruppen erzielen bessere Lernergebnisse als heterogene. Nicht umsonst ist das internationale Sportsystem in Leistungsklassen eingeteilt, weil jeder Sporttreibende in seiner Gruppe optimal gefördert, aber nicht überfordert wird.

Unterforderung und Überforderung lähmen die Motivation und die Arbeitsmoral, auf die es heute gerade in unseren Schulen ankommt. Wir wollen niemanden lähmen. Wir wollen niemanden demotivieren. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Wir wollen jedes Kind individuell fördern, auch wenn Schulformen in der Zukunft stärker als bislang zusammengelegt werden.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Wir wollen die volle Differenzierung. Wir wollen alle Bildungsgänge ermöglichen. Wir wollen alle Kinder fördern und nicht nivellieren.

(Beifall von der FDP)

Diese Einheitssoße haben wir in diesem Land in den letzten Jahrzehnten wirklich zum Überfluss gehabt. Was dabei herausgekommen ist, haben Sie hoffentlich gesehen. Wir haben alles auf eine Mitte hin geführt. Sie haben die Schwachen nicht wirklich gefördert. Sie haben es versucht. Es ist Ihnen aber nicht gelungen. Die Guten haben Sie auf der Strecke gelassen. Das werden wir anders machen. Ich hoffe, Sie haben jetzt verstanden, wie es gemeint war. – Danke.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Als Nächstes

hat für die Landesregierung Frau Ministerin Sommer das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Beer, Sie haben eben gesagt, Sie möchten mir den Auftrag erteilen, darüber Auskunft zu geben. Ich nehme an, wir beide sind uns darüber einig, dass Sie mir keinen Auftrag erteilen wollten, sondern dass Sie eine Bitte vorgetragen haben. Dieser Bitte komme ich natürlich sehr gerne nach. Ich antworte also meiner Schwester in Christo, auch aus dem christlichen Grundgedanken heraus, dass man niemals ein Schaf, niemals einen Groschen verloren geben darf.

Frau Beer, Sie beziehen sich in dem Zeitungsartikel auf Ausführungen in Arbeitspapieren. Diese Arbeitspapiere sind – auf welchen Wegen auch immer – veröffentlicht worden. Sie werden zurzeit in der Amtschefkonferenz in Bonn diskutiert. Solange es keine weitere Äußerung gibt, möchte ich all das, was ich bereits gelesen habe, unter dem gewissen Vorbehalt sehen, dass es sich wirklich um Arbeitspapiere handelt.

Wenn man einmal genauer in den Artikel schaut, sieht man, dass darin wiederum etwas von dem Anteil der Schüler steht, die den Hauptschulabschluss anstreben. Dann geht es mit defizitären Angaben weiter. Frau Beer, an dieser Stelle muss ich noch einmal fragen: Warum um Himmels willen blenden Sie immer aus, dass der Hauptschulabschluss genauso in den Gesamtschulen erworben werden kann und Schüler auch in diesem Bereich deutlich betroffen sind? Wenn es um Standards geht, die noch nicht veröffentlicht oder modifiziert werden können, ist diese Schülergruppe genauso betroffen. Fokussieren Sie es bitte nicht ausschließlich immer auf eine Schulform!

Die KMK muss diesen Prozess noch begleiten. Sie hat es letztlich noch gar nicht zur Kenntnis genommen. Ich bin mir ganz sicher, dass es zum Abschluss im nächsten Jahr zu einem Ländervergleich einschließlich der Hauptschulen kommen wird.

Meine Damen und Herren, Sie sprechen in Ihrem Antrag von Gemeinschaftsschulen, wohl wissend, dass es diese Gemeinschaftsschulen bereits gibt. Wir haben Gemeinschaftshauptschulen und Gemeinschaftsgrundschulen. Insofern ist der Begriff bereits besetzt. An Ihrer Stelle würde ich immer von dem reden, was es in der Tat ist, nämlich eine Einheitsschule.

Sie benutzen Schleswig-Holstein als Beispiel für die Unterfütterung der Einführung der Einheitsschule. In Schleswig-Holstein gibt es diese Gemeinschaftsschulen wirklich. Ich möchte ein paar Daten dazu anführen.

In den Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein haben 3,9 % Kinder eine Gymnasialempfehlung.

Das ist eine ehrliche Größe. Auf der Inselschule in Fehmarn ist es ein bisschen anders. Ich muss fairerweise zugeben: Im letzten Jahr waren dort 38 Schüler mit Gymnasialempfehlung angemeldet und haben das fünfte Schuljahr besucht. Diese sind aber nicht mehr dort; denn die Hälfte dieser Schüler ist nach einem Jahr wieder von dieser Schule heruntergegangen. Auch dort sind also die Kinder, die einmal den Gymnasialabschluss machen werden, weg.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich möchte gerne weitermachen.

Wenn wir voneinander lernen wollen – der Grundsatz ist ehern und richtig –, wenn Schwächere von Stärkeren und Stärkere von Schwächeren lernen, dann frage ich Sie, woran sich die Schwächeren ausrichten sollen, wenn es wirklich nur um eine Größe von 3,9 % geht. Man darf auch nicht außer Acht lassen, dass Lehrerinnen und Lehrer, die die Möglichkeit haben, am Gymnasium zu arbeiten, lieber dort arbeiten, als sich in den Bereich der Gemeinschaftsschule einbinden zu lassen.

Herr Link sagte eben, die Schüler strömen dahin. Es ist nicht ganz so. Ich darf Sie ein bisschen erüchteln. Der Elternverein Schleswig-Holstein hat einen Brief mit der Überschrift „Der Schülerstau kippt weg von der Gemeinschaftsschule“ geschrieben.

Richtig ist: Wir können uns darüber freuen, dass wir ein solch flexibles System und die Möglichkeit haben, im Schulgesetz so zu reagieren, dass es zur vollen Zufriedenheit nicht nur von Horstmar/Schöppingen, sondern auch von den anderen acht und denjenigen, die sich noch in der Pipeline befinden, gestaltet werden kann. Darüber sollten wir uns freuen, und das sollten wir ausarbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Beer das Wort.

(Unruhe)

Sigrid Beer¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie müssen nicht nach Schleswig-Holstein. Herr Kaiser muss auch nicht nach Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein kommt nämlich zu uns. Herr Dr. Christiansen wird bei der Anhörung am 26. November anwesend sein. Dann kann er diese krausen Darstellungen gerne einmal geradestellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Gegenüber 102 bestehenden Gymnasien sind in kürzester Zeit 55 Gemeinschaftsschulen erfolgreich an den Start gegangen. Der Anteil der für das Gymnasium empfohlenen Kinder wächst. Die Schulen sind zum Teil ohne solche Kinder gestartet und haben jetzt schon erheblichen Zulauf. Wir können uns gerne noch einmal darüber unterhalten.

Die FDP ist die Partei, von der man sagen kann: Schul-Apartheid hat einen Namen, nämlich FDP. Das haben wir heute wieder ganz deutlich gehört. Sie stehen für eine Spaltung im Schulsystem und eine Trennung der Bildungsgänge. Es ist doch wirklich Heuchelei, wenn Sie sagen, Kommunen sollten entscheiden können, wenn sich Schulen entscheiden, wenn sich Eltern entscheiden. Sie haben den Eltern das Entscheidungsrecht beim Übergang weggenommen. Sie billigen den Kommunen keine Entscheidung zu, Gemeinschaftsschulen einzurichten.

Frau Pieper-von Heiden, ich empfehle Ihnen, das Konzept der Gemeinschaftsschule Horstmar/Schöppingen zu lesen. Darin ist individualisiertes Lernen aufgeschrieben, wie es im Bilderbuch steht. Das haben Sie offensichtlich noch nie ernsthaft angeschaut. Genauso wenig haben Sie die Befragung durch die Bertelsmann Stiftung angeschaut. Sie hat deutlich gemacht, es gibt allgemein eine Mehrheit für ein längeres gemeinsames Lernen. Sogar unter den Eltern aller Schulformen gibt es eine Mehrheit dafür. Der Trend geht dahin.

Frau Ministerin, wenn Sie sagen, die Konferenz der Amtschefs tagt heute, und Sie wüssten nicht, ob dieses Papier so oder so durchkommt, Sie seien eigentlich über die Beratungen gar nicht im Bild, dann finde ich das höchst traurig und bedauerlich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir wollen von Ihnen eine Aussage: Gelten für die Kinder, die eine Hauptschule besuchen, dann in Zukunft auch die Bildungsstandards? Ist es dieser Referenzrahmen?

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Entschuldigung, Frau Präsidentin, auch Ihre Kollegin hat ein bisschen überzogen. Ich möchte gerne den Satz noch zu Ende führen.

Gilt dieser Referenzrahmen noch zukünftig für die Schülerinnen und Schüler, die Hauptschulen besuchen, ja oder nein? Oder haben wir eine neue Förderschule im Land, Kinder, die abgekoppelt werden unter Ihrer Verantwortung? – Sie treiben das auf die Spitze.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass

wir am Schluss der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Ich lasse deshalb über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/7789** abstimmen. Wer dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte, bitte die Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich stelle hiermit fest, dass der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Abwesenheit des Kollegen Sagel **abgelehnt** worden ist.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

9 „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ für mehr Investitionen und Beschäftigung vor Ort

Eilantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7870

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 10. November 2008 fristgerecht diesen Eilantrag eingebracht.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD dem Kollegen Körfges das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Willi Körfges¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mittlerweile beinahe eine Binsenweisheit in Nordrhein-Westfalen, dass sich trotz außergewöhnlich guter Konjunkturlage und überdurchschnittlicher Steuereinnahmen in den letzten Jahren die Finanzsituation in zahlreichen Kommunen in unserem Land dramatisch zugespitzt hat.

Auch wenn bei vielen derzeitigen Diskussionen einzelne Gebietskörperschaften im Vordergrund stehen – ich nenne zum Beispiel Oberhausen –, betrifft das Problem, und zwar das erkannte Problem, viele Kreise, viele Städte, viele Gemeinden in unserem Lande. Wir haben uns als kommunalpolitischer Ausschuss verschiedentlich mit dem Thema beschäftigt, haben den Arbeitskreis Nothaushaltskommunen des Städte- und Gemeindebundes angehört, haben uns in der letzten Woche noch mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber unterhalten, wie man probat Abhilfe, bezogen auf das Problem der Überschuldung von Kommunen, leisten kann.

Hinzu kommt die allgemeine Finanzentwicklung. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise zeichnet sich leider Gottes in Deutschland eine konjunkturelle Delle, wenn nicht gar eine Rezession ab. Die betroffenen Kommunen weisen uns jetzt ganz besonders

intensiv darauf hin, dass eine weitere Verschärfung der finanziellen Notlage bis hin zur Handlungsunfähigkeit führen kann, wenn es nicht zu einer Konsolidierung, meine Damen und Herren – da sind wir alle in der Pflicht – mit Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen kommt.

(Beifall von der SPD)

Erst in der letzten Woche haben zum Beispiel besonders betroffene Kommunen im Rahmen eines Pressegesprächs noch einmal auf die Situation aufmerksam gemacht, an der Spitze der Vorsitzende des Städtetags Nordrhein-Westfalen, der Mönchengladbacher Oberbürgermeister, Norbert Bude.

Meine Damen und Herren, wir hätten eigentlich erwartet, dass es an der Stelle seitens der Landtagsmehrheit oder der Landesregierung zu einer qualifizierten Reaktion gekommen wäre. Sparappelle, Hinweise zur nachhaltigen Finanzwirtschaft, unzulässige Vergleiche zwischen Gebietskörperschaften, die sich nicht vergleichen lassen, Hinweise auf kommunalrechtliche Aufsichtsmaßnahmen – all das, meine Damen und Herren, ist so lange hohles Stroh, wie Sie nicht gleichzeitig einen eigenständigen Beitrag zur Entschuldung unserer überschuldeten Kommunen liefern und leisten.

(Beifall von der SPD)

Im Gegenteil: Was passiert denn in Nordrhein-Westfalen? Die Landesregierung greift beherzt in die Taschen der Kommunen, weist dann auf Verantwortung vor Ort hin

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das ist schon Tradition!)

und zeigt mit dem Finger entsprechend der Methode „Haltet den Dieb!“ auf Dritte, meine Damen und Herren. Insoweit sind die zahlreichen Ratschläge, die von Ihnen kommen, mit dem Zitat von Johannes Rau zutreffend bezeichnet: Da können Ratschläge auch Schläge in Richtung der Betroffenen sein.

(Beifall von der SPD)

Das ist nicht nur eine moralische, das ist auch eine rechtliche Verpflichtung, denn die Städte und Gemeinden, die unter struktureller Überschuldung leiden, haben dann, wenn tatsächlich die ganze Angelegenheit umschlägt, keine andere Möglichkeit, als darauf hinzuweisen, dass das Land an dieser Stelle eine besondere Staatshaftungsfunktion für unsere Kommunen hat. Ich frage Sie jetzt allen Ernstes: Wollen Sie so lange warten, bis das eintritt?

Meine Damen und Herren, es gibt eine Reihe von Stimmen, die ich jetzt gerne zitiere. Zum Beispiel hat der CDU-Bürgermeister der Stadt Grevenbroich eindeutig formuliert, das Land sei in der Pflicht. Selbst Kolleginnen und Kollegen – leider sehe ich sie im Augenblick nicht mehr – aus unserem Hause sagen: Es ist kein lokales Verschulden, wenn zum

Beispiel die Stadt Mönchengladbach so schlecht dasteht. Es hat keinen Geld verschwendet, sondern die strukturellen Probleme des Rückgangs der Textilindustrie hat vor Ort niemand zu vertreten.

Dann fordert der Kollege Norbert Post in der „Rheinischen Post“ vom 07.10.2008, Ihr Kollege: Brauchen wir nicht einen Soli für Kommunen wie Mönchengladbach? – Richtig, willkommen im Club!

(Beifall von der SPD – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Wir müssen alle zusammen etwas tun. Aber das gilt nicht nur für Mönchengladbach, das gilt für den gesamten Montanrückzugsraum. Das gilt für das Bergische Land und viele andere Ecken und Kanten in unserem Land. Ich war sehr überrascht, als wir gestern im vorwegeilenden Ablehnungsverfahren gehört haben, dass das alles angeblich nicht finanzierbar sei. Meine Damen und Herren, an der Stelle hätte der Finanzminister vielleicht besser einen Tag gewartet. Ich empfehle zur Lektüre die Ratschläge des Sachverständigenrates vom gestrigen Tage, der deutlich gesagt hat, wie wir uns im Augenblick als öffentliche Hände zu verhalten haben und dass wir gerade an der Stelle unterstützen müssen, wo Beschäftigung vor Ort in Gefahr ist.

Meine Damen und Herren, das bedeutet: Wir sind in der Verpflichtung zu handeln.

An der Stelle weise ich noch einmal ganz deutlich auf die Formulierung hin. Wir haben uns auf die Bezeichnung Pakt verständigt, weil das keine einseitige Veranstaltung sein kann. Die Kriterien, die in unserem Antrag formuliert sind, sind weder abschließend noch ausschließlich. Ich denke, es kommt darauf an, sich mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit den betroffenen Kommunen zusammenzusetzen ...

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Ich habe es gehört, Frau Präsidentin.

... und gemeinsam zu einer Lösung im Interesse der betroffenen Kommunen zu kommen. Wir haben Änderungen zulasten der Kommunen, und zwar – ausweislich der Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zum Landeshaushalt – 350 Millionen € pro Jahr hinnehmen müssen, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege!

Hans-Willi Körfges¹⁾ (SPD): Wenn Sie jetzt diesen Betrag zum Anlass nehmen zu sagen, das sei nicht machbar, dann kann ich Ihnen nur entgegenhalten: Gebt den Kommunen doch bitte das zurück, was Sie ihnen genommen haben. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Ich darf allerdings darauf hinweisen, dass ich nicht erkälte bin, und bitte das auch nicht überzustrapazieren.

Als Nächster hat für die Fraktion der CDU der Kollege Löttgen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bodo Löttgen (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Finanzlage der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist vielerorts angespannt, teilweise dramatisch. 13,8 Milliarden € Kassenkredite und 23,5 Milliarden € Investitionsschulden schränken die Handlungsfreiheit in einigen betroffenen Städten und Gemeinden stark ein. In einigen Kommunen ist der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Dies ist ein Zustand, der für jeden betroffenen Kommunalpolitiker nur schwer zu ertragen ist.

Kann man als Oppositionspartei der Versuchung widerstehen, diese Situation auszunutzen, um daraus mit opportunistischen Anträgen politisches Profit zu ziehen?

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Kann sie nicht!)

– Nein, meine Damen und Herren, die SPD in diesem Hause konnte dieser Versuchung nicht widerstehen. Sie legen uns diesen mit heißer Nadel gestrickten Antrag vor, der den Anschein erwecken soll, die dort beschriebenen Maßnahmen seien geeignet, um die Problematik überschuldeter Kommunen zu lösen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

In bedauernswerter Einfallslosigkeit wollen die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten die Kommunen mit Instrumenten aus der politischen Mottenkiste vergangener Regierungszeiten beglücken. Frei nach dem Motto „Hau weg das Geld, es ist ja nicht unseres!“ wollen Sie die Kommunen mit insgesamt 7 Milliarden € aus dem Landeshaushalt entlasten.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

Um in den Genuss Ihrer finanziellen Segnungen zu kommen, muss man als Kommune keine strengen Auflagen erfüllen. Man muss nicht nachweisen, ob die Entlastung verantwortlich und insbesondere zu strukturell wirksamen Maßnahmen genutzt wird. Nein, es erscheint Ihnen, meine Damen und Herren der SPD, ausreichend, den Einsatz von 7 Milliarden € an Steuermitteln – Geld unserer Bürgerinnen und Bürger – an vier allgemein gehaltene Bedingungen zu knüpfen.

Dass Sie jetzt versucht haben, diesen Antrag eben noch einmal nachzubessern, Herr Körfges, macht deutlich, dass dieser Eilantrag wohl nur deshalb Eilantrag heißt, weil er in Eile geschrieben wurde.

(Beifall von der CDU)

Sie halten es nicht für notwendig, die massive Belastung des Landeshaushaltes mit Kompensationsvorschlägen zu unterlegen. Es fällt kein Wort davon in Ihrem Antrag. Sie lassen es sogar offen, und das, meine Damen und Herren, muss nun wirklich ausgeschlossen sein, dass begünstigte Kommunen während der Entlastungsphase neue Schulden aufnehmen. Auf die Spitze treiben Sie es aber, indem Sie heute davon sprechen, die Verschuldung habe dramatische Züge angenommen.

Ihre Geschichtsbeschreibung, meine Damen und Herren der SPD, beginnt anscheinend am 22. Mai des Jahres 2005. Sie, die rot-grüne Koalition, waren es doch, die zwischen 2000 und 2005 tatenlos zusahen, wie sich die kommunalen Kassenkredite von 3,1 Milliarden € auf 10,5 Milliarden € mehr als verdreifacht haben.

(Beifall von der CDU)

Das, meine Damen und Herren, nenne ich dramatisch. Das war Ihr Beitrag zur Generationengerechtigkeit. In den dreieinhalb Jahren unserer Verantwortung wurde die negative Entwicklung dagegen gebremst.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Sie wollten doch alles umdrehen!)

Seit dem dritten Quartal 2007 ist erstmals kein Anstieg der Kassenkredite mehr zu verzeichnen, aber diese positive Entwicklung steht nicht alleine da. Die Steuereinnahmen der Kommunen haben im Jahre 2007 mit 18 Milliarden € ein Allzeithoch erreicht. Sie sind auch im laufenden Jahr weiter gestiegen.

Die Gewerbesteuereinnahmen haben sich von ihrem Tiefstand im Jahre 2003 mit 4,41 Milliarden € bis zum Jahre 2007 auf 8,56 Milliarden € fast verdoppelt. Die aktuellen Zuweisungen aus dem kommunalen Steuerverbund erreichen im Jahr 2009 erstmals nahezu 8 Milliarden €. Das nennen Sie leeres Stroh, Herr Körfges? – Also, Sie sind so weit von der Realität entfernt, wie man nur entfernt sein kann.

(Beifall von der CDU)

Die Zahl der Kommunen in der Haushaltssicherung ist deutlich zurückgegangen: 2007 waren es 174, jetzt – am 18. August – sind es 129. Als eine wichtige Maßnahme gilt es, diese positive Entwicklung der kommunalen Rahmenbedingungen möglichst zu verstetigen, soweit dies die Landesmittel erlauben.

Daneben wird sich die CDU-Fraktion unter anderem in der ifo-Kommission, die ja vor kurzem ihre Arbeit aufgenommen hat, weiterhin mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und nicht mit diesem Kasperletheater, Herr Becker, und in enger Abstimmung mit der Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und den Vertretern der Nothaushaltkommunen auf die Suche nach einer zukunftsfähigen, vor allen

Dingen aber zukunftsicheren Lösung für die überschuldeten Kommunen machen. Den vorliegenden Eilantrag der SPD wird die CDU-Fraktion ablehnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Engel das Wort.

Horst Engel¹⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus dem diesjährigen Gemeindefinanzbericht des Städtetages NRW ist zu entnehmen, dass im Jahr 2007 die Einnahmen um 6,7 % auf bundesweit 169 Milliarden € gestiegen sind. Die Ausgaben stiegen moderat um 3,2 % auf 160 Milliarden € an. Unter dem Strich verblieb ein Plus von 8,6 Milliarden € 7,2 Milliarden € sind durch die Westkommunen erwirtschaftet worden.

Der Kommunalfinanzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen bestätigt die verbesserte Finanzlage. Erstmals seit 2000 wurde im vergangenen Jahr ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von 700 Milliarden € erwirtschaftet. Verantwortlich für diese Trendwende ist die positive Entwicklung auf der Einnahmeseite.

Die Entwicklung der Kommunen in der Haushaltssicherung gibt Auskunft über die kommunale Finanzlage. Herr Kollege Löttgen hat zu Recht auf die Verantwortung der von der SPD geführten Landesregierung in den letzten Jahren von vor 2005 hingewiesen.

Bis zum Jahr 2005 kletterte die Anzahl der Kommunen im Haushaltssicherungskonzept auf 193 Kommunen; das sind fast 50 % aller NRW-Kommunen. Seitdem sinkt die Anzahl kontinuierlich. Stand August 2008: 129. Ja, dieser Entwicklungstrend steht auch im Zusammenhang mit der Umstellung auf das NKF, aber nicht nur. Tatsächlich haben im kreisangehörigen Raum in diesem Jahr elf Kommunen einen strukturellen Haushaltsausgleich geschafft. Hierzu gehören Dormagen und Sendenhorst. Gratulation!

Anders dagegen – auch das ist immer wieder angeklungen; denn wir befassen uns damit im Ausschuss für Kommunalpolitik – verhält es sich mit Oberhausen. Gerade mit der Umstellung auf das NKF, auf das Ressourcenverbrauchskonzept, wird dies deutlich. Der Kassenkredit, also der Kontokorrent – ich könnte vielleicht auch sagen: die Kontoüberziehung – von Oberhausen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro, Stand Juni 2008, verdeutlicht die Überschuldung. Jahrelang sind Schulden angehäuft worden, die die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Oberhausen, aber auch generell vieler anderer Kommunen jetzt einschränkt.

Deshalb war es richtig, dass sich der Kommunalausschuss – das ist angeklungen – dieser Problematik angenommen und in der vergangenen Woche hierzu ein intensives Expertengespräch durchgeführt hat. Ohne das Ergebnis des ordentlichen und fachorientierten Expertengesprächs abzuwarten – das verwundert –, präsentiert die SPD-Fraktion schon heute einen Antrag, sogar einen Eilantrag, mit einem Lösungsvorschlag, meine sehr verehrten Damen und Herren – es wird Sie nicht verwundern –, dem wir nicht folgen können.

Die im Antrag genannte Forderung der Übernahme von Altschulden durch die NRW.BANK, an der sich das Land Nordrhein-Westfalen finanziell beteiligen soll, erinnert stark an den in den 80er-Jahren gewährten Ausgleichsstock in Form von Landesmitteln. Das konnten wir in der Expertenrunde hören.

(Zustimmung von Hans-Willi Körfges [SPD])

Ja, Herr Körfges, der Effekt der damaligen Hilfestellung – auch das wurde sehr deutlich gesagt – war blitzschnell verpufft.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das haben Sie nicht richtig verfolgt!)

Das hat nichts gebracht und vor allem nicht zu einer Verhaltensänderung geführt. Die Kommunen wie Oberhausen oder Waltrop sind alle zu Beginn der 90er-Jahre wieder rückfällig geworden und fanden sich schnell im HSK bzw. Nothaushalt wieder.

Der von Ihnen gewählte Vorschlag wird uns nicht zum Ziel bringen. Wir brauchen eine Lösung, die dauerhaft greifen wird. Das wiederhole ich für die FDP-Landtagsfraktion wie mit einer tibetanischen Gebetsmühle. Was ist nötig? – Es gibt nur zwei wesentliche Lösungen.

Erstens: die Verhaltensänderung. Man kann nur dann einen Euro ausgeben, wenn man einen Euro einnimmt.

Zweitens: eine echte Gemeindefinanzreform. Die konjunkuranfällige und unkalkulierbare Gewerbesteuer gehört abgeschafft. Sie muss durch eine kommunaleigene Steuer in Form eines eigenen Hebesatzrechts auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer ersetzt werden, die dem Wettbewerb unterliegt und Begehrlichkeiten dämmt. Und wir benötigen eine Erhöhung des gemeindlichen Anteils an der Umsatzsteuer von derzeit 2,2 % auf 12 %. Da ist der Bund gefragt. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gerade eine Wo-

che her, dass sich der Kommunalausschuss mit der Frage der besonderen Verschuldung einiger Kommunen in Nordrhein-Westfalen in einem Expertengespräch befasst hat. Wer zugehört hat, der hätte erkennen können, dass bei aller Unterschiedlichkeit der Meinungen der Expertinnen und Experten und auch bei aller Unterschiedlichkeit der sonstigen Statements eines deutlich geworden ist: Alle haben betont, dass es zunächst einmal vor allem etwas mit der Frage von strukturschwachen Regionen zu tun hat, dass Kommunen strukturschwach bzw. haushaltsschwach sind, und nicht mit dem Umgang mit dem eigenen Haushalt.

Ich habe eben einige Zwischenrufe gehört. Wegen der Kürze der Zeit will ich nur an einiges erinnern.

Erstens. Von dem Leiter der Gemeindeprüfungsanstalt ist darauf hingewiesen worden, dass all diejenigen Kommunen, die nicht zu den Kommunen im Haushaltssicherungskonzept oder zu den Nothaushaltskommunen gehören, Zuwachskommunen sind. Umgekehrt sind all jene Kommunen, die im Haushaltsausgleich bzw. im Nothaushalt sind, Kommunen mit Einwohnerverlusten durch Wanderungsbewegung bzw. durch demografischen Wandel. Das ist zunächst einmal ein interessanter Hinweis, von dem ich glaube, dass wir uns damit in der Zukunft beschäftigen sollten, weil er einen deutlichen Fingerzeig darauf gibt, woher die Probleme kommen.

Zweitens. Es ist darauf hingewiesen worden – dazu habe ich bis jetzt auch nichts Wesentliches gehört –, dass in den Kommunen, denen gesagt wird, dass sie sich z. B. über die Erhebung von Steuern selbst helfen könnten, die Hebesätze bedeutend höher sind als in anderen Kommunen und trotzdem der Pro-Kopf-Durchschnitt an Einnahmen durch Gewerbesteuern nur – ich betone – einen Bruchteil von denjenigen Kommunen beträgt, die keine Probleme haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich mache wegen der Kürze der Zeit nur diese beiden Kernaussagen. Aber diese sind allein ein signifikanter Hinweis darauf, dass die Mär von den Kommunen, die nur mehr sparen müssten, eine Mär ist und offensichtlich auch so lange bleibt, solange wir nicht an die Strukturprobleme herangehen. Auch dazu nur wenige Hinweise wegen der Kürze der Zeit.

Selbstverständlich muss man die Chancen nutzen, wenn sie da sind. Zu den wenigen Chancen, die nicht sehr viel kosten würden – wenn wir uns also noch nicht über Kosten für das Land unterhalten – würde es gehören, dass wir den Weg beschreiten, den andere Bundesländer gehen, nämlich diesen hochverschuldeten Kommunen in der jetzt absehbar wiederkommenden Zeit der sinkenden Zinsen – ich betone, das wird nur eine vorübergehende Situation sein – wenigstens die Möglichkeit zu geben, von den zinsensiblen Kassenkrediten wegzukommen

und sie in langfristige, niedrigverzinsten Kredite umzuwandeln. Das ist eine Maßnahme, für die das Land keinen Cent in die Hand nehmen müsste und die bisher aus meiner Sicht aus ideologischen Gründen verweigert wird, weil Sie immer auf diese Kommunen mit der Hand zeigen wollen, anstatt ihnen zu helfen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Ich bin selbstverständlich der festen Überzeugung, Herr Kollege, dass Ihr ganzes Getue, den Kommunen ginge es jetzt besser – von wegen! –, jedem, aber auch jedem Oberbürgermeister oder jeder Oberbürgermeisterin auch Ihrer Partei quer im Halse stecken bleibt, wenn man sich anschaut, wie in den letzten drei Jahren hier mit den öffentlichen Finanzen verfahren worden ist,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und das vor dem Hintergrund, dass Sie mit deutlich höheren Steuereinnahmen rechnen konnten, als es die Rot-Grüne Regierung jemals konnte.

Ich will deutlich einräumen, dass daran auch die damalige Bundesregierung Schuld hatte, indem sie die Kapitalertragsteuer so geändert hat, wie sie geändert wurde. Das ist neben der deutschen Einheit einer der großen negativen Einflussfaktoren. Aber es ist im Bundestag auch Ihre Fraktion gewesen, die das immer gefordert hat. Das will ich deutlich sagen. Wir müssen heute gemeinsam mit dieser Problemlage umgehen.

Umgehen heißt nicht – das will ich an der Stelle ganz klar in Abgrenzung zu Ihnen sagen –, dass man den Kommunen Geld vorenthält, das den Kommunen eigentlich zusteht. Von den hohen Steuereinnahmen haben Sie vieles weggenommen: Krankenhausfinanzierung, Grunderwerbsteuer. Das alles wurde hier hundert Mal genannt. Vielmehr würde es sich gehören, dass Sie den Kommunen geben, was ihnen ist.

Letzte Bemerkung: Die Frage, ob der Weg, den die Kolleginnen und Kollegen in diesem Eilantrag vorgezeichnet haben, der richtige Weg ist oder nicht, würde ich gern in der für Anfang Januar vereinbarten Debatte auch debattieren; denn diese Debatte steht jetzt an, insbesondere nach dem Expertengespräch, das wir im Übrigen zu der Beratung unseres Antrages beantragt haben.

Selbstverständlich ist das dann einer der möglichen Wege. Aber Sie werden nicht umhinkommen – wie es die Gemeindeprüfungsanstalt und die anderen Experten gesagt haben –, den Kommunen zu helfen, die sich alleine nicht mehr helfen können und bei denen die Gemeindeprüfungsanstalt auch sagt: Selbst alle Maßnahmen, die sie ergreifen könnten, reichen nicht aus, um aus der Schulden Spirale herauszukommen.

Allerletzte Bemerkung: Da auch kommunale Schulden immer gesamtstaatliche Schulden sind, sind sie

in letzter Konsequenz auch unsere Schulden – spätestens bei einer negativen Eröffnungsbilanz wie in Oberhausen.

Das heißt: Wenn wir nicht anfangen, diese Kassenkredite abzubauen, dann werden wir ein massives Problem haben. Deswegen, glaube ich, kommen Sie auch nicht darum herum, Ihre Position in dieser Frage in Kürze zu ändern. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Als nächster Redner spricht für die Landesregierung Herr Minister Dr. Wolf. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Mehr sehr geehrten Damen und Herren! Von den Regierungsfractionen und auch von der Regierung ist in den letzten Jahren immer wieder deutlich gesagt worden, dass die Finanzlage der Städte und Gemeinden nach wie vor angespannt ist. Das gilt im Übrigen auch für die Finanzlage des Landes.

In der Bewertung allerdings, ob es besser geworden ist als früher, unterscheiden wir uns, glaube ich, sehr deutlich. Wenn uns der Abgeordnete der Grünen gerade wieder erklären wollte, was Sie alles Tolles früher gemacht haben, dann will ich nur noch darauf hinweisen, dass die Steuereinnahmen in netto, also nach Abzug aller Kosten, zwischen 2000 und 2005 praktisch gleichgeblieben sind, während sie in den letzten Jahren der neuen Regierung von etwa 14 Milliarden € auf 18 Milliarden € gestiegen sind. Das ist nun einmal nicht wegzudiskutieren. Das zeigt, dass sich die Situation deutlich verbessert hat und insofern auch Möglichkeiten der Konsolidierung genutzt werden müssen, wenn man davon ausgeht, dass es in der Vergangenheit natürlich zu explosiven Kassenkrediten gekommen ist.

Ich bin Herrn Kollegen Löttgen sehr dankbar dafür, dass er noch einmal darauf hingewiesen hat – da bitte ich Sie auch darum zuzuhören –: 70 % des Kassenkreditbestandes sind bis 2005 aufgebaut worden. Wo war denn da Ihre Erregung? Was haben Sie denn in der Zeit gemacht? – Nichts, null.

(Beifall von der CDU)

Das heißt, dass die jetzigen Chancen besser geworden sind. Es haben sich ja auch einige bewegt, meine Damen und Herren.

Man kann auch nicht immer nur auf die Strukturchwäche verweisen. Ich darf darauf hinweisen, dass beim Expertengespräch im Ausschuss sehr deutlich gesagt worden ist, dass es eben keine eindeutige Zuordnung gibt. Anzunehmen, dass sozusagen die Lage, die Struktur automatisch auch eine schlechte Kassenlage bedeutet, stimmt nämlich nicht.

Richtig ist das, was in einer anderen Sitzung des Kommunalausschusses diskutiert worden ist. Man muss einfach einmal auch in ein Benchmarking eintreten. Man muss sich einmal anschauen, wie denn das Ausgabeverhalten von Kommunen gleicher Größe und etwa gleicher Soziostruktur aussieht. Dann werden sie feststellen, dass das im Einzelnen sehr, sehr unterschiedlich ist. Natürlich muss man auch eine Konsolidierung im eigenen Bereich betreiben.

Ich nenne nur ein Beispiel. Die Stadt Waltrop, die ja nun auch immer schlecht dagestanden hat, hat es immerhin in das genehmigte HSK geschafft. Das heißt, da ist ein Stück Bewegung hineingekommen.

Das müssen wir auch erwarten, wenn Kommunen in so schlechten Zahlen stecken. Denn es ist doch zu Recht gesagt worden, dass die Kommunen, die ihre Hausaufgaben machen, die sich mühen, die auf Dinge verzichten und die mit ihren Bürgern auch darüber diskutieren, dass sich das eine oder andere in schlechten Zeiten nicht realisieren lässt, nun nicht hinten herunterfallen dürfen und letztendlich zusehen müssen, wie anderen die Mittel einfach zugeteilt werden. Das ist doch klar, meine Damen und Herren.

Wolkenkuckucksheim SPD: 5,53 Milliarden € in sechs Jahren sollen aus dem Landeshaushalt fließen. Hat irgendeiner auch nur annähernd von der SPD gehört, wie so etwas finanziert werden soll? Wie soll das denn gehen, meine Damen und Herren, gerade angesichts aufziehender Rezessionswolken am Konjunkturhimmel?

Ein konditionsloser Erlass von Schulden kann doch kein zielführender Weg sein. Hier muss von den Kommunen auch verlangt werden, dass sich selber anstrengen.

In dem Zusammenhang ist auch noch hinzuzufügen: Wir wollen uns doch in der nächsten Zeit mit dem GFG beschäftigen. Wir wollen das Lenk-Gutachten auswerten und in einer gemeinsamen Anstrengung die Verteilungsgerechtigkeit und die Leistungsgerechtigkeit im GFG angehen. Herr Engel hat zu Recht darauf hingewiesen, dass auch das Stichwort Gemeindefinanzreform genannt werden muss.

Hier gibt es keine simple Lösung, aber es gibt eine Aussage: Alle müssen das tun, was jeder Familienhaushalt auch tun muss, nämlich nicht mehr ausgeben als einnehmen. Das ist der entscheidende Punkt. Hier müssen Bewegungen erkennbar sein. Da kann nicht die Antwort lauten: Wir haben alles getan, es geht nicht mehr. – Die Fragen, die sich stellen, liegen im Bereich der freiwilligen Ausgaben. Sie stellen sich aber auch im Bereich des Personalhaushalts und des Verwaltungshaushalts. Sie stellen sich auch bei den Zuschüssen und reichen bis hin zu der Frage, mit welchem Aufwand gesetzliche Leistungen erbracht werden.

Meine Damen und Herren, auch in diesen Fragen gibt es deutliche Unterschiede in den verschiedenen Kommunen. Da muss man sich an den Besten orientieren und nicht darauf verweisen, dass man die Kraft nicht findet, vor Ort entsprechende Beschlüsse zu fassen. – In diesem Sinne herzlichen Dank!

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind und über den Eilantrag bzw. seinen Inhalt direkt abstimmen können.

Wer dem Inhalt des **Eilantrags** der Fraktion der SPD mit der **Drucksache 14/7870** zustimmen möchte, den bitte ich die Hand zu heben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Eilantrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

10 Transparenz bei der Verwendung von Studiengebühren herstellen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7828

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7888

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD dem Kollegen Schultheis das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir erinnern uns, im Juni dieses Jahres beschloss die Koalition eine erste landesweite Studie zur Verwendung von Studiengebühren als Legitimation für ihr vermeintlich gutes Handeln in dieser Sache. Die Umstände, unter denen diese Studie in Gang gesetzt worden ist, müssen sicherlich noch aufgeklärt werden. Aber das soll nicht Thema des heutigen Berichts- und Diskussionspunkts sein.

Meine Damen und Herren, diese Studie hat allerdings niemand mehr ernst genommen, als sich herausstellte, dass die Aussagekraft bei rund 0,4 Promille lag. Es waren nur 161 Studierende befragt worden. Von den 29 Hochschulen, die in Nordrhein-Westfalen Studiengebühren erheben, hatten die Autoren fünf Hochschulen besucht. Man hatte jedoch von allen Hochschulen entsprechende Berichte eingeholt.

Abgesehen davon, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich auch hier wieder zeigte, wir wertlos die Ergebnisse waren, war es genau dieser Punkt, der in meiner Fraktion zu Nachfragen führte. Wir hatten uns nämlich parallel dazu die vorliegenden Verwendungsberichte der einzelnen Hochschulen angesehen. Das Ergebnis war: Die Zahlen aus der Studie und die Zahlen, die der Öffentlichkeit vorgelegt wurden, waren zum Teil nicht identisch und zum Teil detailgetreu.

Ab diesem Moment musste jedem klar sein, dass die Landesregierung über ein zweites Berichtswesen verfügt, das sie den Autoren zur Verfügung gestellt haben musste.

Ich bin meiner Kollegin Hendricks sehr dankbar, die dann der Landesregierung eine entsprechende Anfrage stellte und die Antwort von Ihnen bekam, dass es dieses parallele Berichtswesen abseits der Öffentlichkeit tatsächlich gibt, und nicht nur das – es muss sogar semesterweise berichtet werden.

Was uns noch mehr wunderte, war der Inhalt der Berichte. Die Verwendung der Studiengebühren, Modalitäten der Aufkommensverteilung in der Hochschule, Arbeit des Prüfungsgremiums, anhängige Klageverfahren und schließlich auch die Informationsstrategie der Hochschulen sind angeforderte Berichtspunkte. Insbesondere die Punkte vier und fünf, also anhängige Klageverfahren und Informationsstrategie, sind sehr fragwürdig für jemanden, der doch behauptet hat, das Erheben und Verwenden sowie Informieren über Studiengebühren sei nicht seine Aufgabe, sondern die Sache jeder einzelnen Hochschule selbst.

Gemessen an ihren eigenen ordnungspolitischen Vorgaben, Herr Minister, muss man fragen: Was gehen Sie die Klagen der Studierenden und deren Daten noch an? Warum ist immer noch bei jedem Verfahren ein Vertreter der Landesregierung im Gerichtssaal? Kann es sein, dass die Freiheit doch nicht für alle gelten soll?

Dieser Verdacht liegt natürlich besonders nahe, wenn Sie behaupten, dass ein Anspruch der Studierenden auf Einsichtnahme in die Berichte der Hochschulen an die Landesregierung nicht besteht. Dieses Denken steht aus unserer und auch aus meiner persönlichen Sicht einem FDP-Minister überhaupt nicht gut an.

(Beifall von der SPD)

Nehmen Sie sich hier bitte nicht Ihren Kollegen Wolf zum Vorbild; dessen Verhaltensweisen und der Umgang mit Daten war hier schon verschiedentlich ein Thema.

Die Veröffentlichung der Berichte würde aber nicht nur für Transparenz nach außen, sondern auch nach innen sorgen. An manchen Hochschulen erfahren die Studierenden so gut wie gar nichts über die Verwendung ihrer Studiengebühren. Man muss

klar sagen: Ein DIN-A4-Blatt als Nachweis über die Verwendung von Millionen an Euros in einem Jahr ist ein Vorgehen, das nicht nur zu kritisieren, sondern einfach nicht hinzunehmen ist.

Ich weiß, hier sind manche Hochschulen besser als andere – gar keine Frage –, und wir sollten die besten Hochschulen zum Vorbild erheben und den Hochschulen klar sagen: So muss ein Bericht aussehen. Wir müssen eine Vergleichbarkeit der Berichte herstellen. Nur so können wir Transparenz erzeugen.

Es kann nicht Aufgabe der Studierenden sein, sich jeden Millimeter selbst erkämpfen zu müssen. Es muss ein klarer Kriterienkatalog für das Berichtswesen her. Das hätte aus meiner Sicht einen interessanten Nebeneffekt, denn wenn die Hochschule die Verwendung der Studiengebühren offenlegen muss, können die Studierenden überprüfen: Wurden wir ausreichend beteiligt? Das Prüfungsgremium selbst kann hinschauen: Wurde ordentlich verwendet?

Beides – das muss klar gesagt werden – findet oft oder noch immer nicht statt. Warum? Weil Transparenz fehlt. Wer hat diese Transparenz nicht gewollt und warum nicht? Weil Sie immer noch verschleiern wollen. Studiengebühren, meine Damen und Herren, Herr Minister, sind eben keine zusätzlichen Haushaltsmittel, die Sie bereitstellen.

(Beifall von der SPD)

Es geht um eine Verschleierung dessen, was mit diesen Studiengebühren wirklich geschieht. Studiengebühren sind in diesem Land nichts anderes als eine verdeckte Sondersteuer zur Finanzierung der Hochschulen.

Auf die Fragen, wer das Sanierungsprogramm für die Hochschulen bezahlt und ob unter Umständen dafür auch Studiengebühren herangezogen werden sollen, haben wir vom Herrn Minister keine klare Antwort erhalten. Das ist ein weiterer Beweis dafür, meine Damen und Herren. Ich hoffe, dass Sie hier für mehr Klarheit sorgen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Karl Schultheis (SPD): Frau Präsidentin, ich höre auf, meine Redezeit ist zu Ende. – Wir erwarten mehr Klarheit und einen klaren Kriterienkatalog, sodass für Transparenz gesorgt werden kann und diese Transparenz auch alle Interessierten und Beteiligten nutzen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Als nächster Redner spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Hollstein.

Jürgen Hollstein^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der ehemalige Kölner Regierungspräsident, Franz-Josef Antwerpes, hat einmal gesagt: „Ich könnte 20 Stunden reden, ohne mich zu wiederholen – oder ohne es zu merken.“

Ein bisschen erinnert mich dieses Zitat auch an die Thematik hier. Das Thema Studienbeiträge wird endlos thematisiert, und es sind doch immer nur Wiederholungen.

(Beifall von der CDU)

Wir haben uns in den vergangenen Jahren in ca. zehn Anträgen, in 30 Kleinen Anfragen, in einer ganzen Reihe von Mündlichen Anfragen und in mehreren Anhörungen mit diesem Thema beschäftigt.

Fazit: Die SPD hat das Thema „Studienbeiträge“ letztlich akzeptiert und kämpft – wie wir heute merken – in kleineren Nachhutsgefechten immer noch gegen ein paar Windmühlen. Die Grünen sind – das muss man Ihnen zugestehen – konsequent geblieben und gehen immer noch einen Schritt weiter. Sie fordern nämlich die Abschaffung der Studienbeiträge, was die SPD nachweislich nicht tut. Aber: Niemand von Ihnen sagt, wie man denn die mehr als 300 Millionen € pro Jahr, die an den Hochschulen ankommen, kompensieren könnte.

Fakt ist: Die Opposition hat sich mit allen Anträgen und Anfragen zu diesem Thema blamiert. Angefangen hat es damals mit der Frage, ob denn Studienbeiträge überhaupt zulässig sind. – Natürlich sind sie es!

Dann wurden die Studienbeiträge tatsächlich für alles Mögliche verantwortlich gemacht: Angebliche Chancenungleichheit,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Was heißt denn „angeblich“?)

angebliche Eingeschränktheit der Mobilität, angeblich zurückgehende Studierendenzahlen – Herr Eumann, wenn Sie zuhören, können Sie vielleicht noch etwas lernen –,

(Beifall von CDU und FDP)

angeblich rückläufige Landesmittel für die Hochschulen! Zwischenzeitlich gab es einmal als Hit die angeblich missbräuchliche Verwendung.

Jeder, aber auch wirklich jeder dieser Vorwürfe konnte entkräftet werden und löste sich letztlich in Wohlgefallen auf.

Das hat einen guten Grund, der einzig und allein darin liegt, dass das NRW-System für Studienbeiträge gut gemacht ist, sozial verträglich ist und bei den Hochschulen das Geld genau dort ankommt, wo es erforderlich ist,

(Beifall von der CDU)

nämlich bei der Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre. Das wird auch von den Studierenden akzeptiert. Ich bin mir sicher, dass das auch von den drei neuen Fachhochschulen mit 10.000 neuen Studienplätzen, über die wir eben schon einmal gesprochen haben, akzeptiert. Im Moment läuft nur noch der Wettbewerb um die Orte.

Das wird auch in der eben schon einmal zitierten Studie bestätigt, über die wir am 12. Juni dieses Jahres im Ausschuss debattiert haben. Dort steht genau das, dass nämlich die Studienbeiträge akzeptiert werden.

Auch der heutige Ansatz der angeblich fehlenden Transparenz ist nicht neu. Das ist ein alter Hut, den Sie am 7. März vergangenen Jahres schon einmal hier im Plenum eingebracht haben. Damals haben Sie schon einmal gefordert, Hochschulen brauchten klare Rahmenbedingungen und Vorgaben. Ich habe Ihnen damals schon entgegengehalten, dass dies Ihr altes sozialistisches Denken ist und Sie entlarvt, aber Hochschulen nicht gegängelt, bevormundet oder an der kurzen Leine geführt werden dürfen.

Genau das praktizieren wir, genau das, was Sie nicht verstanden haben, nämlich eine neue Politik der Hochschulfreiheit, für die wir bundesweit und darüber hinaus gelobt und letztlich beneidet werden.

(Beifall von der CDU)

Heute wiederholen Sie Ihre alten Forderungen nach Vorgaben und Bevormundungen in derselben Form. Meine Damen und Herren, wenn wir diesen Antrag ablehnen, sind wir nicht gegen Transparenz.

Ganz im Gegenteil: Wir wollen Transparenz und Offenheit. Wir stehen für schärfstmögliche Kontrolle der Verwendung von Studienbeiträgen, und zwar durch die Hochschulen und die Studierenden selbst. In § 11 Abs. 2 des Gesetzes ist festgeschrieben, dass die Gremien zur Hälfte mit Studierenden besetzt sein müssen. Die Hochschulen beweisen tagtäglich Transparenz im Umgang mit den Geldern, die bei ihnen eingehen.

Wenn Sie das nicht glauben, so rate ich Ihnen, einmal einen Blick ins Internet zu werfen. Das reicht. Zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung habe ich mir einmal die Uni Bonn, die Uni Köln, die Fachhochschule Köln, die Ruhr-Uni Bochum, die Universitäten Siegen, Bielefeld und Paderborn angeschaut. Meistens braucht man ein oder zwei Mausclicks von der Startseite bis hin zu einer wirklich detaillierten Aufstellung dessen, was mit den Studienbeiträgen gemacht wird.

Hätte ich mir das alles ausgedruckt, wären wahrscheinlich mehr als 500 Seiten zusammengekommen. Sie finden wirklich bis auf den Cent genau, wofür das Geld verwandt wird. Wenn Sie noch ein bisschen genauer hinschauen, finden Sie auch die alten Zahlen, die belegen, dass sich die öffentliche

Hochschulfinanzierung in keinster Weise verändert hat.

Sie können natürlich noch einmal in diesen Bericht hineinschauen. Das Ministerium hat bereits angekündigt, dass das keine einmalige Aktion war, sondern dass im Jahr 2009 noch einmal ein Bericht vorgelegt wird. Ich bin sicher, dass sich der Minister dazu gleich noch äußern wird.

Ich vermute, dass Sie weiter Anträge in diese Richtung stellen werden. Das lässt sich wahrscheinlich nicht verhindern. Seien Sie gewiss: Wir nehmen das sportlich! Vielleicht erinnern Sie sich noch einmal an Franz-Josef Antwerpes, und vielleicht merken Sie doch noch irgendwann, dass Sie sich letztlich nur wiederholen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Hollstein, der Kollege Schultheis würde Ihnen gerne noch eine Zwischenfrage stellen.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, dann hat als nächster Redner für die Fraktion der FDP der Kollege Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Vielen Dank für das Wort! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Dieser Antrag der Fraktion der SPD hat zwei Stoßrichtungen: So geht es darum, landesweit eine Art Controlling einzuführen, damit wir über die landesweiten Wirkungen informiert werden. Dagegen ist nichts zu sagen. Auch wir begrüßen es, wenn wir verlässliche Zahlen darüber bekommen, was durch die Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen bewirkt worden ist.

Das ist der Grund dafür, warum seitens der Landesregierung eine Studie beim Stifterverband und beim Studentenwerk in Auftrag gegeben worden ist. Diese Studie haben wir hier verschiedentlich diskutiert.

Herr Schultheis, Sie haben heute wieder den Eindruck erweckt, diese Studie würde wissenschaftlichen Standards nicht genügen. Das haben Sie an verschiedenen Stellen schon getan.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist auch so!)

Sie haben heute sogar wieder angedeutet, möglicherweise sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen. Gerade auch aus Respekt vor dem Deutschen Studentenwerk will ich Ihnen sagen, dass Sie entweder die Belege – wenn Sie sie denn haben – vorlegen, dass da etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen ist, oder aufhören, diese Institution in der Weise zu beschädigen, wie Sie das hier tun. Sie müssen sich entscheiden.

(Beifall von der CDU)

Das Deutsche Studentenwerk ist nun wirklich keine Vorfeldorganisation von CDU oder FDP. Insofern ist das, was Sie machen, aus meiner Sicht nicht redlich.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Unseriös!)

Wir haben ein Interesse an landesweiten Vergleichszahlen. Zunächst war es nur möglich, eine Stichprobenuntersuchung zu realisieren. Aber es wird der Öffentlichkeit noch vor der nächsten Landtagswahl eine breiter angelegte Untersuchung zugänglich gemacht werden.

Das tun wir nicht, weil wir uns nur verpflichtet fühlen würden, darüber zu berichten, was der Gesetzgeber an Wirkungen erzielt hat, sondern weil wir überzeugt davon sind, dass wir mit den Ergebnissen vor den Wähler werden treten können. Wir glauben, dass durch Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen die Studiensituation an unseren Hochschulen ganz konkret verbessert worden ist. Wir haben mehr Qualität.

(Beifall von der CDU)

Die Betreuungsrelation ist verbessert worden. Die Zugangsmöglichkeiten zu Hochschuleinrichtungen sind verbessert worden. Das werden wir mit einer nächsten Studie auch in Zahlen belegen.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Was haben Sie zugerufen?

(Karl Schultheis [SPD]: Die Studierenden finanzieren sich selbst!)

– Nein, die Studierenden finanzieren *mit*. Deshalb ist es ja auch richtig, von einem „Beitrag“ zu sprechen. Sie, Herr Schultheis – es ist Ihnen verschiedentlich schon gesagt worden –, sprechen immer von „Studiengebühren“. Dabei haben Sie den Gebührenbegriff aus dem öffentlichen Recht offenbar gar nicht verinnerlicht. Gebühr heißt: Es gibt eine Kostendeckung. Beitrag heißt: Es gibt keine Kostendeckung, sondern es ist nur eine zusätzliche Finanzierung. Bei Studienbeiträgen ist das Verhältnis 1:10. Auf einen Euro privates Geld kommen etwa zehn Euro öffentliches Geld.

Das ist jedem zuzumuten, zumal die Studierenden in die eigene Qualität investieren. Das ist nicht so wie bei Ihrem Studienkontenmodell damals, als die Gelder in die Hände des Landesfinanzministers flossen. Landesfinanzminister, egal welcher Partei sie angehören, haben immer klebrige Hände. Da bleibt was hängen. Deshalb fließen unsere Studienbeiträge direkt in die Haushalte der Hochschulen, damit sie dort Verwendung finden können.

Da bin ich beim zweiten Punkt: Wir verfolgen einfach eine andere Philosophie, eine andere Ordnungspolitik als Sie. Schon bei der Einführung von Studienbeiträgen haben wir nicht auf eine landesgesetzlich einheitliche Lösung gesetzt, sondern haben der einzelnen Hochschule, der einzelnen

Hochschulgemeinde die Freiheit eröffnet, zu entscheiden, ob sie Beiträge erheben will und in welcher Höhe.

Deshalb passt es systematisch nicht dazu, jetzt eine Detailvorgabe zu formulieren, in welcher Weise hier berichtet werden soll. Sie waren ja immerhin so fair, Herr Schultheis, zu sagen, dass es Standorte gibt, die auch in vorbildlicher Weise über die Verwendung berichten.

Ich biete Ihnen an, dass wir gemeinsam diese Best-Practice-Beispiele bekannt machen. Dazu sind wir gerne bereit. Wenn ich das richtig sehe, dann ist das Ministerium auch schon darum bemüht, diese besten Beispiele im Land bei den Hochschulen bekannt zu machen.

Wo wir Ihnen nicht folgen werden, ist, eine andere Hochschulphilosophie wieder durch die Hintertür hier in Nordrhein-Westfalen einzuführen, nämlich Ihre Philosophie der Planung, der Verwaltung von Düsseldorf aus. Das wollen wir nicht mehr. Das hat sich nicht bewährt. Wir setzen auf dezentrale Lösungen, auf die Kreativität und die Innovationskraft, die damit verbunden ist. Und wir glauben, dass wir unseren Hochschulen damit einen Dienst tun.

Das zeigt sich doch jetzt daran, dass von Bayern der Ruf ausgeht, dass an den dortigen Hochschulen endlich die Regelungen des nordrhein-westfälischen Hochschulfreiheitsgesetzes auch anwendbar werden. Das waren die Wünsche der Rektoren der bayerischen Hochschulen an die neue bayerische Staatsregierung: Gebt uns das nordrhein-westfälische Hochschulfreiheitsgesetz; das brauchen wir auch! – Wann hat es das zuletzt gegeben, dass die süddeutschen Länder einmal etwas von Nordrhein-Westfalen übernehmen wollen?

(Karl Schultheis [SPD]: Wer hat denn da gerufen?)

Das wollen wir uns nicht zunichte machen lassen. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Frau Kollegin Dr. Seidl das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hollstein, natürlich können wir ins Internet gucken. Natürlich wissen wir auch, dass es Prüfungsgremien gibt, und wir wissen auch, wie sie besetzt werden. Aber wir bekommen auch sehr viele Briefe.

Aber – und das ist die Steigerung –: Wir bekommen auch Petitionen, in denen zum Ausdruck kommt, zum Beispiel von der Universität Köln, dass es viel

zu langsam geht, dass die Fälle nicht in der richtigen Zeit bearbeitet werden können und dass es einfach nicht funktioniert. Die Studiengebühren werden dann auch nicht zurückgezahlt, obwohl das vielleicht nötig wäre. Ist Ihnen das eigentlich bewusst?

(Zuruf von Jürgen Hollstein [CDU])

Aus unserer Sicht ist die Bilanz der Studiengebühren – auch zwei Jahre nach ihrer Einführung – verheerend. Inzwischen wird auch von niemandem mehr bestritten, lieber Herr Lindner, dass Studiengebühren junge Menschen

(Jürgen Hollstein [CDU]: Ich bestreite das!)

davon abschrecken, ein Studium aufzunehmen.

(Christian Lindner [FDP]: Ich bestreite das!)

– Nein. – Lediglich hinsichtlich des Ausmaßes gibt es hier unterschiedliche Einschätzungen. Doch unabhängig davon, ob es 10.000, 5.000 oder 2.000 sind, die abgeschreckt werden, können wir es uns nicht erlauben, auf eine einzige Bewerbungsreserve zu verzichten.

(Christian Lindner [FDP]: Vielleicht prüfen die sich besser!)

Eine Politik, die stattdessen Zugangshürden aufbaut, verbaut nicht nur individuelle Zukunftschancen, sondern ist auch angesichts des Fachkräftemangels, den wir vor Kurzem noch in einer großen Anhörung diskutiert haben, ein Desaster, ein Desaster für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann das auch durch die jüngsten Zahlen untermauern. 2002 gaben 27 % der Abiturienten und jungen Menschen mit Fachhochschulreife an, nicht studieren zu wollen. Vom Abiturjahrgang 2006 war dies mit 32 % bereits nahezu jeder Dritte. Diese Tendenz habe sich auch 2007 fortgesetzt, hält uns noch am vergangenen Sonntag der Präsident des Studentenwerkes, Rolf Dobischat, vor. Und Sie bestreiten das immer noch.

Da folgt eine Studie auf die andere, die mit solchen Zahlen arbeitet, und Sie sagen: Ich persönlich glaube das aber nicht. – Ich finde, das ist die traurige Bilanz Ihrer Privat-vor-Staat-Politik, Herr Minister Pinkwart. In den vergangenen Jahren haben immer mehr Schülerinnen und Schüler die Hochschulreife erworben, doch immer mehr entscheiden sich inzwischen gegen ein Studium. Wir haben unsere Zahlen ausgetauscht; Sie haben ja eben gesagt, unsere Zahlen seien seriös, Herr Lindner.

(Zurufe von Minister Dr. Andreas Pinkwart und Christian Lindner [FDP])

Und, was noch schlimmer ist, ist dabei die offensichtliche soziale Schieflage. Während 70 % der Abiturienten aus Akademikerfamilien bereits ein

halbes Jahr vor ihrer Reifeprüfung bei Umfragen nahezu selbstverständlich eine feste Studienabsicht bekunden, gilt dies nur für 55 % der Schülerinnen und Schüler aus Nicht-Akademikerinnenfamilien.

Einen deutlicheren Beweis für das Versagen Ihrer schwarz-gelben Regierung bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels kann es aus unserer Sicht kaum geben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dabei brauchen wir zukünftig mehr gut ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker, wenn wir den Herausforderungen der Wissensgesellschaft begegnen wollen, doch diese Landesregierung entwickelt hier offensichtlich keine Zukunftskonzepte.

(Christian Lindner [FDP]: Kommen Sie auf das Thema zurück!)

Mehr noch: In den vergangenen beiden Jahren häufen sich dann eben auch erschreckende Meldungen über die Verwendung dieser sogenannten Studienbeiträge. Es zeigt sich, dass ein großer Teil der Gebühren nicht zur Verbesserung der aktuellen Studienbedingungen, sondern für Verwaltungskosten, für Rücklagen oder für die Weiterfinanzierung bereits bestehender Angebote zweckentfremdet wird.

(Jürgen Hollstein [CDU]: Stimmt doch nicht!)

Diese Berichte erreichen uns vonseiten der Studierenden immer wieder.

(Christian Lindner [FDP]: Beispiele! Nennen Sie einmal einschlägige Beispiele!)

Obwohl die Hochschulen seit zwei Jahren Studiengebühren kassieren, hat sich an den Studienbedingungen nichts Substanzielles verbessert.

(Christian Lindner [FDP]: Nennen Sie Beispiele!)

Ein Teil der Einnahmen fließen in den Ausgleichsfonds der NRW.BANK, und ein weiterer großer Teil wird für die Verwaltung der Gebühren aufgewendet. Der große Rest versickert im System.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Dr. Seidl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schultheis?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Schultheis (SPD): Frau Kollegin Dr. Seidl, halten Sie es für einen sachgerechten Einsatz von Studiengebühren, dass in dieser Woche in der Uni-

versität Bonn beschlossen worden sein soll, für 600.000 € die Toiletten sanieren zu lassen?

(Christian Lindner [FDP]: Das ist da auch bitter nötig! Ich weiß das! Ich habe da studiert!)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Ich habe den Brief einer entsetzten Studierenden aus Bonn bekommen, der genau diesen Inhalt hat. Ich brauche das also nicht zu bestätigen. Anscheinend weiß Herr Lindner auch Bescheid.

(Christian Lindner [FDP]: Ich weiß, wie die Toiletten dort sind, weil ich da studiert habe! Das ist bitter nötig!)

– Die Frage ist nur, ob dafür Studiengebühren verwendet werden sollen. Wir meinen, nein!

Die von Ihnen bei Studentenwerk und Stifterverband in Auftrag gegebene Studie bemängelt im Übrigen die fehlende Transparenz bei der Verwendung der Studiengebühren insbesondere gegenüber den Studierenden. Das ist Ihre Studie, von der Sie gesagt haben, dass sie in Ordnung sei und dass man mit ihr umgehen könne.

Die Studie besagt auch, dass es im Senat offensichtlich nicht genügend Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten der Studierenden bei der Entscheidung gibt, wohin die Gelder fließen sollen.

Darüber hinaus haben die befragten Prüfungskommissionen laut der Aussage des Stifterverbands und des Studentenwerks keinen klaren Auftrag vom Land erhalten. Der Punkt ist doch gerade, dass sie einen Auftrag haben wollen, und das hat nichts, aber auch gar nichts mit Bürokratie zu tun hat.

Zieht man einen Schlussstrich unter dieses unsägliche Kapitel, kann man zusammenfassend nur feststellen: Die Studiengebühren von Schwarz-Gelb waren an keiner, aber auch an gar keiner Stelle eine Erfolgsmeldung wert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Christian Lindner [FDP]: Zum Antrag haben Sie nicht gesprochen, Frau Seidl!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will, nachdem Frau Seidl nicht zum aktuellen Antrag gesprochen hat, mir die Mühe machen, Stellung zum Antrag zu beziehen.

Er geht darauf ein, dass der AStA in Bonn keine hinreichenden Informationen erhalten habe. Das ist, was den ersten Anlauf betrifft, wohl auch richtig

gewesen, da die Verwaltung der Universität Bonn zunächst einen nur sehr kurzen Verwendungsbericht abgegeben hat. Der AStA hat das kritisiert, was auch sein gutes Recht ist. Daraufhin hat die Hochschulleitung einen 50-seitigen ausführlichen Bericht erstellt.

Das zeigt, dass die Hochschulen offensichtlich in der Lage sind, in eigener Verantwortung richtig zu handeln. Sie bedürfen insofern also keiner Bevormundung und keiner Vorschriften. Die Erhebung und die Verwendung der Studienbeiträge unterliegen der Selbstverwaltung der Hochschulen. Wir trauen den dort Verantwortlichen inklusive der Studierenden auch zu, das ordentlich machen zu können.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Übrigen ist es sehr bemerkenswert – ich hätte Ihnen sehr anempfohlen, das noch einmal nachzulesen, bevor Sie den Antrag geschrieben haben, Herr Schultheis –, dass sich der AStA der RWTH Aachen in einer Expertenanhörung des Landtags am 28. Februar 2008 wie folgt geäußert hat – ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin aus dem Landtagsprotokoll zitieren –:

Ich möchte (...) davor warnen, (...) zusätzliche Verwaltungsvorschriften und Verwendungskataloge an den Hochschulen zu erlassen. (...) Hier noch von außen zusätzliche Berichtspflichten oder Maßnahmenkataloge vorzugeben, würde vor Ort zu sehr großen Problemen führen (...).

So viel zur Sicht der Studierenden.

(Zurufe)

– Es fällt Ihnen schwer, das zu akzeptieren. – Die Studierenden sind für uns keine anonyme Größe, sondern das wichtigste Kapital in den Hochschulen. Es sind erwachsene Menschen, die das gute Recht haben, selbst mitgestalten zu können, wie die Mittel eingesetzt werden sollen. Das wissen sie viel besser, als es vielleicht der Landtag oder die Landesregierung wüsste. Deswegen ist es gut, wenn sie das selbst in die Hand nehmen wollen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schultheis?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Bitte schön.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Herr Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Herr Minister, die Äußerung von Herrn Siegel ist mir bekannt. Nun kennen Sie

auch die politische Zusammensetzung des AStA der RWTH Aachen. Deshalb ist das sicherlich die Meinung eines einzelnen AStA-Vorsitzenden, der in der Anhörung zu Wort gekommen ist.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Das LandesASten-Treffen, also die versammelte Mehrheit der ASten in Nordrhein-Westfalen, sieht dies ganz anders als Herr Siegel. Es ist sein gutes Recht, das anders zu sehen, aber daraus abzuleiten, dass alle ASten und die studentischen Vertretungen in Nordrhein-Westfalen der Meinung sind, dass es hier ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Würden Sie bitte eine Frage formulieren, Herr Kollege Schultheis!?

Karl Schultheis (SPD): Meine Frage lautet, ob der Minister bereit ist anzuerkennen, dass es sich hier um eine Einzelmeinung handelt und nicht um die Meinung der Mehrheit der ASten in Nordrhein-Westfalen.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich finde, das ist ein hochbeachtlicher Vorgang, den wir im Protokoll gedruckt wiederfinden und auch verbreiten werden, Herr Schultheis. Es ist ein ungeheurer Vorgang an einem Tag, an dem Sie Ihren Landtagsvizepräsidenten in Bezug auf das Demokratieverständnis gefeiert haben.

Hier handelt es sich um einen AStA-Vorsitzenden, der aus demokratischen Wahlen der RWTH Aachen, einer Universität in Ihrem Wahlkreis, hervorgegangen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Dem wollen Sie absprechen, für die Studierenden in Aachen zu sprechen, nur weil er nicht Ihre Meinung vertritt? Das ist dasselbe Demokratieverständnis wie das von Herrn Lafontaine, der nur das als demokratisch bezeichnet, was seiner Meinung entspricht. Es ist ein ungeheurer Vorgang, wie Sie mit der Studierendenvertretung umgehen.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von Karl Schultheis [SPD])

Ich kann mir doch nicht nach der politischen Färbung aussuchen, ob mir eine Stimme aus der Hochschule gefällt. Ich habe aus einem Landtagsprotokoll einer Anhörung zitiert, in der ein AStA-Vorsitzender seine Meinung kundgetan hat. Das sprechen Sie ihm ab, weil er nicht Ihre Färbung hat?! Das ist ein ungeheurer Vorgang!

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Nein, so geht das nicht. So können wir nicht miteinander diskutieren. Das halte ich nicht für in Ordnung.

(Zuruf von Markus Töns [SPD])

Ich möchte in meinem Debattenbeitrag fortfahren.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Zurufe von der SPD)

– So lassen wir das nicht durchgehen. So geht das nicht.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist ein unglaublicher Vorgang!)

Es ist ein genauso unglaublicher Vorgang, wie Sie in Ihrem Beitrag noch einmal fälschlicherweise behaupten, dass die Studienbeiträge zu kompensatorischen Finanzierungsmaßnahmen dienen. Sie haben einen Bericht von unabhängigen Dritten vorgelegt bekommen, der die Rechtmäßigkeit der Mittelverwendung ausdrücklich feststellt.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Der Gesetzgeber sieht vor, dass eine kompensatorische Mittelverwendung nicht zulässig ist. Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. Das finde ich ungeheuerlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen verfügen pro Jahr insgesamt über 450 Millionen € an zusätzlichen Mittel.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Davon kommen 270 Millionen € aus Studienbeiträgen. Weitere 180 Millionen € stammen aus öffentlicher Finanzierung. Woraus wollen Sie ableiten, Herr Schultheis, dass Studienbeiträge kompensatorisch Kürzungen an anderer Stelle finanzieren? Dann können Sie offensichtlich nicht mit den Grundrechenarten umgehen.

(Beifall von der CDU)

Denn wenn von den 450 Millionen € Gelder in Höhe von 270 Millionen € aus Studienbeiträgen kommen, stammen 180 Millionen € zusätzliche Mittel aus öffentlichen Kassen. Wo ist die kompensatorische Wirkung?

(Marc Jan Eumann [SPD]: Es wird nicht besser! – Zuruf von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Sie können es nicht belegen, sondern setzen bewusst falsche Informationen in die Welt, um zu verunsichern und um junge Menschen von einem guten Studium abzuschrecken,

(Zurufe von der SPD)

statt ehrlich anzuerkennen, dass die Hochschulen seit Jahren noch nie so gut finanziert waren wie jetzt.

(Beifall von der CDU – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir haben außerdem seit Langem kein so gutes Studium anbieten können wie in diesen Tagen.

Das wollen Sie nicht anerkennen; ich kann verstehen, dass Sie Probleme damit haben. Aber bitte nutzen Sie es nicht, um die Talente in unserem Land von einem guten Studium an unseren Hochschulen abzuschrecken, sondern nutzen Sie es fair, damit die jungen Menschen eine gute Chance haben. An unseren Hochschulen können sie sie bekommen. Es liegt auch in Ihrer Verantwortung, den jungen Menschen das zu vermitteln. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/7828** inklusive des **Entschließungsantrags Drucksache 14/7888** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehe, habe ich eine **Rüge** auszusprechen, die den Abgeordneten Hans-Theodor Peschkes betrifft. Er hat in der heutigen Plenarsitzung in einem Zwischenruf bei Tagesordnungspunkt 3 den Kollegen Papke als Heuchler bezeichnet. Auch wenn die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt von allen Seiten sehr engagiert geführt wurde, muss man feststellen, dass dieser Begriff unparlamentarisch ist und deshalb gerügt werden muss.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

11 Voraussetzungen für ein erfolgreiches Digitalradio

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7786

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7908

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU dem Kollegen Jarzombek das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Jarzombek* (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Uns liegt ein Antrag zum Digitalradio vor, bei dem es sich, wie ich finde, um eines der spannendsten Themen in der Medienpolitik handelt, denen man sich derzeit widmen kann.

Wir haben zehn Jahre der Entwicklung des digitalen Radios hinter uns. Am Anfang gab es zwei Konkurrenten, die gestartet sind. Das eine System heißt DAB; das andere System ist das Internet. Nach zehn Jahren gibt es einen relativ einfachen Status quo. Insgesamt wurden etwa 200.000 DAB-Radios verkauft. Im Internet hören mittlerweile laut der ARD/ZDF-Onlinestudie 10 Millionen Menschen zumindest gelegentlich Radio.

Dieser Unterschied ist drastisch und zeigt, dass sich das alte System DAB nicht durchsetzen konnte. Inzwischen glaubt niemand mehr, dass man damit die Zukunft bestreiten kann. Wir führen zurzeit eine Diskussion über das weitere Vorgehen. Seit der Wellenkonferenz RRC 06 wird darüber debattiert, ob man den Neustart des terrestrischen Rundfunks DAB+ wagen sollte. Die Diskussionen haben wir sehr intensiv miterlebt. Seit Langem habe ich eine durchaus kritische Haltung zu diesen Vorgängen. Man muss aufpassen, um nicht die Fehler des alten Systems zu wiederholen.

Als Ergebnis lässt sich feststellen: Bei der Entwicklung von DAB haben wir Gebührengelder in Höhe von fast 200 Millionen € in die Hand genommen, um ein System zu bauen, das offensichtlich bei den Menschen keine Akzeptanz fand. Ich wiederhole die Zahl: 200.000 verkaufte Geräte im Vergleich zu 300 Millionen UKW-Radios.

Deshalb trägt unser Antrag den Titel „Voraussetzungen für ein erfolgreiches Digitalradio“. Es geht dabei um folgende Maxime: wirtschaftliche Vernunft statt naiver Technikgläubigkeit. Wir machen gern alles mit, wollen aber sicherstellen, dass beim nächsten Anlauf für ein neues System keine finanzielle Situation entsteht, die der alten ähnlich ist.

Weil uns das wichtig ist, möchten wir, dass sich die Regierung in den Verhandlungen für eine feste Verabredung einsetzt: Nach wie vielen Jahren kaufen wie viele Menschen solche Geräte und wie viele Gebührengelder werden dafür in die Hand genommen?

Unsere zweite Forderung ist nicht besonders spannend. Wir wollen das erfolgreiche System des Lokalradios in dem neuen Medium nutzen. Allein die Tatsache, dass wir das beantragen müssen, spricht nicht unbedingt für das neue System, da hierbei alles recht kompliziert wird.

Viele glauben, dass das Internetradio noch nicht richtig weit sei. Ich kann das verstehen, weil es viele Menschen beispielsweise in den Staatskanzleien oder in den Landesmedienanstalten gibt, die seit zehn Jahren an einem digital-terrestrischen Radio gearbeitet haben. Viel Herzblut und gute Arbeit wurden hierfür investiert. Aber am Ende hat es nicht so gegriffen, wie es sollte.

Man darf die Augen nicht vor dem verschließen, was kommt. Ich habe für die Kollegen der SPD ein Zitat des Geschäftsführers von Radio RPR1. mitgebracht, das zu einem Teil der SPD gehört.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Er hat heute verkündet, das sei der erfolgreichste Hörfunksender im Internet. Ich zitiere den Geschäftsführer, der in einer Presseerklärung vom 13. Oktober schreibt:

Die aktuellen Zahlen belegen, dass Radiosender ihre großen On-Air-Reichweiten erfolgreich ins Internet transformieren können ...

Es gab 16,4 Millionen Page Impressions in einem Jahr. Er führt weiter aus:

Wir verdreifachen in 2008 die crossmedialen Umsätze auf siebenstelligem Niveau gegenüber Vorjahr und sehen für 2009 weiter große Wachstumschancen.

Dieses Zitat ist nicht singular. Viele Radio- und Medienmacher sehen die Zukunft in diesem neuen Medium. Wenn man zur Erkenntnis kommt, das DAB+ nicht mehr das richtige System ist, ist es wichtig, das neue Medium aktiv mitzugestalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Man darf sich nicht zurückziehen und abwarten, wie amerikanische Konzerne bei uns Radiopolitik machen und wie sie die Unternehmen oder deren Erträge übernehmen. Man muss vielmehr das Neue gestalten.

Dafür nenne ich Ihnen ein Beispiel. Wir werden uns damit in der nächsten Zeit noch viel intensiver auseinandersetzen. Nokia hat diese Geräte reichlich in Deutschland verkauft: Jedes dritte Handy stammt von Nokia. Bei allen aktuellen Geräten ist ein Radioprogramm eingebaut. Es funktioniert hervorragend, sodass es überhaupt kein Problem ist, Internetradio unterwegs zu empfangen.

Wir kommen gerade aus einem Gespräch mit dem Lokalsender Radio Unna. Im Rahmen dieses Gesprächs haben wir den Chefredakteur gefragt, wo an diesem Nokia-Internetradio, das künftig jeder dritte Deutsche haben wird ... Alle zwei Jahre werden die Geräte ausgetauscht. Ob Sie es wollen oder nicht, Sie bekommen die. Jeder dritte Deutsche wird in ein paar Jahren ein solches Nokia-Internetradio haben, aber Radio Unna vielleicht nicht mehr empfangen, weil es dann nicht gelistet ist. Die Frage, wer im Internet gelistet wird, ist der

neue Engpass in der Zukunft. Wir haben die Frequenzökonomie, die Knappheit der Frequenzen als Staat verwaltet und werden uns künftig im Internet um die knappe Ressource der Auffindbarkeit kümmern müssen.

Ich freue mich deshalb, wenn Sie unserem Antrag zustimmen, und bitte die Landesregierung, neben der kritischen Haltung der norddeutschen Bundesländer ebenfalls diese Position pointiert mit in die Rundfunkkommission zu nehmen.

Was den Antrag der SPD betrifft, lieber Marc Jan Eumann,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Super!)

war das nicht das Werk von großem Engagement. Ihr habt einfach einen Teil unseres Antrags gelöscht und nur das Digitalradio übrig gelassen. Das zeigt: Die SPD ist keine SPD 2.0. Internet, das könnt ihr nicht. Dazu habt ihr keine Meinung, keinen Beitrag. Ihr wollt, dass wir heute zu diesem Thema nichts sagen. Das finde ich schlecht. Wir wollen der Internetstandort Nummer eins werden. Dafür stehen wir hier und heute mit unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Jarzombek. – Als nächster Redner hat für die weitere antragstellende Fraktion der FDP der Kollege Witzel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP sieht die geplante schrittweise Umstellung von einem bisher analogen auf digitalen Empfang im Hörfunk als große Chance zur Überwindung der bisherigen Frequenzknappheit in Nordrhein-Westfalen.

Realität ist: Bisher haben die Hörer in Nordrhein-Westfalen nur die Auswahl zwischen sechs WDR-Sendern und einem örtlichen Lokalradio, abgesehen von Deutschlandfunk und in Teilen empfangbaren Sendern aus Nachbarbundesländern. Wir begrüßen daher die Absicht, dieses Vielfaltsdefizit zu überwinden und den auch von der FDP-Landtagsfraktion stets geforderten breiten Zugang von privaten Rundfunkveranstaltungen zum Markt in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen. Dadurch würde das landesweite regionale und lokale Hörfunkangebot merklich verbessert werden.

Realität ist aber auch: Das Digitalradio wird zwischen zwei bestehende Angebote treten, von denen eines derzeit sehr präsent ist, nämlich das UKW-Radio, in jedem Haushalt, Auto oder Büro. Dieses wird nahezu sicher das Jahr 2020 überleben, so die derzeitigen Prognosen. Denn insbesondere in Autos rollen derzeit diese Geräte durch unser Land und auch in den neuen Wagen vom Produktionsband. Im Gegensatz zum Digitalfernsehen DVB-T werden

also digitales und analoges Radio parallel angeboten.

Niemand kann den Bürgern zumuten, durch das technisch nicht erforderliche Abschalten von analogem Empfang kurzfristig ein wertloses Autoradio oder eine wertlose Stereoanlage besitzen zu müssen und hier zu teuren Neuanschaffungen zu kommen. Also muss das Digitalradioangebot unserer Auffassung nach an Empfangsqualität und Senderanzahl einen spürbaren Mehrwert aufweisen, wofür dann die Verbraucher sicherlich bereit sind, mehr Geld auszugeben. Ein weiteres Argument wäre die geringere Strahlung.

Das Problem ist: Für Investitionen ist immer eine hohe Summe von Gebührengeldern notwendig, um das System DAB+ aufzubauen. Derzeit ist fraglich, wie die beliebten Lokalradios in Nordrhein-Westfalen ohne eine massive Kostenexplosion darauf digital abgebildet werden können.

Unser Ziel und Anspruch muss daher sein: Digital terrestrischer Rundfunk muss sich lohnen für Konsumenten und Anbieter, was das rentable Angebot von regionalen und lokalen privaten Hörfunksendern bedingt, die sich der Hörer wünscht. Deshalb gibt es insbesondere nach dem fatalen Scheitern des Systems DAB, in das gut 200 Millionen € gesteckt wurden, nicht unberechtigte kritische Fragen, zum Beispiel: Wird jeder, dem die bisherigen analogen Sender reichen – das sind insbesondere ältere Menschen –, bei den alten UKW-Geräten bleiben, da er die Kosten für die neue Technik DAB+, die zudem allenfalls mit großen Schwierigkeiten die beliebtesten 45 NRW-Lokalradios abbilden kann, vielleicht nicht auf sich nehmen mag? In Nordrhein-Westfalen sind immerhin mehr als 9 Millionen Menschen, also die Hälfte der Bevölkerung, über 40 Jahre alt und damit erfahrungsgemäß zurückhaltender bei technischen Innovationen, auch wenn wir das hier bedauern mögen.

Die weitere Problematik lautet: Wenn man bereit ist, in neue Technik zu investieren, so wird man auch die zu dieser Zeit noch auf dem Markt erhältlichen Produkte im Sinne einer Marktanalyse mit in die Kaufentscheidung einbeziehen. Hier wird das Internetradio in der Tat als Alternative betrachtet. Das Internetradio ist derzeit noch keine gleichwertige Alternative zu einem digital-terrestrischen Hörfunk in Deutschland. Dies betrifft insbesondere den mobilen Empfang für unterwegs, auch etwa im Auto.

Wir reden aber nicht nur von einer Kaufentscheidung heute, sondern müssen ausdrücklich auch die Marktentwicklung in den nächsten Jahren im Auge behalten. Hier muss eine Technik, die schon heute immer mehr Akzeptanz und Potenzial verzeichnet, berücksichtigt werden. Es ist durchaus nicht unrealistisch, dass viele Jüngere künftig unterwegs das bisherige UKW-Angebot per iPod, CD-Player oder Handy ergänzen und zu Hause vorwiegend das Internetradio nutzen möchten, bis hier ein massen-

hafter mobiler Empfang möglich ist. Wir wollen daher den Erfolg für einen digital-terrestrischen Hörfunk in unserem Land gewährleisten. Insbesondere die lupenreinen öffentlich-rechtlichen Radioprogramme des Deutschlandradios sollten überall in NRW empfangbar sein. Natürlich wirft auch das Internet Fragen der Zukunftsfähigkeit auf, etwa rundfunkrechtliche Fragen oder Fragen nach der technischen Eignung zum massenhaften Dauerbetrieb.

Wir sind aber der Ansicht, dass die Politik die möglichen Szenarien und Fragen im Auge behält und gegenüber den Entscheidungsträgern und Beteiligten öffentlich im Parlament regelmäßig thematisieren muss und wird. Dies hatten wir in der Anhörung mit Experten im Ausschuss begonnen.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

– Herr Eumann, Sie haben sich ja auch mit in die Debatte eingebracht und müssten eigentlich so weit unserem Ziel zustimmen.

Mit den Ausführungen und Anregungen – als solche sind diese zu verstehen – wollen wir als Parlament unsere Kompetenz für den Rundfunkbereich verantwortlich wahrnehmen, ohne die Staatsfreiheit des Rundfunks oder die fachlichen Aufgaben besonderer Gremien wie die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) zu tangieren.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Damit komme ich zu meinem letzten Hinweis. Der Antrag ist eine Mahnung zur wirtschaftlichen Vernunft für den Nachfolger eines gescheiterten und teuren bisherigen Vorstoßes und der Einsatz für die Übernahme erfolgreicher Lokalfunkvielfalt sowie Anerkennung und Wettbewerb um eine bislang gut angenommene Innovation mit guter Zukunftsprognose.

In diesem Sinne setzt sich die FDP weiter für Radiozukunft ein. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Eumann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Marc Jan Eumann (SPD): Ich wäre sehr dankbar für ein Glas Wasser.

(Der Redner erhält ein Glas Wasser.)

– Danke, das ist sehr aufmerksam. Bei der trockenen Rede von Herrn Witzel muss man erst einmal etwas trinken.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Ich dachte, Sie wollen mir das Wasser reichen!)

– Ach ja, Herr Witzel.

Vielleicht darf ich so anfangen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Im traurigen Monat November war's, die Tage wurden trüber, der Wind riss von den Bäumen das Laub, da kamen CDU und FDP mit ihrem vierten medienpolitischen Antrag in dieser Periode über.

Wenn ich Herrn Witzel und Herrn Jarzombek höre, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihre Unterschiede erst einmal intern klären würden, bevor Sie das Parlament damit befrachten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Befruchten!)

Es ist der vierte medienpolitische Antrag. Sie machen ein großartiges medienpolitisches Feuerwerk. Dies ist immer von Erfolg gekrönt; deswegen bin ich bei Ihren parlamentarischen Vorstößen auch so leidenschaftlich. Ich erinnere an den großartigen Antrag aus dem Jahr 2007, den Sie eingebracht haben: Neupositionierung des „Tags der Medienkompetenz“ zum „Tag der Medienzukunft NRW“.

(Horst Engel [FDP]: Historisches Ereignis!)

– Ein historisches Ereignis? Den „Tag der Medienzukunft“ gibt es in Nordrhein-Westfalen gar nicht, denn mit Ihnen ist die Medienzukunft in Nordrhein-Westfalen Vergangenheit, lieber Herr Kollege Jarzombek. Von Web 2.0 und diesen Dingen verstehen Sie vielleicht rhetorisch etwas, aber von den Dingen, um die es wirklich geht, reden Sie nicht. Sie haben es doch in der Hand. Wo war denn der „Tag der Medienzukunft“ beim Medienforum NRW 2007, 2008?

(Minister Andreas Krautscheid: Drei Tage! – Zuruf von Thomas Jarzombek [CDU])

Ihre medienpolitische Zukunft haben Sie hinter sich.

Ich will Ihnen Folgendes sagen, Herr Kollege Jarzombek: Nicht alles in diesem Antrag ist falsch, manches ist sogar richtig.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Aber das Wunderbare an der digitalen Welt wird doch nicht Ihr kleines Karo schwarz oder weiß sein, sondern es geht um das Sowohl-als-auch. Beim Radio heißt das: Natürlich werden immer mehr Menschen über den Distributionsweg Internet – übrigens kein Rundfunkverbreitungsweg, sondern ein Point-to-Point-Verbreitungsweg – Radioinhalte empfangen, aber wir wollen für das Medium Radio, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen eigenständigen Vertriebsweg. Das Medium Radio darf nicht in einer Bitratenflut untergehen, denn es ist ein wichtiges Kulturgut.

Sie haben doch völlig recht: Im Internetradio finden Sie eben nicht die Vielfalt des Lokalfunks in Nord-

rhein-Westfalen, die wir erkennbar gemeinsam erhalten wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Also brauchen wir für den Lokalfunk auch die Vielfalt, meine Damen und Herren.

Sie haben auch recht, was das Thema DAB angeht. Das alles hat die KEF aber mittlerweile den Landesrundfunkanstalten und dem Deutschlandfunk mit auf den Weg gegeben. Die Kriterien sind alle beschrieben.

Jetzt geht es darum: Wie sieht die Zukunft von Radio aus? Wo liegen die Mehrwerte? Wo liegen die Alleinstellungsmerkmale? Auf diese Auseinandersetzung, auf dieses Thema gehen Sie in Ihrem Antrag mit keinem Wort ein. Soll Radio in Zukunft nur noch linear sein oder in einem breiteren Datenstrom wichtige Zusatzdienste mit implementieren? Deswegen sagen wir in der EntschlieÙung, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine Verständigung der Akteure darüber brauchen, wie die Bedarfe, die Zielvorstellungen aussehen.

Wir wollen natürlich auch, dass kommerzielle Anbieter in diesem Modell eine Chance haben, denn wir leben ja von der Vielfalt öffentlich-rechtlicher wie kommerzieller Anbieter. Diese Teilhabe muss sichergestellt sein. Wir wissen doch, dass sich zurzeit kein kommerzieller Anbieter die Digitalisierung leisten kann. Also müssen wir darüber reden, meine Damen und Herren.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch Ihr Vorschlag!)

– Das macht Ihr Antrag nicht. Wir fragen – wenn Sie unsere EntschlieÙung gelesen hätten, dann wüssten Sie das, Herr Kollege Witzel –: Wollen wir, dass hier eine Strategie mit den Akteuren erfolgt? Das ist der richtige Ansatz.

Beim Thema Lokalfunk stimmen wir ausdrücklich zu; deswegen haben wir diesen Punkt in unseren EntschlieÙungsantrag übernommen. Ich gehe davon aus, dass Sie zumindest dieser Passage unserer EntschlieÙung zustimmen werden. Wir wollen das erfolgreichste kommerzielle Radio der Republik erhalten, wir wollen die lokale Vielfalt und die journalistische Kompetenz, und deswegen haben wir die EntschlieÙung vorgelegt.

Am Ende – meine Redezeit ist zu Ende, ich könnte noch einiges sagen – hätte der gute Heine zu dem, was Sie hier vorgelegt haben, gesagt:

(Zuruf von Thomas Jarzombek [CDU])

Sie sangen das alte Entsagungslied, das eiapoepia vom Himmel, womit man einlullt, wenn es greint, das Volk, den großen Lümmel.

Damit kommen Sie nicht durch, meine Damen und Herren.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Eumann. Der Hinweis auf das Ende der Redezeit war völlig zutreffend. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Beer das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Sigrid Beer^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier vorgelegte Antrag von CDU und FDP zum Thema Digitalradio ist insgesamt so diffus wie sein merkwürdig indifferenter Titel: Voraussetzungen für ein erfolgreiches Digitalradio. Dabei fragt man sich sofort: Welche sollen das sein? Wie ist das gemeint? Ich würde Ihnen anraten, demnächst einen Kurs bei der „Sendung mit der Maus“ mitzumachen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das machen Sie wohl immer für Ihre Weiterbildung!)

Dann lernen Sie, wie man Fragen zielgenau stellen und entsprechend ausführen kann.

Der Antrag lässt die Fragen zum Was und Wie leider offen. Das ist auch deshalb bedauerlich, weil man sich durchaus über die Zukunft des Digitalradios Gedanken machen und sich darüber unterhalten sollte. Soll es weiterhin – der Kollege Eumann hat es schon angesprochen – ein rein lineares, aber eben digital-terrestrisch verbreitetes Radioangebot sein oder eben doch ein multimediales, das ein auf die jeweiligen Nutzerinnen und Nutzer entsprechend zugeschnittenes Angebot mit weitreichenden Informationen im Sinne der Telemediendienste beinhaltet?

Will man Letzteres, dann erfordert das ein leistungsstarkes terrestrisches Breitbandverbreitungssystem, um das multimediale Angebot flächendeckend und vor allem mobil anbieten zu können. Die rein digitale Audionutzung käme technisch mit einer geringeren Datenbreite aus; solche Bandbreiten wären bereits im Rahmen von DVB-T denkbar.

Auf diese Zusammenhänge und die sich daraus ergebende Forderung zum Beispiel an die Landesregierung, dass kommerzielle Radioveranstalter, die Landesmedienanstalt sowie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in NRW mit WDR und Deutschlandradio hierzu in eine zukunftsweisende Diskussion und Auseinandersetzung treten sollten, findet sich in dem Antrag leider überhaupt kein Hinweis.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber in unserer EntschlieÙung, Frau Kollegin!)

– Deswegen werden wir der auch zustimmen und dem Antrag nicht. Die SPD hat sich vor allen Dingen

noch einmal sehr eindeutig zur Stärkung des Lokalradios positioniert.

(Beifall von der SPD)

Stattdessen wird – das ist durchaus richtig, das gestehen wir ja zu – die bisherige Entwicklung von DAB beschrieben, die bisher leider keine Erfolgsgeschichte ist, ganz anders als das digital-terrestrisch verbreitete Fernsehen via DVB-T.

Außerdem stützt sich der Antrag auf die kritischen Befunde und Bedingungen, wie sie bereits die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland, kurz: KEF, in einem entsprechenden Kriterienkatalog bezüglich der Wirtschaftlichkeit digitaler Hörfunkangebote beschlossen hat und zur Grundlage ihrer weiteren Bewertungsarbeit macht. – Also auch hier nichts Neues an der digitalen Front, alles bleibt eher unübersichtlich.

Wir werden uns zunächst darüber zu verständigen haben, was das Digitalradio der Zukunft neben den internetbasierten Hörfunkangeboten, die sicherlich bereits Maßstäbe setzen, leisten soll. Für uns Grüne gelten dabei mindestens drei Voraussetzungen jenseits der noch zu führenden technischen Debatten über Plattformen und Verbreitungswege, die ich Ihnen gerne nennen will:

Erstens. Nutzerinnen und Nutzer müssen den Mehrwert des Digitalradios zu schätzen wissen. Die Angebote müssen allseits zugänglich und empfangbar sein.

Zweitens. Mindestens die öffentlich-rechtlichen Radioangebote müssen auch weiterhin frei empfangbar sein

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und mit einer einzigen Mediengebühr abgegolten werden können, die, weil gemeinwohlorientiert, dann auch sozial verträglich sein muss.

Drittens. Das erfolgreiche Zweisäulenmodell in NRW muss erhalten bleiben. Der bundesweit in dieser Form einmalige NRW-Lokalfunk muss auch zukünftig digital-terrestrisch übertragen werden.

In diesem Sinne werden wir abstimmen: Wir schließen uns dem Entschließungsantrag der SPD an und lehnen den Koalitionsantrag ab, weil hier die eindeutigen Aussagen zum NRW-Lokalradio fehlen. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als Nächster hat für die Landesregierung Herr Minister Krautscheid das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir verstehen diesen Antrag als den richtigen Hinweis, bei der Weiterentwicklung der digitalen Radiowelt

(Marc Jan Eumann [SPD]: Charmant!)

Fehler zu vermeiden, die bei der ersten Einführungswelle von DAB ohne Zweifel gemacht worden sind. Es ist völlig zu Recht darauf hingewiesen worden, dass hier viel Geld verbrannt worden ist, und zwar weil eigentlich erkennbare Fehler existierten. Es hilft überhaupt nichts, Technologien voranzutreiben, wenn keine Inhalte da sind, die Menschen dazu bringen, diese neuen Technologien auch zu nutzen und sich zum Beispiel neue Endgeräte zu kaufen.

Insofern ist der Hinweis, diese Fehler nicht erneut zu machen, völlig richtig. Deswegen diskutieren wir seit Monaten – Herr Eumann, insofern ist Ihr Antrag gut gemeint, aber überholt; Sie wissen das auch – in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Landesregierung, der Landesanstalt für Medien, des WDR und der privaten Veranstalter darüber, wie die digitale Zukunft insbesondere im Radiobereich in Nordrhein-Westfalen aussehen kann.

Das Problem ist schlicht und ergreifend: Digitaler Hörfunk ist teuer, erheblich teurer als alles, was wir bisher auf der Kostenseite haben. Deswegen ist völlig klar, dass insbesondere Verlagshäuser in ihrer jetzigen Situation sehr vorsichtig damit sind, in neue digitale Strategien im Radiobereich zu investieren.

Deswegen stellt sich eine Frage, die sich in den letzten Tagen auch die Direktoren der Landesmedienanstalten gestellt haben: Wie soll eine Finanzierung dieses neuen Modells auf der Gebührensseite aussehen? Sie wissen, die KEF hat aus unserer Sicht keine ausreichenden Gebührenmittel zur Verfügung gestellt, um die Digitalisierung voranzutreiben. Wenn sich die privaten Investoren also derzeit zurückhalten, kann eine Digitalisierung nur über die Gebührenmittel erfolgen.

Für die Landesregierung sage ich sehr klar: Wir werden aber nicht zustimmen, wenn ein solches neues digitales Modell allein mit Gebührenmitteln vorangetrieben wird, ohne dass irgendwelche privaten Beteiligungen erkennbar sind.

(Beifall von der CDU)

In jeder Rede haben wir die wohlfeile Forderung gehört, das bewährte –insofern teilen wir alle die gleiche Ansicht – Lokalradiomodell aus Nordrhein-Westfalen aus der analogen in die digitale Welt zu führen. Jeder, der sich länger als eine halbe Stunde damit beschäftigt hat, weiß, dass dies nicht 1:1 möglich sein wird.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Von 1:1 redet auch keiner!)

Das bedeutet, es geht nur durch die Zusammenlegung von Gebieten oder durch Sharingmodelle. Daran wird unter den Veranstaltern der bisherigen analogen Lokalradios gearbeitet. Ich sage aber auch, die Landesregierung wird keinem digitalen Modell zustimmen, welches die bisherige Welt in irgendeiner Weise negativ beeinflusst, zerstört oder unsere Lokalradios ökonomisch in Gefahr bringt. Eine solche Aktivität werden wir nicht unterstützen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Deswegen ist der Hinweis im Antrag der Regierungskoalitionen völlig richtig, nicht nur auf die neue mögliche DAB+-Technologie zu schauen, sondern auch darauf zu achten, was sich im Internetradio zum Teil zu erheblich preiswerteren Kosten längst entwickelt hat.

Wenn wir die Nutzungsgewohnheiten von jungen Menschen beobachten, stellen wir fest, sie hören immer mehr Radio über das Internet und nicht mehr über frequenzgebundene Medien. Deswegen ist es völlig richtig, sich heute schon Gedanken darüber zu machen, wie wir im Bereich des Internetradios Verbreitungsmöglichkeiten auch für unsere lokalen Radios ermöglichen. Ich bin sehr dafür, dies gemeinsam im Rahmen von Workshops oder an runden Tischen zu machen, damit diese Welt nicht nur digital-terrestrisch, sondern auch im Internet abgebildet werden kann, wenn sie für junge Menschen interessant sein soll. Der Antrag mit dem Hinweis auf die drohende Verschwendung von Ressourcen und insbesondere von Gebühren ist allemal berechtigt.

Herr Eumann, Ihr Antrag hat den Dreiklang: Die analoge Radiowelt ist schön, die digitale Radiowelt ist unsicher, liebe Landesregierung, mache, dass die digitale Radiowelt in Zukunft auch schön wird.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Nein.

Herr Eumann, Ihr Antrag selbst folgt einem einfachen Grundsatz. Den muss ich Ihnen noch einmal ins Stammbuch schreiben.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Oh ja, gerne!)

Es ist das gute Recht einer Opposition, keine eigenen Ideen zu haben.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Aber Sie sollten dieses Recht nicht zu exzessiv nutzen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind am Schluss der Beratungen.

Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Ich lasse zunächst über den **Antrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/7786** abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Abwesenheit des Kollegen Sagel **angenommen**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/7908**. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieser Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

12 Das Landesprogramm Wohnungslosenhilfe muss weitergeführt werden

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7837

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollegin Frau Steffens das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Barbara Steffens* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich weiß, gleich wird wahrscheinlich wieder das Argument kommen, es geht um einen Antrag, der sich mit dem Haushalt befasst und deswegen beschäftigen wir uns jetzt nicht damit.

Ich will Ihnen aber sagen, warum es wichtig ist, dass wir uns heute und hier mit diesem Antrag befassen. Im Laufe der ganzen Diskussion um die Streichung des Wohnungslosenprogramms ist uns klar geworden: Zwei immer wieder genannte Gründe sind die Ursache dafür, warum man das Programm streicht. Beide Gründe stimmen einfach nicht. Zu diesem Programm gibt es unheimlich viel Unwissenheit. Scheinbar weiß niemand mehr, warum das Programm entstanden ist. Deswegen glaube ich, die Diskussion darüber ist sehr wichtig, damit auch Sie als Regierungsfractionen noch die Kehrtwende hinbekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Programm ist 1996 an den Start gegangen, und zwar nicht als zeitlich befristetes Modellprogramm, sondern als Programm, das in sich Modelle beinhaltet. Alle Kommunen sollten immer wieder abwechselnd in den Genuss von Modellprojekten kommen können. Die Kommunen haben gesagt, sie wollen für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen nicht zu viel Gutes machen, weil diese dann in die entsprechenden Kommunen kommen. Nur wenn alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen gute Projekte machen, ist es ausgewogen und ausgeglichen. Deshalb wurde genau dies auf den Weg gebracht.

135 Modellprojekte in 43 Kommunen sind ein superguter Schnitt. Der Personenkreis verändert sich aber. Wir haben andere Bedarfe.

Schauen wir uns an, mit welchen Begründungen dieses Programm eingestellt werden soll: Die erste immer wieder genannte Begründung ist, es war ein Modell. Ich habe gerade schon einmal gesagt, es war nie ein befristetes Programm. So war es nie vorgesehen. Der zweite genannte Grund ist, es seien weniger Obdachlose.

Dazu möchte ich kurz etwas vorlesen: Die anhaltend rückläufigen Obdachlosenzahlen sind aber kein Anlass zur Entwarnung. In der Statistik werden lediglich Personen, die in städtischen Notunterkünften leben, erfasst. Entsprechend gibt es eine hohe Dunkelziffer. Außerdem bleiben die Menschen unberücksichtigt, die vom Verlust ihrer Wohnung bedroht sind. Die anhaltend hohe Zahl der Haushalte mit Mietschulden und die Räumungsklagen sind Indizien für die anhaltende Dynamik der Entwicklung. – Der letzte Satz lautet: Perspektivisch wird es ansteigen.

Das stammt nicht aus einem Grünen-Flugblatt, sondern es stammt von der Homepage des Ministeriums. Das Ministerium selbst stellt das Programm mit der Begründung ein, es wäre kein Problem mehr. Auf der Homepage steht, es gibt keine Entwarnung, die Zahlen werden steigen, und es gibt eine anhaltend hohe Dunkelziffer. Das Argument trifft also überhaupt nicht zu. Wir haben das Problem und werden es auch in der Zukunft haben. Wir haben eine Veränderung in der Zielgruppe.

Auch die Enquetekommission, die gestern wieder beim Heimgesetz zur Zukunft der Pflege so gelobt worden ist, hat festgestellt, es gibt neue Gruppen, die in diese Obdachlosigkeit hineinkommen, nämlich die Personengruppe der älteren Menschen mit Hilfs- und Pflegebedarf. Für diese Gruppe brauchen wir neue Ansprachen, neue Programme und Projekte.

In der Enquetekommission haben wir fraktionsübergreifend gemeinsam beschlossen, hierzu neue Initiativen und Modelle im Rahmen des Programms zu initiieren. Jetzt kommt das Ministerium plötzlich daher und sagt:

Erstens. Wir haben keine Probleme mehr, die Statistiken sind besser, auch wenn auf unserer Homepage etwas anderes steht.

Zweitens. Das Modellprojekt ist ausgelaufen.

Drittens. Was auch immer wir sonst irgendwo gesagt haben, gilt nun nicht mehr.

Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren. Wir brauchen eine Weiterentwicklung dieses Modellprojekts. Wir müssen es auch mit finanziellen Mitteln absichern. Es ist unsere Landesaufgabe, kommunenübergreifend Modellprojekte anzuschieben und Lösungen für die neuen Zielgruppen und die neuen entstehenden Probleme mitzufinanzieren und auf den Weg zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde es hanebüchen, dass ein Ministerpräsident Schirmherr von einem solchen Projekt und seine einzige Funktion als solcher die ist, selbst einen sozialen Touch abzubekommen. Die Menschen an einer solchen Stelle im Regen stehen zu lassen und kein Geld in die Hand zu nehmen, ist zynisch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch wenn er nicht anwesend ist, möchte ich an den Ministerpräsidenten appellieren, dass er seine Schirmherrschaft wirklich ernst nimmt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als Nächster hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Kern das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Walter Kern (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohnungslosen zu helfen und ihnen beizustehen ist eine herausfordernde Aufgabe. Der heutige Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen versucht zu suggerieren, dass es den Menschen in Nordrhein-Westfalen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind, zukünftig schlechter geht.

Seit zwölf Jahren wurden mit dem Programm „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ Projektansätze und Konzepte von Kommunen und der freien Wohlfahrtspflege zur Weiterentwicklung bei Wohnungsnotfallhilfe unterstützt. Von Anfang an, schon zu Zeiten der rot-grünen Verantwortlichen in unserem Land, war der Topf so angelegt – da muss ich Ihnen ausdrücklich widersprechen –, dass er wie eine Anschubfinanzierung zur Weiterentwicklung der Hilfen für Wohnungsnotfälle wirkt.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

In diesem Kontext frage ich Sie, meine Damen und Herren von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

wie lange für Sie eine Anschubfinanzierung zeitlich geht. Sollen wir weiterhin anschieben oder die Aufgabe als festen Posten im Landeshaushalt zementieren? Festzuhalten bleibt, dass es ausschließlich eine kommunale Aufgabe ist, sich um Wohnungslose zu kümmern.

(Beifall von der CDU)

Es bleibt ebenso festzuhalten, dass aus dieser zwölfjährigen Phase und den 130 geförderten Projekten viele Anregungen für örtliche Verantwortungsebenen entwickelt werden konnten. Das ist gut.

Trotzdem gilt: Die Bekämpfung der Obdachlosigkeit wird in Nordrhein-Westfalen wie in allen anderen Bundesländern von den Kommunen ohne Landesmittel erfüllt. Das ist auch sehr begründet und hat nicht nur etwas mit Finanzierung zu tun. Denn je näher die Entscheider bei der Betreuung von Obdachlosen am Aufgabenfeld vor Ort in den Gemeinden sind, umso besser können sie auch im Einzelfall entscheiden und helfen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Seit 1996 wurde Modellprojekte entwickelt, von denen durchaus einige für die Zukunft kopiert werden sollten. Nach meinen Informationen sollen Best-Practice-Beispiele demnächst in einem Handbuch veröffentlicht werden. Dies gibt den Kommunen die Möglichkeit, sich den Anforderungen ihrer Sozialräume anzupassen – und dies auf bereits erprobten Wegen. Das Programm „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ wird zurzeit von 16 Städten genutzt.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Weil keine mehr genehmigt worden sind!)

Dieses Programm wird nicht einfach eingestellt, meine Damen und Herren. Es läuft aus. Das heißt aber auch, einmal begonnene Projekte werden fortgesetzt bis zum jeweiligen Projektende. Wenn wir die Förderung 2009 auf ein bundesweit übliches Niveau angleichen, sorgt dies auch für gleiche Bedingungen im Land Nordrhein-Westfalen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kern, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Steffens?

Walter Kern (CDU): Nein.

Durch die Erfahrung der Projekte der letzten Jahre in den Kommunen können alle Bürgermeister und Oberbürgermeister auf einer guten Erfahrungsbasis dafür sorgen, dass die Vermeidung und Reduzierung von Obdachlosigkeit weiterhin im Land mit großem Engagement vorangetrieben werden kann.

(Beifall von der CDU)

Mit dem erfolgreichen Programm sind die Grundlagen geschaffen worden, wohnungspolitische Ziele in der kommunalen Wohnraumversorgung mit sozialpolitischen und städtebaulichen Konzepten zu verknüpfen. Auch hier ist Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren erfolgreich gewesen. Seit dem Start des Programms ist die Zahl der Obdachlosen – das müssen wir hier objektiv festhalten – zurückgegangen. Nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik wurden im letzten Jahr rund 70 % weniger obdachlose Menschen verzeichnet als 1996. Da ist es richtig, dass wir nun die gesammelten Erfahrungen umsetzen. Weitere Erprobungen benötigen wir nicht mehr.

Erfreulich ist an dieser Stelle übrigens der Rückgang der Obdachlosigkeit – das freut mich besonders – bei kinderreichen Familien. Sie konnte sogar um 78 % reduziert werden. Das heißt nicht, dass wir uns ausruhen können. Jeder Mensch, jede Familie ohne ein Dach über dem Kopf, ohne ein Zuhause, braucht Hilfe mit Maßnahmen, die wir weiterhin fördern und unterstützen. Ich darf hier auf Kapitel 15 055 und die entsprechende Titelgruppe 60 verweisen.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, wurde die bisherige Wohnungsnotstatistik im vergangenen Jahr weiterentwickelt und beinhaltet nun auch die von Wohnungsnot bedrohten Personen und strukturelle Hintergrundinformationen. Auch hier erhoffen wir uns in Zukunft Informationen, um noch besser dem Phänomen Wohnungslosigkeit begegnen zu können.

Ein wichtiger Hinweis zum Schluss: Ab 1. Januar 2009 werden durch die Wohngeldreform wieder mehr Menschen wohngeldberechtigt sein, die durch die Harz-IV-Reform 2005 vom Wohngeldbezug ausgeschlossen wurden. Wer hatte das eigentlich beschlossen? Es ist jedenfalls gut, dass es ab 1. Januar wieder besser ist.

Die Bekämpfung der Obdachlosigkeit ist eine kommunale Aufgabe, denn da ist sie in den richtigen Händen. Die Einzelfallförderung des einzustellenden Programms war nie flächendeckend für Nordrhein-Westfalen gedacht, sondern von Anfang an auf einzelne Standorte und Projekte bezogen und befristet angelegt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Kern. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Killewald.

Norbert Killewald (SPD): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Sehr geehrter, leider abwesender Herr Schirmherr Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers!

(Lothar Hegemann [CDU]: Tolle Anrede!)

– Danke schön für das Kompliment.

Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration haben wir diesen Punkt im Rahmen der Haushaltsberatungen schon behandelt. Das Verhalten von Minister Laschet, der vermitteln wollte, alles sei gut und das Aufgabengebiet – so wiederholte er nach einem Jahr – sei in besten Händen bei ihm, lassen den Schluss zu, Frau Kollegin Steffens, dass es sehr richtig war, diesen Antrag zu stellen, um im Plenum das Thema noch einmal aufs Parkett zu heben.

Die Regierungsfractionen und die Landesregierung werden gleich wahrscheinlich – wir haben es schon vom Kollegen Walter Kern gehört – noch einmal den Beruhigungsversuch starten. Werter Kollege Walter Kern, wirklich: Ein Best-Practice-Buch als Beruhigungsversuch der Landschaft zu sehen, ist der Hohn in Tüten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass du selber daran glaubst.

(Beifall von Britta Altenkamp [SPD])

Die Streichung des Landesprogramms hätte die Einstellung von neun laufenden Modellprojekten und damit den Wegfall von neun Personalstellen sowie 2,5 Wissenschaftlerinnenstellen in der Geschäftsstelle des Landesprogramms zur Folge. Das schreiben die Beschäftigten. Das schreiben die betroffenen Stellen.

Werter Kollege Kern, wer sagt, die Modellprojekte laufen aus, ohne zu verkennen, dass die gesamte Vernetzung der letzten Jahrzehnte, insbesondere der letzten zwölf Jahre, über diese Geschäftsstelle und damit über diese zweieinhalb wissenschaftlichen Stellen gelaufen ist, der kann nicht sagen, es würde sich nichts verändern, und eigentlich hätten die Kommunen die Aufgabe. Sie tun so, als würde alles gut bleiben. Diese Argumentation verstehe ich wirklich nicht mehr. Ich finde das blauäugig, und ich finde es verantwortungslos.

Man kann in den Antworten auf die Fragen 61 bis 63 zur Haushaltsanhörung des Haushalts- und Finanzausschusses deutlich nachlesen, was die Fachwelt sagt. Sie spricht eine ganz andere Sprache als die Beruhigungsversuche der Regierungsfractionen und des Ministers Laschet im Ausschuss, ganz anders.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich möchte hier nochmals betonen, was auch Frau Steffens gesagt hat: Ich finde es beschämend, wenn jemand Schirmherr spielt und es nicht wirklich erfüllt.

Ich will einmal sagen, was bei Wikipedia unter dem Begriff Schirmherr steht, denn daran wird das Bloßstellen des Ministerpräsidenten deutlich. Dort heißt es: „Als Schirmherr ... wird eine (meist prominente)“ – das ist der Ministerpräsident – „Persönlichkeit oder eine Organisation bezeichnet, die mit ihrem Namen eine

Veranstaltung oder eine gemeinnützige Organisation unterstützt.“ – Das stimmt wohl so weit alles und trifft auf die Zusammenarbeit des Vereins und des Ministerpräsidenten zu.

„Der Nutzen besteht gegebenenfalls in einem Image-Gewinn für beide Seiten.“ – Wir Sozialdemokraten sind uns durchaus bewusst, dass dieser Ministerpräsident seit Jahren versucht – nicht erst seit Amtsantritt –, sein Image im sozialen Bereich zu verbessern. Aber hier und am nächsten Satz der Wikipedia-Umschreibung wird es dann deutlich:

„Manche Schirmherren unterstützen aber auch mit aktiver Werbung und setzen ihre guten Kontakte dafür ein, weitere Unterstützer zu gewinnen.“ – Spätestens an dieser Stelle wird der Ministerpräsident und werden die Regierungsfractionen im Gefolge des Ministerpräsidenten dieser Beschreibung nicht mehr gerecht.

Dem braucht man nur noch eines hinzuzufügen: Sehr geehrter Herr Schirmherr Dr. Rüttgers – das schreibe ich dann für das Protokoll oder für das Weitersagen –, Sie sollten Ihre hoffentlich guten Kontakte zum zuständigen Minister Laschet nutzen, um diesen von der Aufgabe zu befreien, und Ihrem Sozialminister eine entsprechende Haushaltsstelle einrichten und wieder die Mittel zur Verfügung zu stellen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Killewald. – Für die FDP spricht Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg¹⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eins muss man den Grünen lassen: Sie machen konsequente Haushaltsanträge für das, was sie inhaltlich wollen, und debattieren dies dann auch inhaltlich hier im Plenum.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Wenn Sie meinen, dass das Ihr politischer Schwerpunkt ist, dann ist das so.

Was Herr Kollege Killewald gemacht hat, ist überhaupt nicht korrekt.

(Beifall von FDP und CDU)

Er hat den Ministerpräsidenten die ganze Zeit angegriffen, aber die SPD-Fraktion hat bei den Haushaltsberatungen selbst keinen einzigen Antrag eingebracht und auch im Ausschuss nicht gesagt: Okay, wir wollen ein Programm für Wohnungslose;

(Norbert Killewald [SPD]: Waren Sie bei den Verhandlungen nicht da?)

wir machen einen Finanzierungsvorschlag. – Sie haben dem Antrag der Grünen im Ausschuss noch

nicht einmal zugestimmt. Sie haben sich enthalten. Also: Was ist mit der Konsequenz? – Herr Killewald, Sie können sich nicht hier hinstellen und nur schöne Worte machen. Sie müssen dann auch Taten zeigen, und die haben Sie nicht gezeigt.

(Beifall von FDP und CDU)

Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit sind selbstverständlich Probleme von besonderer Tragweite und Komplexität. Die Ursachen sind entsprechend vielfältig: Verschuldung, Alkoholprobleme, Verlust des Arbeitsplatzes, Trennungen. Menschen, die ihre Wohnung verlieren, verlieren die elementare Basis für ihr persönliches Sicherheitsgefühl und ihre Selbstbestimmungsmöglichkeiten, woraus sich viele weitere Folgeproblematiken entwickeln können.

Vor diesem Hintergrund wurde 1996 das Landesprogramm Wohnungslosenhilfe aufgelegt. Das Ziel bestand darin – das will ich hier noch einmal betonen –, die Kommunen bei ihrer Aufgabe zu unterstützen, dieses Problem vor Ort in den Griff zu bekommen und neue Ansätze zu erproben.

Das Antragsvorhaben der Grünen ist vor allem deswegen fragwürdig, weil die Ebenen der Zuständigkeit nicht beachtet werden. Die Bekämpfung von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit fällt nun einmal in den Verantwortungsbereich der Kommunen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Wenn Sie einmal in die anderen Bundesländer schauen, dann sehen Sie, dass die das übrigens auch so machen.

Das grundsätzliche Problem bei der Einführung von Modellprogrammen besteht darin, dass einige Akteure im politischen Raum den Erprobungscharakter immer so interpretieren, als handele es sich insgesamt um eine dauerhafte Strukturförderung. Im Falle des besagten Programms gab es diese Förderung über zwölf Jahre, und – es wurde eben schon erwähnt – es gab 130 Modellprojekte. In diesen 130 Modellprojekten ist wirklich viel Know-how gewonnen worden – Herr Kern hat das gesagt –, das jetzt allen Kommunen zur Verfügung gestellt bekommen, um daraus für sich entscheiden zu können, in welchen Schwerpunkten sie sich weiterentwickeln wollen.

Noch ein Wort zu Statistik: Diese wurde in Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt, um die Transparenz zu verbessern. So werden jetzt auch Alter, Geschlecht und Zuwanderungsgeschichte erhoben. Ebenso wird zwischen Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit unterschieden. Auch auf diese Weise wird die Grundlage zur effektiven Verhinderung und Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit optimiert.

Die sozialen Absichten der Grünen sind wie gewohnt lediglich an den Folgen des Problems orien-

tiert. Wir als Koalitionsfraktionen halten unseren Lösungsansatz für umfassender und nachhaltiger, denn wir sorgen für ein ausgewogenes Verhältnis von präventiven Maßnahmen und unmittelbaren Hilfen für die Betroffenen. Darüber haben wir gestern in der Gerechtigkeitsdebatte schon ausführlich gesprochen.

Natürlich ist auch Prävention wichtig: maßgeblich Bildungsangebote, gute Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze, aber natürlich auch optimierte Behandlungsangebote, zum Beispiel für psychisch Kranke, die besonders gefährdet sind von Obdachlosigkeit. Das alles gehört in den präventiven Teil, der hier in der Debatte mal wieder ein bisschen zu kurz kam. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Dr. Romberg. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Weil die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag gestellt hat, um das sensible Thema Wohnungslosigkeit wider besseres Wissens politisch zu nutzen, lautet die erste Aufgabe hier im Plenum, schlicht noch einmal die Tatsachen festzuhalten, was von meinen Vorrednern der Koalitionsfraktionen schon zu einem guten Stück geleistet worden ist. Dann wird nämlich deutlich, meine Damen und Herren, dass Ihr Antrag von falschen Voraussetzungen ausgeht.

Worum geht es? – Die alte Landesregierung hatte angesichts veränderter Bedarfslagen in der Wohnungslosenhilfe nach neuen Wegen zur Vermeidung und Beendigung von Wohnungsnotfällen gesucht. Das 1996 hierzu aufgelegte Programm „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ hatte das Ziel, neue Hilfsansätze zu entwickeln und zu erproben. Diese sollten nach dem Auslaufen der Förderung zu einem dauerhaften Angebot in den Kommunen verstetigt und in die örtlichen Hilffsysteme integriert werden. In zwölf Jahren Modellförderung, meine Damen und Herren, ist dies mehr als gelungen.

Das Förderprogramm hat eine Vielzahl – die Zahl ist eben schon genannt worden: knapp 140 Projekte – von unterschiedlichen und erfolgreichen Handlungsansätzen unterstützt. Das Programm hat zahlreiche Hinweise für die Helfelandschaft gebracht, in welcher Form das Regelinstrumentarium weiterentwickelt werden kann.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das war eine wichtige Impulsfunktion des Landes. Aber dennoch bleibt festzuhalten: Die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit war und ist

eine kommunale Aufgabe, Frau Abgeordnete Steffens.

(Beifall von der CDU)

An diesen Zuständigkeiten wollte auch das Programm der damaligen rot-grünen Regierung nichts ändern.

(Beifall von der CDU)

Ziel war vielmehr, den Trägern der Wohnungslosenhilfe die notwendige Unterstützung anzubieten, um den veränderten Anforderungen mit geeigneten Mitteln begegnen zu können. Die Förderung hat sich in diesem Kontext immer als Anschubfinanzierung zur Erprobung neuer Ideen verstanden. Dementsprechend sind einzelne Handlungsansätze – in 43 Orten – immer zeitlich befristet gefördert worden. Die Finanzierung einer flächendeckenden Implementierung der erprobten Maßnahmen, meine Damen und Herren, war niemals vorgesehen.

(Beifall von der CDU)

Das im Rahmen des Programms entwickelte Instrumentarium wurde und wird jedoch in vielfältiger Weise dokumentiert und kommuniziert. So kann es in den Kommunen in die bestehende Helfelandschaft integriert werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass Wohnungslose bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen in ihrer Zusammensetzung extrem heterogen sind und die Angebote der Beratung und Unterstützung entsprechend differenziert sein müssen, ist nun wirklich nichts Neues. Die im Antrag angesprochenen Zielgruppen, zum Beispiel Frauen, Jugendliche, Menschen mit Zuwanderungshintergrund sowie ältere Menschen, stehen schon seit einiger Zeit im Fokus verschiedener geförderter Projekte.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Wow!)

In den letzten Jahren hat sich aber herausgestellt, dass sich die Probleme häufig nicht mehr mit dem Instrumentarium des Landesprogramms lösen lassen. Immer deutlicher ist geworden, dass wir auf Dauer nur dann Erfolg haben können, wenn wir Konzepte zur Wohnraumversorgung entwickeln, die wohnungspolitische Ziele mit sozialpolitischen und städtebaulichen Konzepten verbinden.

Es kann aber nicht die Aufgabe des Landesprogramms Wohnungslosenhilfe sein, den vielfältigen, im Antrag beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenzuwirken. Auch das war niemals Zielsetzung dieses Programms und könnte angesichts des Mittelvolumens auch gar nicht sein. Den beschriebenen Problemlagen muss bereits zu einem viel früheren Zeitpunkt begegnet werden und nicht erst dann, wenn Wohnungslosigkeit unmittelbar droht oder bereits eingetreten ist.

Dieser Herausforderung stellt sich die Landesregierung jetzt und in Zukunft. Beispielhaft nennen will

ich in diesem Zusammenhang das Wohngeld, das je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern getragen wird.

(Beifall von der CDU)

Durch die am 1. Januar 2009 in Kraft tretende Wohngeldreform werden künftig wieder wesentlich mehr Menschen wohngeldberechtigt sein.

(Beifall von der CDU)

In den anderen Fällen greifen die Regeln der Sozialgesetzgebung und bieten nachhaltige Unterstützung. Mit dem Pilotprojekt „Aktivierung in der Sozialhilfe“ strebt das Land an, passgenaue Hilfen aus einer Hand zu ermöglichen. Auch so leistet das Land einen wichtigen Beitrag zur Prävention und Behebung sozialer Notlagen.

Die Landesregierung hat zudem darauf hingewirkt, dass sich die in Nordrhein-Westfalen an der gesundheitlichen Versorgung beteiligten Institutionen, zum Beispiel die gesetzlichen Krankenkassen, die Kassenärztliche Vereinigung, die Ärztekammer Westfalen-Lippe und die kommunalen Spitzenverbände, auf ein bundesweit einmaliges Konzept verständigt haben.

Es ist ein Konzept, mit dem die medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen in Nordrhein-Westfalen durch die sogenannten mobilen Dienste auf eine finanziell tragfähige Basis gestellt wird. Im vergangenen Jahr wurde darüber hinaus die bisherige Wohnungsnotfallstatistik in Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt und gibt nun nicht nur Auskunft über die unmittelbar von Obdachlosigkeit Betroffenen, sondern auch über die von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen sowie die strukturelle Zusammensetzung der genannten Personengruppen. Nach Abschluss der Modellphase wird im kommenden Jahr ein ausgezeichnetes Instrumentarium existieren, um Bedarfe in der Wohnungshilfe frühzeitig zu erkennen, um entsprechend zu reagieren.

Ich darf noch einmal die Zahlen nennen, meine Damen und Herren, weil sie in der Tat sehr aussagekräftig sind. Ich meine, darüber sollte man auch ein Stück froh sein, dass laut des Statistischen Landesamtes die Anzahl der Wohnungslosen zwischen 1996 und 2007 bei uns in Nordrhein-Westfalen – hören Sie gut zu! – von 52.500 auf 13.807 gesunken ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das ist ein Fortschritt. Wenn zum Beispiel in einer Stadt wie Düsseldorf die Anzahl von 3.627 auf 1.037 reduziert worden ist oder in Rheine von 90 auf 24, eine entsprechend kleinere Kommune, oder in Bielefeld von 1.456 auf 215, dann ist das ein Fortschritt.

(Beifall von der CDU)

Natürlich, Frau Abgeordnete Steffens, gibt es immer eine Dunkelziffer. Das wissen wir auch. Aber diese

Dunkelziffer hätte es auch bei früheren Erhebungen gegeben; die wird es jetzt weiterhin geben. Von daher gibt es gar keine neue Situation.

(Beifall von der CDU – Barbara Steffens [GRÜNE]: Doch!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, darum geht es. Auch gerade im kommunalen Bereich geht es darum – ich habe betont, dass es eine kommunale Aufgabe ist –, wirksam zu helfen. Es geht nicht darum, einen politischen Anschein zu erwecken. Menschen, die keine Wohnung mehr haben, Menschen, die Angst haben, ihre Wohnung zu verlieren, brauchen wirksame Aktionen und nicht unwirksamen Aktionismus.

Mein Fazit lautet: Dieses alte, lange nützliche Programm hat seinen Dienst getan. Wirksame Aktionen im Interesse der Betroffenen müssen nun in einem anderen Rahmen stattfinden, vor allem vor Ort. Da sind die Kommunen die richtige Anlaufstelle. Da, wo es Sinn macht, wird die Landesregierung aber auch künftig flankierend aktiv werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. – Für die Fraktion der Grünen hat noch einmal Frau Steffens das Wort. Da der Minister seine Redezeit überzogen hat, darf auch seitens der Fraktionen noch einmal geredet werden.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herzlichen Dank, Herr Minister, dass Sie Ihre Redezeit überzogen haben. Dann kann ich das noch ein bisschen mehr ausführen.

Ich finde es spannend, dass Sie wissen, was wir 1995 verhandelt haben und was wir 1996 umgesetzt haben. Im Gegensatz zu Ihnen war ich damals an dem Prozess beteiligt. Es ist ein alter Programmwurf auch der Grünen gewesen, der dann hier umgesetzt worden ist und gemeinsam in Nordrhein-Westfalen gestaltet worden ist. Es bestand nie die Absicht, dieses Programm zu befristen. Es war ein Programm, das dauerhaft sein sollte und in sich befristete Modelle in Nordrhein-Westfalen fördern sollte.

Sie haben es selber eben gesagt: Es soll neue Ansätze fördern. Neue Ansätze brauchen wir heute dringender als in der Vergangenheit. Sie haben die Beispiele selber genannt: Migrantinnen, Migranten, ältere Menschen. Es betrifft zunehmend auch junge Menschen. Die Anzahl der Mädchen unter den betroffenen jungen Menschen steigt. Da haben wir nicht genug Beispiele und nicht genug Modelle.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch der Zugang zu den Menschen verändert sich. Da können Sie nicht sagen: Das gilt alles nicht mehr. Es gilt heute genauso, wie es 1996 gegolten hat. Wir brauchen diese Modelle. Wir brauchen die Förderung an der Stelle.

Beispiele wie die Zeitschrift „Fiftyfifty“, die aufsuchende Krankenhilfe oder die Frauenprojekte, die gelaufen sind, haben wir zum Teil heute in NRW flächendeckend, weil wir sie an einer Stelle ausprobiert haben. So müssen wir neue Sachen an einer Stelle für ganz Nordrhein-Westfalen ausprobieren, um sie dann zu übertragen, aber immer wieder neue und immer wieder andere. Deswegen gilt das nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kern, Sie sagen dann auch noch als Begründung: Es sind nur noch 16 Projekte in diesem Jahr. Wenn Sie einmal nachgefragt hätten, dann wüssten Sie genauso gut wie ich, dass die Mitarbeiterin seit über einem halben Jahr von den Projekten abgezogen ist, obwohl sehr viele Anträge dazu vorlagen, die alle nicht bewilligt worden sind, weil das Ministerium auf dem kalten Weg schon vor den Haushaltsverhandlungen im Laufe des letzten Jahres das Programm hat auslaufen lassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das wissen Sie, das weiß ich. Es ist zynisch, dann zu sagen: Wir haben nur noch 16 Projekte. – Es ist so. Sie können das ja selber überprüfen. Schauen Sie im Organigramm nach oder rufen Sie die Mitarbeiterin an, die vorher dafür zuständig war. Seit einem halben Jahr bearbeitet sie das an der Stelle nicht mehr.

Noch einmal: Wir haben supergute Beispiele. Wir haben die Zielgruppen. Wir haben die Probleme. Wir wollen nicht – da haben Sie auch wieder einen falschen Eindruck erweckt – eine flächendeckende Förderung der Wohnungslosenhilfe. Das ist überhaupt keine Frage. Das ist eine kommunale Aufgabe. Aber neue Sachen zu entwickeln, neue Instrumente zu entwickeln und den Zugang zu den Leuten zu ermöglichen, das ist auch Landesaufgabe.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn wir einen Sozialminister haben, dann ist das doch die Verantwortung und Aufgabe des Sozialministers, das weiterzuentwickeln. Deswegen fänden auch wir es richtig, wenn diese Aufgabe zum Sozialminister überginge und auch ordentlich finanziell ausgestattet würde.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Steffens. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/7837** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend –, an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** sowie an den **Ausschuss für Frauenpolitik**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist die Überweisungsempfehlung einstimmig so angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

13 Gegen das Microsoft-Monopol: Landesverwaltung für „Open Source“ öffnen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6526

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Drucksache 14/7847

Ich gebe folgenden Hinweis: Der Antrag wurde gemäß § 79 Abs. 2 Ziffer b der Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt.

Die Fraktionen haben entgegen der ausgedruckten Tagesordnung vereinbart, heute keine Debatte darüber zu führen.

Deshalb kommen wir zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/7847**, den Antrag für erledigt zu erklären. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Wer stimmt dagegen? – Bei einer Enthaltung ist diese Empfehlung mit großer Mehrheit **angenommen**.

Wir kommen zu einer **Änderung der Tagesordnung**, die allgemein abgestimmt ist. Wir ziehen Tagesordnungspunkt 15 vor:

15 Das Schützenbrauchtum verdient unsere Anerkennung und Unterstützung

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7337 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Generationen, Familie und Integration
Drucksache 14/7717

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7911

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7912

Meine Damen und Herren, der Antrag wurde gemäß § 79 Abs. 2 Ziffer b der Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt.

Ich gebe Herrn Dr. Petersen von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Jens Petersen (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und lieben Kollegen! Mit unserem heute zu diskutierenden Antrag wollen wir auf die Verdienste der Schützenbruderschaften und der Schützenvereine in Nordrhein-Westfalen aufmerksam machen. Mehrere hunderttausend Schützinnen und Schützen sind in zahlreichen Schützenbruderschaften, Schützenvereinen und Schützengesellschaften in Nordrhein-Westfalen ehrenamtlich engagiert.

Das Schützenwesen hat in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen eine jahrhundertealte Tradition. Diese findet ihren Ausdruck in dem Leitmotiv „Für Glaube, Sitte, Heimat“. Solidarität und christliche Nächstenliebe werden in zahlreichen sozialen und karitativen Projekten umgesetzt. Das Eintreten der Schützen für die christliche Kultur äußert sich auch in der Ausübung alter Traditionen wie den Schützen-, Krönungs- und Titularfesten. Historische Wappen, Fahnen und Uniformen sowie Musik bringen die enge Verbundenheit der Schützen mit ihrer Heimat zum Ausdruck.

Durch ein lebendiges Vereinsleben und die Förderung des Schießsports werden auch junge Menschen für das Schützenwesen begeistert. Hier werden der Zusammenhalt und das Miteinander der Generationen aktiv gelebt. Traditionen können so erhalten und an die nächste Generation weitergegeben werden.

Für uns ist auch wichtig, dass in Schützenvereinen junge Menschen ein soziales Umfeld finden, das ihnen Halt bietet, Gemeinsinn vermittelt und Ziele gibt, für die sich ein persönliches Engagement lohnt.

Sie lernen Tugenden wie den Einsatz für andere, Fairness und Verantwortungsbewusstsein. Das sind Tugenden, die keineswegs aus der Mode geraten sind, sondern heute noch hochaktuell sind.

Das ehrenamtliche Wirken der Schützinnen und Schützen ist keine Selbstverständlichkeit. Ihr Verhalten ist aus unserer Sicht gelebter Bürgersinn, der für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens

unerlässlich ist. Sie nehmen eine Vorbildfunktion wahr.

In diesem Kontext muss auch die Arbeit der Schützenbruderschaften und Schützenvereine gesehen werden. Ohne ihr Engagement wäre Traditions- und Heimatpflege undenkbar.

(Beifall von CDU und FDP)

Ihr Einsatz verdient unsere Anerkennung und unseren Respekt.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Düker?

Dr. Jens Petersen (CDU): Ja, gern.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Düker, bitte.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Kollege Petersen, bei aller Zustimmung zu den von Ihnen vorgetragenen Wertschätzungen möchte ich auf eine Debatte, auf die ich heute angesprochen worden bin, eingehen und möchte dazu von Ihnen gerne eine Einschätzung erhalten.

Mich sprach heute ein Journalist auf einen Vorfall in Langenfeld an und fragte, wie man sich seitens der Politik dazu stelle. In Langenfeld wurde anlässlich des Stadtjubiläums von der Schützenbruderschaft im Rahmen des Großen Zapfenstreichs auch der Badenweiler-Marsch gespielt. Die Frage, ob der Lieblingsmarsch von Adolf Hitler heute noch von den Schützen gespielt werden soll oder nicht, wurde in Langenfeld heiß diskutiert. In dieser Debatte, die dann in der Stadt Langenfeld entbrannte, gab es Befürworter und Gegner.

Mich interessiert, wie Sie sich politisch dazu verhalten würden, ob so etwas zum Brauchtum gehört oder nicht.

Dr. Jens Petersen (CDU): Lassen Sie mich das wie folgt beantworten: Ein Teil des Schützenwesens ist auch Tradition, und Tradition sind ganz bestimmte Musikstücke, ganz bestimmte Formen.

Im Nationalsozialismus hat es auch Märsche gegeben, und kein Mensch käme heute auf die Idee, generell etwas gegen Märsche zu sagen, genauso wie wir nicht auf den Gedanken kämen, etwas gegen Vegetarier zu sagen, nur weil Adolf Hitler Vegetarier gewesen sein soll. Ich halte das für ziemlich daneben.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will noch einmal deutlich machen: Wir brauchen die Tätigkeit der Schützen für uns und unseren Gemeinsinn und wollen uns – das ist der Hinterge-

danke dieses Antrags – als Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion dafür sehr herzlich bedanken.

Sie wissen, dass die Verdienste des Schützenwesens leider nicht immer ausreichend gewürdigt werden. Daher bitten wir die Landesregierung mit diesem Antrag, die Schützenbruderschaften und Schützenvereine, die sich um die Gemeinschaft besonders verdient gemacht haben, zu ehren. Durch die Vergabe einer Ehrenplakette zu Vereinsjubiläen und durch die Auslobung eines Preises wollen wir, dass das Land NRW seine Wertschätzung angemessen zum Ausdruck bringt. Dieser Preis soll für einen herausragenden Einsatz für die Heimat- und Traditionspflege oder eben einen vorbildlichen Beitrag auf karitativem Gebiet oder in der Jugendförderung vergeben werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich, weil das Teil der Diskussion im parlamentarischen Raum war, auch darauf hinweisen, dass die CDU-Fraktion voraussichtlich im Frühjahr des kommenden Jahres einen Antrag in den Landtag einbringen wird, mit dem wir auch auf Verdienste der vielen Karnevalsvereine in Nordrhein-Westfalen aufmerksam machen wollen. Die Karnevalsvereine übernehmen eine wichtige Rolle in der Traditions- und Heimatpflege. Wir werden in den nächsten Monaten diesbezüglich einen Vorschlag erarbeiten.

Heute geht es aber darum, die Verdienste der Schützenbruderschaften und Schützenvereine durch das Land zu würdigen. Es gibt in NRW und bundesweit eine Reihe von Auszeichnungen für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger. Auszeichnungen, die jedoch speziell für die Verdienste des Schützenwesens vergeben werden, wären in Nordrhein-Westfalen einzigartig. Sie sind aus unserer Sicht wichtig. Sie sind aus unserer Sicht ein ganz besonderes Zeichen der Anerkennung.

Es ist mir deswegen ein besonderes Anliegen, auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition für unseren Antrag zu werben,

(Beifall von CDU und FDP)

denn die Schützinnen und Schützen haben unsere gemeinsame Unterstützung verdient. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Dr. Petersen. – Für die SPD spricht Herr Kollege Stüttgen.

Gerd Stüttgen^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu dem Antrag der Koalitionsparteien komme, möchte ich mich zunächst einmal persönlich outen.

Mir wurde das Schützenwesen in die Wiege gelegt, und seit meiner frühesten Jugend bin ich – stammend aus einer Hochburg des Schützenwesens, aus dem Sauerland – aktiver Schützenbruder und Mitglied mehrerer Schützenvereine.

Wir stark ich dem Schützenwesen verbunden bin, können Sie vielleicht daran ermessen, dass ich zurzeit amtierender Schützenkönig der Schützenbruderschaft St. Hubertus Meschede e. V. – gegründet 1450 –

(Beifall und Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD]: Bravo!)

bin, die ich hier besonders begrüßen darf, die auch heute Abend auf der Tribüne Platz genommen hat.

(Beifall der SPD – Marc Jan Eumann [SPD]: Herzlich willkommen!)

Ich freue mich, dass das Schützenwesen durch den an das heutige Plenum anschließenden Parlamentarischen Abend der Schützen die geballte Aufmerksamkeit nicht nur dieses Hohen Hauses, sondern darüber hinaus der ganzen Öffentlichkeit genießt.

In Nordrhein-Westfalen sind etwa 420.000 Schützen in den unterschiedlichen Verbänden organisiert. Schützenvereine, Schützenbruderschaften, Gesellschaften und Gilden spielen vielerorts eine tragende Rolle im gesellschaftlichen Leben unserer Städte und Dörfer.

Diese Vereinigungen sind auch ganz wichtig für den Zusammenhalt in der lokalen Gesellschaft. Das jährliche Schützenfest – in anderen Bereichen des Landes auch Titularfest oder Hochfest genannt – ist eine der zentralen Achsen eines jeden Jahres.

(Dietmar Brockes [FDP]: Dann kommen sie ja zu Ihnen!)

Selbstverständlich tragen die Schützenvereine mit ihren Schützenfesten und Brauchtumsveranstaltungen zur lokalen und regionalen Brauchtumpflege besonders bei. Über diese Veranstaltungen hinaus engagieren sich die Schützen auch vielfach ehrenamtlich außerhalb dieses Bereichs. Mit den Schützenhallen stellen die Vereine, gerade im ländlichen Raum, unverzichtbare Veranstaltungsmöglichkeiten zur Verfügung. In den sportlichen Bereich ragt das sogenannte Sportschießen hinein.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts meiner Biografie können Sie sicherlich ermessen, wie sehr mir persönlich das Schützenwesen am Herzen liegt. Die Bedeutung des Schützenwesens wird selbstverständlich auch von meiner Fraktion anerkannt.

Aber, meine Damen und Herren von CDU und FDP: Die in Ihrem Antrag gezogenen Handlungsempfehlungen gehen eindeutig zu kurz. Sie sprechen in Ihrer Antragsbegründung von einem exemplarischen Beispiel bürgerschaftlichen Engagements für

unsere Gesellschaft. Aber, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, die Crux Ihres Antrags liegt darin, dass Sie hier das Schützenwesen willkürlich als Beispiel für die breite ehrenamtliche Arbeit herausgreifen und auszeichnen möchten, ohne zu begründen, warum Ihnen dieser Bereich wichtiger als andere Bereiche ist.

(Beifall von der SPD)

Eine besondere Bevorzugung des Schützenwesens gegenüber zahlreichen anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements – Beispielsweise im sozialen, im sportlichen oder gesundheitsfördernden, kirchlichen, karitativen oder kulturellen Bereich – durch die Auslobung einer Ehrenplakette und für eine Gruppierung ist aus Sicht meiner Fraktion nicht zu rechtfertigen.

(Beifall von der SPD)

Die CDU wies in der vorangegangenen Beratung im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration zu Recht auf die Jugendarbeit und das Sportangebot der Schützenvereine hin und hat dabei auch die Erfolge der nordrhein-westfälischen Schützen in Peking hervorgehoben. Aber die Mitglieder von Fußballvereinen, Turn- und anderen Sportvereinen werden einwenden: Auch wir machen eine gute Jugendarbeit! Auch wir haben sportlichen Erfolg! – Sie werden sich fragen: Warum werden die Schützen für ihre Arbeit besonders geehrt, aber andere Bereiche nicht entsprechend? Gerade Sportvereine übernehmen vielerorts den Betrieb von Sportanlagen. In zahlreichen ehrenamtlichen Arbeitsstunden werden die Sportanlagen erhalten und ausgebaut. Dadurch wird ein wesentlicher und wichtiger Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet.

Ähnliches gilt für Musikvereine, Karnevalsvereinigungen, für das übrige Vereinswesen, für Selbsthilfegruppen und so weiter und so fort. Ohne den ehrenamtlichen Einsatz in den unterschiedlichsten Bereichen wäre das Leben in unserer Gesellschaft weniger lebenswert.

(Beifall von der SPD – Marc Jan Eumann [SPD]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren von der Koalition, stellen Sie sich doch einmal folgende Frage: Ist bürgerschaftliches Engagement – egal in welchem Bereich erbracht – nicht grundsätzlich gleichviel wert? – Es macht deshalb aus Sicht meiner Fraktion keinen Sinn, einen Bereich besonders zu bevorzugen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Schlechte Ausrede!)

Der Entschließungsantrag meiner Fraktion geht einen Schritt weiter und fordert die Unterstützung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements in seiner vollen Bandbreite.

(Beifall von der SPD)

Ich denke dabei an die vielen Bereiche des Ehrenamts. Einige habe ich eben aufgezählt. Diese Liste

ließe sich beliebig fortführen. Ein positives Signal an alle, die sich – wie auch immer – bürgerschaftlich engagieren, wäre die Entwicklung eines Gesamtkonzepts, das alle Sparten bürgerschaftlichen Engagements entsprechend umfasst.

Meine Damen und Herren von der CDU und FDP, das Ehrenamt in seiner vielfältigen Form ist einfach viel zu wichtig, als dass wir es uns erlauben könnten, heute ganze Bereiche auszugrenzen. Darum fordere ich Sie auf: Springen Sie über Ihren Schatten und stimmen Sie uns zu unserem Entschließungsantrag zu. Hierdurch bestünde die wirklich einmalige große Chance, auf einen breiten fraktionsübergreifenden Konsens stützend ein Signal zugunsten bürgerschaftlichen Engagements ins gesamte Land Nordrhein-Westfalen zu senden. Denn gerade ein übergreifender Ehrenamtspreis böte die wachsende Chance, der Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP heute besteht die große Möglichkeit, ein gemeinsames Zeichen zu setzen. Ich fordere Sie daher auf: Stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Stüttgen. – Für die FDP spricht nun der Kollege Rasche.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Schützenkönig – ja oder nein?)

Christof Rasche¹⁾ (FDP): 1982 schon! Das ist lange her. – Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Stüttgen, es gibt – damit fange ich an – übrigens eine ganze Vielfalt unterschiedlicher Ehrungen für bürgerschaftliches Engagement des Landes Nordrhein-Westfalen, zum großen Teil schon von Rot-Grün in der vergangenen Legislaturperiode eingeführt, insbesondere im Sportbereich. Nur einen Bereich haben die Kollegen von SPD und Grünen immer vergessen, nämlich den Bereich der Schützen, meine Damen und Herren. Für die hatten Sie nämlich nicht viel über.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich freue mich – denn eigentlich ist die Schützenfestsaison schon seit Mitte September zu Ende –, dass ich noch einmal eine Reihe von Schützenfestuniformen auf der Tribüne sehe und vor so einer Kulisse reden darf.

Heute, meine Damen und Herren, rückt das Schützenwesen in den Blickpunkt dieses Hohen Hauses. Das ist gut so. Es gibt – so haben mir einige Bürgerinnen und Bürger erzählt – sicherlich wichtigere Themen, mit denen sich dieses hohe Haus beschäf-

tigt; aber meine Damen und Herren, das ist doch kein Grund, den Wert des Schützenwesens für die Bürgerinnen und Bürger im Land und für unsere Städte zu unterschätzen.

(Gerd Stüttgen [SPD]: Das tut doch auch keiner!)

In Zukunft wird das Land Nordrhein-Westfalen deshalb zu bestimmten Anlässen eine Ehrenmedaille verleihen. Meine Damen und Herren, ist es in der heutigen Zeit nicht besonders wichtig, dass es Institutionen gibt, die sich für den Gemeinschaftssinn einsetzen? Genau diese Aufgabe, die so viele Institutionen gar nicht mehr wahrnehmen wollen, üben die Schützenvereine in vorbildlicher Weise aus.

(Gerd Stüttgen [SPD]: Ja, neben vielen anderen, die Sie vergessen!)

– Bei uns im Schützenverein, mein lieber Kollege, gibt der König einen aus, der schreit nicht immer rum.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

In vielen kleinen Dörfern, meine Damen und Herren, wo es keine Gaststätten mehr gibt, keine Bürgerhäuser, da ist der Schützenverein oft der einzige Verein, den das Dorf noch hat und der das Dorf zusammenhält. Gerade in solchen kleinen Dörfern, aber auch in kleineren Städten und in großen Städten, sind es gerade die Schützenvereine, die das Wir-Gefühl einer Stadt oder eines Dorfes prägen. Neben der Pflege des Gemeinschaftssinns und des Brauchtums nehmen die Schützenvereine in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Verwaltungen und auf der Grundlage der jeweils individuellen Möglichkeiten vor Ort oft zahlreiche ehrenamtliche Aufgaben wahr: die Eigenleistung an städtischen Gebäuden und Hallen, Kriegsgräberfürsorge, Martinszüge sind nur einige Stichworte. Ich könnte eine ganze Palette aufzählen.

Gerade deshalb, meine Damen und Herren, ist es schade, dass SPD und Grüne heute nicht einfach diesen Antrag der Koalition zustimmen können.

(Beifall von FDP und CDU)

Der „Schützenkönig“ der SPD sagt, der Antrag greift zu kurz. Hätten wir ihn wesentlich breiter gefasst, hätte er gesagt: Der Antrag ist viel zu breit angelegt, Sie müssen sich auch einmal auf das Wesentliche konzentrieren.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, Sie wollen CDU und FDP treffen, in Wahrheit aber treffen Sie das Schützenwesen in Nordrhein-Westfalen. Das ist falsch.

(Beifall von FDP und CDU)

Vielleicht, meine Damen und Herren, geht es Ihnen wie mir: Ich bin überzeugter Demokrat und begeisterter Schützenbruder. Genau das – ein Demokrat und ein Schützenbruder – passt sehr gut zusam-

men. Das zeigt dieser Antrag. Das zeigt das Gemeinwesen in Nordrhein-Westfalen.

Gerade mit diesen beiden Merkmalen – Überzeugung und Begeisterung – schaffen es die Schützenvereine über Jahrzehnte und über Jahrhunderte hinweg, große Teile der Bevölkerung mitzunehmen. Meine Damen und Herren, wenn das nicht eine Auszeichnung wert ist, was denn dann?

Abschließend, denn die guten Reden auf Schützenfesten sind die kurzen Reden, möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei allen Schützenschwestern und Schützenbrüdern für Ihr Engagement bedanken und wünsche Ihnen für die Zukunft viel Erfolg bei Ihrem Einsatz für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Grüne begrüße ich vor allen Dingen auch die „Grünen“ hier im Raum, liebe Schützinnen und Schützen.

(Beifall von Sigrid Beer [Grüne])

Mit Ihrem Antrag zur Unterstützung des Schützenbrauchtums – das ist ja fast ein Zungenbrecher – haben Sie von den Koalitionsfraktionen sozusagen den Vogel abgeschossen. Meine Fraktion hat schon gemutmaßt, ob hier irgendjemand insgeheim den Wunsch hat, sich als Schützenkönigin oder Schützenkönig dieses Landtags ausrufen zu lassen. Aber sei's drum!

Um das gleich zu Beginn klarzustellen: Wir Grüne haben eine hohe Wertschätzung

(Zurufe von CDU und FDP: Ooh, haa)

gegenüber allen Gruppen in unserer Gesellschaft, die sich ehrenamtlich engagieren, die sich in vielfältiger Weise für das soziale Miteinander

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

für das soziale Leben in unserer Gesellschaft einsetzen. Das ist wichtig, das ist der Klebstoff, der uns alle zusammenhält. Ohne das vielfältige ehrenamtliche Engagement in unserem Lande wären wir alle ärmer. Viele Aufgaben – das wissen wir auch – könnten schlichtweg nicht wahrgenommen und erledigt werden. Zu diesen Gruppen – das ist richtig – gehören auch die Schützen. Sie fördern Gemeinsinn, sie bringen Menschen zusammen, sie beleben das örtliche Sozialleben und fördern das Gemeinschaftsgefühl.

Ich muss ehrlich sagen: Das mit dem Schießen ist nicht so recht nach meinem und nach unserem

Geschmack als Grüne. Es ist eigentlich überflüssig. Aber ich glaube und hoffe, dass das in den Schützenvereinen einen nicht so hohen Stellenwert hat. Zumindest sind die Geselligkeit, das gemeinsame Feiern und das gemeinsame Trinken ja genauso wichtig.

Meine Damen und Herren, wir stellen also gemeinsam fest: Ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement ist selbstverständlich unterstützenswert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich frage Sie nun aber: Ist es gerecht, dass hier nur die Schützen die Unterstützung des Landtags bekommen sollen? Ist es gerecht, wenn alle die Gruppen, die wir Ihnen in unserem Entschließungsantrag aufgezählt haben, und das ist noch nicht abschließend ...

(Zuruf von der CDU: Lesen Sie vor!)

– Sie können mir gerne die Zwischenfrage stellen, dann bekomme ich die Zeit und ich lese es Ihnen gerne vor. Bitte, Herr Kollege. – Ist das jetzt eine Aufforderung?

Präsidentin Regina van Dinther: Man muss sich schon zu Wort melden.

Andrea Asch (GRÜNE): Man muss sich schon zu Wort melden.

Ist es gerecht, dass nur die Schützen die Unterstützung bekommen? Was sage ich zum Beispiel als Kölnerin meinem Karnevalsverein? Was sage ich den Familien- und Jugendverbänden,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

den Krankenorganisationen, den Sport-, den Tierschutzvereinen, den Umwelt-, den Menschenrechtsorganisationen, den Kirchen, den Jugendeinrichtungen, den Frauenhäusern, den Chören, den Chorvereinigungen, den Orchestern?

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Asch, es gibt Zwischenfragen. Herr Eumann und Frau Beer würden gerne Fragen stellen. – Herr Eumann, bitte schön.

Marc Jan Eumann (SPD): Verehrte Frau Kollegin Asch, ich würde sehr gerne dem Kollegen eine Amtshilfe leisten. Wären Sie so freundlich und würden aus der Drucksache 14/7912 bitte Ihre Initiativen und Vereine vorlesen, damit das Hohe Haus auch genau weiß, wen Sie mit Ihrer Initiative unterstützen wollen?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Kollege Eumann, ich würde das gerne tun, aber ich möchte doch die

Zeit nicht so in Anspruch nehmen. Ich möchte, dass Sie gemeinsam mit den Schützen rechtzeitig zum Feiern kommen. Deswegen kann ich Ihrer Bitte nicht nachkommen. Sie haben aber die Drucksache alle auf Ihren Tischen liegen. Ich sage Ihnen, es sind längst nicht alle, die da zu berücksichtigen wären. Diese 250 oder 270, die wir Ihnen aufgezählt haben, sind nur eine kleine Auswahl an ehrenamtlich tätigen Gruppierungen, Vereinen und Organisationen, die hier in Nordrhein-Westfalen eine gute Arbeit leisten.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, wir Grüne haben ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Deshalb möchten wir mit unserem Entschließungsantrag die Anerkennung und die Unterstützung all dieser Gruppen erreichen, die wir Ihnen aufgezählt haben, und die übrigen, die wir nicht nennen können.

Wir wissen, der Antrag ist ja zwischen CDU und FDP nicht so ganz reibungslos beraten worden.

(Zuruf von der FDP: Ach!)

Da gab es einige Verwerfungen. Das wissen wir, Herr Kollege, auch wenn Sie das jetzt abstreiten. Wir haben es ja eben gehört. Jetzt sollen zukünftig auch die Karnevalsvereine ausgezeichnet werden. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Wenn wir jetzt hingehen, und jeder schreibt für seine Gruppierung, die ihm besonders am Herzen liegt, einen Antrag, dann schaffen wir das in dieser Wahlperiode nicht mehr. Unterstützen Sie einfach unseren Antrag,

(Beifall von den GRÜNEN)

dann haben wir alle miteinander ausgezeichnet und anerkannt, und wir haben uns diese Zeit gespart. Dann sind auch die Schützen inbegriffen. In diesem Sinne: Helau, Alaaf und Horrido! Einen schönen Abend zusammen!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Asch. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Insbesondere: Verehrte Schützenschwester und Schützenbrüder, die heute den Plenarsaal besuchen und an dieser Landtagsitzung teilnehmen!

(Beifall von CDU, SPD und FDP)

Ich möchte zunächst ein herzliches Wort des Dankes sagen an die Koalitionsfraktionen für diesen Antrag.

Es geht im Kern nämlich um die Frage, wie wir bürgerschaftliches Engagement besser würdigen, das in besonderer Weise dem guten Miteinander und dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft dient, nämlich das Engagement durch Schützenbruderschaften und durch Schützenvereine. Genau das will der vorliegende Antrag von CDU und FDP auf den Weg bringen.

Der federführende Ausschuss für Generation, Familie und Integration und die mitberatenden Ausschüsse für Sport und Kultur haben diesem Antrag ja auch bereits zugestimmt. Ich möchte hier im Plenum noch einmal ausdrücklich für diesen Antrag – auch bei der Opposition – werben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mehr als 400.000 Menschen sind in den nordrhein-westfälischen Schützenbruderschaften und Schützenvereinen aktiv. Das ist eine wirklich beeindruckende Zahl. Viele Regionen in Nordrhein-Westfalen wie zum Beispiel das Sauerland oder der Niederrhein gelten sogar bundesweit als die Hochburgen des deutschen Schützenwesens.

Wer sich ein Bild von der Geschichte und den lebendigen Traditionen des Schützenwesens in Nordrhein-Westfalen machen will, kann das derzeit übrigens an einem Ort nicht weit von hier tun: „Schützen, Glanz und Gloria“ lautet der Titel einer umfangreichen Ausstellung, die noch bis zum 23. November 2008 in Schloss Rheydt in Mönchengladbach zu sehen ist.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist Schleichwerbung!)

Selbst diejenigen, die dem Schützenwesen eher distanziert gegenüberstehen, Frau Abgeordnete Asch, die es auch geben mag, können dort noch Interessantes lernen –

(Beifall von CDU und FDP)

etwa, dass das Schützenwesen eng mit der demokratischen Bewegung des deutschen Vormärzes und dem Bemühen um die Überwindung der Kleinstaaterei in unserem Land verbunden ist. Schützenbruderschaften und -vereine haben also eine lange Geschichte und leisten überdies einen wichtigen Beitrag für die Heimat- und Brauchtumpflege.

Mindestens ebenso wichtig erscheint mir aber auch noch etwas anderes: Die Schützen und ihre Organisationen geben den Menschen vor Ort ein Stück Heimat und stiften Identität.

(Beifall)

In Zeiten, die von vielen Menschen eher als unsicher empfunden werden, ist dies besonders verdienstvoll. Die Schützenvereine sind Ankerpunkt in einer Zeit des raschen Wandels. Dazu gehört auch, dass viele von ihnen eine aktive Jugendarbeit leisten und sich für soziale Belange engagieren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei den Schützen lernen junge Menschen also nicht nur etwas über die Bedeutung von Tradition und Brauchtum, sondern zugleich auch, was es bedeutet, sich für andere zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Schützenvereine sind daher auch so etwas wie Bildungseinrichtungen, in denen wichtige soziale Kompetenzen vermittelt werden.

Genau das ist für unsere Gesellschaft ein so wichtiges Anliegen, das die Fraktionen von CDU und FDP mit ihrem Antrag in zweierlei Weise besonders unterstützen. So wird die Landesregierung im Antrag aufgefordert, die Voraussetzungen für eine Ehrenplakette zu erarbeiten, die als Dank und zum Zeichen der Wertschätzung des Landes an engagierte Schützen für ihre langjährige ehrenamtliche Mitarbeit in den Vereinen verliehen wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Überdies wird die Landesregierung aufgefordert, einen Preis auszuloben, der den besonderen Beitrag von Schützenbruderschaften und -vereinen für die Brauchtums- und Traditionspflege hervorhebt und vorbildliches Engagement im sozialen Bereich und in der Jugendarbeit würdigt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir greifen beide Anregungen gerne auf und werden im kommenden Jahr entsprechende Vorschläge präsentieren.

Meine Damen und Herren, Ehrenplakette und Ehrenpreis sind zwei wichtige Beiträge zur Festigung einer Kultur der Anerkennung für das Ehrenamt, die der Kollege Armin Laschet für die Landesregierung koordiniert, einer Kultur also, die die Landesregierung schon jetzt in besonderer Weise fördert.

Ich möchte einige Beispiele nennen: die Informationsmöglichkeiten wie das Engagementportal, die Landesunfall- und Haftpflichtversicherung für Ehrenamtliche und den Kompetenznachweis für Engagierte. Seit diesem Monat gibt es auch die landesweite Ehrenamtskarte, mit der Engagierte Vergünstigungen bei öffentlichen und privaten Anbietern in Anspruch nehmen können. Rheine und Gronau haben die Ehrenamtskarte vor zehn Tagen eingeführt; weitere Kommunen folgen, darunter Arnsberg, Gütersloh, Mönchengladbach, Mülheim, Münster, Neuss, Ratingen und der Kreis Siegen-Wittgenstein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, die gerade hier gesprochen haben: Es ist nicht besonders hilfreich, wenn ein solcher Antrag gestellt wird und die Schützen dadurch und durch den Abend auch einmal im Mittelpunkt des Interesses des Hohen Hauses stehen, zu sagen: Irgendwie ist es ganz in Ordnung, aber andere kommen zu kurz. – Es muss deutlich werden, dass die Anerkennung auch allen anderen ehrenamtlich tätigen Organisationen gilt. Aber heute geht es um das Schützenwesen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Landesregierung bedankt sich bei den Schützenschwestern und Schützenbrüdern in Nordrhein-Westfalen, die sich ehrenamtlich engagieren. Herr Abgeordneter Stüttgen, Ihre Rede fing hochinteressant an; aber was am Anfang interessant war, haben Sie hinterher wieder eingesammelt. Ich bedauere, dass Sie als Schützenkönig eine solche Rede zu diesem Antrag gehalten haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Abgeordnete Asch, heute geht es um das Schützenwesen, das im Mittelpunkt steht. In diesem Zusammenhang weitere 242 Organisationen aufzuzählen, geht schlicht und einfach an der Sache vorbei.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von Barbara Steffens [GRÜNE] und Gerda Kieninger [SPD])

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie alle sehr herzlich, dem Antrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen. Die Landesregierung wird ihn umsetzen.

Ich freue mich auf einen schönen Abend mit vielen Schützenschwestern und Schützenbrüdern. Ich bin seit über 40 Jahren Mitglied der Schützenbruderschaft St. Kunibert in Werl-Büderich. Ich freue mich, dass ich heute Abend auch Schützenbrüder aus Werl-Büderich in Blaukitteln hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen begrüßen kann. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Ich lasse zuerst über den Antrag Drucksache 14/7337 – Neudruck – abstimmen. Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/7717**, den Antrag unverändert anzunehmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag **angenommen**.

Ich lasse zweitens über den **Entschließungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/7911** abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Drittens lasse ich über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/7912** abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Niemand.

Damit ist auch dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

14 Fünftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7890

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs gebe ich Herrn Peter Biesenbach das Wort. Bitte schön.

Peter Biesenbach¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich diesen Antrag am heutigen Presseecho messe, läge uns ein sehr bedeutender Antrag vor. Drei Fernsehanstalten und zwei Rundfunksender wollten heute unbedingt Live-Interviews.

Schön war aber – nur deswegen erzähle ich das –, dass Journalisten zum Einstieg deutlich machten, dass es sich um viel heiße Luft und wenig Substanz handele. Aber dennoch müssten sie mit mir einen kritischen Beitrag machen. Ich habe gern zu ihren Fragen Stellung genommen.

Ich möchte jetzt ausführen, worum es geht. Nach § 15 unseres gültigen Abgeordnetengesetzes hat die Präsidentin des Landtags jährlich einen Bericht über die Angemessenheit der Abgeordnetenbezüge vorzulegen und zugleich einen Vorschlag über die Anpassung der Vergütung zu machen.

(Demonstrativer Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Dieser Bericht hat seit Langem die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik erhobenen Feststellungen als Basis. Darin sind enthalten: allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklungen, die Veränderung der Lebenshaltungskosten, die Einzelhandelspreise und auch die Anpassungssätze von Hartz IV bei unserem Vorschlag. Wir haben versucht, eine Grundlage zu schaffen, die das Leben der arbeitenden Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen abbildet.

Die Feststellungen des Landesamtes wurden stets nach identischen Berechnungsverfahren zur Grundlage genommen. Diese Überlegungen und Empfehlungen übernahm das Parlament ausnahmslos in unveränderter Form, sofern es eine Entscheidung zur Anpassung der Diäten gab.

Interessant war auch, dass an diesem System keine Kritik geübt wurde. Heute Morgen wurde in „WDR 2“ deutlich gemacht, dass die Berechnungsgrundlage

unverändert erhalten bleiben könne. Daran gibt es nichts zu kritisieren. Was ist der Grund, dessenthalb wir – angeblich – kritisiert werden müssten? Er liegt darin, dass wir das System vereinfachen wollen. Wir möchten nicht jedes Mal einen Bericht entgegennehmen und debattieren, an dem wir nichts ändern, weil die Grundentscheidung gefallen ist und wir den Inhalt für richtig halten.

Daher scheint es uns sachgerecht, die Feststellungen des Landesamtes basierend auf einer regelmäßig wiederkehrenden Entscheidung unmittelbar zur Grundlage für die Bemessung der Höhe der Abgeordnetenbezüge zu machen. Für die Bemessung des Entscheidungszeitraums erscheint uns die Legislaturperiode in besonderer Form geeignet.

Auch an der Transparenz, die wir uns selbst auferlegt haben, ändern wir überhaupt nichts. Denn der Berechnungsvorgang wird – mit allen Details – von der Präsidentin als Landtagsdrucksache veröffentlicht. Wir verstecken nichts. Wir verheimlichen nichts. Wir legen alles offen.

Ebenso wenig gab es Kritik an der Höhe der letzten Anpassungen. Wir haben die Diäten am 1. April 2007 um 1,4 % und am 1. Juli dieses Jahres um 1,27 % erhöht. Ich zitiere den „WDR 2“ von heute Morgen wörtlich: Das ist angemessen und auch richtig gewesen. – Also stellt sich wieder die Frage, warum es so viel Aufregung gibt.

An unserem – im Hinblick auf die Vergütungsregelung – modernsten Abgeordnetengesetz ändert sich überhaupt nichts. Wir haben eine Transparenz, die kein anderes Bundesland in Deutschland aufweist. Wir haben Klarheit über die Höhe der Bezüge, die jeder von uns erhält. Wir haben eine feste Vergütung, mit der wir alle mit dem Mandat verbundenen Ausgaben wie die Einrichtung des Wahlkreisbüros oder die Vorsorge für das Alter zu tätigen haben. Alles bleibt wegweisend und wird völlig erhalten.

Ich reduziere das Ganze darauf: Mit unserem Änderungsantrag wollen wir in diesem Landtag die Sys-

tematik zur Errechnung von Veränderungen vereinfachen. Das ist unser Hauptanliegen. Dazu erbitte ich die Stimmen aller bei der zweiten Lesung.

(Beifall von CDU, SPD und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Biesenbach. – Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzesentwurfs Drucksache 14/7890** an den **Hauptausschuss**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 3. Dezember 2008, 10 Uhr.

Ich wünsche einen angenehmen Abend.

Um 19:30 Uhr beginnt der Schützenumzug vom Apollo-Varieté. Um 20 Uhr geht es in diesem Haus weiter. Herzlich willkommen!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19:06 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage

Namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 14/7913 – TOP 5 (Gesetz zur Änderung aufsichtsrechtlicher, insbesondere sparkassenrechtlicher Vorschriften)

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm-ent-haltung
1	Frau Altenkamp	SPD	x		
2	Frau Apel-Haefs	SPD	entschuldigt		
3	Frau Asch	Grüne	x		
4	Herr Becker, Andreas	SPD	x		
5	Herr Becker, Horst	Grüne	x		
6	Frau Beer	Grüne	x		
7	Herr Dr. Behrens	SPD	x		
8	Herr Dr. Berger	CDU		x	
9	Herr Biesenbach	CDU		x	
10	Herr Billmann	CDU		x	
11	Herr Bischoff	SPD	x		
12	Herr Börschel	SPD	x		
13	Frau Freifrau von Boeselager	CDU		x	
14	Herr Bollenbach	CDU		x	
15	Herr Prof. Dr. Bollermann	SPD	x		
16	Frau Dr. Boos	SPD	x		
17	Herr Prof. Dr. Bovermann	SPD	x		
18	Herr Brakelmann	CDU		x	
19	Herr Dr. Brinkmeier	CDU		x	
20	Herr Brockes	FDP		x	
21	Frau Brüning	CDU		x	
22	Frau Brunert-Jetter	CDU		x	
23	Frau Brunn	SPD	x		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
24	Herr Burkert	CDU		x	
25	Herr Clauser	CDU		x	
26	Herr Deppe	CDU		x	
27	Frau van Dinther	CDU		x	
28	Frau Doppmeier	CDU		x	
29	Herr Dr. Droste	CDU		x	
30	Frau Düker	Grüne	x		
31	Herr Einmahl	CDU		x	
32	Herr Eiskirch	SPD	x		
33	Herr Ellerbrock	FDP		x	
34	Herr Ellinghaus	CDU		x	
35	Herr Engel	FDP		x	
36	Herr Eumann	SPD	x		
37	Frau Fasse	CDU		x	
38	Herr Fehring	CDU		x	
39	Frau Freimuth	FDP		x	
40	Herr Garbrecht	SPD	x		
41	Herr Gatter	SPD	x		
42	Frau Gebhard	SPD	x		
43	Herr Giebels	CDU		x	
44	Frau Gießelmann	SPD	x		
45	Frau Gödecke	SPD	x		
46	Frau Gottschlich	SPD	x		
47	Herr Groschek	SPD	x		
48	Herr Große Brömer	SPD	x		
49	Herr Groth	Grüne	entschuldigt		
50	Herr Grunendahl	CDU		x	
51	Herr Dr. Hachen	CDU		x	
52	Frau Hack	SPD	x		
53	Frau Hammelrath	SPD	x		
54	Herr Haseloh	SPD	x		
55	Herr Hegemann	CDU		x	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
56	Frau Hendricks	SPD	x		
57	Herr Henke	CDU		x	
58	Herr Hilser	SPD	x		
59	Herr Hollstein	CDU		x	
60	Herr Hovenjürgen	CDU		x	
61	Frau Howe	SPD	x		
62	Herr Hüsken	CDU		x	
63	Herr Jäger	SPD	x		
64	Herr Jarzombek	CDU		x	
65	Herr Jörg	SPD	x		
66	Herr Jostmeier	CDU		x	
67	Herr Jung	SPD	x		
68	Herr Kaiser, Klaus	CDU		x	
69	Herr Kaiser, Peter	CDU		x	
70	Herr Dr. Karthaus	SPD	x		
71	Frau Kastner	CDU		x	
72	Herr Kemper	CDU		x	
73	Herr Kern	CDU		x	
74	Herr Keymis	Grüne	x		
75	Frau Kieninger	SPD	x		
76	Herr Killewald	SPD	x		
77	Herr Kleff	CDU		x	
78	Herr Klein	CDU		x	
79	Frau Klöpffer	CDU		x	
80	Herr Knieps	CDU		x	
81	Herr Körfges	SPD	x		
82	Frau Kordowski	CDU		x	
83	Frau Koschorreck	SPD	x		
84	Frau Kraft	SPD	x		
85	Herr Kramer	SPD	x		
86	Frau Krauskopf	SPD	x		
87	Herr Kress	CDU		x	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
88	Herr Krückel	CDU		x	
89	Herr Kruse	CDU		x	
90	Herr Kuhmichel	CDU		x	
91	Herr Kuschke	SPD	x		
92	Herr Kutschaty	SPD	x		
93	Herr Laumann	CDU	entschuldigt		
94	Herr Lehne	CDU		x	
95	Herr Leuchtenberg	SPD	x		
96	Herr Lienenkämper	CDU		x	
97	Herr Lindner	FDP		x	
98	Herr Link	SPD	x		
99	Herr Dr. Linssen	CDU		x	
100	Frau Löhrmann	Grüne	x		
101	Herr Löttgen	CDU		x	
102	Herr Lohn	CDU		x	
103	Herr Lorth	CDU		x	
104	Herr Luckey	CDU		x	
105	Herr Lux	CDU		x	
106	Frau Meurer	SPD	x		
107	Frau Milz	CDU		x	
108	Herr Möbius	CDU		x	
109	Frau Monheim	CDU		x	
110	Herr Moron	SPD	x		
111	Herr Müller	CDU		x	
112	Frau Nell-Paul	SPD	x		
113	Herr Orgies	CDU		x	
114	Herr Dr. Orth	FDP		x	
115	Herr Palmen	CDU		x	
116	Herr Dr. Papke	FDP		x	
117	Herr Peschkes	SPD	x		
118	Herr Dr. Petersen	CDU		x	
119	Herr Pick	CDU		x	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
120	Frau Pieper-von Heiden	FDP		x	
121	Herr Post	CDU		x	
122	Herr Preuß	CDU		x	
123	Herr Priggen	Grüne	x		
124	Herr Rasche	FDP		x	
125	Herr Ratajczak	CDU		x	
126	Herr Recker	CDU		x	
127	Herr Rimmel	Grüne	x		
128	Herr Röken	SPD	x		
129	Herr Römer	SPD	x		
130	Herr Dr. Romberg	FDP		x	
131	Herr Dr. Rudolph	SPD	x		
132	Frau Rühl	CDU		x	
133	Herr Dr. Rüttgers	CDU		x	
134	Frau Ruff-Händelkes	SPD	x		
135	Frau Ruhkemper	SPD	x		
136	Herr Sagel	fraktionslos			x
137	Herr Sahnen	CDU		x	
138	Frau Schäfer	SPD	x		
139	Herr Schartau	SPD	entschuldigt		
140	Herr Schemmer	CDU		x	
141	Herr Schick	CDU		x	
142	Herr Schittges	CDU	abwesend		
143	Herr Schmeltzer	SPD	x		
144	Herr Schmitz	CDU		x	
145	Frau Schneppe	SPD	x		
146	Herr Schroeren	CDU		x	
147	Herr Schulte, Bernd	CDU		x	
148	Herr Schulte, Hubert	CDU		x	
149	Herr Schultheis	SPD	x		
150	Frau Schulze	SPD	x		
151	Frau Schwarz-Schumann	SPD	abwesend		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
152	Herr Seel	CDU		x	
153	Frau Dr. Seidl	Grüne	x		
154	Herr Sendker	CDU		x	
155	Herr Sichau	SPD	x		
156	Frau Sikora	SPD	x		
157	Herr Solf	CDU		x	
158	Herr Stahl	CDU		x	
159	Frau Steffens	Grüne	abwesend		
160	Herr Prof. Dr.Dr. Sternberg	CDU		x	
161	Herr Stinka	SPD	x		
162	Herr Stotko	SPD	x		
163	Frau Stotz	SPD	x		
164	Herr Stüttgen	SPD	x		
165	Frau Talhorst	SPD	x		
166	Herr Tenhumberg	CDU		x	
167	Frau Tillmann	SPD	x		
168	Herr Töns	SPD	x		
169	Herr Trampe-Brinkmann	SPD	x		
170	Herr Tüttenberg	SPD	x		
171	Herr Uhlenberg	CDU		x	
172	Herr Unruhe	SPD	x		
173	Frau Veldhues	SPD	x		
174	Frau Walsken	SPD	x		
175	Frau Watermann-Krass	SPD	x		
176	Herr Weisbrich	CDU		x	
177	Frau Westerhorstmann	CDU		x	
178	Herr Westkämper	CDU		x	
179	Frau Wiegand	SPD	x		
180	Herr Wilp	CDU		x	
181	Herr Wirtz, Axel	CDU		x	
182	Herr Wirtz, Josef	CDU		x	
183	Herr Wißen	SPD	x		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
184	Herr Wittke	CDU		x	
185	Herr Witzel	FDP		x	
186	Herr Dr. Wolf	FDP		x	
187	Herr Wüst	CDU	entschuldigt		
Ergebnis			80	98	1